Der Kampf um Schleswig

Adolf Köster

Digitized by Google

Library
of the
University of Wisconsin

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

DER KAMPF UM SCHLESWIG

VON

REICHSMINISTER A. D. DR. A. KÖSTER
EHEMALIGEM STAATSKOMMISSAR DER PROVINZ SCHLESWIG-HOLSTEIN

1 9 2 1

VERLAG FÜR POLITIK UND WIRTSCHAFT
BERLIN W 35 / POTSDAMER STRASSE 123a

Digitized by Google

Alle Rechte sind vorbehalten. Copyright 1920
by Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin.

Druck von J. J. Augustin in Glückstadt und Hamburg.

Digitized by Google

263593
MAR - 1 1928
F47
SCH3
.K84

VORWORT

Dieses Buch ist den Deutschen im abgetretenen Nordschleswig gewidmet. Liebe Landsleute! Wir haben uns im vergangenen Jahre öfter Lebewohl gesagt. Dies hier ist mein letzter Abschiedsgruß. Im Zeichen der Wehmut — aber auch der Hoffnung. Ein Gruß nicht von mir allein sondern von Tausenden von Deutschen, die Euer Schicksal im Herzen tragen.

Euer Schicksal stand fest seit dem dunklen Tage, da wir den Friedensvertrag von Versailles unterzeichneten – unterzeichnen mußten. Ihr habt einen heldischen Kampf gekämpft — trotz alledem. Aber er konnte nur ein Kampf der Ehre sein. Am Tage, da Ihr siegtet, war Eure Niederlage besiegelt. Eure Niederlage — nicht Euer Untergang.

Wir gedenken auf diesen Blättern noch einmal dieses unseres Kampfes. Wir haben ihn gekämpft auf blankem Grunde. Wir wollten niemanden festhalten, der von uns fortstrebte. Aber wir wollten denen eine Heimat bleiben dürfen, die sich mit aller Kraft an uns klammerten. Wir stritten nicht gegen die Nordschleswiger. Wir gedenken auch derer, die nicht mit uns einer Gesinnung waren. Sie werden Schleswiger bleiben, auch wenn sie keine Deutsche mehr sind. Unser Ziel war der Ausgleich, die Ruhe, der Friede in Nordschleswig. Möge der Himmel dieses Land auch unter fremden Fahnen segnen!

Lebt wohl, Landsleute! Wir denken Eurer Höfe und Eurer Wiesen, Eurer deutschen Straßen und Gärten, Eurer Stuben und Bilder, Eurer Fahnen und Eurer Lieder — jener Lieder, die auch die unsrigen sind. Wir denken besonders Eurer Kinder, Eure Jugend ist unsere Hoffnung. Wir grüßen in Ehrfurcht Eure jungen Töchter. Denn wir wissen, daß sie treue Mütter werden.

O, Ihr wogenden Weizenfelder im Sundewitt, — Ihr sandigen Steilufer von Alsen — das rote Häusermeer von

Digitized by Google

Apenrade — die Stille der Gjennerbucht — die Ruinen von Lügumkloster — alle Heimlichkeiten der Kööge, hinter denen der Turm von Tondern wacht — nein, niemals werden wir dieses Land vergessen, auch welches wir für immer verloren haben.

Und nun — zum letzten Male — lebt wohl! Einige von Euch werden wir niemals wiedersehen. Was die andern betrifft, so warten wir auf den Tag, der das Recht statt der Macht triumphieren läßt und die Treue anstatt der gebrochenen Versprechungen. Denn kein Recht hat Euch von uns gelöst — kein natürliches, kein geschriebenes. Sondern Ihr seid uns unter Schmerzen entrissen, indem das Wort, auf das hin Deutschland seine Waffen niedergelegt, mit Füßen getreten ward.

Wir warten auf diesen Tag. Alle Deutschen rüsten sich für ihn. Alle guten Nordschleswiger sollen für diesen Tag arbeiten. Ihr aber am meisten.

Denn in Eurer Hand vor allem liegt Euer zukünftiges Schicksal — in Eurem Willen und in Eurer Treue. Ihr habt einen Prozeß verloren. Aber nur in erster Instanz. Es ist Berufung eingelegt. Auf Euer lebendiges Zeugnis wird es ankommen an jenem Tage, da das Urteil revidiert, da das wahre Plebiszit Nordschleswigs gesprochen wird — an jenem Tage — o käme er bald!

Dr. Adolf Köster.

Digitized by Google

DEUTSCHLAND UND DIE ABSTIMMUNGEN

Digitized by Google

Digitized by Google

Als die deutsche Regierung sich am 3. Oktober 1918 entschloß, durch ein Waffenstillstandsangebot ihrerseits den über 4 Jahre währenden Kampf mit der Übermacht der Gegner abzubrechen, tat sie das unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die sogenannten 14 Punkte des damaligen amerikanischen Präsidenten Wilson zur Basis der künftigen Friedensverhandlungen gemacht wurden. Und als Wilson mit der letzten seiner Antwortnoten vom 6. November die Bahn für die Waffenstillstandsverhandlungen definitiv frei machte, teilte er ausdrücklich mit, daß diese seine 14 Punkte (mit zwei Einschränkungen, die das Problem der Freiheit der Meere und der Wiedergutmachung der gegenüber der Zivilbevölkerung angerichteten Schäden betrafen) auch von den übrigen Gegnern Deutschlands als verbindlich anerkannt würden. Der ganze diplomatische Notenwechsel zwischen dem 3. Oktober und dem 6. November drehte sich der Hauptsache nach um die 14 Punkte und ihre Anwendung auf Deutschland. Im Vertrauen auf das Programm der 14 Punkte und seine Annahme durch sämtliche Gegner hat Deutschland sich am 10. November durch Unterschrift endgültig wehrlos gemacht. Im Vertrauen auf sie trat es in die Friedensverhandlungen ein. Sie bildeten mit Recht das Kriterium, an dem Deutschland während und nach den Friedensverhandlungen alle Forderungen und Diktate der Alliierten immer wieder maß. Auch die beschämende Tatsache, daß die Politik der Alliierten dieses Rechtsprogramm der 14 Punkte von Versailles bis Spa immer wieder mit Füßen getreten hat, ändert nichts daran, daß die von allen Kontrahenten vor der Waffenabgabe Deutschlands anerkannten 14 Punkte Wilsons auch in Zukunft die vollgültige Rechtsgrundlage für Deutschlands Forderung nach einer Revision des Versailler Vertrages und nach einem wirklichen Neuaufbau Europas bleiben.

Digitized by Google

In dem Programm dieser 14 Punkte spielte nun eine hervorragende Rolle das revolutionäre Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker — revolutionär insofern, als dieses Prinzip über formalrechtlich-historische Besitztitel, ja über die sonst geltenden nationalen Kriterien sprachlicher und ethnologischer Zusammengehörigkeit hinweg die Entscheidung über die Staatszugehörigkeit ganzer Länderstrecken rein in den Willen der einzelnen Bewohner legte. Während man über die grundsätzliche Berechtigung dieses Prinzips verschiedener Meinung sein kann, herrscht kein Zweifel darüber, daß es — mit peinlicher Gewissenhaftigkeit und im Geiste seiner Idee in ganz Europa ausgeführt — zahllose Ungerechtigkeiten zu beseitigen, eine ganze Reihe von internationalen Verwicklungsherden aufzuheben imstande war. Ebenso unzweifelhaft aber war dieses Prinzip, so wie es der Versailler Vertrag später anwandte, schon dadurch korrumpiert und zu einem einfachen Instrument der Strafe und Rache degradiert, daß einseitig den Minoritäten der geschlagenen Zentralmächte dieses Recht der Selbstbestimmung auferlegt ward. Während z. B. Iren und Flamen unbefragt im harten Joch der ihnen verhaßten Staatsgemeinschaft weiter ausharren mußten, wurden Hunderttausende von unzweifelhaft deutschen Männern und Frauen vor die völlig sinnlose Frage nach ihrer nationalen Zugehörigkeit gestellt — sinnvoll nur dann, wenn der Zweck der Abstimmung nicht die Schaffung wirklich neuen Rechts sondern unter allen Umständen eine Schwächung Deutschlands war. Aber nicht genug damit: Andere Hunderttausende wurden überhaupt nicht gefragt sondern „wie Schachfiguren auf einem Brett" willkürlich nach Siegerlaune in den alten französischen oder neuen polnischen Staat geschoben. Während auf der einen Seite das historische Recht, so wie es zweifellos der Idee des Selbstbestimmungsrechts entsprach, mit Füßen getreten und durch das lebendige Recht der individuellen

Selbstbestimmung ersetzt wurde, benutzte man auf der andern Seite vergilbtes historisches Recht, um Deutschland noch tiefere Wunden dort zu schlagen, wo man mit dem einfachen Selbstbestimmungsrecht nicht weit genug zu kommen fürchtete. (Eupen-Malmedy, Posen, Elsaß) So durch und durch korrumpiert und seinem eigenen inneren Wesen entfremdet, mußte das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes, wie der Versailler Friedensvertrag es anwandte, von vornherein massenhaft neues Unrecht schaffen und neue Herde der Unruhe in Europa zu den alten hinzufügen.

Das Selbstbestimmungsrecht sollte seiner Idee nach in gemischtnationalen Landstrichen das Mittel sein, eine rein nationale Entscheidung herbeizuführen. Anstelle von strittigen Sprachstatistiken und historischen Rechtstiteln sollte der lebendige Wille des Menschen von heute für die künftige Grenzführung bestimmend werden. In der Theorie ein ausgezeichnetes Mittel. Aber indem das Selbstbestimmungsrecht jedem Einzelnen die Entscheidung über seine künftige nationale Zugehörigkeit freigab, stellte es ihn in der Praxis nicht nur vor eine nationale sondern zugleich auch vor eine ökonomische Entscheidung. Das Individuum hatte nicht nur zwischen zwei national verschiedenen sondern auch zwischen zwei ökonomisch und sozial verschieden gebauten und prosperierenden Staaten zu entscheiden. Und diese Tatsache drohte ein weiterer Quell der Verfälschung für alle Abstimmungen zu werden, denen das deutsche Volk sich unterziehen mußte. Das Deutschland, das der bis dahin deutsche Grenzbewohner nunmehr ablehnen oder annehmen konnte, war nicht das politisch mächtige, wirtschaftlich aufblühende Reich von früher. Es war das moralisch verachtete, wirtschaftlich ausgebrannte, körperlich heruntergekommene, von drückendsten Kriegssteuern bedrohte, zwischen Bolschewismus und Militärdiktatur hin und her schwankendes Land der militärischen Niederlage, das seine Einwohner

Digitized by Google

kaum noch ernähren konnte. Wo es in Konkurrenz stand mit einer wirtschaftlich und politisch so zweifelhaften Staatengründung wie Polen mochte die ökonomisch-materielle Rechnung des zur Abstimmung Berufenen schwankend werden. Wo letzterer aber zwischen Deutschland und einem wirtschaftlich gesunden, kulturell hochstehenden, politisch freiheitlichen Lande wie Dänemark zu entscheiden hatte, wurde die Wahl schwieriger. So öffnete das niedergebrochene Deutschland, indem es sich mit all seinen Wunden und Blößen zur Wahl stellte, seine Ausgangspforten weit all jenen treulosen und wankenden seiner Söhne, die den Aufruf zu einer rein nationalen Entscheidung benutzten, um sich drohenden wirtschaftlichen Verpflichtungen zu entziehen. Indem aber so der Kampf vom Gebiete der rein nationalen Auseinandersetzung sich auf dasjenige wirtschaftlicher und allgemeinpolitischer Debatten verschob (und von den jedesmaligen Gegnern naturgemäß bewußt hinübergespielt wurde), kam Deutschland von vornherein in eine immer ungünstiger werdende Position. Die Fragen der Valuta, der Brotpreise, der Kohlenbelieferung wurden zu wichtigen Faktoren der nationalen Entscheidung. Die Angst vor Steuern und Sozialisierung, vor Bolschewismus und Kirchenfeindschaft, hie und da die Abneigung gegen Republik und Demokratie — alles Dinge, die mit der rein nationalen Frage, zu deren Entscheidung die Einwohner aufgerufen wurden, gar nichts zu tun hatten — trieb Tausende und Abertausende in die Überlegung hinein, ob es noch Sinn habe, auf die nationale Gemeinschaft mit einem so bedrohten Staate Wert zu legen. Daraus entstanden Gewissenskonflikte harter Art — am härtesten bei den unbemittelten Klassen, für die die nationale Entscheidung zum Teil in eine einfache Entscheidung über Brot und Lohn zusammenschrumpfte. So wirkten der Zeitpunkt und die Umstände, unter denen Deutschlands Grenzen ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben konnten, lediglich in deutschfeindlichem Interesse,

Digitized by Google

und Länderstrecken, die zu normalen Zeiten zweifellos mit überwältigender Majorität für Deutschland votiert hätten, drohten unter dem Druck des namenlosen Elends eine leichte Beute feindlicher Propaganda zu werden.

Zu all dem kamen Schwierigkeiten von innen, die viele Beteiligten zunächst an der wirklichen Stoßkraft einer Volksabstimmung von deutscher Seite völlig verzweifeln ließen. Das deutsche Volk, auf das die Bedingungen des Waffenstillstandes und die Anerkennung der Wilsonschen 14 Punkte herniederprasselten, durchlebte eine schwere revolutionäre Krisis. Zwischen Arbeitern und Bürgern herrschte im Winter 18/19 bitterste Feindschaft. Während polnische und dänische Irredenta durch den Krieg und die durch seinen Ausgang ihnen erweckten Hoffnungen fest zusammengeschweißt und von nie dagewesenem aggressivem Selbstbewußtsein beseelt waren, traten zu der begreiflichen Niedergeschlagenheit im deutschen Lager schwerste innere Konflikte. Konnten diese überhaupt und wie konnten sie soweit beseitigt werden, daß Bürger und Arbeiter im Staatsbürger sich verschmolzen? Aber damit nicht genug — auch gänzlich unvorbereitet wurde das deutsche Grenzvolk in eine politische Aktion hineingestoßen, mit der es nie gerechnet hatte. Niemand wußte, was eigentlich eine Abstimmung wie die kommenden in Wahrheit und im Einzelnen für sein Land zu bedeuten hatte. Unerträglich waren die Monate vom November bis Mai, wo das Schwert über allen hing, wo aber niemand wußte, weder welche Länderstrecken, noch unter welchen Formen, noch innerhalb welcher Zeit sie abzustimmen hatten. Die politische Erziehung des deutschen Volkes bewies während der Revolution ihre klaffenden Lücken. Das machte sich besonders gegenüber den nun plötzlich in den Grenzlanden entstehenden neuen Aufgaben bemerkbar. Staatspolitische Arbeit unabhängig von der Regierung — Selbstorganisierung, Selbstschutz — das hatte es für die breiten Schichten des Bürgertums im

Digitized by Google

alten Deutschland kaum gegeben. Überall — besonders auch im Kampf mit den verschiedenen Nationalitäten an der Grenze — hatten die Regierung und ihre Organe die tonangebende Rolle gespielt. Nun war diese Regierung und waren viele ihrer Männer gestürzt. Das Volk, nicht die Regierungen sollten zum Abstimmungskampf antreten. Neue Organisationen mit neuen Männern, mit neuem Programm, mit neuem Geist mußten geschaffen werden — ohne Regierung, aus eigener Energie. Das waren Aufgaben an deren Lösung das Deutschtum zunächst verzweifelte. Verzweiflung war daher das erste, was sich zahlreicher Grenzkreise bemächtigte — und das bittere Gefühl, auf halb schon verlorenem Posten von der Regierung und vom übrigen Deutschland vollkommen im Stiche gelassen zu sein. Das war freilich, was die Regierung anbetraf, vollkommen falsch. Denn diese, die in jenem Winter Tag und Nacht auf einem Pulverfasse saß, hat schon damals getan, was in ihren Kräften stand. Es war falsch auch gegenüber dem Gesamtvolk. Denn wie die Regierung unter der erdrückenden Last der sie bestürmenden Aufgaben — Aufgaben, bei denen es zum großen Teil um die Weiterexistenz des ganzen Reiches ging — die Fragen der kommenden Abstimmungen naturgemäß zunächst nur als peripherische Fragen behandeln konnte, so war jeder Stamm und jedes Land des deutschen Reiches damals mit so gewaltigen eigenen Sorgen belastet, daß es ein Unrecht war, hier Vorwürfe zu erheben. Diese Vorwürfe waren vielmehr nichts weiter als der Ausdruck für die völlige Überraschtheit, für das vollständig Neue, in das ein an selbständiges politisches Handeln bis dahin kaum gewohntes Volk hineingestoßen wurde. Das deutsche Grenzvolk mußte seinen Kampf selber auskämpfen. Daran mußte es sich unter Schmerzen gewöhnen. Es hat das getan — zu seinem eigenen Heil.

Eine besondere Schwierigkeit endlich bestand in dem zwiespältigen Geiste gegenüber der Ausführung des

Digitized by Google

unterschriebenen Friedensvertrages, an dem eine einheitliche Zusammenfassung aller deutschen Kräfte zunächst und auf die Dauer überall zu scheitern drohte. Der Kampf mit den fremden Minoritäten in den deutschen Grenzmarken war bis zur Revolution überall ausgefochten worden unter der selbstverständlichen Parole, daß an eine Abtretung deutschen Landes niemals zu denken sei. Aber in bezug auf das Maß der den Minderheiten einzuräumenden kulturellen und politischen Rechte hatte es in allen Grenzgebieten schwere Meinungskämpfe gegeben, die das gesamtpolitische Leben der Deutschen an vielen Stellen vergiftet hatten. Es war selbstverständlich, daß die alten, zum Teil stark nationalistischen Kampfvereine nach der Revolution äußerlich verschwanden. Aber es war ebenso natürlich, daß ihre ehemaligen Angehörigen auch in dem nun unter der neuen Parole des Selbstbestimmungsrechtes auszufechtenden Kampfe eine hervorragende Rolle spielten und daß ihr politisches Temperament und ihre extremen unversöhnlichen politischen Ideale auch diesem neuen Kampfe hie und da Richtung gaben. Das erleichterte den Kampf mit den Gegnern nicht und führte zu Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit jenen demokratischen deutschen Kreisen, die schon früher für die deutschen Fehler in der Behandlung fremder Minoritäten nicht blind gewesen waren und jetzt ehrlich sich bemühten, zwischen Deutschen und Fremden eine möglichst reinliche nationale Scheidungslinie herbeizuführen. Fast überall, auch da, wo es gelang, nach außen eine einheitliche Front aller Parteien zusammenzubringen, mußte dieser Zwiespalt die Stoßkraft der deutschen Linien schwächen. Ihn zu beseitigen und auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms eine wirklich geschlossene deutsche Einheitsfront zur Revision der diesmaligen Abstimmungsresultate zustande zu bringen, wird die brennendste Zukunftsaufgabe unseres Grenzdeutschtums sein müssen.

So lagerte tiefes Dunkel über den deutschen Grenzmarken, als der Versailler Friedensvertrag unterschrieben

Digitized by Google

wurde. Heute haben wir drei der großen Abstimmungen, in die das Reich verwickelt wurde, hinter uns. Wie feindselig der Geist auch war, in dem der Versailler Vertrag das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes nicht auf sondern gegen Deutschland anwandte — wie furchtbar auch die Lage und die Verfassung waren, in der Deutschland sich mit seinen kleinen, aber durch die Bajonette der Entente gestützten Nachbarländern zur Wahl stellen mußte — wie unvorbereitet äußerlich und innerlich schließlich auch das Deutschtum war, als der plötzliche Appell an sein Volksbewußtsein es traf — so unzerstörbar erwies sich die Lebenskraft und der Lebenswille dieses Volkes — so schnell paßte es sich den neuen ihm gestellten Aufgaben an. Aus tödlichen Gefahren erblühte ihm eine neue Treue. Was als Demütigung gedacht war, wurde zur Wiege eines neuen lauteren Nationalbewußtseins. Das deutsche Grenzvolk sammelte sich in sich selber zu eigener Größe. Und über das ausgedörrte Vaterland rieselten von seinen kämpfenden und siegenden Grenzen her die frischen Wasser neuen nationalen Lebens.

Digitized by Google

DER KAMPF UM SCHLESWIG

Digitized by Google

Digitized by Google

I. SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die Novemberstürme, die im Jahre 1918 über Friesland und die Heide, über die Moore und die östlichen Förden Schleswigs fegten, trugen in alle deutschen Häuser bange Fragen. Zwar war es schon während des Krieges bei jeder kleinsten Unglücksbotschaft immer wieder wie ein bleiches Raunen durch die Häuser und Familien der Dänen gegangen: nun käme die Wendung — nun käme der Engländer — nun käme der Danebrog. Aber hinter den grauen Divisionen und braunen Erdwällen, die oben in breitem Gürtel südlich der Königsau während des ganzen Krieges die Grenze schützten, fühlte das deutsche Schleswig sich bis zuletzt geborgen. Sylt starrte von Kanonen. Von Tondern aus kreisten die Luftschiffe über die Nordsee hinweg bis an die englische Küste. Von Flensburg und Sonderburg aus beherrschten die Kriegsschiffe des Reiches die Belte und den Sund. Man flaggte und feierte. Man schalt auf die dänischen Deserteure und die immer frecher werdende Spionage — auf die schlecht funktionierende Absperrung und die immer schlimmer werdenden Durchstechereien. Aber man hoffte und blieb optimistisch bis zum Ende. Und bei dem Geflüster und Getuschele der Dänen kamen die nüchternen deutschen Stimmen, die vor dem Ausgang warnten, hier weniger noch als anderswo zum Wort.

Um so härter schlug in Nordschleswig die Nachricht vom Waffenstillstandsangebot und von der Annahme der 14 Punkte ein. Noch sah niemand klar die Konsequenzen, die möglichen und die wirklichen. Aber eine bleierne Angst legte sich auf alle Gemüter, und das deutsche Schleswig — und bald ganz Schleswig-Holstein — fühlten, daß wieder ein neuer Abschnitt, ein dunkler, in seiner tausendjährigen Geschichte begann. In dieser Geschichte, die doch mit den Jahren 1866 und 1871 eigentlich zum definitiven Abschluß gelangt war. Denn Schleswig-Holstein war in den letzten Jahrzehnten fast völlig e i n g e d e u t s c h t — nicht

Digitized by Google

zwar, was die Dänen in seinen vier nördlichen Kreisen — wohl aber, was das Land als ehemaligen zwischen Deutschland und Dänemark hin und herpendelnden Sonderstaat betraf. Uralte Partikularhoffnungen waren endgültig zu Grabe getragen — auch neuere Erinnerungen begannen zu verblassen. Zu beiden Seiten des Kanals (selber ein schimmerndes Wahrzeichen deutscher Militärgröße) war eine neue preußische Provinz entstanden mit allen Vorzügen und Schattenseiten preußisch-deutscher Zentralisation und Machtgestaltung. Das alte Schleswig-Holstein war fast ein rein historischer Begriff geworden, der bei den Alten noch im Blut, bei den Jungen nur noch in Festliedern lebte. Aber nun kam der Krieg — nun kam dieses Ende — und das uralte Problem dieses Landes wurde noch einmal aufgerollt — nicht zwischen Deutschland und Dänemark, sondern auf weltpolitischem Hintergrunde. Das feste Gefüge der, wie es schien, mit tausend Klammern an das Reich geknüpften Provinz begann sich plötzlich zu lockern. Alle staatsrechtlichen Begriffe begannen eine Zeit lang zu schwanken. Allein gleichzeitig erhielt auch der Name Schleswig-Holstein wieder rotes Leben — und die Namen Friesland und Angeln — und die alte blau-weiß-rote Fahne begann sich flatternd zu zeigen — nicht als gemütliches Symbol vergangener Kleinstaaterei sondern als Standarte der Verteidigung, des Angriffs, des schärfsten Kampfes.

Das große Deutschland freilich kannte diese Fahne kaum noch, die vor 70 Jahren dem Kampfe um seine eigene nationale Einigung so tapfer vorangeflattert war. Was kümmerte sich Deutschland viel um Schleswig-Holstein? Man kannte die Dünen von Westerland und die Förde-Ufer von Kiel. Das schmerzensreiche Land zwischen Hadersleben und Tondern war eine terra incognita für Berlin und das Reich. Man wußte etwas von einer Marineschule in Mürwik und von einer Hochbrücke bei Rendsburg. Aber für das Nydamer Wikingerboot, für

Digitized by Google

das Schicksal Uwe Jens Lornsens, für den Königspesel auf Hallig Hooge hatte Neu-Deutschland wenig Interesse. Ab und zu hörte man garstige Dinge aus der Nordmark — von „dänischen Unbotmäßigkeiten" und „deutschen Taktlosigkeiten". Aber das war und blieb ein leichtes Wellengekräusel, für welches Groß-Deutschland keine Zeit hatte in einer Periode rein machtpolitischen Aufstiegs, die in diesen Spätherbsttagen nun so grausig zusammenstürzte.

In dem wenig bekannten aber trotz seiner gedankenspielerischen Schrullen noch heute lesenswerten Kapitel, in welchem der Rembrandtdeutsche seine schleswigholsteinische Heimat besingt, hat Juluis Langbehn Schleswig-Holstein historisch und politisch eine für Deutschland nach innen und außen schlechthin führende Rolle angewiesen. Das war zuviel gesagt und konnte nur mit halsbrecherischen Konstruktionen gestützt werden wie derjenigen z. B., in der er Schloß Gottorp mit Rom verglich. Schleswig-Holstein wird kein Rom werden — ebensowenig wie Dänemark sich jemals an Deutschland anschließen wird (auch das glaubte der Rembrandtdeutsche nach der Analogie Schottland-England prophezeien zu können). Richtig ist aber, daß das Vaterland der Lornsen, Niebuhr, Dahlmann in der Einheitsgeschichte Deutschlands unvergängliche Spuren hinterlassen hat. Richtig ist ferner, daß Schleswig-Holstein durch alle Jahrhunderte hindurch die wichtigste Umschlagstelle zwischen Deutschland und dem skandinavischen Norden gewesen ist, und daß es diese Rolle auch als preußische Provinz noch nicht ganz ausgespielt hatte. Leider haben die Verhältnisse in Nordschleswig bis zur Revolution diese Rolle sehr erschwert. Denn gerade das nationale Kampf-Problem Nordschleswigs in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ist als ein gemein-skandinavisches Problem nicht nur in Kopenhagen sondern in ganz Skandinavien, von Christiania über Stockholm bis Finnland hin, empfunden worden.

Digitized by Google

Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts flutete in Schleswig deutsches und nordisches Leben friedlich durcheinander — dabei das deutsche vermittelst Kirche, Adel und Hof bis in das Herz Dänemarks hinein. Damals war Schleswig ein regelrechtes Bindeglied zwischen Deutschland und dem Norden. Wirtschaftlich und geistig strömte durch Schleswig-Holstein — begünstigt durch dessen eigenartige staatsrechtliche Stellung und bei reger eigener Landwirtschaft und Manufakturentfaltung — ein Nord-Süd-Verkehr lebhaftester Art, der auch im übrigen Deutschland als solcher empfunden wurde Klopstock, Voß, Schiller, Claudius, Jacobi und viele andere Vertreter deutschen Geisteslebens haben zu diesem Schleswig-Holstein in engen Beziehungen gestanden. Aber dann kam wie für ganz Europa auch für Schleswig-Holstein das Erwachen des Nationalbewußtseins — zuerst und zumal auf dänischer Seite. Was bisher als Neben- und schöpferisches Durcheinander friedlich miteinander auskam, ward als Gegensatz, Schleswig-Holsteins politischer Kampf um seine alten Unabhängigkeitsrechte als „Aufruhr" empfunden. Die deutsche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage von 1864 und 66 endlich riß Schleswig-Holstein vomNorden los — aus seiner fruchtbaren Verbiudungsrolle heraus — mit einer blutenden Nordgrenze, über deren provisorischen Charakter sich die deutsche Regierung und die Mehrheit der Schleswigschen Bevölkerung in dem ersten Jahrzehnt nach Friedensschluß keinen Zweifeln hingab. Es waren ja, wie Bismarck in jener bekannten Stelle seiner Gedanken und Erinnerungen erzählt, durchaus verschiedene Lösungen der Schleswig-Holsteinischen Frage nicht nur theoretisch sondern auch praktisch möglich. Bismarck wählte gegen den Rat gewichtiger Stimmen seiner Umgebung diejenige, die Preußen, nicht Deutschland am mächtigsten machte. Dadurch ist der Riß zwischen Deutschlard und dem Norden noch größer — die Kampfstellung Schleswig-Holsteins gegen den Norden noch schärfer geworden. Was

Digitized by Google

der skandinavische Norden über diese Lösung und die Bismarcksche Politik dabei dachte, können wir Bürger des nachrevolutionären Deutschlands heute (mit sicher anderen Gefühlen als vor dem Kriege) bei Ibsen und Björnson lesen. Es ist in der Geschichte schlecht prophezeien, noch leichter nachträglich Kritik zu üben. Aber daß die nordschleswigsche Frage durch einen Bundesstaat Schleswig-Holstein ganz anders und besser (nämlich im Sinne der Mehrheit seiner Bewohner) gelöst worden wäre, als das zentralisierte Preußen sie im Laufe der Jahre nicht gelöst, sondern immer mehr kompliziert hat, davon dürfte ganz Schleswig-Holstein seit dem Zusammenbruch fest überzeugt sein.

Heute, wo wir vor dem noch glimmenden Trümmerhaufen der Berliner Nordmarkpolitik stehen, hat es nur noch historischen Wert, auf preußische Versäumnisse und preußische Fehlgriffe zu schelten. Auch ist das Unrecht des Versailler Diktates, was Nordschleswig betrifft, so riesengroß, daß alle Energie auf seine Wiedergutmachung konzentriert werden muß. Und das neue Deutschland und vor allem das neue Schleswig-Holstein werden dafür sorgen, daß an ihrer neuen Nordgrenze nicht wieder staatszerstörende sondern staatsschöpferische, staatserhaltende Politik getrieben wird. Aber es wird nie vergessen werden, daß jene katastrophale preußische Grenz-Politik nur dadurch möglich war, daß Schleswig-Holstein als mitbestimmender Faktor in einer Angelegenheit, die vor allem dieses Land selber anging, so gut wie ganz ausgeschaltet wurde. Nur so konnten die Verhältnisse in der Nordmark sich in einer Weise entwickeln, daß das schleswigsche Problem sich schließlich zwischen Deutschland und den gesamten Norden drängte. Die alte Militärmacht Preußen-Deutschland hat solchen seelischen Faktoren im Verhältnis der Völker zueinander niemals großes Gewicht beigelegt.

Digitized

Und in Schleswig-Holstein selber erstarben in der preußischen Umklammerung die Kräfte, die hier hätten das Gegengewicht schaffen können. So fraß die Wunde an der Nordgrenze immer tiefer in die nordgermanische Gemeinschaft hinein. Es war natürlich und erfreulich zugleich, daß mit dem allgemeinen Zusammenbruch Schleswig Holstein in seinen lebendigsten Persönlichkeiten sich sofort wieder auf seine alte Rolle gegenüber dem Norden besann, und daß die Hoffnung sich regte, nach der verfahrenen Periode der letzten Jahrzehnte Schleswig-Holstein wirtschaftlich und kulturell wieder in seine alte historische Brücken-Stellung zwischen Deutschland und dem Norden einzusetzen.

II. DER NATIONALE KAMPF IN NORD-SCHLESWIG BIS ZUR REVOLUTION

Der Abstimmungskampf um Schleswig — seine Grundlagen wie sein Ausgang — muß besonders dem Fernstehenden unklar bleiben, wenn nicht das deutsch-dänische Ringen von 1864 bis 1918 wenigstens in seinen Hauptzügen feststeht. Die grundlegenden Daten sind relativ einfach. Zwischen der Königsau, die nicht etwa erst seit 1816, sondern jahrhundertelang Schleswigs Grenze gegen Dänemark gewesen ist, und einer ungefähren Linie Flensburg—Tondern wohnt seit Jahrhunderten ein rassemäßig durchaus homogener Menschenschlag, der zum Teil deutsch zum Teil plattdänisch, zum Teil beides spricht, — und zwar so, daß das Plattdänische vom Norden nach Süden immer mehr abnimmt, bis es in einigen Gemeinden südlich der Linie Flensburg-Tondern gänzlich verrieselt. In Zahlen ausgedrückt sprachen nach der letzten allgemeinen Volkszählung aus dem Jahre 1910 von der Bevölkerung des Kreises Hadersleben 80%, des Kreises Apenrade 75%, des Kreises Sonderburg 72%, des Kreises Tondern 41%, der Stadt Flensburg 6,46% und des Kreises Flensburg 4,99%

Digitized by Google

entweder nur plattdänisch oder dänisch und deutsch. Aber die sprachliche Verschiedenheit in diesem Volksschlage hat niemals eine Verschiedenheit auch in der politischen Gesinnung bedingt. Bis zum Einsetzen der dänischen Nationalbewegung im Anfange des vorigen Jahrhunderts gab es überhaupt keine tiefgehenden politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschen und Dänen in Nordschleswig. Die dann beginnenden dänischen Versuche, das autonome Herzogtum zu danisieren, begegneten naturgemäß im deutschen Mittelschleswig und im reindeutschen Südschleswig dem schärfsten Widerstand. Aber schon damals stand ein großer Teil auch der plattdänischsprechenden Bevölkerung Nordschleswigs durchaus auf Seiten der die Selbständigkeit der Herzogtümer im Anschluß an Deutschland verfechtenden Schleswigschen Partei. Die preußische Einverleibungspolitik, die den schleswigholsteinischen Gedanken ins Mark traf, hat ein paar Jahre lang zahlreiche deutsche Sympathien auch in Nord- und Mittelschleswig zerstört. Wenn z. B. die Stadt Flensburg in ihrer ersten Wahl nach 1866 eine wenn auch nur kleine dänische Majorität aufbrachte, so war das lediglich der Mißvergnügtheit auch zahlloser im Kern gutdeutschgesinnter Schleswig-Holsteiner zuzuschreiben. Immerhin gewann besonders nach der Reichsgründung der deutsche Gedanke über den partikular-schleswigholsteinischen Gedanken auch in dem platt dänischsprechenden Teil von Nordschleswig von Jahr zu Jahr mehr Kraft. Wie die Kenntnis der deutschen Sprache zahllose Nordschleswiger nicht hinderte, dänisch zu fühlen, so gab es Tausende von Nordschleswigern, die die plattdänische Mundart des Landes sprachen, aber aus natürlichem Instinkt und ererbter Tradition deutsch dachten und deutsch wählten. Das zeigen die Ziffern der letzten Reichstagswahl vor dem Zusammenbruch. Bei 80% dänisch sprechenden Einwohnern des Kreises Hadersleben wählten dänisch nur 67%, bei 75% des Kreises Apenrade nur 49%, bei 72% in

Digitized by Google

Sonderburg nur 62%, bei 41% in Tondern nur 20%, bei 6,46% in Flensburg Stadt nur 3,9% und bei 4,99% in Flensburg Land nur 3,8%. Selbst wenn man berücksichtigt, daß in den sozialdemokratischen Stimmen sich noch ein gewisser Prozentsatz dänischer Stimmen versteckte, bleibt der Unterschied bedeutsam.

Das politische Wertsystem der dänischgesinnten Nordschleswiger, die sich durch den Prager Frieden plötzlich zu preußischen Untertanen verwandelt sahen, ist bis zum Jahre 1918 hin durch den § 5 des Prager Friedens entscheidend bestimmt worden. In diesem § 5 einigten sich bekanntlich Preußen und Österreich untereinander dahin, daß „die Bevölkerung der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen gibt, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden soll". Es ist richtig, daß die nordschleswigsche Bevölkerung selber, geschweige denn Dänemark, aus diesem § 5 kein Recht auf Selbstbestimmung für sich herleiten konnte. Es ist auch richtig, daß Preußen bald nach dem Prager Frieden ernsthafte Versuche machte, sich mit Dänemark über Form und Ausmaß einer Abstimmung zu einigen, und daß diese Versuche vor allem an dem Übermaß der dänischen Forderungen und an der dänischen Verweigerung eines Minoritätenschutzes für die abzutretenden Deutschen scheiterten. Es ist endlich richtig, daß im Wiener Traktat vom 10. Okt. 1878 Preußen und Österreich die volle Freiheit hatten, den § 5 durch gegenseitiges Übereinkommen zu löschen, — ein Rechtsfaktum, das Dänemark im Optanten-Vertrag vom 11. Jan. 1907 noch einmal ausdrücklich anerkannt hat. Aber trotz alledem ist die Berufung auf den § 5 des Prager Friedens Jahrzehnte hindurch bei allen dänischgesinnten Nordschleswigern nicht ausgestorben. Was juristisch immer wieder totgeschlagen wurde, lebte moralisch und sentimental immer wieder auf. Man mochte von Kopenhagen aus offiziell noch so oft und noch so scharf den Verzicht auf

Digitized by Google

alle Hoffnungen aussprechen (wie es z. B. in jenem berühmten Artikel des Generalzolldirektors Rubin in den Preußischen Jahrbüchern von 1911 geschah, der sowohl vom Kopenhagener Außenministerium wie vom dänischgesinnten nordschleswigschen Abgeordneten H. P. Hanssen approbiert war) — es nützte nichts: Die Idee der Selbstbestimmung und des Rechts der Selbstbestimmung, die durch den § 5 einmal in die Köpfe der Nordschleswiger hineingehämmert war, ließ sich nicht ausrotten. Ja, es gab eine ganze Reihe auch deutschgesinnter Nordschleswiger, die sich dem Eindruck dieser Berufung nicht entziehen konnten. Und es gab weitherzige deutsche Politiker, die einem gütlichen Übereinkommen mit dem neuen Dänemark, das nicht mehr das alte von 1867 war, das Wort redeten. Es war nicht einfach, solche Meinungen vor dem Kriege in Deutschland öffentlich zu äußern. Das hat der Verfasser dieses Buches am eigenen Leibe erfahren, als er im Jahre 1910 für die Rechte der Nordschleswiger weitherzig eintrat. Um so erstaunter war Deutschland, als es im vorigen Herbst erfuhr, daß im Anfang dieses Jahrhunderts zwischen Deutschland und Dänemark hochpolitische Geheim-Besprechungen stattgefunden haben, in deren Verlauf der Chef des deutschen Generalstabes Moltke dem dänischen Unterhändler Aussichten auf eine deutscherseits zuzugestehende Grenzregulierung machte, die das nordschleswigsche Problem für immer aus der Welt schaffen sollte.

Der politische Kampf zwischen Deutsch- und Dänischgesinnten in Nordschleswig hat verschiedene Phasen durchlaufen. Bis zum Jahre 1888 spielte er sich in milderen Formen ab. Gegen das natürliche wirtschaftliche Übergewicht der Deutschen schien die politische und kulturelle Sammlung der Dänen (im dänischen Wählerverein und Sprachverein) auf die Dauer nicht aufkommen zu können. So ist von 1871 bis 1887 die dänische Wählerziffer im Wahlkreise Hadersleben von 12408 auf 8510, im Wahlkreis

Digitized by Google

Apenrade-Flensburg von 5784 auf 3850 gesunken. Die Verwaltung des Landes trat in jenen Jahren bewußt und bestimmt, aber ruhig und selbstsicher, als deutsche auf. Die Anziehungskraft des großen deutschen Kultur- und Wirtschaftskörpers schien so stark, daß das dänischgesinnte Element zwar niemals ausgerottet, aber in absehbarer Zeit innerlich überwunden, auf jeden Fall jeder staatspolitischen Gefährlichkeit leicht entkleidet werden konnte.

Erst der Regierungsantritt des letzten deutschen Kaisers brachte, wie in der gesamteuropäischen Verankerung der deutschen Politik so auch in der nordschleswigschen Frage eine radikale und lebensgefährliche Wendung. Sie begann (ausgerechnet Weihnachten) 1888 mit dem sogenannten Sprachreskript, das den Gebrauch der dänischen Sprache in der Schule bis auf vier Religionsstunden brutal unterband. Sie setzte sich fort in einem Verwaltungs- und Polizeiregiment, das unter dem Namen „Köller-Politik" internationale Berühmtheit erlangt hat. Sie endete in einer politischen Verhetzung der gesamten Bevölkerung, in einer Zertrümmerung all derjenigen staatlichen und moralischen Werte, die das deutsche Element für eine künftige Prüfung wie die nunmehr überwundene Abstimmung hätten stark und siegessicher machen können. Man glaubte mit Beamten und Paragraphen, mit Geld und Gefängnis eine organische Entwicklung beschleunigen zu können, die ohne künstliche Eingriffe wahrscheinlich von selber zu dem erwünschten Ziel gelangt wäre. Man griff einer Schicht von kulturell hochstehenden, mit reicher Tradition begabten Bauernmenschen an das Heiligste, was sie hatten, ihre Muttersprache. Man schikanierte Lehrer und Pastoren, Redakteure und Privatleute — zuerst die Dänen, dann die Deutschen, die nicht nach der neuen Pfeife tanzten. Man warf volksfremde Beamten in das Land — angelockt und immer wieder aufgepeitscht durch widerrufliche Remunerationen — es gab eine Zeit, wo in Scherrebek ein naturalisierter

Digitized by Google

Russe als Amtsvorsteher und in Schleswig ein preußischer Pole als Regierungspräsident saß. Man führte von Regierungs wegen Krieg gegen die nordschleswigschen Dänen — Tag und Nacht — Guerillakrieg — Vernichtungskrieg — mit Versammlungs- und Zeitungsverboten — mit verweigerten Bauerlaubnissen und Schankkonzessionen — mit allen auch den unlautersten Mitteln, vor allem mit Ausweisungen. Ich habe während des Abstimmungskampfes den Ausweisungsakten der Schleswiger Regierung mit tiefer Scham entnommen, daß Hunderte von Knechten und Mägden aus den Nordkreisen damals ausgewiesen sind — nach dem Aktenvermerk lediglich deshalb, weil ihre Arbeitgeber eine „staatsfeindliche" d. h. dänische Zeitung lasen oder eine „staatsfeindliche" d. h. dänische Versammlung besuchten.

Der dänischen Opposition, die bis dahin nicht wenig über Lauheit ihrer Anhänger zu klagen Anlaß hatte, wuchsen aus dieser Politik, die gegen den Willen der maßgebenden, damals amtierenden schleswigschen Verwaltungsstellen vom Zaune gebrochen ward, ungeahnte Hilfskräfte. Innerhalb kurzer Zeit gelang es ihren Führern, das Dänentum Nordschleswigs in einem Maße durchzuorganisieren, wie keine andere europäische Irredenta es von sich behaupten konnte. Der Sprachverein mit seinem reichen Bibliothekwesen blühte auf. Der Schulverein wurde gegründet, der von 1888 bis 1909 mehr als zehntausend junge Nordschleswiger und Nordschleswigerinnen auf reichsdänische Volkshochschulen gesandt hat. Der Kampf, der bis dahin in Nordschleswig ein mehr politischer gewesen war — begleitet von dänisch-diplomatischen Offensiven an allen Höfen Europas — ward nun ein rein kultureller. Mit Mäßigkeitsbewegung, Sportvereinen, Innerer Mission, mit Kreditgenossenschaften und Lesekränzchen organisierte sich die dänische Opposition zu einer kulturellen Irredenta, die nicht nur den preußischen Beamten, der sie bekämpfen sollte, hilflos machte, sondern schließlich auch dem deutsch-

Digitized by Google

gesinnten Eingeborenen, der diesem wüsten Treiben seiner Regierung innerlich fern stand, auf die Nerven ging. Denn das war die gefährlichste Folge dieser neudeutschen Zwangspolitik: Die Berufung auf das Recht, das sie selber brach, schanzte sie den Dänen zu. Und nicht nur der ganze skandinavische Norden — um vom europäischen Westen zu schweigen — nahm gegen Preußen Stellung, sondern die vernünftigen Elemente aus Schleswig-Holstein und Deutschland selber mußten ihre Regierung um der Wahrheit und des Rechtes und des Schicksals Nordschleswigs willen zur Besinnung rufen. So ward das deutsche Einheitsbewußtsein in Nordschleswig gebrochen. Die Rechtsgrundlagen des deutschen Nordmarkkampfes wurden für immer verwirrt. Der verflosseneAbstimmungskampf mit seiner mühsam gehaltenen deutschen Einheitsfront hat durch diese Politik und ihre die Köpfe verwüstenden Folgen mehr zu leiden gehabt, als heute gesagt werden kann.

Es hat lange gedauert, bis aus der eingeborenen schleswig-holsteinischen Bevölkerung heraus ein klarer Widerspruch gegen diese brutale Vergewaltigung des ganzen Landes — denn das war es — laut ward. Jahrelang hat die Bevölkerung von Nordschleswig und Schleswig-Holstein sich bedauerlicherweise von einer Organisation politisch führen lassen, die dem Mehrheitswillen dieser Bevölkerung sicherlich nicht entsprach und die sklavisch alle die Fehler und Brutalitäten guthieß, die in den 50er Jahren Schleswig-Holstein von Dänemark hatte an seinem eigenen Leibe erdulden müssen. Wir wollen hier nicht unnötig in alten Wunden wühlen. Aber die Tatsachen müssen beschworen werden. Denn die Politik des „Deutschen Vereins" und ihre Folgen haben das Problem Nordschleswigs so geformt, wie es im November 1918 sich dem deutschen Volke darbot.

Der „Deutsche Verein" war kein Verein der Nordschleswiger. Er bestand zu einem starken Prozentsatz aus landfremden Beamten und volksfremden Siedlern. Die

Digitized by Google

Kampfmethoden, die er einführte, waren zum mindesten zweischneidig. Sie waren auf jeden Fall ganz unschleswig-holsteinisch. Es lag an dem mangelnden staatspolitischen Selbstbewußtsein des deutschen Bürgertums, daß ein Kampfverein, den die gut deutsche Stadtverwaltung von Tondern aus ihrem Stadtgebiet wies, jahrelang im Namen der schleswig-holsteinischen Bevölkerung öffentlich sprechen und offen und geheim in Berlin zum Bösen schüren konnte. Es waren zweifellos Männer mit reiner Vaterlandsliebe unter seinen Mitgliedern. Aber ihre Politik entbehrte nicht nur dei sittlichen Hintergründe sondern auch der staatsschöpferischen Ziele. Der „Deutsche Verein" war nicht die Selbstorganisierung der Deutschen, die durch ihn und in ihm sich kräftig machten, wirtschaftlich und kulturell in fairem Ringen mit dem dänischen Volksteil ihre Gleichberechtigung oder Überlegenheit zu erweisen. Der „Deutsche Verein" war Trabant der Köllerschen Regierung. Er schrie immer wieder um Hilfe nach Berlin. Er denunzierte. Er stachelte auf. Gesellschaftlicher Boykott und private Verunglimpfung waren nicht die unbeliebtesten seiner Waffen. Er frohlockte, wenn zwangsweise vor allen Schulen Nordschleswigs schwarz-weiße Flaggenstangen emporsprossen, wenn „schlappe" einheimische Lehrer in Scharen das Land verlassen mußten und statt ihrer „national zuverlässige" Fremdlinge aus Thüringen und Posen nordschleswigschen Kindern die Großtaten der Brandenburger Kurfürsten einpaukten — wenn einseitig harte Gerichtsurteile, die von den Oberinstanzen glücklicherweise meistens später umgestoßen wurden, auf die dänischen „Hochverräter" niederprasselten — wenn vor dem von ihm organisierten Protestgeschrei schließlich der höchste Beamte der Provinz schwächlich sich selber verleugnen mußte. Nicht die Leidenschaft, nicht einmal den Haß, mit dem er gegen die Dänen rang, wird die Geschichte dem „Deutschen Verein" zum Vorwurf machen. Das war auf der Gegenseite nicht anders, die

Digitized by Google

ebenfalls mit allen Mitteln kämpfte. Aber daß er in den langen Jahren seiner Wirksamkeit so gut wie nichts getan hat, was die einheimische deutsche Bevölkerung, die doch nicht wie die Beamten die Stätte ihrer Wirksamkeit alle paar Jahre wechseln konnte, innerlich gesammelt und gefestigt hätte, wie es sein dänischer Gegenspieler zweifellos mit fruchtbarstem Erfolge getan, das ist eine nie wieder gutzumachende Schuld des Deutschen Vereins, die ganz offenbar wurde erst in jenen Monaten, als die nordschleswigsche Bevölkerung plötzlich ganz auf sich allein gestellt war und ohne Direktiven der Staatsregierung und ohne Beamtenhilfe gegen einen innerlich und äußerlich zusammengeschweißten Gegner selber den Verzweiflungskampf um ihre Existenz aufzunehmen gezwungen war.

Sozialdemokratie und Demokratie Schleswig-Holsteins hatten die Verwaltungsmethoden Köllers wie auch die Kampfmethoden des „Deutschen Vereins" von Anfang an resolut, wenn auch ohne praktische Erfolge bekämpft. Es ist das Verdienst des nordschleswigschen Pastorensohnes Johannes Tiedje, im Jahre 1909 auf Grund persönlicher Erfahrungen und ganz von nordschleswigschem Standpunkte aus die Verhältnisse seines Heimatlandes prinzipiell untersucht und durch seine Untersuchungen den Anstoß für eine innerliche Besinnung und eine neue Kampffront innerhalb des nordschleswigschen Deutschtums selber gegeben zu haben. Seine in der „Christlichen Welt" (Marburg a. d. L.) erschienene, zunächst zufällige Polemik mit dem dänischen Theologen Amundsen über die Zustände in Nordschleswig ward — nicht ohne daß die wilde und wie immer stark persönliche Bekämpfung, die er von den Männern des „Deutschen Vereins" erfuhr, dazu beigetragen hätte, — der Beginn einer fruchtbaren über ganz Deutschland gehenden politischen Debatte, in der auch das südwärts gelegene große Vaterland zum ersten Male schaudernd erfuhr, welche Werte an seiner Nordgrenze in den letzten Jahren syste-

Digitized by Google

matisch verwüstet worden waren. In Nordschleswig selber führte diese Polemik zur Gründung des „Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark" — einer rein deutschen Organisation, die im Gegensatze zu der zerstörenden Arbeit der preußischen Verwaltung die plattdeutsche Muttersprache der Nordschleswiger erhalten und gegen alle Angriffe verteidigen — die das Deutschtum im Gegensatz zu dem unfruchtbaren Protestlertum des „Deutschen Vereins" innerlich sammeln und durch Pflege der berechtigten Eigenart Nordschleswigs und durch Hebung des Bildungsstandes der breiten Massen kulturell kräftigen — die endlich allen Bestrebungen, deutschen oder dänischen, entgegentreten wollte, die den nationalen Gegensatz in Nordschleswig verschärften.

„Was wir vertreten, vertreten wir für alle und wir fühlen uns als Kinder Nordschleswigs und Glieder des deutschen Volkes — nicht als Clique desselben." — „Wir erwarten wenig von Staatshilfe, viel von Selbsthilfe, das Beste immer von dem Einzelnen." Das war der Geist, der in Nordschleswig bisher verschüttet gewesen war, der Arbeitsgeist politischen Aufbaus, der Geist jener alten klassischen Staatsauffassung, der in Neudeutschland fast verloren zu gehen drohte. Aber indem der „Friedensverein", wie er bald genannt wurde, das „Beste vom Einzelnen erwartete", zeigte er doch zugleich die Schranken, die seiner Arbeit gesetzt waren. Tiedje selber wie die Gründer und Träger des Friedensvereins waren theologische Individualisten, die aus ihrer Kenntnis der seelenverwüstenden Wirkungen der offiziellen Nordmark-Politik heraus zum Reden gedrängt wurden. Sie hatten den Geist, aber es fehlte ihnen — die politische Technik, eine Massenbewegung auf ihn zu gründen. Sie arbeiteten in der Stille — als das gute Gewissen des nordschleswigschen Deutschtums. Dieses lebendig zusammenzufassen und ihm positive Ziele des Tages zu geben, dazu fehlte ihnen das politische Pectus, das ein Untertanenvolk nicht von

Digitized by Google

heute auf morgen lernt. So blieb die Bewegung des Friedensvereins im Polemischen stecken. Sie reinigte die Debatte. Aber sie veränderte die Sachlage wenig. Dazu kam sie zu spät. Als der Abstimmungskampf da war und ganz Nordschleswig, wenn auch zum Teil widerwillig, mit den Formeln des Friedensvereins zu kämpfen gezwungen war, da traten einige seiner Mitglieder kampfesfroh in die große Schlachtreihe — der Friedensverein als solcher aber blieb stumm.

Der nationale Kampf hat scharf getobt in Nordschleswig bis tief in den Krieg hinein. Ab und zu machte die Regierung den Versuch, die Zügel zu lockern. Aber gegenüber dem eingespielten provinzialen Apparat gelang ihr das nur in geringem Maße. Am Anfang des Krieges machten die automatisch erfolgenden Verhaftungen zahlreicher Dänenführer viel böses Blut. Denunziationen auf deutscher Seite, Desertionen auf dänischer Seite wirkten in gleicher Richtung. Die dänische Presse hat unter der Kriegszensur hart gelitten. Dänische Taktlosigkeiten wechselten mit deutschen Siegerexzessen. Der Beginn des Zusammenbruches sah die dänischen Hoffnungen am Ziel.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob eine andere, eine staatsschöpferische Nordmark-Politik uns die Abstimmung in Nordschleswig erspart hätte. Ich habe jene Politik bekämpft, wo ich konnte. Aber ich glaube nicht, daß irgend eine Politik in den 50 Jahren von 1864—1914 die dänische Irredenta so weit innerlich gebrochen hätte, daß die Versailler Friedenskonferenz, die sich sogar mit den nationalen Ansprüchen der Wenden beschäftigte, an den dänischen Ansprüchen auf Nordschleswig vorübergegangen wäre. Hier konnten nur ganz radikale Lösungen helfen, wie sie die deutsche Regierung ja im Anfange unseres Jahrhunderts erwogen hat, leider ohne zu einem entscheidenden Abschluß zu gelangen. Entschloß sie sich nicht dazu, so mußte sie wie bei Elsaß-Lothringen so auch bei Nordschleswig damit rechnen, daß ein künftiger Krieg über den Besitz dieses Landes entschied.

Digitized by Google

VOM WAFFENSTILLSTAND BIS ZUR VERSAILLER ENTSCHEIDUNG

Digitized by Google

Digitized by Google

1. CHRONOLOGISCHE DARSTELLUNG

1918. 3. Oktober. Deutschland nimmt das von Wilson in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. —

22. Oktober. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" stellt fest, daß die dänische Regierung weder eine Note an die deutsche Regierung gesandt, noch sonst in irgend einer Form an die deutsche Regierung herangetreten ist. —

23. Oktober. Der Abgeordnete H. P. Hansen fordert im deutschen Reichstag die Durchführung des § 5 des Prager Friedens (Abstimmung der Bevölkerung in Nordschleswig). — Gleichzeitig spricht sich der dänische Reichstag für eine rein nationale Lösung der nordschleswigschen Frage im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes (nicht auf Grund historischer Ansprüche) aus. —

24. Oktober. Staatssekretär Dr. Solf bestreitet, daß der § 5 heute noch rechtsverbindliche Kraft hat, erklärt aber, daß die deutsche Regierung das von ihr angenommene Wilsonsche Programm nach allen Richtungen hin loyal und im Sinne voller Gerechtigkeit und Billigkeit erfüllen werde. —

31. Oktober. Der „Deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig" tritt mit seiner ersten Kundgebung an die Öffentlichkeit. Seiner Flensburger Zentrale gehört der spätere Dänling Waldemar Sörensen an. —

1. November. Nachdem schon am 30. Oktober die Nationalliberale Partei Schleswig-Holsteins in Kiel gegen die Abtretung der Nordmark protestiert hat, nimmt auch der Provinzialausschuß der Provinz Schleswig-Holstein gegen die Abtretung auch nur eines Teiles von Nordschleswig Stellung. —

Digitized by Google

2. November. Wilson versichert dem dänischen Pastor Botholdt als Vertreter der amerikanischen Südjüten, daß das „Unrecht“ von Schleswig wieder gut gemacht werden würde. —

3. November. Der Vorstand des „Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig“ protestiert gegen das Auftreten des Abgeordneten H. P. Hanssen und tritt für ein ungeteiltes deutsches Schleswig-Holstein ein. —

4. November. Lord Northcliffe veröffentlicht in der „Times“ die Liste der englischen Friedensbedingungen, deren 10. Punkt fordert, daß das Volk von Schleswig über seine Staatsangehörigkeit frei selber bestimmen soll. —

8. November. Erste einstimmige Kundgebung des Städtischen Kollegiums von Flensburg gegen eine Abtretung nordschleswigschen Landes, besonders gegen eine Trennung Flensburgs von seinem nordschleswigschen Hinterlande. —

13. November. Der dänischgesinnte Rechtsanwalt Ravn-Flensburg beginnt mit einer Eingabe an Magistrat und Stadtverordneten-Kollegium von Flensburg die dänische Agitation für den Rückfall auch Mittelschleswigs incl. Flensburgs an Dänemark. —

14. November. Auf die Übersendung eines Aufrufes zahlreicher teils rein, teils in ihrer Majorität dänischgesinnter nordschleswigscher Vereine antwortet Staatssekretär Dr. Solf dem Abgeordneten H. P. Hanssen, daß die deutsche Regierung gemäß dem Friedensprogramm Wilsons auch die nordschleswigsche Frage zu lösen gedenkt. —

16. November. Unter scharfen Ausfällen gegen den Geschäftsführer des „Deutschen Ausschusses“ Herrn John legt der sozialdemokratische Stadtverordnete W. Sörensen sein Mandat als Ausschußmitglied nieder. Gleichzeitig erklärt die fortschrittliche Volkspartei Flensburgs, daß

Digitized by Google

die Schreibweise des Geschäftsführers des Deutschen Ausschusses nicht der gegenwärtigen Zeit entspreche. —

17. November. 1. Apenrader Entschließung. Der dänische Wählerverein in Nordschleswig faßt unter Teilnahme und Führung des späteren Ultraradikalen Kloppenburg-Skrumsager eine Entschließung, in der er für Nordschleswig, d. h. die spätere sogenannte 1. Zone Enbloc-Abstimmung fordert. Auswärtig Geborene haben Stimmrecht, wenn sie 10 Jahre im Lande wohnen. (!) Auswärtig Wohnende haben kein Stimmrecht. (!) Von Mittelschleswig sollen nur die „angrenzenden Distrikte, welche dies verlangen", das Recht der Abstimmung haben. —

22. November. Erste Versammlung des dänischen „Mittelschleswigschen Ausschusses" in Flensburg. —

23. November. Der Flensburger Arbeiter- und Soldatenrat tritt gegen die dänische Propaganda unter den Deutschen Nord- und Mittelschleswigs auf. —

24. November. Der Abgeordnete H. P. Hanssen überreicht durch die dänische Gesandtschaft in Berlin der dänischen Reichsregierung die Apenrader Entschließung vom 17. November, sowie den Brief des Staatssekretärs Solf vom 14. November und bittet, bei den Alliierten (!) die nötigen Schritte zu erwirken, daß die dänische (!) Bevölkerung Nordschleswigs bei den Friedensverhandlungen ihr Recht erhält. —

25. November. Der dänische Außenminister antwortet H. P. Hanssen mit dem Ausdruck der Befriedigung darüber, daß sich die Anschauungen des Wählervereins mit denjenigen des dänischen Reichstages in seiner Sitzung vom 23. Oktober decken und verspricht, daß die dänische Regierung unter gleichzeitiger Mitteilung dieses Schrittes an die deutsche Regierung sich an die Alliierten in dem von Hanssen gewünschten Sinne wenden werde.

Digitized by Google

— Der Führer der Flensburger Sozialdemokratie, P. Michelsen, tritt für das Selbstbestimmungsrecht, aber gegen die dänische Propaganda in Flensburg ein.

29. November. In Tondern finden die ersten Massenkundgebungen gegen die Einbeziehung rein deutscher Gebiete in die Enbloc-Zone statt. —

2. Dezember. Die Sozialdemokratie Nordschleswigs protestiert gegen die Ausschließung zahlloser Nordschleswiger von der Abstimmung. —

6. Dezember. Begeisterter Empfang H. P. Hanssens in Kopenhagen. Skavenius' Rede: „Wir wollen aber niemanden zwingen oder knechten." —

16. Dezember. Das „Rendsburger Tageblatt" meldet, daß die dänische Agitation nunmehr bis an die Eider vorgedrungen ist. —

17. Dezember. Es wird bekannt, daß in Fredericia eine auch von Mittelschleswig besuchte vertrauliche Versammlung stattgefunden hat, in der Andreas Grau für eine rein nationale Lösung (!), Waldemar Sörensen für einen Heranfall ganz Schleswigs an Dänemark, Graf Bent-Holstein für einen schärferen Kurs in Dänemark eintrat.

18. Dezember. Die „Flensburger Nachrichten" stellen fest, daß in Schleswig (Flensburg, Apenrade und Hadersleben) die Sozialdemokratie „laut und eindringlich" den Kampf gegen dänische Vergewaltigungsversuche aufgenommen hat. — Es unterliegt keinem Zweifel, daß die von den Dänen in Flensburg verbreiteten Unterschriftszettel gefälscht sind, indem der deutsche Text auffordert „kundzutun, ob wir mit Dänemark", der dänische jedoch, „daß wir mit Dänemark vereint zu werden" wünschen. —

19. Dezember. Der „Deutsche Ausschuß" veröffentlicht „Grundsätze zur Abstimmungsfrage". —

30. Dezember. 2. Apenrader Entschließung. Der dänische Wählerverein beschließt in Apenrade:

Digitized by Google

1. daß die dänische Bevölkerung Nordschleswigs sich bei den Nationalversammlungswahlen der Stimme zu enthalten hat,

2. daß getreu den eigenen Beschlüssen und der Kundgebung des dänischen Reichstags vom 23. Oktober die Grenzfrage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts gelöst werden soll,

3. daß die dänische Regierung auf der Friedenskonferenz die Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechtes der Dänen in Mittelschleswig zur Sprache bringt. —

1919. 2. Januar. Der Apenrader Arbeiter- und Soldatenrat fordert unter Angriffen auf die Regierung und den Sachverständigen Tiedje im Verein mit dem „Apenrader Tageblatt", daß die nordschleswigsche Bevölkerung selber in Berlin gehört werde. —

4. Januar. Der Provinziallandtag in Kiel tritt für das historische ungeteilte Schleswig-Holstein ohne Abtretung, aber mit kulturellen Freiheiten für die Dänischgesinnten ein. —

9. Januar. Der Flensburger Nationalversammlungskandidat Michelsen, der eben von Kopenhagen zurückgekehrt ist, macht in Gelting Mitteilung von englischen Absichten auf Bildung einer Kanalzone. —

10. Januar. In einem Briefe des Ehrensekretärs der „Gesellschaft der englischen Freunde Dänemarks", Price, wird die Rückgabe Holsteins und Lauenburgs an Dänemark gefordert. —

Die dänische Rechtspresse beginnt einen immer schärferen Ton gegen die versöhnliche Haltung des Ministeriums Zahle anzuschlagen und erklärt es für eine Schmach, Südschleswig aufzugeben. In dieser Zeit tritt „Berlingske Tidende" noch für die Reichstags-Resolution vom 23. Oktober 1918 ein. Es wird bekannt, daß gewisse dänische Kreise nunmehr auch für die in Dänemark wohnenden Nordschleswiger das Stimmrecht verlangen. —

Digitized by Google

14. Januar. Die Schleswig-Holsteinische Ritterschaft protestiert gegen jede Abtretung nordschleswigscher Kreise an Dänemark. —

15. Januar. Der Deutsche Ausschuß bittet das Auswärtige Amt, den Sachverständigen Tiedje durch „vertrauenswürdigere Nordschleswiger" zu ersetzen. Gleichzeitig sprechen sich die Arbeiter- und Soldatenräte Nordschleswigs u. a. gegen jede Abtretung nordschleswigschen Bodens an Dänemark und für Anhörung nordschleswigscher Sachverständiger aus, da sowohl der Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau wie der Sachverständige Tiedje — besonders aber letzterer — „einseitig dänisch orientiert" seien. Als solche Sachverständige schlagen sie Landrat Böhme-Tondern und Pastor Schmidt-Wodder vor. —

23. Januar. Der „Temps" tritt energisch für die Loslösung Schleswigs und des Kieler Kanals ein. —

24. Januar. In Flensburg sind bei 33 500 deutschen Stimmen zur Nationalversammlungswahl nur 3401 Unterschriften unter die Petition für ein dänisches Flensburg geleistet worden. —

27. Januar. Nach einer Meldung von Ritzaus Büro steht die dänische Regierung in der Nordschleswig-Frage auf dem Standpunkt, daß jede Erwerbung nicht dänischgesinnter Gebietsteile für Dänemark eine Schwächung bedeute und daß im Sinne der Apenrader Entschließung Nordschleswig (1. Zone) en bloc, Mittelschleswig gemeindeweise abzustimmen habe. Falls es aus irgend welchen Gründen nicht zu einer Abstimmung kommen sollte, so ist die dänische Regierung der Meinung, daß Nordschleswig (1. Zone) ohne weiteres, von Mittelschleswig jedoch nur die unzweifelhaft dänischen Gebietsteile an Dänemark fallen sollten; Flensburg dagen sei trotz der 3401 für Dänemark geleisteten Unterschriften eine Stadt mit unzweifelhaft deutscher Mehr-

Digitized by Google

heit und könne ohne Abstimmung niemals von Dänemark aufgenommen werden. —

28. Januar. In einer dänischen Versammlung teilte H. P. Hanssen mit, daß während der Abstimmung Nordschleswig von 2 höheren dänischen und 2 höheren deutschen Beamten verwaltet werden würde (!) Nur für den Notfall seien neutrale (!) Truppen als Polizei vorgesehen. —

26. Januar. Die Vertrauensmännerwahlen zum dänischen Wählerverein bringen durchweg Wiederwahlen — ein Zeichen, daß fast der ganze Wählerverein in dieser Zeit noch auf dem Boden der Apenrader Entschließung steht. —

28. Januar. In einer Versammlung in Mühlenbrück, bei der Wall-Obdrup anwesend ist, wird eine Entschließung angenommen, nach der infolge der drohenden englischen resp. neutralen Kanalzone Schleswig-Holstein, um diese zu vermeiden und die Nordmark zu retten, als Ganzes sein Selbstbestimmungsrecht fordern und sich zu einem Freistaat machen soll, der sich später an Deutschland wieder anschließen könne. —

30. Januar. Zusammenkunft und Besprechung zwischen Landrat Böhme und H. P. Hanssen zwecks Errichtung eines paritätisch eingerichteten deutsch-dänischen Schlichtungsausschusses.

5. Februar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" begrüßt im Namen der Reichsregierung diesen Versuch aufs wärmste. Am gleichen Tage übersendet H. P. Hanssen an Landrat Böhme auf Grund der Besprechung vom 30. Januar eine Reihe von Leitsätzen, in denen neben 3 deutschen und 3 dänischen Vertretern als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses ein Neutraler (Schwede) vorgeschlagen wird. Der Ausschuß ist auch als späterer Abstimmungsausschuß vorgesehen. —

Digitized by Google

7. Februar. Der Berner Internationale Sozialisten-Kongreß nimmt eine Erklärung über Nordschleswig an, nach der gesondert abgestimmt werden soll
1. in den geschlossenen Sprachgebieten Nordschleswigs (also nicht 1. Zone),
2. in den südlich dieses Gebietes gelegenen überwiegend dänischsprechenden, bisher überwiegend deutschgesinnten Gemeinden,
3. in Flensburg, wenn ein ansehnlicher Teil der wahlfähigen Bewohner die Abstimmung fordert. Die Abstimmungen sollen erst nach einer bestimmten Zeit vorgenommen werden. Den nationalen Minderheiten werden in beiden Staaten gleiche Rechte verbürgt, die durch den Völkerbund garantiert werden. —

8. Februar. 3. Apenrader Entschließung. „Der Wählerverein hält unabänderlich an der Forderung fest, daß die Grenzfrage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gelöst werden muß. Wir betrachten es als gegeben, daß Flensburg nicht von Dänemark ausgeschlossen wird, ehe es unter freien Verhältnissen Gelegenheit gehabt hat, mit Kundgebungen hervorzutreten, die danach die Grundlage für die Entscheidung bilden.“ (!) —

11. Februar. Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau begrüßt die Zuziehung von weiteren nordschleswigschen Sachverständigen zu den Beratungen in Berlin.—

13. Februar. Der Vorstand des „Vereins für Handel und Industrie“ in Flensburg teilt mit, daß seine letzte Mitgliederversammlung mit 124 gegen 26 Stimmen beschlossen habe, daß Flensburg deutsch bleiben solle. — Am selben Tage warnt H. P. Hanssen in einer Massenversammlung Kopenhagens vor der Einverleibung geschlossen deutscher Gebiete. —

20. Februar. Der schleswig-holsteinische Abgeordnete der Nationalversammlung Thomsen-Winnert hat einen

Digitized by Google

Antrag eingebracht, der für ganz Schleswig-Holstein das Selbstbestimmungsrecht fordert. —

21. Februar. Die Friedenskonferenz beschäftigt sich zum ersten Male mit der nordschleswigschen Frage. Nach Reuter ist eine Volksabstimmung so gut wie sicher. Die dänischen Forderungen decken sich mit der 2. Apenrader Entschließung. —

25. Februar. Eine Versammlung in Kolding, auf der H. P. Hanssen und A. Lebeck den gemäßigten Standpunkt vertraten, zeigt das Wachsen des dänischen Chauvinismus. La Cour fordert Abtretung bis zu den Danewerken ohne Abstimmung. —

Die Namen der Kommissionsmitglieder, die auf der Friedenskonferenz die nordschleswigsche Frage behandeln, werden veröffentlicht. Von Frankreich: Tardieu und Laroche. Als Sachverständiger für Dänemark ist Magister Claußen anwesend. Von Deutschland ist kein Sachverständiger befragt. —

2. März. Bei den Kommunalwahlen in Flensburg haben die Dänen überhaupt keinen Kandidaten aufgestellt. In Hadersleben erhalten die Deutschen (Bürgerliche und Sozialdemokraten) 14 Sitze, die Dänen 16 Sitze, in Apenrade die Deutschen 12, die Dänen 12 Sitze, in Tondern die Deutschen 22, die Dänen 3 Sitze, in Sonderburg die Deutschen 14, die Dänen 10 Sitze.

3. März. Die deutsche Eingabe an Präsident Wilson gegen die Vergewaltigung des Deutschtums hat im Herzogtum Schleswig 113 664 Unterschriften gefunden. —

Franz v. Jessen teilt aus Paris mit, daß auf der Friedenskonferenz für Mittelschleswig die gemeindeweise Abstimmung beschlossen sei, daß aber Flensburg dänisch werde, falls die umliegenden Landgemeinden dänisch stimmten. —

4. März. Nach einer Havas-Meldung vom 3. März stimmte die Friedenskonferenz in Paris der Enbloc-Abstim-

Digitized by Google

mung für den nördlichen Teil sowie der gemeindeweisen Abstimmung für den „zentralen“ (!) Teil Schleswigs zu. Die Wahl soll stattfinden, nachdem das Land eine gewisse Frist dem Einfluß der deutschen Beamten entzogen ist. Eine andere Meldung besagt, daß die Friedenskonferenz eine dritte Zone beschlossen habe, die jedoch lediglich von den Alliierten militärisch besetzt werden sollte. —

6. März. Die dänische Delegation in der Stärke von 10 Mann ist am 3. März in Paris eingetroffen und verhandelt mit dem Vorsitzenden der Schleswig-Kommission, A. Tardieu. An den Verhandlungen nimmt der dänische Gesandte in Paris, Kammerherr Bernthoft und der Sachverständige für Nordschleswig, Magister Claußen, teil. Unter den Delegierten befindet sich H. P. Hanssen, Nissen-Wiby und Kloppenburg-Skrumsager. Die Vorschläge der Delegation decken sich mit denen der 2. Apenrader Entschließung. Doch wird nunmehr für die nichtgebürtigen Nordschleswiger eine Ansässigkeit von 19 Jahren (statt früher 10 Jahren) gefordert. Auch soll das Gebiet südlich des Abstimmungsterritoriums von deutschen Truppen und höheren Beamten geräumt werden. An der Spitze der Verwaltung sollen Vertreter der Alliierten, ein Schwede und ein Norweger stehen. Die Delegation bat, die nordschleswigsche Frage wenn möglich noch vor dem allgemeinen Frieden zu lösen. —

7. März. Auf eine Anfrage der Abgeordneten Runkel und Oberfohren in der Nationalversammlung antwortet die Reichsregierung, daß nach der Annahme von Wilsons Programm die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes an die Nordschleswiger ein Akt der Loyalität war. Abstimmung bedeutet nicht Abtrennung. Bei gewissen Teilen Nordschleswigs handelt es sich um klare nationale Forderungen.

Digitized by Google

Die deutsche Regierung wird mit allen Mitteln auf einen direkten Abstimmungsmodus hinwirken.—

8. März. Nach Mitteilungen des Abgeordneten Thomsen-Winnert hat die deutsche Regierung zunächst angestrebt, sich mit Dänemark direkt über Nordschleswig zu einigen. Es hätten auch inoffizielle Besprechungen in dieser Richtung mit Dänemark stattgefunden. Jedoch habe die Entente Dänemark mitgeteilt, daß eine direkte Verständigung von Seiten Dänemarks mit Deutschland von der Entente als unneutraler Akt aufgefaßt werden würde. Nach weiteren Mitteilungen desselben Abgeordneten haben in Weimar alle schleswig-holsteinischen Abgeordneten außer den Sozialdemokraten die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts auf Nordschleswig abgelehnt. Sein eigener Antrag, dann ganz Schleswig - Holstein das Selbstbestimmungsrecht zuzuerkennen, fand nirgends Gegenliebe und ein Versuch, in der Nationalversammlung zu Worte zu kommen, scheiterte.

10. März. Es wird bekannt, daß eine zweite inoffizielle Dänendelegation nach Paris unterwegs ist, die den eiderdänischen Standpunkt vertritt. —

Der Verein „Südjüten" in Kopenhagen propagiert das Stimmrecht für alle, die in Nordschleswig geboren sind, auch wenn sie außerhalb des Landes wohnen, und beschließt, ebenfalls einen Delegierten nach Paris zu senden. —

11. März. Der Deutsche Ausschuß wendet sich in einer Kundgebung gegen die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes an Nordschleswig. Wenn überhaupt, soll ganz Schleswig abstimmen und zwar erst 2 Jahre nach Friedensschluß. Bei einer Abstimmung nur in Nordschleswig soll überall gemeindeweise abgestimmt werden. Die Majorität soll eine $^2/_3$ Majorität sein. Auf beiden Seiten sollen gleiche Minderheiten

Digitized by Google

bleiben. Alle für die Nationalversammlung Stimmberechtigten sollen abstimmen können. Den Minderheiten soll ein gesetzlicher Schutz garantiert werden. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so werden die Nordschleswiger unter Protest sich der Abstimmung enthalten. (Stimmstreik). —

12. März. Nach einem Pariser Telegramm von „Politiken" versicherte die Belgisch-Schleswigsche Kommission der Dänisch-Schleswigschen Kommission, daß die Lösung der nordschleswigschen Frage im Großen und Ganzen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts erfolgen werde, daß darin aber nicht liege, daß nun die künftige Grenze in vollkommener Übereinstimmung mit dem Resultat der Abstimmung sein werde. —

Der Friese Cornelius Petersen, der seit einiger Zeit heftig gegen Deutschland und für eine neue Eidergrenze Propaganda macht, ist nach Kopenhagen gefahren, um sich mit dem dänischen Grafen Bent-Holstein und anderen chauvinistischen Ultras nach Paris zu begeben. Die dänische Linkspresse greift ihn und den früheren königlich-preußischen Amtsvorsteher und politischen Kriegsagenten Claußen-Bau, der ebenfalls nach Paris reist, heftig an. —

14. März. Der „Temps" tritt wiederum für einen unabhängigen schleswig-holsteinischen Kanalstaat ein, der im Norden von Dänemarks neuer Südgrenze, im Süden von der ehemaligen Grenze zwischen Holstein und Lauenburg begrenzt sein würde. —

Eine 12 Köpfe starke Abordnung aus Mittel- und Südschleswig — die meisten Deutsche — trifft in Kopenhagen mit Petitionen für Paris ein. —

19. März. Eine Kundgebung des Provinziallandtages zu Gunsten des ungeteilten Schleswig-Holstein wird von dem Kommissarischen Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein (Kürbis) verhindert. —

Digitized by Google

21. März. Landrat Böhme fragt bei H. P. Hanssen wegen des geplanten paritätischen Schlichtungsausschusses an. —

24. März. Die Reichsregierung tritt in einer Kundgebung für die nationale Lösung der Nordschleswigschen Frage ein, verlangt gemeindeweise Abstimmung für das ganze Gebiet, Zweidrittel-Majorität und die Möglichkeit der Teilnahme aller nordschleswigschen Kriegsgefangenen an der Abstimmung. —

28. März. Die Sozialdemokratische Partei Schleswig-Holsteins erläßt eine Kundgebung für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Dänen und Deutschen entgegen der Theorie vom ungeteilten Schleswig-Holstein. —

29. März. Bei dem Kampf um den Kanalstaat Schleswig auf der Pariser Friedenskonferenz scheint England eine Zeitlang der Hauptinteressent, Amerika immer der Gegenspieler gewesen zu sein. —

Eine Abordnung der Flensburger Kaufmannschaft, zu der u. a. der königlich-preußische Kommerzienrat Hübsch gehört, erweckt in Kopenhagen durch mißverständliches Benehmen den Eindruck, als ob die Flensburger Kaufmannschaft für den Anschluß an Dänemark wäre. —

30. März. Nachdem bisher einseitig nur die nordschleswigschen Kriegsgefangenen dänischer Gesinnung heimgesandt worden sind, soll nunmehr nach Kopenhagener Meldungen Aussicht bestehen, alle Nordschleswigschen Kriegsgefangenen — ohne Rücksicht auf ihre Gesinnung — zur Entlassung frei zu erhalten. —

1. April. H. P. Hanssen antwortet Landrat Böhme u. a., daß die Errichtung eines deutsch-dänischen Schlichtungsausschusses sich nach den Pariser Ereignissen erübrige. —

2. April. Die deutsche Probeabstimmung in Flensburg ergibt 24 683 deutsche Stimmen gegenüber

Digitized by Google

3 401 Dänen, die die dänische Petition unterschrieben hatten. —

3. April. Über die Bestrebungen zur Gründung eines selbständigen Schleswig-Holstein, die in dieser Zeit zum Teil im „Rendsburger Tageblatt" Ausdruck finden, verbreitet neues Licht ein Bericht des Gutsbesitzers Schwerdtfeger-Johannesberg, der diesen Bestrebungen selber nicht fern stand. Danach machten auf einer Versammlung der Landespartei am 22. März Wall-Obdrup und Fischer-Mühlenbrück von den Ergebnissen ihrer Kopenhagener-Reise Mitteilungen, die einer dänischen Agitation nicht unähnlich sahen. Schwerdtfeger und Thomsen-Winnert haben mit Wall zusammen ein paar Tage später einer Flensburger Zusammenkunft beigewohnt, an der neben einem reichsdänischen Rechtsanwalt auch Hübsch-Flensburg und Claußen-Bau teilnahmen. Schwerdtfeger hatte den Eindruck, daß auch diese Versammlung keinen anderen Endzweck habe als den, deutsche Wortführer für Dänemark zu ködern. Seinen eigenen Standpunkt präzisiert er dahin: wenn der Kanal internationalisiert wird, muß Schleswig ein selbständiger Staat werden, um selber Hüter des Kanals werden zu können. Wenn links und rechts vom Kanal eine Kanalzone entsteht, die Schleswig-Holstein zerreißt, so muß ganz Schleswig ein autonomer dänischer Bundesstaat (!) werden. Von einer nach Kopenhagen geplanten Reise nimmt Schwerdtfeger aus politischen Bedenken Abstand. —

5. April. Die Deutsche Demokratische Partei Schleswig-Holsteins tritt auf einer Tagung in Neumünster für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein und gegen die Ausdehnung der Abstimmung auf Mittelschleswig ein. Sie und alle Parteien außer der Landespartei erlassen scharfe Aufrufe gegen die Selbständigmachung Schleswig-Holsteins. —

Digitized by Google

9. *April.* Nach einer Auseinandersetzung im „Verein für Handel und Industrie" steht fest, daß Kommerzienrat Hübsch sich für den Anschluß Flensburgs und Südschleswigs an Dänemark ausgesprochen hat. —

10. *April.* In Weimar findet unter dem Vorsitz des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch eine Versammlung der schleswig-holsteinischen Abgeordneten statt, in der Mittel beratschlagt wurden, die Nordmark wirtschaftlich zu unterstützen. —

Graf Brockdorff-Rantzau erklärt in der Nationalversammlung, daß die deutsche Regierung sich im Herbst 1918 lediglich bereit erklärt hat, das Selbstbestimmungsrecht auf die unzweifelhaft dänisch besiedelten Teile Nordschleswigs anzuwenden. —

11. *April.* 64 000 Reichsdänen petitionieren bei der dänischen Reichsregierung dafür, daß die Abstimmung auf das ganze schleswigsche Gebiet nördlich der Danewirke ausgedehnt wird. —

12. *April.* Reichspräsident Ebert tritt in einem Antwortbriefe an die Sozialdemokratie Schleswig-Holsteins für ein Selbstbestimmungsrecht ein, das auch die Sicherung der Rechte des Deutschtums in sich schließt. —

13. *April.* Dänische Blätter berichten über zahlreiche deutsche Steuerflüchtlinge, die sich während der letzten Monate in Nordschleswig niedergelassen resp. ihr Geld auf dortigen Banken deponiert haben. —

15. *April.* Der Viererrat in Paris billigt die von der Pariser Schleswig-Kommission festgestellten Grundsätze für die Abstimmung in Nordschleswig. —

22. *April.* Sämtliche Parteien der Provinz Schleswig-Holstein einigen sich in Neumünster auf ein gemeinsames Nordschleswig-Programm, das unter anderem wirtschaftliche Förderung und Erhaltung der alten Freiheiten der Provinz in sich schließt. —

Digitized by Google

23. April. Dr. Adolf Köster ist zum Staatskommissar für Schleswig-Holstein ernannt. —

24. April. Im Ministerium des Innern tagt die letzte große Schleswig-Konferenz vor dem Eintreffen der Friedensbedingungen. An ihr nehmen zahlreiche Nordschleswiger teil. Auch auf ihr spielt die Frage der Erhaltung der alten und des Ausbaus der neuen Freiheiten Schleswig-Holsteins eine wichtige Rolle. —

1. Mai. Staatskommissar Köster hat in Schleswig die Geschäfte übernommen. —

5. Mai. Verteidigungsminister Munch spricht sich dafür aus, daß das neue Dänemark nur ein reines lediglich von Dänen bewohntes Land sein darf. —

6. Mai. In Kopenhagen trifft eine Abordnung Flensburger Arbeiter (Deutsche und Dänen) zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse und sozialen Einrichtungen Dänemarks ein. —

7. Mai. In Versailles werden die Friedensbedingungen übergeben, die u. a. für Schleswig eine Abstimmung in der bis zur Eider reichenden rein deutschen sogenannten 3. Zone vorsehen. —

Nach einer Verfügung der Schleswiger Regierung kann in den Schulen Nordschleswigs nunmehr dänischer Unterricht eingeführt werden. —

Bei den Kreistagswahlen erhalten unter lauer deutscher Anteilnahme, die mit als eine Folge des Stimmstreikbeschlusses anzusehen ist, im Kreise Hadersleben die Dänen 20, die Deutschen 5, in Apenrade die Dänen 15, die Deutschen 5, in Sonderburg die Dänen 18, die Deutschen 2 Abgeordnete. Nur in Tondern und Flensburg-Land zeigt das Deutschtum nach wie vor seine überwältigende Majorität. —

Digitized by Google

2. DIE BILDUNG EINER DEUTSCHEN FRONT

Die Periode zwischen der Annahme der Wilsonschen 14 Punkte und der Überreichung der alliierten Friedensbedingungen in Versailles (Oktober 1918 bis Mai 1919) ist auf deutscher Seite charakterisiert durch innere Gegensäze, Unklarheiten, Schwankungen, durch eine Spannung zwischen den Wortführern Nordschleswigs und der Reichsregierung, die das Aufkommen einer wirklichen Kampfstimmung, geschweige einer geschlossenen Kampffront zunächst erschwerte und zum Teil unmöglich machte. Das wichtigste Streitobjekt ward der Solfsche Brief vom 14. November und die in ihm enthaltene — nach Meinung zahlreicher Nordschleswiger „überflüssige" und „politisch schädliche" — freiwillige Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechtes an die gemischtsprachigen Gebiete Nordschleswigs. War diese Zuerkennung politisch klug und war sie notwendig?

Am 23. Oktober 1918 ist die nordschleswigsche Frage zum ersten Male öffentlich im deutschen Reichstage durch den Abgeordneten H. P. Hanssen aufgerollt worden — in einer Sitzung, in der die Vertreter sowohl Polens wie Elsaß-Lothringens ihre Ansprüche anmeldeten. Aber Hanssen berief sich bei seiner Forderung der Selbstbestimmung für Nordschleswig merkwürdigerweise weniger auf das durch Deutschland akzeptierte lebendige Recht der Selbstbestimmung aller Nationen und ihrer Splitter als vielmehr wiederum auf jenen § 5 des Prager Friedens, der in der Vorstellung der dänischen Nordschleswiger zwar noch immer lebendig war, aber völkerrechtlich nicht die geringste Geltung mehr besaß. Mit Recht hielt ihm der Staatssekretär Solf daher entgegen, daß für Nordschleswig aus dieser historisch-rechtlichen Berufung kein positiver Rechtsanspruch auf Selbstbestimmung abgeleitet werden dürfe.

Digitized by Google

Gleichzeitig betonte er aber schon damals, daß wir — ganz abgesehen von Polen und Elsaß — „überhaupt nachdem wir es angenommen, das Wilsonsche Programm auch nach allen Richtungen hin loyal und im Sinne voller Gerechtigkeit und Billigkeit erfüllen" würden. Das war für einen Staatsmann, der mitten in den schwersten Verhandlungen um die Erreichung eines Waffenstillstandes sich befand, das Selbstverständliche, das er sagen mußte. Denn die Erreichung der Zustimmung unserer übrigen Feinde gerade zu diesen 14 Punkten Wilsons mußte ja das Hauptziel der deutschen Politik jener traurigen Wochen sein. Solf hat geantwortet, was jeder andere Staatsmann auch geantwortet hätte. Er hat aber schon damals nicht weniger gesagt, als was ihm in seinem späteren Schreiben an Hanssen zum Vorwurf gemacht worden ist.

Daß der Zusammenbruch die Aufrollung der nordschleswigschen Frage bringen würde, das stand für jeden nüchternen Politiker von Anfang an fest. Das wußte Dänemark und ganz Skandinavien, das wußte auch Nordschleswig. Und es lag lediglich an der unter Prinz Max noch weiter bestehenden politischen Zensur, wenn die nordschleswigsche Presse diese Tatsache nicht in derjenigen Öffentlichkeit behandeln konnte, die nützlich gewesen wäre. Was aber nicht feststand, war, ob die nordschleswigsche Frage nicht losgelöst von den Verhandlungen mit unseren Feinden direkt und gütlich zwischen uns und Dänemark gelöst werden konnte. Es war selbstverständlich, daß die deutsche Regierung das versuchen mußte, nicht nur, weil in Wilsons Programm von Nordschleswig direkt nichts stand, sondern auch deshalb, weil dieser Weg Aussichten auf eine bessere Lösung (sowohl für den Augenblick wie für später) bot und weil ohne diesen Versuch die gewaltsame Lösung mit Hilfe der Alliierten trotzdem gekommen wäre. Mit Recht wies daher die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gegenüber gewissen nor-

Digitized by Google

dischen Meldungen, nach denen die Nordschleswig-Frage auf der Friedenskonferenz behandelt werden sollte, amtlich darauf hin, daß diese Frage lediglich Deutschland und einen seiner neutralen befreundeten Nachbarn anginge. (21. Oktober 1918). Ob und wie weit in dieser Richtung später von der Reichsregierung Schritte unternommen worden sind, ist bis heute nicht publik geworden. Von Dänemark aus ist, entgegen skandinavischen Blätterstimmen, nichts in der Richtung unternommen. Jedoch haben, wenn der Abgeordnete Thomsen-Winnert in der Presse richtig berichtet hat, inoffizielle Verhandlungen zwischen deutschen und dänischen Vertretern stattgefunden, die aber schließlich an dem Widerspruch der Entente gegenüber Dänemark gescheitert sind. Ob es sich um dänische Nordschleswiger oder reichsdänische Vertreter dabei handelte, ist unklar. Ebenso, wann diese Verhandlungen stattgefunden haben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie über eine lose Fühlungnahme des revolutionären preußischen Innenministers Dr. Breitscheid mit gewissen Kopenhagener resp. Apenrader ihm persönlich befreundeten Kreisen niemals hinausgekommen sind. Auf jeden Fall aber war es richtig, daß die deutsche Regierung diesen Weg ging, so weit sie gehen konnte und so lange eine direkte Verständigung mit Dänemark noch im Bereich der Möglichkeit lag. Dann aber war es auch richtig, daß sie ihre Bereitwilligkeit zu gegenseitiger Verständigung offen dokumentierte, zumal die dänische Regierung noch nichts unternommen hatte, was eine solche Lösung prinzipiell unmöglich machte.

Gleichzeitig mit jenem ersten Vorstoß H. P. Hanssens im deutschen Reichstag nämlich hatte der dänische Reichstag am 23. Oktober folgende Resolution angenommen: „Nachdem der Reichstag in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern die Mitteilungen des Ministeriums gehört hat, stellt er fest, daß man einmütig für die Fortsetzung der nach allen Seiten gleichmäßig beobachteten

Digitized by Google

Neutralitätspolitik ist, der das ganze Dänemark zustimmt. Ferner kann für die Änderung in der jetzigen Stellung Schleswigs nur die Befolgung des Nationalitätenprinzips dem Wunsche, Gefühl und Interesse des dänischen Volkes entsprechen. Bei der bevorstehenden Durchführung des von beiden Seiten anerkannten Nationalitätenprinzips und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist eine solche Lösung zu erstreben, durch die das Verhältnis zu keiner der beiden Seiten Schaden erleidet. Dadurch wird auch die zukünftige Sicherheit der Wiedervereinigung gewährleistet." So loyal diese Erklärung Deutschland gegenüber ist — und sie wurde dem Vertreter Deutschlands sowohl wie den Vertretern der Alliierten in Kopenhagen übergeben — so zeigte sie andererseits zweifelsfrei, daß Dänemark — bevor irgend eine deutsche Äußerung gefallen war — die feste Absicht hatte, die nordschleswigsche Frage so oder so zur Lösung zu bringen.

Als Staatssekretär Dr. Solf dann Mitte November vom Abgeordneten Hanssen die Petitionen zahlreicher nordschleswigscher Vereine um Lösung der Nordschleswig-Frage im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes übermittelt erhielt, befand er sich in einer Zwangslage. Um den Paragraphen 5 handelte es sich nicht mehr. Antworten mußte er. Die Möglichkeit direkten Ausgleichs mit Dänemark war noch nicht verschüttet. Die Wilsonschen Grundsätze sprachen zwar nicht direkt von Nordschleswig. Aber die Tatsache einer seit Jahrzehnten mit der deutschen Verwaltung und Regierung kämpfenden Irredenta lag in Nordschleswig wie in Poden und Elsaß-Lothringen vor. Zudem hatte Präsident Wilson am 4. November in einem Antwortschreiben an die amerikanischen Dänen und „Südjüten" ausdrücklich von der Wiedergutmachung des Unrechts in Nordschleswig" gesprochen. Auch in den durch Lord Northcliffe in der „Times" vom 4. November formulierten „englischen Friedensbedingungen" war die „Volks-

Digitized by Google

abstimmung in Schleswig" aufgeführt. Solf konnte sich und seine Ausführungen vom 24. Oktober nicht nur nicht Lügen strafen — er mußte vielmehr die Art und Weise, wie Deutschland das Selbstbestimmungsrecht für Nordschleswig auffaßte, auch gegenüber dänischer Verwirrung positiv und klar zum Ausdruck bringen. Das hat er getan, indem er unter Ablehnung aller historischen Rechtsansprüche (darin mit seinem Kollegen Skavenius völlig übereinstimmend) lediglich „der in Betracht kommenden Bevölkerung" (also nicht einem beliebigen Distrikt von Schleswig) das Selbstbestimmungsrecht zuerkannte.

Diese klaren Tatsachen und der unerbittliche sachliche Zwang, unter dem die deutsche Regierung handelte, sind leider während der ersten Monate in Schleswig-Holstein völlig verkannt worden. In zahllosen Zeitungsartikeln, Resolutionen und Protesttelegrammen lief man gegen die Absicht einer „Abtretung der Nordmark" Sturm, an die niemand jemals gedacht hat. Wenngleich psychologisch erklärbar aus jener verzweifelten Stimmung der inneren und äußeren Überraschung des Deutschtums, die wir im 1. Kapitel gezeichnet haben, nahmen diese Angriffe schließlich Formen an, die mehr von parteipolitischem Fanatismus als von innerer Unruhe und positiver Arbeitsfreudigkeit zeugten. Noch Neujahr 1919 warf die größte Flensburger Zeitung der deutschen Regierung vor, daß sie — dänischer als Dänemark — das Unrecht des § 5 wiedergutzumachen „aus völliger Unkenntnis der rechtlichen Fragen und der geschichtlichen Vorgänge" sich bereit erklärt hatte. — „Wir Nordmarkdeutschen sollen kaltblütig von unseren deutschen Brüdern geopfert werden, um Dänemark zu versöhnen" — klagte eine andere Stimme von der Nordgrenze. — „Ist es denn möglich, daß eine deutsche Regierung derartigen Verrat an den eigenen Volksgenossen begehen konnte, einen ganzen Landstrich deutschen Landes zu verschachern?" — Wenn ein konservatives holsteinisches

Digitized by Google

Organ „ aus ganz sicherer Quelle“ mitteilte, daß „Nordschleswig schon abgetreten und nur das noch unsicher sei, ob die Abtretung von den dänischgesinnten Arbeiter- und Soldatenräten(!) oder von Berlin gemacht sei“, so ließ sich das aus Unkenntnis und Parteifanatismus zur Not erklären. Aber selbst der über allen Parteien stehende „Deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig“ warf der Reichsregierung vor, daß sie „in übereilter Weise ohne Kenntnis der wirklichen Verhältnisse...... im Begriff stände, Schleswig durch eine plumpe Grenzverschiebung(!) in neues und schwereres Unrecht zu stürzen, als der bisherige Zustand es darstellte.“ Niemand verlangte, daß Politiker, die bis dahin mit dem „Deutschen Verein“ durch Dick und Dünn gegangen waren, sich nun plötzlich als Staatsmänner entpuppten. Aber was soll man dazu sagen, daß derselbe „Deutsche Ausschuß,“ anstatt die bestehende wenn auch leise Möglichkeit eines direkten Ausgleichs mit Dänemark zu fördern, der „von einer einzelnen Partei einseitig inspirierten Reichsregierung“ offen in den Rücken fiel und am 30. November verlangte, daß die nordschleswigsche Frage „auf dem Friedenskongreß erledigt“, — daß also Nordschleswig unsern Feinden in Paris direkt ans Messer geliefert werde? Ich verzichte darauf, weitere Proben dieser kurzsichtigen Politik zu geben, die die Deutschen auseinander- und von Deutschland weg redete, anstatt sie zu sammeln und an das Vaterland zu ketten, das unser aller Vaterland auch unter einer neuen Regierung blieb.

Im übrigen war die seltsame Angst gewisser Leute, die nordschleswigsche Frage könnte durch deutsch-dänische Verständigung und nicht durch Alliierten-Diktat gelöst werden, Ende November überflüssig. Denn schon am 25. November — also 11 Tage nach dem Solfschen Briefe — ward durch ein Schreiben des dänischen Außenministers an den Abgeordneten Hanssen jede Aussicht auf eine solche Verständigung illusorisch gemacht. In diesem Schreiben

Digitized by Google

von Skavenius heißt es, daß die dänische Regierung die von Hanssen übermittelten Anträge des dänischen Wählervereins mit tiefster Ergriffenheit erhalten habe „und sich nunmehr an die Regierungen der alliierten Mächte wenden werde, um bei den Verhandlungen über den Weltfrieden für das Recht der dänischen Nordschleswiger Anerkennung zu erlangen.“ Damit war die Frage vor das Forum der Alliierten gebracht. Die deutsch-dänischen „Besprechungen“ und der Entente-Einspruch dagegen müssen also — wenn sie überhaupt je stattgefunden haben — vor dem 25. November liegen. Das hinderte nicht, daß in Apenrade noch Mitte Januar eine Versammlung der Deutschen Volkspartei in einer Resolution dagegen protestierte, daß „die deutsche Regierung wichtige Kreise der Nordmark kampflos an das Ausland auszuliefern in Gefahr stehe.“

Von einem Fehler kann man die Reichsregierung nicht freisprechen. Sie hat bis in das Frühjahr 1918 mit der nordschleswigschen Bevölkerung selber in zu losen Beziehungen gestanden. Gewiß waren die polnischen Fragen wichtiger und schwieriger. Aber gerade, weil sie in Berlin sowieso im Vordergrunde standen, hätte das Auswärtige Amt resp. das preußische Innenministerium viel früher für eine intime Verbindung mit der Nordmark sorgen müssen, als beide es getan haben. Und gewiß war es bei dem Regen von Angriffen, der aus der Nordmark kam, schwer, das Berechtigte von dem Unberechtigten der Vorwürfe zu scheiden. Aber gerade wegen der nervösen und unklar schwankenden Haltung gewisser politischer Organisationen in Schleswig hätte diese Fühlungnahme und eine gewisse zentrale Führung viel früher einsetzen müssen, womit großer politischer Schade verhütet worden wäre. Es war sachlich ein guter Griff der Reichsregierung, als sie sich von vornherein das tiefgründige Wissen und den vorurteilsfreien politischen Blick jenes Johannes Tiedje sicherte, dessen Kampf gegen die alte preußische Nord-

Digitized by Google

markpolitik wir im zweiten Kapitel kennengelernt haben. Aber sie hätte wissen müssen, daß sie damit das Mißtrauen einflußreicher politischer Kreise Schleswigs in ihre Absichten nur noch vergrößerte. Sie hätte also von Anfang an neben dem unersetzbaren Tiedje aus dem kämpfenden und leidenden, aus dem verzweifelten und mißmutigen Nordschleswig eine Reihe von Männern nehmen müssen, die sie in ihre Pläne einweihte, und mit denen sie Maßnahmen, die zu treffen waren, in Berlin besprach. Indem sie weder das tat, noch selber einen Vertreter mit Autorität und Vollmacht in das kämpfende Gebiet schickte, konnten offiziöse und halboffiziöse Kundgebungen entstehen, die unglücklich wirkten. Damit war selbstverständlich nicht der zum Teil häßliche und kleinliche Kampf entschuldigt, den eine Reihe von nordschleswigschen Zeitungen und Organisationen gegen das verdienstvolle Wirken Tiedjes entfachten.

Der äußere und noch mehr der innere Widerstand, den auch parteipolitisch mehr objektive Köpfe Schleswig-Holsteins der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts zunächst entgegensetzten, ist nicht allein auf allgemeine politische Verärgerung oder auf altpreußische Nordmarktraditionen zurückzuführen. Das lebendige Recht der Selbstbestimmung mußte jede Berufung auf das historische Recht entzweischlagen. (Siehe oben). Nun gab es aber in Deutschland kaum ein Land, in dem der historische Rechtsgedanke so tief wurzelte wie gerade in Schleswig-Holstein. Jahrhundertelang hatte Schleswig-Holstein seinen Kampf mit Dänemark von der Basis dieses seines historischen Rechtsstandpunktes geführt. Und das „Up ewig ungedeelt" war nicht nur der Ausdruck einer politischen Zielsetzung sondern zugleich ein Zitat aus der wichtigsten historischen Rechtsurkunde der Herzogtümer gewesen, die es für Schleswig-Holstein gab. In dem Wirrwarr der staatsrechtlichen Kämpfe mit Dänemark war dieser rechtshistorische Grund-

Digitized by Google

satz und die Berufung auf ihn das einzig Feste gewesen, das Einzige, was jedermann verstand und sich eingehämmert hatte. Wo blieb das Recht Schleswig-Holsteins, wenn dieser sein vornehmster Rechtsgrundsatz nicht mehr Geltung haben sollte? So kam es, daß während des ganzen Abstimmungskampfes der Gedanke an die ewige Ungeteiltheit des Landes auch da praktisch lebendig geblieben ist, wo er theoretisch gar nicht mehr anerkannt wurde. So kam es, daß besonders in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch die heftigsten Proteste sich gegen jeden entluden, der diesen Grundsatz nicht anerkannte. So bekam die Unklarheit in den Zielen, das Schwanken in den Methoden, die Erbitterung gegen die Regierung, die auf keinem anderen als dem Boden des lebendigen Rechts kämpfen konnte, auch von hier aus immer neue Nahrung.

Wenn man bedenkt, daß selbst in den Kreisen des „Friedensvereins" ein Mann wie Schmidt-Wodder das Selbstbestimmungsrecht nur unwillig anerkannte und in Erörterungen, die an sich der Originalität nicht entbehrten, in einem deutschen Schleswig mit kultureller Autonomie für die Dänen das Ideal sah — ja daß selbst der sozialdemokratische Führer Eduard Adler-Kiel, der jahrzehntelang für die Rechte der Dänen gekämpft hatte, in den ersten Wochen nach der Umwälzung noch an eine Verständigung mit den dänischen Nordschleswigern auf der Grundlage eines kulturellen und administrativen Autonomieprogramms innerhalb der deutschen Staatsgrenzen glaubte, wird man ermessen können, wie unendlich schwer sich schleswigholsteinisches Denken an wirkliche Trennung von den nordschleswigschen Stammesgenossen anderer politischer Gesinnung gewöhnte. Die einzige Organisation, die offiziell das Selbstbestimmungsrecht für Nordschleswig anerkannte, und demgemäß von Anfang an der Trennung resolut ins Auge sah und mit ihr rechnete, war die Sozialdemokratie. Über ihre Rolle

Digitized by Google

im Abstimmungskampf und seiner Vorbereitung wird noch zu reden sein. Alle anderen Vertretungen blieben entweder auf dem Standpunkt der historischen Up-ewig-ungedeelt-Forderung stehen oder schwankten wenigstens in der ersten Zeit hin und her. Daß die beiden politischen Rechtsparteien diesen Standpunkt bis zum Schluß einnahmen, ist selbstverständlich. Auch die alten Provinzialvertretungen (Landtag und Ausschuß) sowie Universität und Ritterschaft haben in zahlreichen Kundgebungen den Nordschleswigern das Recht der Selbstbestimmung verweigert. Die schleswigholsteinische Demokratie ist bis zum Schluß in dieser Frage gespalten geblieben. Die Mehrheit, besonders ihr Kieler Flügel, hat an den alten Begriffen festgehalten und sie zäh verteidigt selbst in einer Zeit, als lückenlose Front in dieser Frage entscheidende Bedeutung hatte. Unklar und widerspruchsvoll war auch die Haltung des „Deutschen Ausschusses", der das Selbstbestimmungsrecht der Nordschleswiger ebenso oft anerkannt wie verworfen und die Reichsregierung seinetwegen ebenso oft angegriffen wie zu stützen behauptet hat.

Gegenüber dieser teils schwankenden teils bewußt oppositionellen Haltung der nordschleswigschen Vertreter hat die Regierung nichts anderes tun können als die einfachen Linien ihrer Haltung immer wieder in Ruhe auseinanderzusetzen. Das hat der Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau ebenso wie seine Nachfolger getan. Besonders ersterer hat am 10. April in der Nationalversammlung kurz vor Versailles noch einmal die Begrenztheit unserer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes auf die unzweifelhaft von Dänen besiedelten Gebiete Schleswigs ausgesprochen und das ihm aus langjähriger Gesandtenarbeit vertraute Königreich auf die Gefahren einer Irredenta hingewiesen. Der Reichspräsident Ebert hat wenige Rage später unterstrichen, daß nur die loyale reine Durchführung des von uns anerkannten Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechts auch den Deutschen an-

Digitized by Google

derswo ihre Rechte sicherte. Das waren keine Fanfaren und konnten keine sein. Aber es war der Appell an die einzige Waffe, die wir noch hatten, der Appell an unser Recht, der ohne Wirkung blieb nur bei denen, die von der augenblicklichen Macht alles, vom ewigen Rechte nichts erwarteten.

Die Reichs- und die preußische Staatsregierung haben auf immer erneute Vorstellungen hin im Laufe des Frühjahrs eine Reihe nordschleswigscher Sachverständiger des öfteren in Berlin zu Besprechungen versammelt. Bei diesen wetterleuchtete die Mißvergnügtheit mit dem Selbstbestimmungsrecht (und besonders ihrer Anerkennung durch Dr. Solf) zwar immer wieder auf. Allmählich aber erhielten die praktischen Fragen den Vorrang. Nachdem die dänische Propaganda mit uferlosen Versprechungen besonders wirtschaftlicher Art für die „heimfallenden" Nordschleswiger begonnen hatten, mußte die deutsche Gegengewichte schaffen. Eine ganze Reihe von landwirtschaftlichen und verkehrstechnischen Plänen, die durch den Krieg liegen geblieben waren, wurden wieder aufgenommen. In einer Besprechung unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Hirsch in Weimar wurden für einige Hilfsaktionen zugunsten der Stadt Flensburg die ersten Grundlagen entworfen. Am 24. und 25. April tagte im Ministerium des Innern die letzte große Schleswig-Konferenz vor den Versailler Besprechungen. Im Zusammenhang mit der nicht ungefährlichen Selbständigkeitsbewegung, die in diesen Wochen ihre höchsten Wellen schlug, ward die Forderung nach Ausbau der provinzialen Selbstverwaltung, Erhaltung der alten schleswig-holsteinischen Sonderrechte immer stärker. Sogar die Wiedereinführung der alten vorpreußischen Kreisbezeichnungen (Harden, Hardesvogt) ist damals angeregt worden. Die Regierung ist, was die wirtschaftliche Förderung und was den politischen Ausbau anbetrifft, in jenen Tagen bestimmte Verpflichtungen eingegangen, von denen die ersteren großzügig erfüllt und die letzteren der

Digitized by Google

parlamentarischen Schwierigkeiten wegen erst langsam ihrer Erfüllung entgegenreifen. Den immer erneuten Bemühungen (besonders des Beigeordneten Adler-Schleswig), die dem Programm der Selbstbestimmung direkt ins Gesicht schlagenden antidänischen Nordmark-Verfügungen der alten preußischen Regierung aufzuheben, hat jedoch leider auch die revolutionäre Regierung versäumt nachzukommen. Das hat dem sowieso schon erschwerten Kampf der wenigen Schleswig-Holsteiner, die sich auf den Rechtsboden der Regierung stellten, empfindlich geschadet. Erst dicht vor Toresschluß, kurz vor der Abstimmung, hat man sich in Berlin herbeigelassen, wenigstens die schlimmsten der antidänischen Verordnungen zu löschen. Von mehr Verständnis für die Aufgaben der Zeit zeigte es, daß schon im April d. Js. eine Schleswiger Verfügung den dänischen Schulunterricht wenigstens im Kreise Hadersleben gestattete.

Der wachsende Druck, unter den Regierung und Land mit dem allmählichen Bekanntwerden der Versailler Friedensbedingungen gestellt wurden, hat sowohl die Spannungen zwischen Berlin und Schleswig als auch die inneren Unklarheiten und Reibereien der politischen Organisationen untereinander allmählich gemildert und zum Teil ganz beseitigt. Unter dem Druck der Versailler Drohungen, die eine Abstimmung bis an die Eider bringen zu wollen schienen, haben zunächst am 22. April alle Parteien Schleswig-Holsteins sich in Neumünster auf ein Einheitsprogramm festgelegt, das die bestehenden Gegensätze einigermaßen zum Ausgleich brachte. In diesem Programm, das kurze Zeit darauf auch vom „Deutschen Ausschuß" akzeptiert ist, wurden die 14 Punkte Wilsons von allen Parteien anerkannt und der Reichsregierung Unterstützung im Kampfe für ihre Durchführung zugesagt. Für die Abstimmung wurde verlangt: Gemeindeweise Abstimmung überall — Stimmrecht wie bei der Nationalversammlung — Rück-

Digitized by Google

kehr aller Kriegsgefangenen — Zweidrittelmajorität — Schutz der nationalen Minderheiten — paritätische Verwaltung und Unterbleiben jeder Besetzung — Aufschub der Abstimmung bis zu einer Zeit, in der die Wirkungen der Hungerblockade beseitigt sind. Wirtschaftliche Förderung und Ausbau der Selbstverwaltung der Provinz wurden nunmehr eine Forderung des ganzen Landes. In diesem Programm war nichts, mit dem die Regierung nicht übereinstimmte — wofür sie nicht schon selber tatkräftig gearbeitet hätte. Wenn mit dem theoretischen Einheitsprogramm auch noch keine praktische Einheitsfront geschaffen war — ein fruchtbarer Anfang war gemacht. Und es war symbolisch, daß am selben Tage, da das Land sich in Neumünster einigte, die Regierung einen speziellen Vertreter nach Schleswig-Holstein sandte, um die bisher vermißte enge Fühlungnahme mit dem Lande, eine direkte und nicht instanzenmäßige Verbindung zwischen Schleswig und den Berliner Zentralstellen zu schaffen.

Digitized by Google

3. ERSTE KÄMPFE

Ich habe im ersten und zweiten Kapitel zu zeigen versucht, wie unvorbereitet auch äußerlich der Zusammenbruch das Deutschtum Schleswigs traf. Die einzige politische Nordmark-Organisation, die es hatte, der „Deutsche Verein", war durch die Ereignisse gerichtet. Nach ein paar eindruckslosen Kundgebungen verschwand er von der Bildfläche. Eine kulturelle Organisation, die sie hätten politisch umstellen können, hatten die Deutschen nicht. Irgend etwas mußte geschaffen werden. Und zwar schnell. Denn niemand wußte, wie bald das Unheil kommen konnte — und jeder rechnete mit den frühesten Terminen. So entstand der „Deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig". Es war kein Verein — kaum eine Organisation. Er hatte keine zahlenden Mitglieder. Er bestand aus einem Komitee, das sich selber zusammengesetzt hatte, — das überall im Lande Zweigstellen gründete, eine Korrespondenz herausgab, — das zunächst die einzige Zusammenfassung des Deutschtums in Nord- und Mittelschleswig darstellte. Der „Deutsche Ausschuß" war also nicht gewählt, wie etwa der Aufsichtsrat des Dänischen Wählervereins. Er arbeitete ohne die Kontrolle der Bevölkerung genau wie sein dänischer Kollege, der „Mittelschleswigsche Ausschuß". Das hatte viele Nachteile, weil es die Zahl seiner Kritiker vermehrte. Niemand wollte eigentlich das Mandat des „Deutschen Ausschusses" recht anerkennen, gerade weil er mit dem selbstsicheren Anspruch auftrat, die Vertretung der nordschleswigschen Deutschen zu sein. Freilich hatte er unter seinen Mitgliedern besonders im Anfang Angehörige aller Parteien. Aber das blieb Dekoration. Es fehlte ihm der breite Unterbau, der in die Massen des Landes und der Stadt reichte. Darum hat er auch in verschiedenen Fällen falsche Politik gemacht, Politik, die er selber widerrufen mußte.

Digitized by Google

Es arbeiteten eine Anzahl tüchtiger Kräfte im Deutschen Ausschuß. Aber seine Politik wurde von einigen Männern — meistens von einem gemacht. Niemand wollte für diese Politik eigentlich verantwortlich sein. Oft fiel der „Deutsche Ausschuß" in die Kampfmethoden des „Deutschen Vereins" zurück, dem viele seiner führenden Männer angehört hatten, Er hatte kein einheitliches Ziel, kaum eine einheitliche Methode, keinen legalen Körper, den er vertrat. Der Deutsche Ausschuß war trotz aller Massenproteste, die er organisierte, eben das, was sein Name besagte: ein Ausschuß — aber ein Ausschuß von sich selber.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Bildung einer durch demokratische Wahlen zustandegekommenen deutschen Vertretung in Schleswig möglich war. Theoretisch und rückwärts betrachtet ohne Zweifel. Aber damals glaubte niemand, daß wir dazu noch Zeit hätten. Zudem ist fraglich, ob eine solche Organisation bei den disparaten Auffassungen, die nun einmal herrschten und auch nach der Neumünsteraner Einigung immer wieder hervortraten, wirklich aktionsfähig geworden wäre. Das Deutschtum büßte auch hier für seine politischen Unterlassungssünden aus der Vorkriegszeit. Später im Laufe des Sommers ist eine andere, losere Zentrale gegründet worden, eine neutrale alle Parteien umfassende Arbeitsgemeinschaft die die verschiedenen Organisationen und Komitees, die sich bei dem bestrittenen Mandat desDeutschenAusschusses gebildet hatten, zusammenfaßte und bis nach der Abstimmung alles geleistet hat, was von ihr erwartet werden konnte.

Die Kampfstellung des Deutschtums in dieser ersten Periode war dadurch erschwert, daß niemand eigentlich wußte, innerhalb welcher Grenzen er seine Befürchtungen halten mußte. Die tollsten Gerüchte wurden geglaubt. Von der „Schacher- und Verrats-Politik der Reichsregierung" haben wir oben gehört. Niemand wußte zunächst, ob wir durch einfaches Diktat der Entente, wie einige dänische

Digitized by Google

Blätter propagierten, oder durch wirkliche Abstimmung Nordschleswig verlieren sollten. Niemand konnte sagen bei dem Durcheinander der Meldungen, wie weit nach Süden besetzt oder geräumt oder abgestimmt werden sollte. Daß im Anfang das Deutschtum auf die Zumutung der Abstimmung rein negativ reagierte, war psychologisch erklärlich. Leider har die politische Führung aber nichts getan, sobald der erste Schock vorüber war, die Bevölkerung mit Selbstbewußtsein zu erfüllen und für den Kampf, wenn er kam, zu kräftigen. Daß das bis dahin unorganisierte Deutschtum besonders in der 1. Zone auf Berlin schalt, sich in kräftigen Protesten erging und unter dem Eindruck dänischer Siegessicherheit sich schließlich einer fatalistisch verzweifelten Stimmung hingab, war ihm nicht übel zu nehmen. Schlimm aber war, daß die Männer seines politischen Vertrauens in diese Hetze gegen die Regierung, in dieses sterileProtestieren mit einstimmten und nichts taten, ihm das Umlernen zu erleichtern, ihm positive taktische Ziele zu geben, zunächst das Deutschtum bis auf seinen letzten Mann einmal durchzuorganisieren und an politische Selbstleitung zu gewöhnen. Um so mehr wäre das ihre Pflicht gewesen, als doch mit dem Verlust gewisser Gebiete sicher zu rechnen war und alle Organisationsarbeit, die geleistet wurde, Arbeit für die Zukunft des abgetretenen Deutschtums war. Hier rächte sich der undemokratische Aufbau des Deutschen Ausschusses. Er hat in dieser ersten Periode eine Reihe von guten Aktionen geleitet — die Wilsonpetition, die deutsche Flensburger Petition, zahlreiche Protestversammlungen, die die Massen aufrüttelten und bei den Dänen nicht ohne Eindruck blieben. Er hat an die Regierung telegraphiert und protestiert, hat wissenschaftliche Gutachten ausarbeiten lassen über Option, Wasserrecht, Fischereiinteressenschutz und zahlreiche andere Dinge, die vielleicht durch Sachverständige in Berlin ebenso gut hätten bearbeitet werden können. Aber er hat

nicht viel getan, um das Volk selber für den bevorstehenden Kampf stark und geschlossen zu machen. Die Frage des Minoritätenschutzes z. B. war für ihn vor allem die Frage eines Gutachtens — eine Sache der Regierung, an die er deswegen immer wieder seine Forderungen stellte. Sie war aber mindestens ebenso sehr eine Frage des Selbstschutzes, eine Frage der Organisierung des Deutschtums selber. Wie sah es aber damit aus? Es war schon Sommer 1919, als sich herausstellte, daß der Deutsche Ausschuß, der besonders die 1. Zone als seine eigentliche Domäne betrachtete, im ganzen Kreise Hadersleben eine einzige wirkliche Arbeitsfiliale eingerichtet hatte, die dazu noch ehrenamtlich von einem Haderslebener Kommerzienrat verwaltet wurde. Das war dreiviertel Jahre nach dem Zusammenbruch.

Das Deutschtum Nordschleswigs hat sich später aufgerafft. Es hat besonders in der ersten Zone einen Verzweiflungskampf, dessen Niederlage gewiß war, tapfer zu Ende gefochten. Ich weiß das und habe das so und so oft aus vollem Herzen auch öffentlich ausgesprochen. Heute aber müssen wir sagen, daß wir mehr erwartet haben, mehr erwarten durften. Wir müssen es sagen, weil der Kampf noch nicht zu Ende ist — weil das nordschleswigsche Deutschtum in Zukunft mit besseren Methoden bessere Resultate erzielen muß. Der Kampf in der 1. Zone hat von Anfang an unter dem Stimmstreikbeschluß gelitten, den die Kreise des Deutschen Ausschusses zäh verteidigt haben, bis die nordschleswigsche Bevölkerung selber ihn mit ihrem Protest hinwegfegte. Der Stimmstreikbeschluß war die logische Konsequenz jener reinen Protestpolitik, die vor allem der „Deutsche Ausschuß" in den ersten Monaten seines Bestehens betrieben hat. In einer Kundgebung, in der er sich stolz „die Vertretung des Deutschtums von der Eider bis zur Königsau" nennt, in der er gegen die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes an Nordschleswig

protestiert und der deutschen Regierung zumutet, ihre „bedauerliche" Zuerkennung diese Selbstbestimmungsrechtes zurückzunehmen, hat der Deutsche Ausschuß am 11. März den Stimmstreik verkündet. Es war nicht richtig, daß hinter diesem Beschluß „die Vertreter aller nordschleswigscher Kreise" standen — es war vielmehr lediglich die führende aber dünne Schicht, die im Deutschen Ausschuß saß. Was verlangte eigentlich der Deutsche Ausschuß? Der Stimmstreik wurde nicht für alle Fälle beschlossen. Er sollte nicht in Kraft treten, falls die Entente jene Abstimmungsbedingungen doch noch gewährte, die wir aus dem Neumünsteraner Programm kennen. Aber daß damit nicht zu rechnen war, wußte man im voraus. Trotzdem mußte man sie fordern — selbstverständlich. Aber man durfte nicht einen Beschluß fassen, der sich von nun an lähmend auf alle deutschen Kreise legte. Wozu sich organisieren? Wozu den Dänen entgegentreten? Wozu deutsche Gemeindevertreter — wozu deutsche Stadtverordnete wählen? Warum nicht allen Nackenschlägen aus dem Wege gehen und einen dänischen Stimmzettel abgeben? Man stimmte ja doch nicht füı Deutschland ab — man sollte es ja nicht. Diese fatalistische Stimmung, deren Ausdruck der Stimmstreikbeschluß war, ist durch ihn noch verstärkt. Die Parole der Stimmenthaltung drohte bei vielen immer mehr die Parole der Bequemlichkeit, ein Deckmantel für mangelnden Mut zu werden. Wie verwüstend sie wirkte, zeigten u. a. die Kommunal- und Kreistagswahlen. Die ersteren fanden statt 8 Tage, bevor die Stimmstreikstimmung sich zu einem Beschlusse formulierte, die letzteren kurz vor Bekanntwerden der Versailler Friedensbedingungen. Daß die deutschen Stimmen zurückgehen würden, war von vornherein sicher. Aber diese katastrophlae Niederlage (besonders bei den Kreistagswahlen) — dieser dänische Triumph war nicht nötig. Er war mit eine Folge jener hohlen Protestpolitik, die in der

lebendigen Geschichte bisher immer den Kürzeren gezogen hat.

Diese Politik entkräftete nicht nur auf die Dauer die Deutschen. Sie konnte auch dem Gegner nicht imponieren. Jene Resolution z. B., die mit dem Stimmstreikbeschluß endigte, forderte in erster Linie, daß alles beim Alten bliebe und überhaupt keine Abstimmung stattfinde. Wenn das nicht möglich sei, forderte sie Abstimmung für ganz Schleswig — mit der nicht ausgesprochenen Klausel, daß ganz Schleswig en bloc abstimmte und dann den dänischen Norden überwältigte, wie das in jenen Wochen vielfach gefordert wurde. „Von diesem Standpunkt dürfe die Reichsregierung — wie es in der Resolution hieß — auf keinen Fall abgehen." Wenn es aber doch nicht durchzusetzen sei, dann müsse als Minimum erreicht werden: und dann folgen die Neumünsteraner Punkte. Mit einer solchen Taktik ließ sich nicht nur keine feste deutsche Politik machen. Man machte sich auch vor den Gegnern geradezu lächerlich — indem man wie der ungeschickteste Unterhändler vor aller Öffentlichkeit seine Karten aufdeckte und zeigte, wie weit man ohne die geringste Gefahr für die Gegenseite mit sich handeln ließ. Und das alles nur, um den reinen Protestlerstandpunkt theoretisch zu wahren. Nein — für solche politischen Spielereien war die Zeit vorbei. Es gab nur einen Weg, durch das Elend fest und nicht ohne Zuversicht hindurchzukommen. Das war die restlose Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für das gesamte gemischtsprachige Gebiet. Es war der Weg, den das Deutschtum Nord- und Mittelschleswigs später in dem eigentlichen Abstimmungskampfe unbeirrt um den nörgelnden Widerstand gewisser Gruppen gegangen ist — der Weg des lebendigen Rechtes, von dem aus die Angriffe auf die Ungerechtigkeiten der Abstimmung erst ihre eigentliche Würde und Wucht bekamen.

Als das Deutschtum in den ersten Tagen des Zusammen-

Digitized by Google

bruchs nach einem Ausweg aus der durch den Krieg und die Vorkriegspolitik verfahrenen Situation suchte, glaubten die meisten, mit einer Lockerung der Zügel, an denen die Dänen bisher gegangen waren, sei alles getan. Dieser Gedanke liegt der ersten Kundgebung des Deutschen Ausschusses, der ersten Entschließung der Flensburger Städtischen Kollegien und fast allen Resolutionen zu Grunde, die ernsthafte politische Körperschaften in jenen ersten Wochen erließen. Auch das war ein Irrtum. Weder im Elsaß noch in Posen noch in Nordschleswig war mit solchen Mitteln jetzt noch etwas anzufangen. Dies immer wiederholte Angebot zeugte von einer völligen Verkennung des Problems und der Situation. Es machte den Eindruck eines bösen Gewissens, das sich plötzlich rührte. Und es war gänzlich ungeeignet, weder bei den Dänen noch in Paris irgend welche Wirkung auszuüben. Nein — hier nützte kein Mundspitzen mehr — hier mußte gepfiffen werden — so schwer sie auch war, die Melodie der Trennung und des Abschieds, und dennoch die Melodie des Kampfes und der Hoffnung.

Die große Masse der Schleswigschen Bevölkerung hatte an diesen politischen Streitigkeiten wenig Anteil. Ihr kam es nicht auf die Formeln an, unter denen sie ihrem Herzen Luft machte. Sie litt nicht nur wie das ganze Vaterland — ökonomisch und seelisch — unter dem Zusammenbruch. Sie lebte in quälender Ungewißheit, was aus ihr würde. Aber sie besann sich gleichzeitig auf die Werte, die ihr bisher bis zur Unbewußtheit geläufig waren — auf ihre Sprache, ihre Stammesgemeinschaft, ihre Zugehörigkeit zu einem großen Lande, das groß war trotz des zermalmenden Schicksals, unter dem es augenblicklich zerdrückt lag. Sie begann aufzuwachen in einem Sinne, den sie selbst im Kriege nie kennengelernt hatte. Alle theoretischen Feindgefühle des Krieges, alle Abneigung gegen Frankreich und England und wie die anderen Gegner hießen, reichte nicht an das konkrete Gefühl heran, mit dem sie jetzt die voll-

Digitized by Google

besetzten Autos dänischer Fremdlinge sich in deutsche Städte, deutsche Dörfer ergießen sah. Die Bevölkerung wurde lebendig. Sie wurde den Fremdlingen gegenüber stolz in ihrer Armut und wegen ihrer Armut. Sie wurde erregt und es kam zu Zwischenfällen. Es wuchs trotz dieser Zwischenfälle viel echtes seelisches Gut in diesen Monaten auf in Schleswig — bei den Jungen und bei den Alten. Aber es wurde auch viel gerechnet und viel ökonomisch kalkuliert schon in diesen ersten Monaten. Der Schleswiger — besonders der Bauer — ist kein Idealist. Es gab viele Deutsche, die rechneten sich einen Verdienst heraus, wenn das Land zu Dänemark käme. Auf dem Lande und in der Stadt. Zum Teil behielten sie das für sich. Zum Teil machten sie kein Hehl daraus. Es gab Güterspekulanten und Warenspekulanten, Steuerscheue und auch einfach solche, die drüben mit der in Aussicht stehenden Kronenlöhnung glaubten leben zu können. Sie wohnten in ganz Schleswig. Bis Eiderstedt und bis Kappeln konnte man in jenen Monaten Deutsche treffen, die auf Befragen offen erklärten, für Dänemark stimmen zu wollen.

Dies waren Leute ohne Verantwortlichkeit, die nur an sich selber dachten. Aber es gab andere, die wirklichen Renegaten, die aus ihrem Egoismus eine Politik machten. Zu diesen gehörte der Flensburger Kaufmann Hübsch, der Ziegeleibesitzer Wall aus Obdrup und der ehemalige Amtvorsteher von Bau, Claussen. Sie alle wurden von keinen politischen Motiven getrieben. Hübsch war einst ein begeisterter Deutsch-Vereinler gewesen und ein Bewunderer neudeutscher Militärkultur. Nicht minder Claußen-Bau. Er hatte nach den Mitteilungen H. P. Hanssens noch während des Krieges in Dänemark verschiedene nicht ganz delikate politische Aufträge im Dienste des Reiches ausgeführt. Es konnten nur rein egoistische Gründe — zum großen Teil materieller Natur sein, die diese Männer zum Verrat an ihrer Vergangenheit und an ihrem Vaterlande trieben. Denn sie trieben Verrat. Sie unter-

Digitized by Google

handelten in Kopenhagen mit unseren erbittertsten Gegnern. Der Angliter Wall stand in Briefwechsel mit dem französischen Gesandten Conti. Er scheint auch in Paris gewesen zu sein. Auf jeden Fall gehörte er sowohl wie Hübsch und Claussen zu denjenigen, die für eine dänische Südgrenze bis nach Schleswig-Stadt eintraten und für die Forderungen der Eiderdänen im Kampf gegen die damalige dänische Regierung die meistbegehrten Kronzeugen darstellten. Ein wenig anders hingegen möchte ich den Halbfriesen Cornelius Petersen beurteilen. Er hat, wie festzustehen scheint, schon lange vor dem Kriege dänische Sympathien gehabt und offen gezeigt, die nach seiner Abstammung auch nicht unnatürlich sind. Vor allem aber ist sein Kampf für Dänemark verankert in einem politischen Gedankengebäude, das trotz seines abstrus begründeten fanatischen Preußenhasses subjektiv ehrlich aufgebaut erscheint. Cornelius Petersen ist während des ganzen Abstimmungskampfes eine unerfreuliche Erscheinung geblieben — aber keine unehrliche, keine, der man Treubruch gegen sich selber zweifelsfrei vorwerfen könnte. Dabei bleibt ein Rätsel, wie dieser Mann noch im Januar 1919 sich zur deutschen Nationalversammlung als Kandidat konnte aufstellen lassen.

In nicht unbedenkliche Nähe dieser traurigen Gestalten und Vertreter eines halt- und wurzellosen Deutschtums sind im Frühjahr 1919 einige schleswig-holsteinische Männer gerückt, die aus zweifellos tief landespatriotischen Befürchtungen heraus die verzweifelt erscheinende Situation Schleswig-Holsteins mit Mitteln der Verzweiflung retten wollten. Wenn man heute die sogenannte „Rendsburger Bewegung“ rückschauend betrachtet, — denn sie ist abgeschlossen und die Bemühungen der heutigen Landespartei um größere Selbstverwaltung mit dem Ziel der Loslösung Schleswig Holsteins aus dem großpreußischen Zentralverband sind außenpolitisch ungefährlich — so erscheint sie einem als ein böser Traum,

Digitized by Google

als eine flüchtige Blase, die nur aus dem Wirrwar von Befürchtungen, Gedanken und Plänen emporsteigen konnte, der kurz vor Versailles in der Zeit der großen Unsicherheit zwischen der Eider und der Königsau brodelte.

Die „Rendsburger Bewegung" hat mehrere Ursprungsmotive.

Zunächst war der Gedanke, bei der kommenden Auseinandersetzung mit Dänemark soviel deutsches Land wie möglich mit Nordschleswig an den nördlichen Nachbarn abzuschieben, gar nicht so selten, wie man das heute annehmen könnte. Von dem Glauben ausgehend, daß jede Abtretung nur provisorisch, weil unrechtmäßig sei, sah man weniger Nachteile als Vorteile darin, wenn ein möglichst großes Stück von Schleswig-Holstein die Reise nach Danebrogland zunächst einmal mitmachte und den deutschen Brüdern an der bisherigen Nordgrenze das Rückgrat stärkte. Dieser kurzsichtige Gedanke, der in gewissen Kreisen Schleswig-Holsteins vielleicht nicht ohne Zusammenhang mit der dort vorhandenen politischen Verärgerung Raum gewann, ist auch vom Norden aus stark unterstützt worden. Ich weiß persönlich, wie viele Nordschleswiger um ihres eigenen Deutschtums willen naiver Weise sehnlich wünschten, daß die deutsche Zentrale Flensburg mit ihnen nach Dänemark fiele.

Ebenso war der Gedanke eines freien Schleswig-Holsteins durchaus nichts spezifisch „Rendsburgisches". Die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie hat in den Revolutionstagen sich ernsthaft mit dem Gedanken der Errichtung einer „Republik Schleswig-Holstein" getragen, hat eine provisorische Regierung (den späteren „Volksrat") gebildet und in Berlin über die Anerkennung dieser Regierung verhandelt. Böse Zungen behaupten sogar, daß diese selbständige Republik auf einem Schulhofe Kiels eines Tages ausgerufen sei. Aber auch die parteipolitisch auf der äußersten Rechten stehenden Kreise sind von Regungen dieser Art damals nicht freigeblieben. Auf einem

Digitized by Google

Parteitage der Deutsch- und Freikonservativen Ende November in Kiel wurde auch die Frage debattiert, ob durch Gründung eines Freistaates Schleswig-Holstein Nordschleswig noch zu retten sei. Die Idee hatte ihre Gegner und ihre Freunde und man faßte keine Beschlüsse. Was endlich die schleswig-holsteinischen Demokraten betrifft, so hat einer ihrer Führer noch im Sommer 1919, als die „Rendsburger Bewegung" längst tot war, genau mit ihren Argumenten und Schlagworten in Nordschleswig Stimmung zu machen versucht.

Die Endabsicht der lauteren Elemente in der sogenannten „Rendsburger Bewegung" war ohne Frage die Rettung Nordschleswigs und die Erhaltung der schleswigschen und schleswig-holsteinischen Einheit. Insofern stand sie fest auf dem historisch-rechtlichen Standpunkt der Up-ewig-ungedeelt-Politiker. Aber sie blieb nicht wie diese beim Reden und Protestieren stehen sondern suchte Politik zu machen, große Politik. Dabei knüpfte sie an die Pläne, vielmehr zunächst an die Gerüchte von Plänen an, die auf der Pariser Konferenz gegen den Kieler Kanal geschmiedet wurden. Die Tatsache scheint festzustehen, daß England eine Zeit lang mit den Franzosen auf Internationalisierung des Nord-Ostsee-Kanals gedrängt und darüber hinaus sogar die Schaffung einer unter dem Völkerbunde stehenden neutralen Kanalzone ins Auge gefaßt hat. Offenbar am amerikanischen Widerstand (Panama-Kanal) sind diese Pläne gescheitert. Sie berührten aber aufs tiefste das Nordschleswig-Problem, insofern als der internationalisierte Kanal, besonders aber die Entstehung einer solchen Kanalzone, Schleswig-Holstein zerriß und zwischen sich und dem abzutretenden Nordschleswig ein Restgebilde ließ, das völlig in der Luft hing. Was sollte mit diesem Restgebilde werden? Gab es nicht eine Möglichkeit und ein Zaubermittel, diese ganze Internationalisierung sowie die Gefahr einer Kanalzone zu vermeiden? Ja, war es nicht möglich,

Digitized by Google

nicht nur diese Internationalisierung sondern durch dasselbe kräftige Zaubermittel vielleicht die Abtretung Nordschleswigs überhaupt zu vermeiden? So lauteten die Grundfragen, auf die die Rendsburger Bewegung eine Antwort geben zu können glaubte. Die Internationalisierung bezw. die Einrichtung einer Kanalzone war die Voraussetzung dieser Fragen wie Antworten. Kam sie nicht, so entfielen alle Folgerungen. Die Antwort aber lautete kurz so: Die Internationalisierung resp. die neutrale Kanalzone kommt nur deshalb, weil die mißtrauische Entente dem deutschen Reiche den Kanal nicht anzuvertrauen wagt. Dieses Mißtrauen müssen wir beseitigen, indem Schleswig-Holstein sich vom Reiche löst und selber der Hüter des Kanals wird. Einem solchen von Deutschland losgelösten Schleswig-Holstein aber wird die Entente — auch gegen dänischen Widerspruch — vielleicht Nordschleswig und dessen dänische Bevölkerung lassen. Das war der Kern der Rendsburger Argumente. Man war sich klar darüber, daß ein solcher Pakt — wenigstens für die erste Zeit — gegenüber der Entente (besonders England) Bindungen mit sich brachte, die peinlich waren. Aber man rechnete kühn mit dem baldigen Wiederanschluß an Deutschland und glaubte auch schwere Opfer bringen zu müssen, weil sonst Schleswig-Holstein vollkommen in Stücke ging.

Hauptträger dieser Bewegung war der Abgeordnete der Nationalversammlung, der Landwirt Thomsen aus Winnert (Kreis Husum). Wieweit die schleswig-holsteinische Landespartei sich damals mit ihr identifizierte, ist nie klar geworden. Das „Rendsburger Tageblatt" öffnete der Bewegung seine Spalten. Der Rendsburger Bürgermeister Timm, der nicht zur Landespartei gehörte, stand ihr sehr nahe. Eine wirkliche Volksbewegung ist von Rendsburg niemals ausgegangen, weil bald nach dem Auftauchen der

Digitized by Google

Bewegung die ganzen ihr zu Grunde liegenden Voraussetzungen sich als falsch entpuppten.

Man kann die Bewegung in den eben aufgezeichneten Grenzen landesverräterisch nennen. Ich selber habe sie so genannt, nachdem feststand, daß die Kanalzone nicht kam. So lange dieses Unheil drohte, war eine mildere Beurteilung am Platz. Aber auch dann noch beruhte die Bewegung auf leichtfertigen und naiven Voraussetzungen. Und sie mußte den allgemeinen und scharfen Widerspruch hervorrufen, weil sie es nicht verstanden hat, sich von Personen und Gedanken freizumachen, die mit ihrem letzten nationalen Ziele nichts zu tun hatten, sondern an der Bewegung ihre eigene und die dänische Suppe zu kochen versuchten.

Zunächst waren die Meldungen über die Kanalzone so unsicher, daß es leichtfertig war, daraufhin Entschlüsse zu fassen und zu propagieren, die, wenn sie Erfolg hatten, für Deutschland auf den Verlust ganz Schleswig-Holsteins hinausliefen. Es war aber auch naiv, anzunehmen, daß die Friedenskonferenz und Herr Wilson jetzt plötzlich auf das Selbstbestimmungsrecht für die Südjüten verzichteten, die nordschleswigsche Frage mit der Kanalfrage verkoppeln und so Dänemark leer ausgehen lassen würden. In der Tat schrieb denn auch der „Temps", der die Kanalzonen-Idee besonders heftig propagiert hat, schon am 14. März, daß das neue selbständige Schleswig-Holstein zu beiden Seiten des Kanals begrenzt werden müsse im Süden von der alten Grenze zwischen Holstein und Lauenburg und im Norden von der neuen Südgrenze Dänemarks. Mit der Rettung Nordschleswigs und des ungeteilten Schleswig-Holsteins war es also nichts. Der neue Staat sollte nichts weiter als ein gefügiger Puffer gegen Deutschland werden.

Die bisher besprochenen Pläne der Rendsburger haben außenpolitisch, obwohl sie Verbindung mit der Entente gesucht und gefunden haben, praktisch keinen Schaden angerichtet. Aber es gab Rendsburger, die für noch andere

Digitized by Google

Eventualitäten als die Kanalzone Pläne auf der Pfanne hatten. Und die haben den Rechtskampf Schleswigs um seine wirkliche nationale Grenze sehr erschwert. Darüber hat ein Mitglied der Rendsburger Bewegung, der Gutsbesitzer Schwerdtfeger aus Johannisberg der Öffentlichkeit Aufklärung gegeben. Danach richtete man sich in gewissen Kreisen der Rendsburger nicht nur auf einen unabhängigen Staat Schleswig-Holstein sondern für bestimmte Fälle sogar auf einen dänischen Bundesstaat Schleswig-Holstein ein. Der sollte dann ins Auge gefaßt werden, wenn die Entente die Idee des ungeteilten schleswig-holsteinischen Kanalschutzstaates ablehnte. Es waren Thomsen und Schwerdtfeger, die diese Idee mehr oder minder öffentlich ausgesprochen haben. Und es waren jene uns schon bekannten Renegaten Wall-Obdrup und Fischer-Mühlenbrück, die die Verbindung zwischen ihnen und dem nach ganz Schleswig gierenden Eiderdänentum herstellten. Es nützte nichts, daß sie genau nach der oben gekennzeichneten politischen Methode des „Deutschen Ausschusses" behaupteten, ihr Ziel sei die Erhaltung ganz Schleswig-Holsteins bei Deutschland, und erst wenn dies nicht möglich sei und wenn außer Nordschleswig auch noch ein schleswig-holsteinischer Kanalstaat abgetrennt würde und wenn die Entente die Idee eines selbständigen Schleswig-Holstein ablehnte, erst dann wären sie bereit, mit dem ganzen Schleswig nach Dänemark einzugehen. Es nützte nichts — denn die Eiderdänen und ihre französischen Mitspieler kümmerten sich den Teufel um die eigentlichen Ziele dieser Rendsburger Ableger und hörten und verwerteten vor allem nur das Eine: Entgegen der offiziellen dänischen Ablehnung Südschleswigs gibt es in der 3. Zone einflußreiche deutsche Vertreter, die sich mit dem Gedanken, an Dänemark zu kommen, ausgesöhnt haben. Indem die „Rendsburger Bewegung" solche Auffassungen möglich machte, ist sie in den schwe-

Digitized by Google

ren Wochen, da das Schicksal Schleswigs von der Einigkeit seiner Bevölkerung und von der standhaften Vernunft der dänischen Regierung und der Mehrheit des dänischen Volkes abhing, ihrem engeren Vaterland geradezu in den Rücken gefallen.

Die Furcht vor der Kanalzone bewies sich am 7. Mai als unbegründet. Auch die 3. Zone hat nur wenige Wochen die Bevölkerung Schleswig-Holsteins geängstigt. Dagegen zeigte sich sehr bald nach dem Zusammenbruch, daß von Flensburg die Entscheidungsfrage nicht fernzuhalten war. Flensburg rüstete schon in den ersten Wochen nach dem Zusammenbruch zum Kampf. Es ist bis zum Schluß die Zentrale der ganzen deutschen Abwehrbewegung gewesen. Auf Flensburg richtete sich von Monat zu Monat mehr die Hauptstoßkraft der Dänen. Der Kampf um die ganze zweite Zone ist schließlich ein Kampf um Flensburg, ein Kampf um sein Vor- und Hinterland geworden. Demgemäß ist hier die Bevölkerung im Laufe eines Jahres politisiert wie kaum anderswo in Deutschland. Hier gab es wirklich eine Einheitsfront zwischen Männern und Frauen, Arbeitern und Bürgern — keinen faulen weil innerlich unwahren Burgfrieden aber eine entschlossene Arbeits- und Kampfgemeinschaft um und für eine Sache, die mit dem Parteikampf nichts zu tun hatte sondern allen Parteien erst die Grundlage wirklichen Handelns geben sollte. Während in der ganzen übrigen ersten und zweiten Zone der Hauptkampf um die Seele des Bauern ging, ward in Flensburg entscheidend um die Stimme des Arbeiters, des Kaufmanns, des Beamten gerungen. Die Kollegien dieser Stadt haben von Anfang an sich der Höhe ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt. Und die Flensburger Arbeiterschaft und ihre politische Vertretung dürfen es sich zum Ruhme anrechnen, gefährlichen wirtschaftlichen Lockungen zum Trotz der großen deutschen Arbeitsgemeinschaft die Treue gehalten und den deutschen Sieg in Flensburg zum großen Teil mitentschieden zu haben.

Digitized by Google

Der Kampf in Flensburg ist von Anfang an auf beiden Seiten stark mit wirtschaftlichen Argumenten versetzt gewesen. Das war natürlich, da Flensburg der wichtigste Exponent des wirtschaftlichen Lebens von ganz Schleswig war. Jede Veränderung am Wirtschafts-Körper Schleswigs mußte sich in Flensburg wirtschaftlich fühlbar machen. Ob die Stadt nun eine südliche dänische oder eine nördliche deutsche Grenzstadt wurde, immer verlor sie einen großen Teil ihres wirtschaftlichen Umlandes. Die dänische Agitation ist von Anfang an von der Tatsache desVerlustes der ersten Zone ausgegangen, und ihr Flensburger Führer, der Rechtsanwalt Ravn, hat schon bald nach dem Zusammenbruch den Flensburgern die Schwierigkeit der dann für sie entstehenden wirtschaftlichen Situation geschildert. Leider hat das Flensburger Deutschtum im Anfang aus verfehlter Taktik heraus diese Schwierigkeiten selber zu stark hervorgesucht — in der guten Absicht natürlich, damit eben die Unmöglichkeit der Claußen-Linie und die Notwendigkeit, daß die erste Zone bei Flensburg und damit bei Deutschland bleibe, zu beweisen. Die Gegenseite aber folgerte sofort das Gegenteil daraus, nämlich daß Flensburg um seiner selbst willen „mit müsse". Als das Deutschtum sich aus der ersten Protestlerstimmung heraus zu einer nüchternen Beurteilung der Sachlage hindurchgearbeitet hatte und die Dinge ruhig übersah, bemerkte es, daß Flensburg auch ohne das nordschleswigsche Hinterland wirtschaftlich mobil erhalten und gemacht werden konnte. Gerade der Flensburger Handelskammer verdankt das Deutschtum ausgezeichnete Statistiken über die Größe der Abhängigkeit, in der Flensburg immer gerade vom Süden gelebt hat.

Schon in dieser ersten Periode wurde der deutsche Kampf gerade in Flensburg verunreinigt durch eine Reihe von bisher deutschen Männern, die offen zum Feinde überliefen. Von dem Großkaufmann Hübsch, dem reichsten Manne der Stadt, der seinen Reichtum im Kriege

Digitized by Google

nicht unwesentlich vergrößert hatte, haben wir in anderem Zusammenhange schon geredet. Er war schon immer der Typ des rücksichtslosen Geschäftsmannes gewesen, der seelische und Gemeinschaftswerte nur nach persönlichen Interessen maß. Er war nicht kleinlich — weder im Geldverdienen noch im Geldausgeben, auch für wohltätige Zwecke. Er hat keine offene Propaganda getrieben, aber — zur Rede gestellt — auch nie geleugnet, daß er es für das Beste halte, Flensburg und Schleswig rückten mit nach Norden. Wieweit persönliche Steuerscheu und Furcht vor Vermögensverlusten ihn beeinflußt haben, möchte ich nicht entscheiden. Unangenehm fiel seine gesellschaftliche Streberei auf. Der Mann, der vor dem Kriege das Unmögliche möglich machte, um mit deutschen Offizieren, Adeligen oder gar Fürsten in persönliche Berührung zu kommen, ist der einzige Flensburger Bürger gewesen, der sich bemüht hat, mit der Internationalen Kommission gesellschaftliche Verbindungen anzuknüpfen, auf die die Kommission selber ebensowenig wie das Flensburger Bürgertum Wert gelegt hat.

Eine ebenso peinliche Erscheinung — peinlicher insofern, als sie mit den gröbsten Mitteln in den Kampf um Flensburg eingriff, war der sozialdemokratische Stadtverordnete Waldemar Sörensen. Gewiß war er in Nordschleswig geboren. Aber daß der Mann, der der sozialdemokratischen Partei jahrelang ihre Flugblätter ins Dänische übersetzt hat, niemals dänisch gedacht und gefühlt hat, zeigt die Tatsache, daß er Ende Oktober einer der ersten, sogar der einzige Flensburger Arbeiterführer war, der in den „Deutschen Ausschuß" eintrat (dessen ersten Aufruf nun für die Geschichte sein Name mitziert), und daß mit auf sein Betreiben die Städtischen Kollegien Flensburgs für den „Deutschen Ausschuß" und seine Zwecke ihr erstes Geld bewilligt haben. Aber nicht einmal das ist ihm vorzuwerfen, daß er, als die Sachen zur Entscheidung kamen, seine dänische Gesinnung entdeckte.

Digitized by Google

So etwas ist psychologisch möglich. Aber Verrat war es, daß er sofort nach seinem Stellungswechsel, der immerhin eine Angelegenheit seines Herzens sein mochte, mit seinem Namen und mit der Position, die ihm deutsche Arbeiter gegeben hatten, nun aktiv in den Kampf eingriff und zwar mit den niedrigsten Mitteln, deren sich die dänische Propaganda bedient hat. Sörensen ist es gewesen, der von Anfang an das ökonomische und physiologische Elend der kleinen Leute des Abstimmungsgebietes ausgenutzt hat zu politischen Zwecken. Er hat schon im Frühjahr 1919 die dänische Versendung von Lebensmittelpaketen und von Seife an von ihm gesammelte Adressen in Flensburg arrangiert und so aus dem geistigen Kampf mit Argumenten einen Kampf um den Magen gemacht. Er hat bei den unpolitischen Ferienreisen der Kinder nach Dänemark eine Hauptrolle gespielt. Es war naturgemäß, daß bei dem Benehmen dieses Mannes, der gleichzeitig in Fridericia zusammen mit den eifrigsten dänischen Chauvinisten für die Danewirkegrenze warb, allmählich der Gedanke sich befestigte, daß es ihm bei dem ganzen Stellungswechsel hauptsächlich auf seine Person, seinen Ehrgeiz und sein Wohlleben ankam — etwas, wozu gewisse Züge und Ereignisse seines früheren Lebens gut paßten.

Es gab noch eine ganze Reihe schwankender Gestalten in Flensburg, unter den Kaufleuten, unter den Beamten, unter den Arbeitern. Einigen werden wir später noch begegnen. Es ist natürlich, daß sich die tiefste Erbitterung aller anständigen Staatsbürger gegen sie richtete und daß der nationale Kampf und seine Methoden durch diese Erscheinungen nicht nur in Flensburg sondern im ganzen Abstimmungsgebiet übel beeinflußt wurde. Vor seinen rabiatesten dänischen Gegnern hat das Deutschtum bis zuletzt den jeder Gesinnung schuldigen Respekt gehabt. Die wirklichen Dänen Flensburgs, ein Rechtsanwalt wie Ravn, ein Kaufmann wie Poulsen, haben immer Achtung

Digitized by Google

genossen. Wo gegen sie in der Hitze des Gefechts über den Strang geschlagen wurde, ist nach Möglichkeit Remedur geschaffen. Männer wie Sörensen in Flensburg und Petersen inFriesland habendemAbstimmungskampfezum Schluß manchmal Formen gegeben, die tief bedauerlich waren.

Die Fraktion der Sozialdemokraten im Flensburger Rathaus hat ihren Parteigenossen Sörensen, sobald er seinen Stellungswechsel öffentlich bekannt gemacht hatte, ausgeschlossen. Sie hat den Kampf gegen ihn und einen anderen Arbeitervertreter, der uns noch beschäftigen wird, am schärfsten geführt — ebenso wie jenseits der Königsau ihre dänischen Parteigenossen das Treiben dieser deutschen Renegaten und ihre widernatürliche Arbeitsgemeinschaft mit den konservativen Chauvinisten am stärksten gegeißelt haben. Die Flensburger Sozialdemokratie ist für die Haltung der Arbeiterschaft im ganzen Abstimmungsgebiet maßgebend gewesen. Ihr Organ hat immer wieder dem Arbeiter in seiner Sprache und mit seinen Argumenten die Vorteile und Nachteile eines Ansschlusses ruhig aber entschieden auseinandergesetzt. Sie hat sich von Anfang an fest auf den Rechtsstandpunkt der deutschen Regierung gestellt. Sie hat dem dänischen Gegner sein Recht gelassen. Sie hat den Stimmstreikbeschluß von Anfang an bekämpft. Sie ist hierbei und bei anderen Fragen des öfteren mit dem „Deutschen Auschuß" in Konflikte geraten. Aber ihre Methode des sachlichen Kampfes gegen den dänischen Gegner und der ruhigen Untersuchung der nordschleswigschen Frage hat viel zur Versachlichung des ganzen Kampfes und zu seinem endlichen Erfolge beigetragen. Wäre im Februar die Stimmung der ganzen ersten Zone so gewesen wie die der deutschen Arbeiter, so hätten wir nicht gesiegt — das war unmöglich — aber unser Erfolg wäre größer gewesen.

Digitized by Google

4. DER DÄNISCHE GEGNER

Als der dänische Reichstag sich am 23. Oktober in Geheimsitzung versammelte, um zum schleswigschen Problem Stellung zu nehmen, glaubte kein verantwortlicher Politiker, daß im Ernste mehr als Nordschleswig, das heißt die Kreise, Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und ein Teil von Tondern, an Dänemark zurückfallen würden. Darüber hat das Mitte Januar 1920 von der dänischen Regierung herausgegebene Weißbuch klare Auskunft hergestellt. Es war der Führer der Linken J. C. Christensen, der damals erklärte: „Wir wünschen, falls die Grenze in Schleswig verschoben werden soll, daß die neue Grenze eine Grenze der Gesinnung wird, so daß diejenigen, deren Herzen an Deutschland hängen, an Deutschland kommen, und diejenigen die nach Dänemark wollen, auch nach Dänemark können. Das eiderdänische und das dänischerseits beanspruchte historische Recht ist hinfällig geworden." Und selbst der Führer der Konservativen, Alexander Foß, hielt damals eine Grenze, die nicht „im guten Einverständnis mit Deutschland erfolgt" sei, für unerwünscht. Beutepolitik auf Kosten des geschlagenen Deutschland zu machen, konnte freilich den Dänen damals um so weniger in den Sinn kommen, als die ganze Größe der deutschen Niederlage noch nicht zu übersehen war. Und es war ein Zeichen nicht nur staatsmännischer Mäßigung sondern auch politischer Klugheit, daß der dänische Außenminister Skavenius den Gedanken einer Lösung der schleswigschen Frage auf Grund des historischen Rechts von vornherein ablehnte. Damit vermied er nämlich nicht nur die Aufrollung des jahrhunderte langen Streites um das Recht Dänemarks auf Schleswig sondern auch ein Eingehen auf die für Dänemark verbindlichen Abmachungen von 1907. „Alle Begründungen aus der Historie sind relativ. Deutsch-

Digitized by Google

land kann nicht ohne Recht den Besitz der Nordschleswigschen Kreise als historisch begründet ansehen." Indem sich die erste außenpolitische Autorität Dänemarks auf diesen Standpunkt stellte, strafte sie die gleichzeitigen Ausführungen des Abgeordneten H. P. Hanssen im Deutschen Reichstag Lügen, der sich auf die aus dem § 5 des Prager Friedens hervorgehenden Rechte berief. Die Vermischung dieser beiden Gesichtspunkte, des lebendigen und des historischen Rechtes, werden wir im Laufe des Kampfes um Schleswig bei den Dänen genau so treffen wie bei der deutschen Gegenseite. Der ganze spätere Kampf der Dänen um die zweite und dritte Zone Schleswigs ist mit historischen Argumenten geführt.

Wir haben schon oben gesehen, daß im ersten Stadium der Verhandlungen noch durchaus eine Möglichkeit zu bestehen schien, die nordschleswigsche Frage zwischen Deutschland und Dänemark allein und direkt zu lösen. Der Reichstagsentschluß vom 23. Oktober enthielt nicht die geringste Andeutung darüber, daß Dänemark oder die Dänen Nordschleswigs sich an die Alliierten zu wenden beabsichtigen. Die dänischen Nordschleswiger und ihre politische Vertretung, der Wählerverein, hatten zu der Grenzfrage bis dahin offiziell überhaupt noch nicht Stellung genommen. Dagegen war nicht nur H. P. Hanssen und sein Gesinnungsgenosse Nissen-Wiby sondern auch ihr nachmaliger erbittertser Gegner, Kloppenburg-Skrumsager, damals der gleichen Meinung wie der dänische Reichstag und seine Parteien. In dem Tagebuch, das H. P. Hanssen im Mai 1920 in seinem Blatte „Heimdal" veröffentlichte, hat er erzählt, wie am 9. Oktober er mit seinen beiden Kollegen aus dem preußischen Landtag darüber einig gewesen sei, die Bewegung auf die Forderung zu beschränken, daß das, was wirklich nach Sprache und Gesinnung dänisch sei, Dänemark zurückgegeben werde. Man zog auf der Karte eine Grenzlinie, die der Südgrenze der späteren ersten Zone

Digitized by Google

entsprach. Es war diese Grenze, die H. P. Hanssen in Besprechungen mit Parlamentariern und Regierung in Berlin vertreten hat. Ich weiß nicht, ob der Brief Solfs mit der Absicht geschrieben ist, der am 17. November in Apenrade tagenden Sitzung des dänischen Wählervereins als Grundlage zu dienen. Auf jeden Fall kam er gerade zur rechten Zeit, um die bestehende Möglichkeit einer deutsch-dänischen Verständigung nicht von vornherein zu verschütten. Schon dadurch ist er als politisch zweckmäßig und notwendig erwiesen. Denn auch die sogenannte Erste Apenrader Entschließung ließ der von uns erhofften gemeinsamen deutsch-dänischen Lösung noch durchaus Raum. Zwar forderte man jetzt bereits die En-bloc-Abstimmung für die ganze später so genannte erste Zone und schränkte das Stimmrecht auf diejenigen ein, die in Nordschleswig geboren oder 10 Jahre dort wohnhaft gewesen waren. Auch hatte die schon im Oktober einsetzende Agitation des in Flensburg gegründeten „Mittelschleswigschen Ausschusses" und seiner reichsdänischen Hintermänner bereits soviel Boden gewonnen, daß man den an Nordschleswig angrenzenden Gebieten Mittelschleswigs (von Flensburg war nicht die Rede) das Recht zusprach, durch besondere Abstimmung zu erkennen zu geben, ob sie an Dänemark zurückfallen wollten. Aber in der ganzen Resolution deutete nichts darauf hin, daß man mit einer Einmischung der Entente rechnete. Ein direkter Hinweis hierauf findet sich, wie wir oben gesehen haben, erst in dem Briefwechsel Hanssen-Skavenius gelegentlich der durch Hanssen den dänischen Außenminister via Berlin (Dänische Gesandtschaft) übermittelten Resolution vom 25. November. Hier erst erklärte Skavenius, daß „sich die dänische Regierung nunmehr an die Alliierten Regierungen wenden werde, um bei den Verhandlungen über den Weltfrieden für das Recht der Nordschleswiger Anerkennung zu erlangen." Daß die Entente bei dieser

Digitized by Google

Schwenkung mit im Spiel war, ist höchstwahrscheinlich. Sicherlich hat aber auch die dänische Opposition, die dem verhaßten Ministerium Zahle in der nordschleswigschen Frage ein Bein nach dem andern gestellt hat (auch dann, wenn sie sachlich dessen Stellungnahme gutheißen mußte) den nötigen Druck ausgeübt. Es war die Zeit, in der die Flensburger Dänen sich zu einer Filiale der Kopenhagener Opposition gegen Zahle etablierten und wo „Flensborg Avis" begann, für die Nordschleswig-Ansichten der reichsdänischen Opposition maßgebend zu werden. Daneben ist aber auch die deutsche Taktik an dieser plötzlichen Wendung zweif.llos mitschuldig. Daß die preußische Zentrale in Berlin nichts tat, um praktisch zu zeigen, daß das alte Preußen tot war (Aufhebung der antidänischen Gesetzgebung undVerordnungen) — daß von Schleswig aus dieselben Männer, die die frühere Zwangspolitik mitgemacht hatten, trotz der eifrigen Bemühungen des Beigeordneten Adler weiter zu regieren verstanden, — daß bis auf die Sozialdemokratie und wenige Eingänger (unter ihnen die „Schleswigsche Grenzpost" in Hadersleben) das ganze Land die Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechtes durch die Regierung immer wieder in flammenden Protesten angriff, — daß die nordschleswigschen Arbeiter- und Soldatenräte, die Organe der sogenannten Revolution, der neuen nationalen Situation verständnislos gegenüber standen und zum Teil mit dem Deutschen Ausschuß Arm in Arm auf dem Selbstbestimmungsrechte herumtrampelten, all dies und zahlreiche kleine Einzelerscheinungen und Einzelfälle waren durchaus ungeeignet, den Dänen, auch den Gemäßigten, denen an einer Verständigung mit Deutschland lag, Glauben und Zutrauen in einen wirklich ernsten Willen des Deutschtums zu einer wirklichen Abstimmung einzuflößen. Ich glaube nicht, daß Deutschland schuld ist an dem Scheitern dieser Möglichkeit. Aber es scheint mir sicher, daß die deutsche Taktik den Bruch erleichtert und beschleunigt hat.

Digitized by Google

Mit dem Briefe des Herrn Skavenius war das Schicksal der Deutschen Berlin aus der Hand genommen (wie es jene unbegreifliche Kundgebung des Deutschen Ausschusses vom 30. November wünschte) und an das Versailler Diktat gekettet. Von nun an waren aller Augen in Nordschleswig mehr nach Paris als nach Berlin und Kopenhagen gerichtet.

Wenn man heute nachträglich die Entwickelung der deutschen und dänischen Psychologie in Bezug auf Nordschleswig betrachtet, so sind die beiden Völker genau entgegengesetzte Wege gegangen. Die Deutschen entwickelten sich vom unpolitischen und rücksichtslosen Protest im Laufe eines Jahres zu einer auf festem prinzipiellen Rechtsboden stehenden Einheitsfront, die schließlich in einer auch dem Gegner imponierenden Geschlossenheit den Endkampf geführt hat. Die Dänen haben im Laufe eines Jahres ihren anfänglichen Rechtsboden immer mehr verlassen und in wachsender chauvinistischer Verblendung und gegenseitiger Bekämpfung sich in Hoffnungen und Fantasien verrannt, deren Scheitern ihrer lange Jahre hindurch ersehnten Wiedervereinigung die einheitliche Freude geraubt hat.

Die dänische Regierung hat in diesen ersten Monaten alles getan, das dänische Nordschleswig-Programm in der ihm durch den Reichstagsbeschluß vom 23. Oktober gegebenen Begrenzung aufrecht zu erhalten. Am 6. Dezember hat der dänische Außenminister auf einem zu Ehren H. P. Hanssen's gegebenen Bankett eine Grenze gefordert, die auf beiden Seiten ein Minimum an nationalen Minoritäten in sich schlösse: „Wir wollen niemanden zwingen oder knechten." — Am 27. Januar hat Ritzau's Büro eine halbamtliche Kundgebung gebracht, nach welcher jede Erwerbung nichtdänischer Gebiete für Dänemark eine Schwächung bedeute und eine Stadt wie Flensburg trotz der 3401 Stimmen, die sich dort für Dänemark erklärt hatten, als deutsche Stadt anzusehen sei. Gegen die

Digitized by Google

Entsendung nichtoffizieller Quertreiber gegen die von der Mehrheit des Königreichs und des dänischen Schleswigs gebilligte Politik hat die dänische Regierung scharfe Stellung genommen. Sie hat in Paris nur das vertreten, was dem Willen der Volksmehrheit entsprach. Noch kurz vor Bekanntwerden der Versailler Bedingungen hat der Verteidigungsminister Munch sich dafür ausgesprochen, daß das neue Dänemark ein reines nur von Dänen bewohntes Land sein dürfe.

Die Haltung der dänischen Regierung war bis zum Staatsstreich korrekt — auch gegenüber Deutschland. Freilich war sie abhängig von dem Willen des dänischen Volkes, und konnte nicht gegen die Mehrheit der dänischen Nordschleswiger regieren. Hier aber stiegen von Monat zu Monat die Forderungen höher.

Der „Mittelschleswigsche Ausschuß" — finanziell vom Königreiche her immer reichlich unterstützt, was bei den Valutaverhältnissen nicht schwer war — begann in Mittelschleswig eine offene, in Südschleswig eine geheime Propaganda zu entfalten, die weniger mit ihren historischen als mit ihren ökonomischen Argumenten wirkte. Im späteren Wahlkampf haben ökonomische Diskussionen eine große Rolle gespielt. Der Flensburger Dänenführer Christian Ravn kann den Anspruch erheben, als erster mit ökonomischen Steuerargumenten öffentlich für Dänemark Stimmen geworben zu haben. Die offene Propaganda in Mittelschleswig stieß in den reichsdeutschen Kreisen auf große Widerstände. Schon damals bei Beginn des Kampfes um Schleswig haben fast alle dänischen Versammlungen automatisch als deutsche Kundgebungen geendet. Wirksamer als die offene war die unterirdische Propaganda, bei der Geld und Naturalien, Ehrgeiz und die Hoffnung auf spätere Versorgung eine Rolle spielten. In Mittelschleswig, wo die deutsche Bevölkerung durch den nachbarlichen Gegensatz gegen die Dänen national geschärft war, hatten die Dänen wenig Erfolge. Über-

raschend war, welch relativ günstige Aufnahme sie in Südschleswig, in rein deutschen Kreisen, fanden. Bis Eiderstedt, Schleswig-Stadt, Kappeln gingen ihre Sendboten. Und überall besonders in Eiderstedt fanden sie nicht nur Gläubige sondern auch Männer, die sich in ihren Propagandadienst stellten. Das hatte mit nationalen Empfindungen oder Erinnerungen natürlich nichts zu tun. Es waren innerpolitische und wirtschaftspolitische Abneigungen (Angst vor Bolschewismus, Widerspruch gegen Zwangswirtschaft, Steuerscheu usw.), die die Deutschen gefügig machten. Freilich das Gewand ihrer Argumente war immer ein außenpolitisches oder historisches. Herr Wall-Obdrup sowohl wie Herr Waldemar Sörensen haben sich immer auf § 5 oder den Wall der Königin Thyra berufen. Diese Agitation begann frühzeitig und war schon Mitte Dezember bis in die äußerste Spitze von Eiderstedt vorgedrungen, wo in St. Peter ein Badehausbesitzer die Fäden der dänischen Propaganda in der Hand hatte.

In Flensburg selber kam die Bewegung zunächst schwer vorwärts, wenngleich die 3401 Stimmen, die sich dort für Dänemark erklärten, gegenüber den paar hundert dänischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl eine Überraschung boten. Hier mußte noch mit ganz anderen ökonomischen Mitteln gearbeitet werden, ehe an Erfolg zu denken war. Auch die Abstimmung im Flensburger „Verein für Handel und Industrie" und die Antworten, die Rechtsanwalt Ravn auf seine Eingabe an die Städtischen Kollegien erhielt, zeigten, daß trotz Herrn Hübsch und seiner Kopenhagener Reden die weitaus große Masse der produktiven städtischen Bevölkerung gegen die dänischen Argumente gefeit war. Immerhin gelang es den dänischen Drahtziehern in Mittel- und Südschleswig in Verbindung mit den offenen und geheimen deutschen Renegaten doch bald, in Kopenhagen und Paris den Eindruck zu erwecken, daß in Mittel- und Südschleswig ein starkes deutsch sprechendes „Heimdänentum" (wie sie es gerissener Weise

Digitized by Google

nannten) vorhanden sei, das sich lediglich unter dem noch immer unveränderten preußischen Beamtendruck nicht hervorwage. So entstand zunächst bei den nordschleswigschen Dänen, dann in Kopenhagen und Paris der Glaube an ein deutsches Gewaltregiment, das bei der kommenden Abstimmung vor allen Dingen und in möglichst weitem Umkreis um das Abstimmungsgebiet beseitigt werden müsse. Als am 30. Dezember der Wählerverein wieder zusammentrat (sogenannte Zweite Apenrader Resolution), hängte er seinem Beschluß, bei den bevorstehenden deutschen Nationalwahlen nicht abzustimmen, sowie seiner Feststellung, daß die Dänen Nordschleswigs noch immer an ihrer Resolution vom 17. November sowie an der Reichstagsresolution vom 23. Oktober festhalten, einen scharfen Protest gegen das deutsche Gewaltregiment in Mittelschleswig an sowie eine Bitte an die dänische Regierung, dafür sorgen zu wollen, daß der Friedenskonferenz diese Tatsachen, die das Selbstbestimmungsrecht für Mittelschleswig illusorisch machten, bekannt werden. Die reichsdänische oppositionelle Presse schlug weithin Alarm. Das Märchen von dem unterdrückten Dänentum in Mittelschleswig (und natürlich erst recht in Südschleswig) war geboren und hat den ganzen Abstimmungskampf beherrscht.

Unter dem Eindruck solcher Hetz- und Schwindelnachrichten, die nicht nur von Kopenhagen aus in die öffentliche Meinung Europas drangen, sondern durch die gute Verbindung, die die Kopenhagener Opposition mit den dortigen Ententemissionen hatte, auch den alliierten Mächten suggeriert wurden, ist sowohl das an und für sich ruhige und gemäßigte nordschleswigsche wie auch das Dänentum des Königreiches, vor allem aber auch die Regierung weiter und weiter gedrängt worden. Man willigte (nicht ohne Zusammenhang mit der Agitation gewisser Flensburger Firmen) in eine Einbeziehung Flensburgs in

Digitized by Google

das Abstimmungsgebiet, wovon bisher nie die Rede gewesen war. Man sprach nicht mehr von dem Abstimmungsrecht jener 8—10 Gemeinden Mittelschleswigs, in denen nach bisheriger Auffassung ein starkes Dänentum vorhanden war, sondern man verlangte die Abstimmung für das ganze Mittelschleswigsche Gebiet, wo immer ein Däne saß. Der Grundsatz eines Minimums von nationalen Minoritäten auf beiden Seiten der neuen Grenze war also fallen gelassen. Die dänische Regierung versuchte festzubleiben. Aber dem stürmischen Drängen von allen Seiten her mußte sie Konzession auf Konzession machen.

Wie unklar und utopisch zum Teil die Gedanken und Hoffnungen des dänischen Volkes damals waren, zeigen jene Versammlungen in Fridericia und Kolding, an denen aus Schleswig Waldemar Sörensen und H. P Hanssen teilnahmen. Mit welchen Mitteln die Dänen in Mittelschleswig und besonders in Flensburg ihre Unterschriften sammelten, zeigt jener Doppeltext ihrer Petitionen, auf denen die Deutschen etwas ganz anderes unterschrieben als die Dänen. Wie in Paris der bekannte Berichterstatter der „Berlingske Tidende", Franz von Jessen die Hoffnungen der kleinen Flensburger Dänenkolonie immer wieder anstachelte, geht aus seiner Meldung von Anfang März hervor, nach der die Landgemeinden rings um Flensburg es vollkommen in der Hand hätten, ein deutsch votierendes Flensburg zu zernieren und nach Dänemark hinüberzustimmen. Stimmungsmache war überhaupt eines der Dinge, auf die sich die Dänen weit besser verstanden als die schwerfälligen Deutschen. Zuerst sollte überhaupt keine Abstimmung stattfinden sondern das Land bis zur Schlei einfach an Dänemark zurückgegeben werden. Dafür kämpfte eine ganze Zeit lang besonders das Kopenhagener Boulevard-Blatt „Vort Land." Dann sollte die Abstimmung zwar stattfinden, aber nur der Form halber, da die neue Grenze südlich Flensburg doch schon festgelegt sei. Später sollten die Stimmen gewogen und nicht

Digitized by Google

gezählt werden. Immer gab es etwas anderes, etwas „ganz Sicheres", und immer war das Schicksal der Deutschen schon entschieden. Durch diese Stimmungsmache haben sich viele unserer Landsleute ins Bockshorn jagen lassen. Viel Aktivität ist diesen dänischen Kniffen zum Opfer gefallen.

Was übrigens den Gedanken betrifft, Nordschleswig könnte ohne Abstimmung durch einfache Abtretung an Dänemark fallen, so scheint es Anfang 1919 eine Situation gegeben zu haben, in der man ernsthaft mit dieser Ungeheuerlichkeit rechnen mußte. Freilich nicht in dem Sinne, den der Deutsche Ausschuß im Auge hatte, wenn er der deutschen Regierung die Absicht einer „plumpen Grenzverschiebung" unterschob, sondern so, daß die Entente, ohne Deutschland oder die nordschleswigsche Bevölkerung zu fragen, das Abstimmungsgebiet einfach Dänemark übergab. Am 27. Januar nämlich brachte Ritzau's Büro eine schon oben zitierte Erklärung der dänischen Regierung, die unter anderem folgenden Satz enthielt: „Sollte es sich wider Erwarten zeigen, daß die Abstimmung im dänischen Nordschleswig nicht durchgeführt werden kann — was anzunehmen die Regierung keinen Grund hat — so muß die in Punkt 2 der Apenrader Entschließung erwähnte Grenze gelegt werden, da man nicht daran zweifelt, daß der nördlich von dieser Linie liegende Teil von Schleswig ohne Abstimmung Dänemark zufällt." Und nachdem den „angrenzenden Bezirken Mittelschleswigs" noch einmal das Recht der gemeindeweisen Abstimmung zuerkannt war, heißt es von diesen wörtlich weiter: „Falls es auch diesen Bezirken unmöglich sein sollte, es zur Abstimmung zu bringen — was anzunehmen die Regierung keinen Grund hat — meint man doch einzelne Gemeinden südlich von der Grenze aufnehmen zu können, die unzweifelhaft die dänisch redende Mehrheit besitzen. Anders liegt dagegen die Frage wegen Flensburg und näherer Umgebung. Man wird sich nicht darauf ein-

Digitized by Google

lassen können, daß diese Bezirke ohne ausdrückliche durch freie Abstimmung erzielte Willenskundgebung mit Dänemark vereinigt werden, da sie zweifelsohne eine überwiegend deutsche Bevölkerung besitzen." — Was diesen Hypothesen zu Grunde lag und was hinter den Kulissen in Paris damals vorgegangen war, ist heute noch schleierhaft. Es war auf jeden Fall sehr merkwürdig, daß die dänische Regierung in einer offiziösen Erklärung feierlich ihre Stellung festlegte gegenüber einer Sache, von der sie selber sagte, daß sie keinen Grund habe, an sie zu glauben.

Wie die dänische Regierung so hat auch die politische Leitung der dänischen Nordschleswiger sich gegen die steigenden Wogen des von Flensburg und Kopenhagen aus aufgepeitschten Nationalradikalismus tapfer gewehrt. Der Lage der Dinge nach — leider — jeden Monat mit weniger Erfolg. Noch Ende Januar 1919 hielt H. P. Hanssen es für möglich, daß die Abstimmung unter paritätischer deutsch-dänischer Beamtenschaft vor sich ginge und daß Truppen — eventuell neutrale — nur für den Notfall zur Besatzung herbeigerufen zu werden brauchten. Es war die Zeit, in der er mit dem Tonderaner Landrat Böhme über die Zusammenseztung einer deutsch-dänischen Schlichtungskommission verhandelte, die schon vor der Abstimmung für Ruhe und gegenseitige Duldung sorgen sollte. Daß Hanssen in diesen Wochen trotz der immer wilder werdenden Agitation, die sich unter Führung von Christiansen-Flensburg, Grau-Sonderburg und Kloppenburg-Skrumsager auch gegen ihn persönlich zu wenden begann, noch unbestritten die geschlossene Mehrheit der nordschleswigschen Dänenschaft hinter sich hatte, zeigten Ende Januar die Neuwahlen zum Aufsichtsrat des Wählervereins, die im allgemeinen eine Wiederwahl der alten zumeist Hanssenschen Gefolgsleute brachte. Aber er wie seine Gefolgschaft konnten diese Führung nur behaupten, indem sie selber der aufgehetzten Masse Kon-

Digitized by Google

zessionen machten. Die gefährlichste war diejenige, die Flensburg betraf und auf einer Sitzung von Vorstand und Aufsichtsrat des Wählervereins am 8. Februar einstimmig gutgeheißen wurde. (Sogenannte 3. Apenrader Entschließung). In ihr bekräftigte man noch einmal, daß man auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes stand, stellte aber ausdrücklich als Forderung auf, daß „Flensburg nicht von Dänemark ausgeschlossen wird, ehe es unter freien Verhältnissen Gelegenheit gehabt hat, mit Kundgebungen hervorzutreten, die danach die Grundlage für die Entscheidung bilden." Das besagte aber nichts weiter, als daß Flensburg auch ohne regelrechte Abstimmung zu Dänemark geschlagen werden könne. Es bedeutete, wie H. P. Hanssen's Organ „Heimdal" sich ausdrückte, einen klaren Bruch mit dem Selbstbestimmungsrecht. Es ging mit den Dänen wirklich umgekehrt wie mit den Deutschen. Die Deutschen Nordschleswigs begannen mit der Politik des unversönlichen Up-ewig-ungedeelt-Standpunktes und endeten mit dem Selbstbestimmungsrecht. Die Dänen gingen vom Selbstbestimmungsrecht aus und landeten bei der offenen Annektion.

Trotz alledem hat es zwischen den gemäßigten Dänen in Dänemark und Nordschleswig und den besonnenen Elementen in Deutschland während des ganzen Schleswig-Kampfes eine Art ungewollter Kampfgenossenschaft gegeben. Dem Ministerium Zahle ist deswegen der Vorwurf gemacht, es betriebe einen „deutschen Kurs." Wir Deutsche sind verkappte Dänenfreunde, Illusionisten, Schlappmacher und weit Schlimmeres gescholten worden. Diese unbewußte Kampfgenossenschaft war gar nicht so auffällig, wie es den Ultras jenseits und diesseits der Königsau schien. Sie war nur der Ausdruck dafür, daß die nordschleswigsche Frage bei gutem Willen von beiden Seiten zu lösen war. Es gab zwischen einem moderaten Deutschen und einem moderaten Dänen immer

Digitized by Google

noch klaftertiefe Meinungsverschiedenheiten. Wir haben sie ausgefochten — in Rede und Schrift — scharf aber fair. Nur gegen die Verhetzung, gegen die Vertiefung der Gegensätze, gegen die Verschüttung späterer gütlicher Auseinandersetzungsmöglichkeiten haben wir hüben und drüben gleichmäßig angekämpft. Unser gegenseitiger Kampf ist dadurch reiner aber nicht unwirksamer geworden. Die Kampfmethoden des „Mittelschleswigschen Ausschusses" haben auf die Dauer nicht gewirkt. Parallele deutsche Methoden desgleichen. Wer auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes kämpfte, brauchte überhaupt keinen Gegner zu beschimpfen und keinen Andersgesinnten zu locken. Der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht bestand darin, daß jeder sein Volk in Ruhe sammelte und sich auf sich selbst besinnen lehrte.

Noch in diese erste Periode des Kampfes fallen die ersten Sendungen Schleswigscher Ferienkinder nach Dänemark. Damit begann ein für uns schwieriges und für die Dänen etwas dunkles Kapitel in der dänischen Propaganda. Daß es sich um Politik dabei handelte — besonders in Mittel- und Südschleswig — war sonnenklar und ist den Kopenhagener Liebesgaben-Onkel und -Tanten — ich spreche nicht von den Gebern sondern von den Organisatoren — später durch den Apenrader „Heimdal" deutlich gesagt worden. Die „unpolitische" Wohltätigkeit hörte nämlich südlich der 3. Zone plötzlich auf. Für die Kieler und Altonaer Kinder hatten die sonderbaren Philanthropen in Herrn Möllers Kopenhagener Büro kein Herz. Seltsamerweise erloschen auch mit der in Versailles gestrichenen Abstimmung der 3. Zone die Einladungen an Kinder dieser Gegend. Und während in Schleswig-Stadt hunderte von ihnen auf die in Aussicht gestellte Reise vergeblich warteten, stürzten sich die Paket-Amazonen des Herrn Möller auf die friesischen Inseln und entführten deren nahrhaften Gefilden Dutzende von Kindern, die es gar nicht nötig hatten — alles aus Menschen-

Digitized by Google

liebe. Es ist kein schönes Kapitel, diese „unpolitische“ dänische Wohltätigkeit in dem Lande, um das sich die ganze Politik Dänemarks drehte — unschön besonders deshalb, weil sie eine politische Ausnutzung unserer wirtschaftlich kläglichen Lage war. Es war unmöglich, nach dem immer wieder vorgetragenen Rezept mancher Rechtskreise unserer Provinz, diese Ferienreisen zu stoppen. Ein Versuch, größere Massen von Kindern bei den Bauern im südlichen Schleswig-Holstein unterzubringen, scheiterte kläglich. Die Arbeiter und besonders die Mütter der unterernährten Arbeiterkinder (wir waren im Frühjahr 1919!) hätten uns die Fenster eingeschlagen. Das wußten die Kopenhagener „Wohltäter.“ Und darum wandten sie sich mit ihren Einladungen und ihren Paketen, die sie bei jeder Reise mitbrachten, nicht ordnungsgemäß an die zuständigen Stadtverwaltungen sondern an die Arbeiterräte. Wir haben Fälle erlebt, in denen man von Kopenhagen aus die Arbeiterräte direkt ersuchte, den nötigen Druck auf die deutschen Behörden auszuüben, wenn diese einmal bei einer allzu plumpen „Wohltätigkeitsaktion“ Schwierigkeiten machten.

Ein anderes Propaganda-Mittel, mit dem die Dänen bald begannen, waren die für Arbeiter, Bauern, Handwerker, Beamten usw. arrangierten Reisen in Dänemark. Sie haben nicht immer den erwünschten Erfolg gehabt. Vielmehr gab es manche, die bekehrt zurückkamen. Besonders die am 6. Mai in Kopenhagen ankommenden Flensburger Arbeiter haben mit ihren dänischen Erfahrungen einen großen Teil des Wahlkampfes in der deutschen Arbeiterschaft bestritten, indem sie objektiv aber sehr genau die wirtschaftlichen und sozialen Aussichten des Arbeiters in Dänemark klarlegten und seine Zukunft in der großen deutschen Betriebsgemeinschaft damit verglichen.

Der dunkelste Punkt aber in der dänischen Propaganda war die Behandlung der Schleswigschen Kriegs-

Digitized by Google

gefangenen und die Auswahl derjenigen, die die Heimkehrerlaubnis erhielten. Schon während des Krieges wurden die nordschleswigschen Kriegsgefangenen — wenigstens in Frankreich — bevorzugt behandelt und unter Leitung des französischen Nordschleswig-Spezialisten Professor Paul Verrier in dänischem Sinne bearbeitet. Mit dem Zusammenbruch begann der Abtransport. Selbstverständlich meldeten sich alle Schleswiger. Monatelang hindurch sind diejenigen, die aus ihrer deutschen Gesinnung kein Hehl machten, teils unter lächerlichen Vorwänden teils brutal unter Hinweis auf ihr Deutschtum zurückbehalten worden. Sicher trifft die größte Schuld in diesem Punkt die Franzosen. Aber die Dänen haben wenig getan, diese Beschmutzung der „größten nationalen Aktion, die Dänemark in dem letzten Jahrhundert erlebt hat", zu verhindern. Vor allen Dingen aber hat Dänemark, haben dänische Agitatoren — darunter der berüchtigte Gefangenen-Pastor Hanssen — mit allen Mitteln die seelisch heruntergekommenen Gefangenen für sich breit zu schlagen versucht. Zuerst in den feindlichen Lagern — mit Drohungen, mit Versprechungen, mit einer Fülle von Broschüren und Zeitungsmaterial. Dann in der Heimat beim Durchzug — mit Traktierungen, Ansprachen, Geschenken. Denn alle schleswigschen Gefangenen wurden über Dänemark zurücktransportiert. Das ging soweit, daß im Sommer 1919 ein Schiff mit schleswigschen Gefangenen, das den deutschen Nordostseekanal passierte, seine Insassen, die in wenigen Stunden hätten zu Hause sein können, nicht in Kiel oder in Flensburg ausschiffen durfte, sondern erst den zeitraubenden und kostspieligen Weg über Dänemark machen mußte — alles um des Empfanges und der Bearbeitung in Dänemark willen. Es ist dabei kein Geheimnis, daß zahlreiche Schleswiger und Holsteiner, die gar nicht abzustimmen brauchten, sich mit robustem Gewissen früher als ihre nichtschleswigschen Kameraden in die Heimat geschmuggelt haben. Ich habe

Digitized by Google

aber auch zahlreiche Briefe von gefangenen Mannschaften und Offizieren bekommen, die keine Konzessionen machten und ihre peinliche Ehrenhaftigkeit mit rücksichtsloser Zurückhaltung ja offensichtlich schlechterer Behandlung büßen mußten.

Während sich so in den ersten Monaten des Jahres 1919 die Kampffronten beider Gegner in Schleswig in ihren Grundzügen formierten — wobei sich die stärkeren wirtschaftlichen und politischen Reserven zweifellos auf Dänemarks Seite erwiesen — reifte auch in Paris nach einigen Schwankungen und vielen Intriguen die Lösung heran, auf die Dänen und Deutsche spannungsvoll warteten.

Der erste Versailler Vorschlag, der mit seiner ungeheuerlichen Einbeziehung von Hunderttausenden von Deutschen in das Abstimmungsgebiet wie eine Bombe einschlug, obschon das deutsche Schleswig sich auf einiges gefaßt gemacht hatte, ist ohne irgendwelches Befragen der deutschen Seite zustande gekommen. Das war selbstverständlich nach der ganzen Art, in der wir vom Waffenstillstand an behandelt worden sind. Es muß aber gesagt werden, um die Tatsache ins rechte Licht zu setzen, daß bei der Vorbereitung dieser „unparteiischen" Abstimmung unser dänischer Gegner Gelegenheit hatte, offiziell und inoffiziell monatelang seine parteiischen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Wir wissen ja von Herrn Keynes, in welcher politischen Atmosphäre in Paris die Bedingungen für Deutschland zustande kamen — wie salopp und mit welcher verbrecherischen Leichtfertigkeit und Unwissenheit die schwierigsten Fragen entschieden wurden — und wie von den Launen und Stimmungen Einzelner zu Zeiten das Schicksal ganzer Länderstrecken Europas abhing. In dieser Atmosphäre reaktionärer Kabinettspolitikmacherei kam niemand auf den so einfachen demokratischen Gedanken: die Vertreter jener umstrittenen Bevölkerung einmal selber zu hören und ihre Ar-

Digitized by Google

gumente nach dem schlichtesten Prinzip aller Rechtsprechung einmal gegeneinander abzuwägen. Desto mehr Raum aber war hier für die Einmischung unverantwortlicher Quertreiber, hetzerischer Journalisten, ehrgeiziger Salon-Damen, chauvinistischer Parteifanatiker, die sich nicht schämten, mit ausländischen Politikern und Staatsmännern Arm in Arm ihre eigene Regierung zum Sturz zu bringen. Diese Gelegenheit haben die dänischen Quertreiber weidlich ausgenutzt.

Die Grundlage dessen, was die dänische Regierung von der Friedenskonferenz für ihre dänischen Nordschleswiger forderte, war die erste Apenrader Entschließung vom 17. November. Wir sahen aber schon oben, wie sie unter dem Druck der mittelschleswigschen Hetze das Programm des 17. November immer mehr zu erweitern sich gezwungen sah. Aus den 10 Jahren Wohnsitz, die für die nichtgebürtigen Nordschleswiger ursprünglich gefordert wurden, war ein Wohnsitz seit 1900 — aus den „angrenzenden Bezirken Mittelschleswigs" (8—10 Gemeinden) war das ganze Mittelschleswig incl. Flensburg — aus der ursprünglichen Idee einer deutsch-dänischen paritätischen Abstimmungsleitung war eine Bitte um Abhilfe gegen das deutsche Gewaltregiment geworden. In dieser Fassung trug denn auch der dänische Gesandte am 21. Februar der Friedenskonferenz die dänischen Forderungen zum ersten Mal vor. Das Echo seiner letzten Bitte, die in Paris natürlich auf wohlwollenden Boden fiel, war schon in einer Havas-Notiz vom 4. März zu sehen, nach der die 3. Zone (!) zwar nicht zur Abstimmung zugelassen aber von deutschen hohen Behörden und Soldaten geräumt werden sollte. Am 6. März fand eine Zusammenkunft der dänischen Delegierten mit der Schleswig-Kommission, deren Vorstand A. Tardieu war, im Beisein des dänischen Gesandten und des Sachverständigen Magister Claussen statt. Die Delegation forderte En-bloc-Abstimmung in der 1. Zone und gemeindeweise Abstimmung in der 2. Zone.

Digitized by Google

Stichtag für die nichtgebürtigen Nordschleswiger sollte der 1. Januar 1900 sein. Ausgewiesene sollten aber auf jeden Fall abstimmen können. Nicht nur das eigentliche Abstimmungsgebiet sondern auch das Gebiet südlich davon — aber nicht etwa die 3. Zone, sondern lediglich „die nächsten Strecken südlich des Abstimmungsgebietes" — sollten geräumt werden. Die Leitung der Abstimmung wollte man einer aus Alliierten, einem Schweden und einem Norweger gebildeten Kommission übertragen wissen. Von Besetzung des Landes war keine Rede sondern lediglich von der Stationierung einiger Kriegsschiffe in der Flensburger Förde, die eventuell Truppenlandungen vornehmen könnten. Der Wunsch nach einem Optionsrecht von 2 Jahren Dauer und nach möglichst schleuniger Regelung der Schleswiger Frage (eventuell losgelöst von der allgemeinen Friedensregelung) beschloß die Liste der dänischen Wünsche. Diese Wünsche waren hart und ließen auch von Dänemarks Seite den ursprünglichen Verständigungswillen völlig vermissen. Über sie ist das Kabinett Zahle später nicht hinausgegangen.

Dagegen glückte es der dänischen Opposition nicht nur, in Paris trotz der offiziell dort verhandelnden Delegation inoffiziell Fühlung zu bekommen sondern auch eine Reihe von Verschärfungen in den Vertrag hineinzuschmuggeln, die die dänische Regierung zu vertreten bisher strikt abgelehnt hatte. Schon wenige Tage nach der Ankunft der offiziellen dänischen Delegation tauchten in dem Vorzimmer der alliierten Schleswig-Kommission eine Reihe von dänischen resp. nordschleswigschen Ultras und deutschen Renegaten auf, die an der Hand von Karten, Petitionen und gesammeltem Material über deutsche Gewalttaten die absolute Notwendigkeite nicht nur der Räumung sondern auch der Abstimmung der 3. Zone zu beweisen suchten. Durch ihre guten Verbindungen und durch das von unerschütterlichem Haß gegen die Deutschen diktierte Verhalten der Franzosen ist es ihnen gelungen, die rein

Digitized by Google

deutsche dritte Zone mit unter das Abstimmungsdiktat zu schieben. Hatten doch weder England noch Amerika — von den übrigen Alliierten zu schweigen — irgend ein Interesse daran, in diesem ihnen nebensächlichen Punkte Energien gegenüber den Franzosen zu verschleudern. —

Eine weitere Verschärfung stellte dann die Einbeziehung aller derjenigen in die Zahl der Abstimmungsberechtigten dar, die in Nordschleswig geboren aber nicht mehr ansässig waren. So weit sie durch das frühere preußische Regime ausgewiesen waren, hatte sich auch die dänische Regierung und die offizielle Nordschleswig-Delegation ihrer angenommen. Der Gedanke, das Stimmrecht für alle in Nordschleswig Geborenen zu verlangen, geht auf den etwa 3000 Mitglieder starken nordschleswigschen Verein „Südjüten" in Kopenhagen zurück, der Ende Februar den Beschluß faßte, einen eigenen Delegierten nach Paris zu schicken, um diese Forderung durchzusetzen. Unter ihren Vertretern tat sich der stark chauvinistisch angehauchte Rittmeister de la Cour hervor, den wir aus seinen abstrusen Ausführungen in der Koldinger Versammlung bereits kennen. Die Aktion scheint hervorgegangen zu sein aus dem Gedanken, nicht nur den Ausgewiesenen sondern auch den zahlreichen Deserteuren aus Nordschleswig das Wahlrecht zu verschaffen. Kurzsichtigerweise dachte man nur an die Stimmverstärkung, die die erste Zone durch den Zustrom dieser zum großen Teil in Dänemark ansässigen Ausgewanderten erfahren würde, nicht aber an die viel größere Stimmenverstärkung, die die zweite Zone und besonders Flensburg durch den Zustrom vom Süden erhalten würde. Die gemäßigten Reichsdänen und Nordschleswiger bewiesen auch hier ihre größere politische Klugheit, als sie dieser Agitation von Anfang an entgegentraten. Leider — oder sollen wir Deutschen sagen zum Glück — auch diesmal ohne Erfolg. Wie in der Frage der Abstimmung der dritten Zone so gelang es den unterirdischen Einflüssen der Opposition in Paris

Digitized by Google

auch in der Frage der auswärtigen Abstimmungsberechtigten, über die Forderungen der dänischen Regierung hinaus das Abstimmungsinstrument für Schleswig zu verschärfen.

Die Forderung nicht nur der Räumung sondern auch der militärischen Besetzung des Landes mag in den Friedensvertrag hineingekommen sein, um von der in den anderen Abstimmungsgebieten für notwendig erachteten Vorschrift der Besetzung keine Abweichung zu schaffen. Dagegen arbeitete die dänische Rechtspresse und die dänische Opposition von Anfang an, sobald feststand, daß in Mittelschleswig abgestimmt würde, mit aller Energie daran, das Abstimmungsergebnis nicht zu dem allein maßgebenden Faktor der Grenzziehung zu machen. Schon am 10. März erfuhr die offizielle Delegation, daß ein diesbezüglicher Passus in den Friedensvertrag aufgenommen werden würde. In dem Satze des Friedensvertrages über die Bedeutung wirtschaftlicher und geographischer Gesichtspunkte neben dem Volkswillen für die Grenzziehung hat dieser Gedanke seinen Niederschlag gefunden. Er ist von Anfang an von den Dänen in ihrem Sinne — besonders gegen Flensburg — ausgenutzt worden, das man, falls es nicht dänisch votieren würde, auf dem Umwege über wirtschaftliche Argumente an Dänemark zu bringen hoffte.

Die Schilderung des Widerstandes und der entschlossenen Ablehnung hauptsächlich der für die dritte Zone vorgeschriebenen Abstimmung durch die dänische Regierung und die Mehrheit des dänischen Volkes diesseits und jenseits der Königsau wird im nächsten Kapitel ihren Platz finden. Dagegen muß in kurzen Worten noch die Stellung erwähnt werden, die der internationale Sozialistenkongreß Anfang Februar in Bern zu der nordschleswigschen Frage einnahm. Auf ihm suchten deutsche und dänische Vertreter ein Programm zu formulieren, das den deutschen und dänischen Interessen auf der Grundlage des

Digitized by Google

gemeinsam anerkannten Selbstbetsimmungsrechtes entsprach. Leider hat zwischen den deutschen Delegierten und den Berliner amtlichen Stellen resp. dem Deutschtum Nordschleswigs keine direkte Fühlung vorher stattgefunden. Die deutsche Delegation zählte unter sich zwar einen alten Schleswig-Holsteiner (Molkenbuhr), aber sie war über die aktuellen Streitpunkte im Detail anscheinend nicht genügend informiert. Sonst hätte sie das Votum der Internationalen Konferenz vielleicht in einer die deutschen Rechtsinteressen noch mehr berücksichtigenden Form erreicht. Aber auch so hat die Berner Resolution in mancher Beziehung aufklärend und stärkend für das nordschleswigsche Deutschtum gewirkt. „Die deutschen und dänischen Delegierten“ — so lautet die Resolution — „erklären übereinstimmend, daß die neue dänisch-deutsche Grenze nicht nach dem Rechte der Gewalt sondern nach dem Rechte der Selbstbestimmung der von der Änderung betroffenen Bevölkerung zu lösen ist, also durch eine Volksabstimmung. Diese Abstimmung ist für drei Gebiete gesondert vorzunehmen: Erstens für das geschlossene Sprachgebiet Nordschleswigs, zweitens für die südlich dieses Gebietes gelegenen überwiegend dänischsprechenden, bisher überwiegend deutschgesinnten etwa 8 bis 10 Gemeinden, drittens für die Stadt Flensburg, wenn eine beträchtliche Zahl der wahlfähigen Bevölkerung die Abstimmung fordert. Die unter 2) bezeichneten Gemeinden stimmen eine jede für sich besonders ab. Die Vorbereitungen und die Vornahme der Abstimmungen müssen in voller Freiheit erfolgen. Die Abstimmungen sollen, um unbeeinflußt von augenblicklichen Strömungen zu sein, erst nach einer gewissen Zeit vorgenommen werden. Die Grenze ist in einer Weise vorzunehmen, die Enklaven ausschließt. Nationalen Minderheiten werden in beiden Staaten die gleichen nationalen Rechte verbürgt.“ Wie man sieht, wahrte diese Resolution auch gegenüber den dänischen Vorschlägen ihren eigenen Standpunkt. Sie redete nicht von der Claussen-

Digitized by Google

Linie, wenngleich sie durch die Nennung jener 8 bis 10 Gemeinden die Südgrenze des von ihr sogenannten geschlossenen Sprachgebiets ziemlich weit nach Süden rückt. Sie spricht nicht von Besetzung, wenngleich sie leider in der Frage der Stimmberechtigten jene demokratischen Prinzipien zu unterstreichen versäumt, die gerade die sozialistische Internationale hätte in den Vordergrund rücken müssen. Wichtig aber ist, daß sie auch im Namen ihrer dänischen Vertreter den Schutz der nationalen Minderheiten fordert, daß sie die Abstimmung in Flensburg von dem Willen einer beträchtlichen Zahl seiner wahlberechtigten Bevölkerung abhängig machen will, vor allem aber, daß sie die Abstimmungen aufschieben will, bis die für Deutschland so ungünstigen äußeren Umstände aufgehoben sind. Damit kam sie einem Teil der deutschen Forderungen immerhin wirksam entgegen.

Wenngleich die dänische Sozialdemokratie in ihrer ganzen Haltung während des Kampfes um Schleswig besonders in den letzten Monaten von Schwankungen, die durch ihre Teilnahme an der Regierung diktiert waren, nicht freigeblieben ist, so hat sie doch immer — und besonders nachdem das Wahlergebnis der zweiten Zone vorlag — an der Spitze derjenigen Dänen gestanden, die für die deutschen Rechte in Nordschleswig Verständnis hatten und hinter dem Kampf um die kleinen nordschleswigschen Städte und Gemeinden die großen Gesichtspunkte künftiger europäischer Zusammenarbeit sah. In dieser Beziehung hat sie mit ihren deutschen Gesinnungsgenossen — beide zugleich für ihr eigenes nationales Volkstum und dennoch und gerade dadurch für die gerechte Ordnung des künftigen Europas arbeitend — in gemeinsamer Front gekämpft.

Digitized by Google

VON DER VERSAILLER ENTSCHEIDUNG BIS ZUR BESETZUNG DURCH DIE ALLIIERTEN

Digitized by Google

I. CHRONOLOGISCHE DARSTELLUNG

9\. *Mai.* Im Hauptausschuß des dänischen Reichstages verlangte die Regierung Vollmacht, gegen die Abstimmung in der 3. Zone protestieren zu dürfen. Die Besprechung wurde auf den 12. Mai vertagt. Der dänische Gesandte in Paris erhielt ein Telegramm seiner Regierung, nach dem die dänische Regierung und der Reichstag an ihrem bisher eingenommenen Standpunkt in der schleswigschen Frage festhalten. —

Im Gegensatz zu 104 Flensburger Firmen, die in einer Eingabe an das Auswärtige Amt baten, die Grenze möglichst weit südlich Flensburgs zu verlegen, erlassen ungefähr 350 Flensburger Firmen einen Aufruf, der eine Grenze möglichst weit nördlich von Flensburg wünscht. —

10\. *Mai.* Ein Artikel in der dänischen Regierungspresse erhebt scharfen Protest gegen die im Friedensvertragsentwurf vorgesehene Abstimmung in der reindeutschen sogenannten 3. Zone, die eine Fälschung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und einen Bruch mit den Wilsonschen Ideen darstelle. —

H. P. Hanssen stellt „Politiken" gegenüber fest, daß die 2. Zone alle Dörfer umfasse, die 1867 dänisch gestimmt hätten. Der Friedensvertrag in seiner jetzigen Form sei eine völlige Überraschung. Dänische Stimmen in der 3. Zone seien Stimmen entweder des Materialismus oder des für Dänemark gefährlichen Strebens, möglichst viel Deutsche unter dänische Herrschaft zu bringen. „Kommt die ganze 3. Zone mit zu Dänemark, so erhalten wir 400 000 Schleswiger, von denen nur 120 000 Dänen sind. Das wäre ein nationales Unglück für unser Land." —

Ministerpräsident Zahle erklärt einem Vertreter von „Danewirke", daß Dänemark einen Nationalstaat

Digitized by Google

erstrebe und darum nur den Anschluß von solchen wünsche, die aus Überzeugung und von Herzen dänisch sind. —

11. Mai. Auf dem Knivsbergfest findet die letzte große deutsche Kundgebung statt. —

Aufruf des Staatskommissars an die Bevölkerung von Schleswig-Holstein. —

„Berlingske Tidende" (!) stellt fest, daß der Versailler Friedensvertrag unter Vergewaltigung der Wilsonschen Grundsätze beabsichtige, zwischen Dänemark und Deutschland Feindschaft zu säen. —

Abgeordneter Neergard (Bauernlinke), Abgeordneter Sigwald Olsen (Sozialdemokrat) und Professor Birck protestieren ebenfalls öffentlich gegen die Vergewaltigung der deutschen dritten Zone. —

12. Mai. Die Hauptsachverständigen in der Nordschleswigfrage werden nach Berlin berufen. —

Aus dem ganzen Lande bis tief in das Reich hinein werden Proteste gegen die Schleswig-Bedingungen des Versailler Vertrages gemeldet. —

Abgeordneter Blunck gibt in der Nationalversammlung eine Erklärung im Namen sämtlicher Abgeordneten der Provinz gegen die Verfälschung des Selbstbestimmungsrechtes durch den Versailler Vertrag ab. —

12. Mai. Der dänische Reichstag lehnt mit 117 gegen 29 Stimmen eine konservative Resolution, die eine Äußerung des Reichstages zu den Versailler Bedingungen für unzeitgemäß erklärt, ab und nimmt mit 124 gegen 30 Stimmen eine Resolution an, in dem er auf seiner Resolution vom 23. Oktober 1918 und auf den Wünschen hinsichtlich des Abstimmungsgebietes in Schleswig beharrt. —

14. Mai. Alle Parteien Schleswig-Holsteins erlassen unter Wiederholung des Bekenntnisses von Neumünster eine Kundgebung gegen die Schleswig-Holstein zugemuteten Schmachparagraphen des Friedensvertrages. —

Digitized by Google

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" drückt ihre Freude über das „gesunde germanische Anstandsgefühl" Dänemarks aus, das sich vom „heiligen Egoismus" frei wisse. —

15. Mai. Nach H. P. Hanssen steht Dänemark durch den Versailler Beschluß vor einer tiefgehenden Zersplitterung, die das dänische Volk südlich und nördlich der Königsau in zwei sich scharf bekämpfende Lager teilen wird. —

Das Kopenhagener Blatt „Fünf Uhr" berichtet, daß in der letzten dänischen Reichstagssitzung Protokolle von Sitzungen verlesen seien, die Herr Wall-Obdrup mit reichsdänischen Offizieren über die Einverleibung Südschleswigs abgehalten habe. —

Der Rat der Außenminister in Paris verhandelt über die Besetzung Schleswigs. —

16. Mai. Der preußische Landwirtschaftsminister Braun und der preußische Minister für öffentliche Arbeiten Oeser treffen zum Besuch in Schleswig-Holstein ein. Dabei werden mehrere große Entwässerungsprojekte im Kreise Tondern beschlossen. Die Abdeichung der Eider wird erörtert. Mit dem Neubau des Flensburger Bahnhofes sowie mit der Inangriffnahme der Strecke Flensburg-Husum soll alsbald begonnen werden. —

Die Pariser Presse hetzt gegen die dänische Regierung und orakelt von geheimen Abmachungen zwischen Deutschland und Dänemark. —

17. Mai. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" stellt fest, daß die dänischen Proteste gegen die Abstimmung in der 3. Zone sich dauernd mehren. Magister Claussen erklärt, daß er in der ganzen 3. Zone nur zwei dänische Familien kenne. Das ganze übrige Land sei deutsch und friesisch. Verteidigungsminister Munch nennt das nach dem Willen des Versailler Vertrages entstehende Dänemark ein dänisch-deutsches Reich. Innenminister Rode weist darauf hin, daß Däne-

Digitized by Google

mark zuerst die Folgen einer irrtümlichen Festsetzung der Grenze zu tragen haben werde.

17. Mai. An diesem Tage übergibt der dänische Gesandte in Paris Clemenceau eine Note, in der die Ablehnung der 3. Zone folgendermaßen begründet wird. Die zwei nördlichen Zonen enthalten alles Land, was 1867, vor dem „preußischen Unterdrückungssystem", dänisch gestimmt hat. Das Deutschtum wird bei einem Heimfall dieser beiden Zonen an Dänemark bald verschwinden(!) Die Bevölkerung in der 3. Zone aber war vor dem Kriege antidänisch. Die heutige prodänische Stimmung erkläre sich zum Teil aus materiellen Gründen. Zum Teil liege aber die Absicht des schleswig-holsteinischen Partikularismus, dessen Gefährlichkeit Dänemark aus der Geschichte kenne, vor, möglichst starke geschlossene Minderheiten nach Dänemark umzusiedeln und so eine Hoffnung für die Zukunft zu behalten. In der 1. und 2. Zone würden bei einem Heimfall an Dänemark 80000 Deutsche bleiben — mit der 3. Zone aber würden weitere 160 000 Deutsche ihr Gewicht verstärken. —

18. Mai. Eine sozialdemokratische Konferenz aus allen 3 Zonen protestiert in Flensburg gegen die Vergewaltigung der deutschen Schleswiger und fordert alle deutschen Arbeiter auf, deutsch zu stimmen. Abgeordneter Michelsen polemisiert gegen den Stimmstreikbeschluß. An einer für den 20. Mai beschlossenen Kundgebung auf dem Südermarkt wollen sich die Anhänger der U. S. P. nicht beteiligen. —

Außenminister Skavenius hat in Aalborg eine Rede gehalten, in der er feststellt, daß die Abstimmung in der 3. Zone hauptsächlich der Agitation deutscher Schleswiger in Paris zu verdanken sei. Wenn das dänische Volk in seiner bisherigen Meinung beharrte, dürften sich daraus keine Konsequenzen für Dänemark ergeben. Skavenius zitiert Franz v. Jessen,

Digitized by Google

der berichtet habe, daß der Versailler Entschluß die dänische Regierung oder den dänischen Reichstag in keiner Weise binde.—

19. Mai. Auf dem Südermarkt in Flensburg findet eine Kundgebung der Flensburger Arbeiterschaft gegen den Gewaltfrieden statt. —

21. Mai. Der „Deutsche Ausschuß" polemisiert in längeren Ausführungen gegen die Berliner halbamtliche Anerkennung der Haltung der dänischen Regierung und des dänischen Volkes. —

23. Mai. In Spa werden die deutschen Gegenvorschläge fertig gestellt, darunter auch die zur Schleswigfrage, die nicht nur gegen die Abstimmung in der 3. Zone protestieren sondern auch den Abstimmungsmodus in der 1. und 2. Zone nach dem Neumünsteraner Programm revidiert wissen wollen. —

24. Mai. „Socialdemokraten" in Kopenhagen erklärt: „Keine Macht der Erde kann ein im Kriege neutrales Land zwingen, eine andere Grenze anzunehmen, als die es selbst wünscht. Die Einverleibung von 300000 Deutschen nach Dänemark kann nur gegen den hartnäckigsten Widerstand der 300000 dänischen sozialdemokratischen Wähler durchgesetzt werden." —

25. Mai. In Kiel protestieren über 40000 Personen nach einem Umzug durch die Stadt gegen die Vergewaltigung des deutschen Schleswig. U. a. wurden an Wilson und Scavenius Protesttelegramme abgesandt. —

26. Mai. Waldemar Sörensen legt seinen Posten als Stadtverordneter nieder und erklärt öffentlich, daß er zukünftig für die Wiedervereinigung Flensburgs bzw. Mittelschleswigs mit Dänemark in Wort und Schrift eintreten werde. Magistrat und Stadtverordnete wiederholen ihre frühere Erklärung zugunsten eines deutschen Flensburg, von der sich nur der unabhängige Stadtverordnete Mittelstädt ausschließt. — In der ganzen dritten Zone bis in die kleinsten

Digitized by Google

Dörfer hinein finden zahllose Protestversammlungen gegen die Einbeziehung in das Abstimmungsgebiet statt. —

30. Mai. Die deutschen Gegenvorschläge stellen den Grundsatz auf, daß kein Gebiet von Deutschland abgetrennt werden darf, dessen nationale Zugehörigkeit durch jahrhundertelange konfliktlose Vereinigung mit dem deutschen Staatswesen unbestreitbar bewiesen ist, oder, soweit dies nicht zutrifft, dessen Bevölkerung sich nicht mit der Abtrennung einverstanden erklärt hat. Diese Erklärung muß durch eine Volksabstimmung nach Gemeinden abgegeben werden, an der alle über 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Angehörigen des Deutschen Reiches teilnehmen, die in den Gemeinden ihren Wohnsitz bereits ein Jahr vor Friedensschluß hatten. Die Wahl muß streng geheim sein. Alle Truppen müssen aus dem strittigen Gebiet entfernt und die Verwaltung einer aus Neutralen bestehenden Behörde unterstellt werden. Für Schleswig schlägt die deutsche Regierung vor, daß an einem einzigen Tage und zwar gemeindeweise nur diejenigen Gemeinden Schleswigs abstimmen, die in territorialem Zusammenhange stehend mehr als 50 % Dänen haben. Das ergibt als südliche Grenze des Abstimmungsgebietes eine Linie südlich Röm, nördlich Hoyer, südlich Mögeltondern, nördlich Tondern, südwestlich Rohrkarr, südlich Ladelund, nördlich Karlum, südlich Bramstedt, südlich Weesby, nördlich Medelby, südlich Jardelund, nördlich Wallsbüll, nördlich Ellund, südlich Fröslee, westlich Harrislee, Pattburg, Niehus, nördlich Krusau, südlich Hönschnapp bei Süderhaff in die Flensburger Förde gehend und mit dieser in die Ostsee. Der deutsche Behörden- und Verwaltungsapparat soll bestehen bleiben aber einer deutsch-dänischen Kommission mit schwedischem Obmann unterstellt werden. Bei der Grenzfestsetzung ist zu erstreben, daß

Digitized by Google

nicht mehr Deutsche nach Dänemark kommen als Dänen nach Deutschland. Nationale Minderheiten sollen nach einem nationalen Kataster kulturelle Autonomie erhalten. —

In der von 57 Mitgliedern besuchten Sitzung von Vorstand und Aufsichtsrat des Dänischen Wählervereins wurde eine Resolution Kloppenburg, die der Entscheidung der Versailler Konferenz Vertrauen entgegenbringt und von den deutschen Schleswigern der 3. Zone künftig loyales Verhalten gegenüber dem dänischen Staat verlangt, mit 34 gegen 22 Stimmen abgelehnt und statt ihrer eine Resolution Nissen-Wiby mit derselben Mehrheit angenommen. In ihr schließt sich der Wählerverein der Resolution des dänischen Reichstages vom 12. Mai 1919 an. —

4. *Juni.* In einem Telegramm an den Staatskommissar warnt das preußische Staatsministerium vor treulosem Imstichlassen des bedrängten schleswig-holsteinischen Vaterlandes und verspricht, bei notwendig werdenden Abtretungen die geschädigten Provinzteile großzügig zu kräftigen. —

6. *Juni.* Ein von dem Kieler „Ausschuß für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein" eingebrachter Antrag auf Aufhebung des Stimmstreikbeschlusses ist in der Vollversammlung des „Deutschen Ausschusses" abgelehnt. —

Unter den Friesen des Festlandes und der Inseln entsteht eine tiefgehende Bewegung, die die hie und da auftauchenden Sympathien mit Dänemark bekämpft und gleichzeitig das Interesse für friesische Sprache und Kultur wieder dauernd wachhalten will. —

Um die Kapitalflucht in das nordschleswigsche Abstimmungsgebiet wirksamer zu bekämpfen, werden Zoll- und Steuerbehörden angewiesen, Personen, durch deren Mithilfe dem Lande Kapital erhalten bleibt, Prämien von 10 % solchen Kapitals zu zahlen. —

Digitized by Google

7. Juni. Skavenius erklärte in einer Rede zu Rudkjöbing: „Wenn die Alliierten sich nicht weigern wollen, den Deutsch-Schleswigern Gelegenheit zu geben, sich über ihren eventuellen Anschluß an Dänemark zu äußern, so werden sie noch weniger der dänischen Nation verweigern oder sie daran hindern, das freie Selbstbestimmungsrecht auszuüben hinsichtlich jener, die sie als ihre Mitbürger anerkennen wolle oder nicht." —

14. Juni. Reuter meldet, daß der Viererrat beschlossen hat, in Rücksicht auf die deutschen und dänischen Einsprüche die Abstimmung in der 3. schleswigschen Zone aufzugeben. —

17. Juni. Nach der Antwort der Entente auf die deutschen Gegenvorschläge heißt es laut Havas, daß „auf Ersuchen der dänischen Regierung Bestimmungen erlassen sind, daß das Gebiet bis zur Eider und Schlei von den deutschen Truppen und hohen preußischen Beamten geräumt wird", (also auch jetzt noch!) und daß „auf Ersuchen der dänischen Regierung beschlossen wurde, die Grenze des Gebietes, wo die Volksabstimmung stattfinden soll, in Übereinstimmung mit diesem Ersuchen festzusetzen."

23. Juni. Deutschland nimmt die Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen an. —

25. Juni. Der ehemalige deutsche Reichstagsabgeordnete H. P. Hanssen ist zum Minister ohne Portefeuille ernannt und hat die Leitung der südjütischen Angelegenheiten übernommen. —

25. Juni. Das von der Nationalversammlung beschlossene „Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes gegen die Steuerflucht vom 26. Juli 1918" tritt in Kraft. Darnach hat jeder Deutsche, der ins Ausland geht, 50 % seines Vermögens zu deponieren. Die Be-

Digitized by Google

hörden haben das Recht, diese Deponierung auch dann zu verlangen, wenn beabsichtigte Vermögensverschiebung vorliegt. Das Bankgeheimnis ist aufgehoben. Am 24. Juni hat der Reichsfinanzminister eine Bekanntmachung erlassen, wonach u. a. in den Kreisen Hadersleben, Apenrade, Tondern, Sonderburg, Flensburg und Husum befindliche Banken verpflichtet sind, innerhalb 8 Tagen ein Verzeichnis aller Personen einzureichen, die seit dem 1. Oktober 1918 bei der Bank irgendwelche Werte deponiert haben, — alle Personen, die künftig bei ihr Werte deponieren, innerhalb 48 Stunden anzuzeigen, — allen Reichssteuerämtern Auskunft zu erteilen. —

27. Juni. Aufruf des Staatskommissars: „Wir haben einen Krieg verloren. Aber niemals werden wir uns selber verlieren. Die kommenden Wochen sind Wochen des Kampfes. Wenn wir einig sind, werden wir siegen.“ —

Der „Deutsche Ausschuß“ erläßt einen Protest gegen die von Deutschen betriebene verdienstvolle Agitation für eine Beteiligung an der Abstimmung der 1. Zone. —

28. Juni. Mittelst großzügiger Sammlung von Unterschriften soll nach einem in Flensburg gefaßten gemeinsamen Beschluß deutscher Renegaten und nordschleswigscher Ultras doch noch versucht werden, für die 3. Zone die Abstimmung durchzusetzen. Bei dieser Gelegenheit berichtet Herr Wall-Obdrup, daß er auf Veranlassung des amerikanischen Konsuls in Kopenhagen und Paris gewesen sei und dort von den Ententevertretern verlangt habe, daß Schleswig bis zur Schlei an Dänemark komme. Auf Wunsch der Herren dort habe er seine Anschauungen schriftlich niedergelegt. —

3. Juli. In Rendsburg findet unter Beteiligung von Delegierten aus der ganzen Provinz eine feierliche Landesversammlung der Herzogtümer — die letzte vor der Abstimmung — statt, in der der Wille des schleswig-holsteinischen Volkes zur Verständigung mit

Digitized by Google

Dänemark, aber zum unerbittlichen Kampf für sein Recht, — zum deutschen Einheitsstaat, aber auch zum Ausbau seiner Selbstverwaltung noch einmal Ausdruck findet. —

6. Juli. Der Provinzialausschuß der Deutschen Volkspartei beschließt, „den von dem Deutschen Ausschuß geführten Kampf für das Deutschtum" weiter zu unterstützen und bezeichnet es als „dringend notwendig, daß die vom Deutschen Ausschuß ausgehenden Parolen für diesen Kampf von allen Deutschen einmütig befolgt werden". (Stimmstreikbeschluß.) —

7. Juli. Auf einer Sitzung von Vorstand und Aufsichtsrat des Wählervereins ist es zu schweren Zusammenstößen gekommen, in deren Verlauf Graf Schack sein Mandat niederlegte. Es hat Mißbilligung gefunden, daß das Kabinett Zahle über den Kopf der Schleswiger hinweg H. P. Hanssen zum Minister gemacht hat. Sachlich wird seine Ernennung gebilligt, jedoch mit 50 Stimmen bei 3 Enthaltungen erwartet, daß künftig von der dänischen Regierung keine wichtige südjütische Frage entschieden werde, ohne daß der südjütische Ausschuß gehört ist. —

9. Juli. Waldemar Sörensen ist aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

12. Juli. Nach „Berlingske Tidende" ist H. P. Hanssen bereit, die Forderung nach Räumung der 3. Zone während der Abstimmung in den beiden anderen Zonen zu vertreten. —

14. Juli. In der deutschen Presse erscheint der „Offene Brief", den Staatskommissar Köster an seine dänischen Parteigenossen gerichtet und in der Kopenhagener Zeitung „Socialdemokraten" veröffentlicht hat. —

15. Juli. „Ribe Stiftstidende" meldet, daß der Verzicht auf die Räumung der 3. Zone durch die letzte Ver-

sailler Antwort auf dem Schreibfehler eines Schreibers beruht. —

16. Juli. Zum schwedischen Mitglied der Internationalen Kommission ist der frühere Staatsrat v. Sydow ernannt. —

18. Juli. Eine deutsche Note an die französische Regierung weist auf die Notwendigkeit sofortigen Heimtransportes aller Schleswiger Kriegsgefangenen hin. —

21. Juli. Die Deutschen der 1. Zone, die bisher am Stimmstreik festgehalten haben, werden nicht ohne den Einfluß der immer schlechter werdenden deutschen Valuta, die den Anfall an Dänemark für alle Schleswiger zu einem wirtschaftlichen Problem ersten Ranges macht, immer schwankender. —

22. Juli. Da der bisherige französische Gesandte in Kopenhagen, Conty, zum Gesandten in Brasilien ernannt ist, wird sein Nachfolger, Paul Claudel, französisches Mitglied der Internationalen Kommission. —

Die dänischen Erwerbungen von Gütern in Nord- und Mittelschleswig, von Häusern in den Städten, besonders in Flensburg, sowie die Gründung dänischer und deutscher Geschäftsunternehmen im ganzen Abstimmungsgebiet nimmt beängstigende Formen an. „Socialdemokraten" kritisiert diese üblen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen der nationalen Wiedervereinigung scharf. —

23. Juli. 1500 dänische Pfadfinder landen ohne Erlaubnis in Sonderburg, um Düppel zu besuchen. Während die Pfadfinder selber sich gesittet benehmen, entsteht durch das Verhalten der von Andreas Grau aufgehetzten resp. gereizten Bevölkerung Unruhe, die zur Entsendung einer Sonderburger Dänenkommission nach Kopenhagen führt, um dort die vorzeitige Besetzung des Landes durch die Alliierten zu erreichen. —

24. Juli. Reichsminister Müller spricht in der Nationalversammlung für eine Lösung der Schleswig-Frage, die

Digitized by Google

in keinem der beiden Länder eine Irredenta hinterläßt. —

26. Juli. Die Konservativen und die Bauernlinke unternehmen in Kopenhagen einen neuen Vorstoß zur Räumung der dritten Zone. F. von Jessen telegraphiert, daß die Bestimmungen über die 3. Zone in Paris noch einmal genau geprüft werden. —

29. Juli. Eine sozialdemokratische Mitgliederversammlung in Apenrade tritt für unbedingte Teilnahme an der Abstimmung in der 1. Zone ein. —

30. Juli. Der „Deutsche Ausschuß" gibt bekannt, daß innerhalb seines Hauptausschusses selber Meinungsverschiedenheiten über den Stimmstreikbeschluß bestehen. —

Den Vorsitz der Internationalen Kommission in Schleswig wird der englische Gesandte in Kopenhagen, Sir Charles Marling, führen. —

„Kristeligt Dagblad" berichtet, daß von den 18 Gemeinden auf Föhr 15 für Dänemark stimmen werden.

Der dänische Wählerverein verwirft mit 28 gegen 21 Stimmen einen Antrag Grau, die der Entente zugestellte Resolution um Räumung der 3. Zone auch der dänischen Regierung und dem dänischen Reichstag zuzustellen. Die Mehrheit sieht in dem Antrag einen neuen Versuch, die Abstimmung in der 3. Zone durchzusetzen. —

Skavenius teilt im dänischen Reichstag mit, daß die Regierung sich an die Alliierten gewandt habe mit der Bitte, schon jetzt Kriegsschiffe nach Nordschleswig zu senden wegen der letzten Unruhen in Sonderburg (!). —

1. August. Seitdem die deutsche Valuta erheblich schlechter geworden ist, strömen anstelle von Kapital Massen von Gütern zur Aufstapelung ins Abstimmungsgebiet. Die bisher dort angesammelten Güter werden von jetzt an soweit wie möglich beschlagnahmt und nach Süden

Digitized by Google

abtransportiert. Gegen die Zufuhr von weiterem Spekulationsgut erläßt der Minister für öffentliche Arbeiten eine Verordnung, die besondere Zufuhrerlaubnis für alle nach Schleswig rollenden Güter vorschreibt. —

2. *August.* Die preußische Staatsregierung beschließt die Anlage eines Freihafens in Flensburg. —

Die Vorstände sämtlicher Parteien Tonderns beschließen, unter allen Umständen in der 1. Zone abzustimmen. —

4. *August.* Aus dem am 6. Juli in Sörup gegründeten stark nationalistischen „Deutsch-Schleswigholsteinischen Schutz- und Trutzbund" wird in Schleswig der „Schleswig-Holsteiner-Bund" gebildet, dessen Ziele Erhaltung des bodenständigen Deutschtums jenseits der neuen Grenze sowie Ausbau der Selbstverwaltung und Pflege der Stammeskultur innerhalb Schleswig-Holsteins ist. —

5. *August.* Eine Konferenz der Arbeiterräte Nordschleswigs beschließt, sich an der vom Staatskommissar angeregten Aufstellung eines nationalen Katasters in der 1. Zone zu beteiligen sowie unter allen Umständen auch in der 1. Zone abzustimmen. —

10. *August.* Auf einer gewaltigen Kundgebung in Niebüll protestiert das gesamte Friesentum gegen die Zerreißung seines Stammes und die gewaltsame Einbeziehung friesischer Gebiete in die 1. Zone. —

12. *August.* Im englischen Unterhause erklärte Unterstaatssekretär Harmsworth auf die Anfrage des Abgeordneten Guinness, warum die Räumung der 3. Zone aufgegeben sei, und ob das auf einem Versehen beruhe, daß mit der Abstimmung logischerweise auch die Räumung fallengelassen sei und keine Tatsache der Mitteilung zugrunde läge, die Räumung sei durch einen Schreibfehler aus dem Vertrag herausgefallen. —

13. *August.* Bisher sind über 40 Millionen Mark an Sicherheitshinterlegung den nach Nordschleswig geflüchteten Steuerdrückebergern abgenommen. —

Digitized by Google

14. August. Nunmehr tritt auch der „Deutsche Ausschuß" für Stimmbeteiligung der Deutschen in der 1. Zone ein. —

15. August. Der künftige Vorsitzende der Internationalen Kommission für Schleswig erklärte einem Redakteur von „Politiken", daß eine Abänderung des Vertrages in Bezug auf die 3. Zone ausgeschlossen sei. Nach den Ermittelungen der Kommission habe sich herausgestellt, daß die Meldungen über angebliche Vergehen der Deutschen auf Mißverständnisse und Übertreibungen zurückzuführen seien. —

16. August. Auf einer Sitzung des Wählervereins, auf der die Opposition die Mehrheit zu erhalten hoffte, wurde von den Anhängern Hanssens der Graf Schack mit 34 gegen 22 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. Da die Mehrheit Neuwahlen ablehnte, verließen die Anhänger der Minderheit unter Führung von Kloppenqurg den Saal. —

Landrat Böhme befindet sich seit einigen Tagen in Kopenhagen, um auf Wunsch des englischen Gesandten Marling und im Auftrage des Auswärtigen Amtes mit der Internationalen Kommission Vorbesprechungen wegen der Durchführung der Abstimmung zu pflegen. —

19. August. Alle Parteien und der „Deutsche Ausschuß" erlassen einen Aufruf für den Wahlkampf in der 1. Zone. —

20. August. Der „Deutsche Ausschuß" wahrt in einer langen Erklärung seinen Proteststandpunkt, der durch seinen Beitritt zum Abstimmungsbeschluß für die 1. Zone nicht aufgegeben sei. —

Bei dem inneren Kampfe des schleswigschen Dänentums beginnt der südjütische Arbeiterverein mit seinen 3000 Mitgliedern eine entscheidende Rolle zu spielen. —

21. August. Generaldirektor Heftye ist zum norwegischen Mitglied der Internationalen Kommission bestimmt. —

Digitized by Google

Es wird bekannt, daß die Internationale Kommission besondere Plebiszit-Briefmarken für Schleswig herausgeben wird. —

25. *August.* Gegen den Widerspruch der Reichsregierung trifft der französische Kreuzer „Marseillaise" in Apenrade ein und empfängt dänische Deputationen. —

27. *August.* Noch 1800 nordschleswigsche Kriegsgefangene befinden sich in Frankreich und England. —

Die „Marseillaise" berührt Sonderburg und legt am Marinegelände fest. Der dortige Vertreter der Reichsmarine protestiert ohne Erfolg. —

29. *August.* Gegen die Durchführung der Beschlagnahme von deutschen Gütern, die in Nordschleswig im Werte von ungefähr 100 Millionen aufgestapelt sind, erheben die Dänen heftige Proteste. —

2. *September.* Ein Kriegsgefangenen-Transport aus Svendborg (Dänemark), der in Flensburg nicht gelandet werden konnte, da das dortige (dänische) Empfangskomitee deutsche Feierlichkeiten ablehnte, landet unter großen deutschen Feierlichkeiten in Apenrade. — Zwischen dem Staatskommissar und H. P. Hanssen fanden in Apenrade Verhandlungen statt mit dem Ziele, bei der Beschlagnahme der nordschleswigschen Spekulationsgüter den legitimen eingesessenen Handel zu schonen. —

5. *September.* „Socialdemokraten" veröffentlicht Mitteilungen über die von 1900—08 unter dem Ministerpräsidium J. C. Christensens stattgefundenen deutsch-dänischen Besprechungen, die den Zweck hatten, eine Militärkonvention zustandezubringen und das Nordschleswig-Problem gütlich zu lösen. —

6. *September.* Wie die deutsche „Tondernsche Zeitung" hat sich auch die bisher deutsche „Flensburger Norddeutsche Zeitung" (Redakteur und Besitzer Lohmeier) von Dänen kaufen lassen. —

Digitized by Google

8. September. Das Kieler Oberlandesgericht hat gegen den dänischen Rechtsanwalt und Notar Ravn in Flensburg wegen seiner Teilnahme an dem Besuch des französischen Kreuzers „Marseillaise" ein Disziplinarverfahren eingeleitet unter gleichzeitiger Suspendierung vom Amte. —

Von den Lehrern in Nordschleswig haben sich 140 bereit erklärt, in dänische Dienste zu treten. —

Der Provinzialausschuß erwirbt eine größere Anzahl von Karl Strackerjahns nicht veröffentlichten Denkschriften, um diese an öffentliche Bibliotheken des Auslands abzugeben. —

19. September. Die Wählervereinsminderheit — „die 23" — fährt in ihren Wühlereien für eine Räumung der 3. Zone unentwegt fort. —

23. September. Ein von Ritzaus Büro verbreitetes und von der dänischen Opposition heftig angegriffenes Interview des Staatskommissars in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" besagt, daß bei einer ungerechten Grenzziehung, z. B. bei einer Vergewaltigung Flensburgs, eine deutsche Irredenta entstehen würde, an deren Spitze sich diejenigen stellen würden, die bisher für einen deutsch-dänischen Ausgleich gearbeitet hätten. —

28. September. Der „Schleswig-Holsteiner-Bund" veranstaltet in Flensburg seinen ersten schleswig-holsteinischen Tag. —

3. Oktober. In der dänischen Propaganda taucht der sinnlose Plan eines Flensburger Nordostseekanals auf. —

4. Oktober. Unter Vorsitz des Staatskommissars und Teilnahme von deutschen und dänischen Vertretern Nordschleswigs finden mit dem Delegierten der Internationalen Kommission, dem Schweden Lundgreen, in Flensburg Besprechungen über die Ernährungswirtschaft während der Abstimmung statt. —

11. Oktober. Zu Beiräten der Internationalen Kommission sind von deutscher Seite Abgeordneter Michelsen-

Digitized by Google

Flensburg, Abgeordneter Iversen-Munkbrarup, Bankdirektor La Motte-Sonderburg, Rechtsanwalt Christians-Flensburg (später noch Stadtrat Schuldt-Flensburg) — von dänischer Seite Hofbesitzer Nissen-Wiby, Kaufmann Paulsen-Flensburg, Rechtsanwalt Ravn-Flensburg, Hofbesitzer Schmidt-Woyenshof (später nach Redakteur Christiansen-Flensburg) vorgeschlagen und akzeptiert. —

15. *Oktober.* Der von der Schulabteilung der Schleswiger Regierung erteilte Urlaub für eine größere Zahl von nordschleswigschen Lehrern und Lehrerinnen zur Teilnahme an einem Sprachenkursus in Kopenhagen wird auf Anordnung des preußischen Kultusministers beschränkt. Unterricht durch reichsdänische Lehrer ist unzulässig. —

20. *Oktober.* Die Stelle des 5. Mitgliedes der Internationalen Kommission, die Amerika vorbehalten war, wird nicht besetzt. —

22. *Oktober.* Für das Abstimmungsgebiet ist ein paritätisch zusammengesetzter Ernährungsbeirat gebildet. Deutscher Vertreter ist der Abgeordnete Iversen, dänischer Vertreter der Kopenhagener Professor Möllgaard. —

24. *Oktober.* Die nordschleswigschen Arbeiterräte protestieren bei der deutschen Regierung gegen die weitere Tätigkeit des Landrats Böhme, dem sie rückschrittliche Gesinnung vorwerfen. —

25. *Oktober.* Wie früher zahlreiche deutsche und einige skandinavische unternehmen nunmehr auch 3 englische Journalisten unter Führung des Staatskommissars eine Studienreise durch Nordschleswig. —

26. *Oktober.* Der Fünferrat in Paris berät über den Einzug der Reichswehr in Flensburg, der notwendig war wegen fortdauernder Störung der städtischen Verwaltung durch zusammengerottete Arbeitslose. —

Digitized by Google

Der dänische Hauptmann Daniel Bruun ist von der Internationalen Kommission zum Polizeidirektor im Abstimmungsgebiet ernannt. —

30. Oktober. Gegen die noch andauernden Gütertransporte und die in letzter Zeit zunehmenden Viehverschiebungen in die nördlichen Kreise wird hart südlich der Grenze des Abstimmungsgebietes eine Sperrkette von Truppen gelegt. —

Die Internationale Kommission hat zu kommissarischen Landräten in Tondern Graf Schack, in Hadersleben J. P. Refshauge, in Apenrade K. Thomsen, in Sonderburg Dr. Karberg, in Flensburg Land Amtsvorsteher Brodersen, zum Oberbürgermeister in Flensburg Carl Holm, zum Polizeimeister in Flensburg W. Sörensen (!) ernannt. —

3. November. Der Magistrat von Flensburg überreicht der Reichs- und Staatsregierung eine Denkschrift über die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse der Stadt in Bezug auf die Grenzführung. —

In Flensburg kommen zwei englische Offiziere als Quartiermacher an. —

4. November. Reichskanzler Bauer und Minister Heine treffen in Flensburg ein. In der „Harmonie" findet eine Zusammenkunft mit Männern und Frauen aus ganz Nordschleswig statt. Reichskanzler Bauer: „Das neue Deutschland ist ebenso wie das alte Deutschland bestrebt, jeden Fußbreit deutschen Bodens zu verteidigen, jeden letzten deutschen Bürger dem Staatsverbande zu erhalten." Minister Heine macht Mitteilung von der durch die preußische Regierung geplanten Autonomisierung der Provinzen. „Preußen hat eine gewisse Summe zur Verfügung gestellt, um den durch eine eventuelle Abtretung geschädigten Kreisen Schleswigs zu helfen." —

5. November. Reichskanzler Bauer und Minister Heine in Tondern. —

Digitized by Google

7. November. Die 2 englischen Quartiermacher-Offiziere reisen nach Köln zurück. Da gleichzeitig englische Kriegsschiffe, die von Kopenhagen südwärts fuhren, zurückberufen sind, nimmt man an, daß eine vorzeitige Besetzung Flensburgs (im Gefolge der Ankunft der Reichswehr) geplant war, aber plötzlich wieder rückgängig gemacht wurde. —

10. November. H. P. Hanssen teilt im Nordschleswiger Ausschuß des dänischen Reichstages mit, daß die Besetzung Schleswigs durch die Internationale Kommission auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben sei. —

11. November. Ministerpräsident Zahle wendet sich noch einmal scharf gegen diejenigen, die aus ökonomischen Motiven nach Dänemark flüchten wollen. —

13. November. Eine Reihe von Delegierten der Internationalen Kommission treffen zur Vorbereitung des Aufenthaltes der Kommission und der Besatzungstruppen in Flensburg ein. Als Wohnung der Internationalen Kommission ist der „Flensburger Hof" in Aussicht genommen. —

18. November. Gegenüber der dänischen Opposition spricht Staatsminister Zahle sich energisch dafür aus, daß das Abstimmungsresultat von Flensburg künftig unter allen Umständen respektiert werden muß. —

21. November. Die Flensburger U. S. P. mißbilligt das Verhalten ihres Vertreters im Stadtverordnetenkollegium Mittelstädt, der als deutscher Arbeitervertreter offen für Dänemark Propaganda macht. —

24. November. Da die Agitation für Räumung der 3. Zone keinen Erfolg hat, sucht die radikale Minderheit des Wählervereins von jetzt ab Flensburg auf alle Weise — ohne Rücksicht auf die Abstimmung — für Dänemark zu erwerben. Advokat Andersen-Hadersleben spricht offen für eine Annexion Flensburgs. —

26. November. H. P. Hanssen stellt im dänischen Reichstag noch einmal fest, daß ursprünglich alle Nordschles-

Digitized by Google

wiger einschließlich des Mittelschleswigschen Ausschusses für die Politik des 23. Oktober eingetreten seien. —

28. November. In Kopenhagen findet eine Massenkundgebung der Linksparteien für das Selbstbestimmungsrecht und eine rein nationale Lösung der Schleswigschen Frage statt. —

Da die Mehrheit der Minderheit des Wahlvereins nachgegeben hat, sind Neuwahlen für den Vorstand und Aufsichtsrat des Wählervereins angesetzt. —

30. November. Die Hanssen-Partei im Wählerverein erhält eine knappe Mehrheit, die durch die Haltung der Arbeitervertreter erreicht ist. Die Verstärkung der Opposition ist verursacht zum großen Teil durch die Flensburger Filiale des Wählervereins, in die Hunderte von Deutschen hineingelockt bezw. hineingepreßt sind. —

5. Dezember. Der Abstimmungskampf ist im ganzen Lande im vollen Gange. Die friesischen Inseln scheinen ein Hauptkampfschauplatz werden zu wollen. Deutsche und dänische Versammlungen lösen einander schnell ab. —

6. Dezember. Auf die Resolution der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie betr. Nordschleswig hat die dänische Sozialdemokratie eine Antwort gesandt, in der sie u. a. anerkennt, daß „die praktische Durchführung der bevorstehenden Abstimmung sich mit der erhabenen Idee nicht voll und ganz in Übereinstimmung befindet." —

8. Dezember. In Schafflund werden nach aufreizenden Reden eines dänischen Agitators und des Renegaten Cornelius Petersen die Dänen verprügelt. Der Staatskommissar erläßt einen Aufruf und fordert alle Nordschleswiger auf, gegen die zunehmende chauvinistische Verseuchung ihrer Heimat Front zu machen. Die Minderheiten bitten in einer Depesche an die Internationale Kommission um sofortige Besetzung. —

Digitized by Google

13. Dezember. Auf der 1. Sitzung des neugewählten Wählervereinsausschusses beantragte Christiansen-Flensburg eine Resolution, in der sofortige Besetzung des Abstimmungsgebiets und Räumung der 3. Zone gefordert wurde. Hanssen versprach, die zweite Forderung zu unterstützen. Mit 35 gegen 31 Stimmen wurde eine Erklärung angenommen, nach welcher der Wählerverein mit allen Parteien Dänemarks zusammenarbeiten will und eine Einmischung in die inneren Parteikämpfe Dänemarks ablehnt. Kloppenburg hatte ein Mißtrauensvotum gegen Minister Zahle beantragt. Nach der Abstimmung erklärte sich H. P. Hanssen bereit, auf seinen Posten zu verbleiben.

15. Dezember. Gegenüber den Angriffen der Opposition, die jetzt sieht, welche große Anzahl deutscher Stimmberechtigter vom Süden zur Abstimmung kommen wird, teilt „Heimdal" mit, daß H. P. Hanssen der Anregung des Vereins „Südjüten", allen im Abstimmungsgebiet geborenen Schleswigern das Stimmrecht zu verleihen, von Anfang an gerade wegen Flensburg widersprochen hat. Trotzdem hat das Kopenhagener „Komitee für Flensburg und Mittelschleswig" am 12. Mai privatim an A. Tardieu, Präsidenten der Schleswigkommission in Paris, eine telegraphische Bitte um Gewährung des Stimmrechts für alle in Schleswig Geborenen gerichtet. Als der Friedensvertrag veröffentlicht wurde, sah das dänische Volk zu seiner Überraschung, daß das Telegramm des Herrn la Cour gewirkt hatte. —

17. Dezember. Der Generalsekretär der Internationalen Kommission, Herr Bruce, ist in Flensburg eingetroffen und hat sich mit dem Staatskommissar in Verbindung gesetzt. Es finden Besprechungen zwischen den beiden Ernährungskommissaren statt. —

20. Dezember. In den Kreisen der Minderheit des Wählervereins wird der Plan, durch eine direkte Hin-

Digitized by Google

wendung an den dänischen König das Ministerium Zahle zum Sturz zu bringen, warm unterstützt. —

21. Dezember. In Flensburg hat sich ein innerpolitisch paritätischer Abstimmungsausschuß gebildet, in dem die Arbeiterschaft mitwirken will, falls in ihm jeder Chauvinismus und ebenso die Werbung für den „Schleswig-Holsteiner-Bund" unterbleibt. —

23. Dezember. Die Hinwendung an den König hat nicht den gewünschten Erfolg. —

In Flensburg läuft das dänische Schiff „Kong Haakon" mit zahlreichen Weihnachtspaketen für die Bevölkerung ein. Das Schiff hat erst nach langen Verhandlungen zwischen der dänischen und deutschen Regierung Einreiseerlaubnis bekommen. 30 Gästen mit zum Teil aus der chauvinistischen Bewegung her bekannten Namen, die an Bord sind, ist jedoch die Einreise nach Deutschland abgeschlagen worden. Trotzdem betreten diese, Männer und Frauen, die Stadt Flensburg und nehmen an zahlreichen Bescherungen teil. Der Besuch des zunächst von der deutschen Presse warm bewillkommten Schiffes und das Benehmen seiner Insassen an den folgenden Tagen wächst sich zu einem Skandal aus. Sie leisten der Aufforderung des Oberbürgermeisters zur Innehaltung der deutschen Paßordnung keine Folge. Erst persönlichen Verhandlungen des Staatskommissars mit dem Führer der Delegation, Möller, gelingt es, eine gütliche Verständigung über das Verbleiben der Passagiere an Bord und die möglichst frühzeitige Abfahrt des Schiffes zustandezubringen. —

25. Dezember. Seit dem 21. Dezember ist zur weiteren Bekämpfung von Warenverschiebungen jeder private Automobilverkehr über die dänische Grenze gesperrt. —

31. Dezember. Am 6. Januar sollen in Paris die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden. —

Digitized by Google

„Heimdal" beschwert sich bitter darüber, daß die nordschleswigschen Kinder dänischer Eltern von der ganzen reichsdänischen Weihnachtsaktion stiefmütterlich behandelt sind gegenüber den deutschen Kindern in Flensburg und Mittelschleswig, wo man politische Geschäfte zu machen hoffte. —

1. Januar. Bei der Abfahrt des „Kong Haakon" kommt es zu Schlägereien. —

7. Januar. Bei einer im Gefolge der Kong-Haakon-Affäre abgehaltenen Paßrevision in Flensburg zeigt sich, daß eine Reihe von Dänen ohne Einreiseerlaubnis sich in Flensburg aufhalten. Unter ihnen befindet sich die Berichterstatterin von „Berlingske Tidende", die schon ohne Einreiseerlaubnis das Weihnachtsschiff „Kong Haakon" verlassen hatte. Aus der Tatsache, daß ihr und anderen Dänen die Befolgung der deutschen Paßvorschriften zur Pflicht gemacht wurde, machen die Dänen eine Hetze gegen „Köllerpolitik 1920". —

10. Januar. Nachdem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt und das Protokoll über die Hinterlegung unterzeichnet ist, tritt der Friede am Nachmittage dieses Tages 4,15 Uhr in Kraft. Damit beginnen die im Versailler Vertrage vorgesehenen Fristen zu laufen. —

Reichspräsident und Reichsregierung erlassen an die Deutschen in den abgetretenen Gebieten eine ergreifende Kundgebung. —

14. Januar. Der englische Zerstörer „B. 94" ist vor Tagesgrauen in die Flensburger Förde eingelaufen. Nachmittags folgt die „Marseillaise." —

15. Januar. Die gesamte nord- und mittelschleswigsche Presse veröffentlicht die Proklamation, nach der die internationale Kommission die Verwaltung des Abstimmungsgebietes übernimmt. —

Digitized by Google

Im Süden des Abstimmungsgebietes wird eine Paßgrenze errichtet. —

16. Januar. In Flensburg finden bei nie dagewesener Beteiligung die letzten Kundgebungen vor der Besetzung statt. In ihnen sprechen einheimische und auswärtige Redner aller Parteien. Es kommt zu Straßenumzügen, die bis tief in die Nacht dauern. —

17. Januar. Die Räumungsfristen für deutsches Militär und Beamte sind bis zum 24. Januar abends 12 Uhr verlängert. —

19. Januar. Oberbürgermeister Todsen-Flensburg legt sein Amt nieder und verabschiedet sich von den städtischen Kollegien. —

Aus dem ganzen Abstimmungsgebiet werden Demonstrationen der Deutschen gemeldet. Auch das übrige Schleswig sowie Holstein und Hamburg nehmen an den letzten Willenskundgebungen des freien Nordschleswig teil. —

20. Januar. In Hadersleben rücken unter dem Jubel der dänischen Bevölkerung französische Alpenjäger ein. —

In England befinden sich noch drei nordschleswigsche Kriegsgefangene, von denen zwei an der Versenkung der Flotte teilgenommen haben und einer geisteskrank ist. In Frankreich halten sich noch 420 auf, die jetzt in Rouen gesammelt werden und am 6. Februar, also kurz vor der Abstimmung der 1. Zone, in Schleswig ankommen werden. —

21. Januar. In Sonderburg sind ebenfalls französische Alpenjäger eingerückt. —

22. Januar. Die Abstimmung in der 1. Zone ist auf Dienstag 10. Februar festgesetzt.

24. Januar. Unter einem Meer von Fahnen bei klarem sonnigen Winterwetter findet auf dem Südermarkt in Flensburg eine gewaltige Abschiedskundgebung für das deutsche Militär statt. —

Digitized by Google

25. *Januar.* Gegen 12 Uhr mittags trifft die Internationale Kommission mit einem Sonderzuge in Flensburg ein. Gleichzeitig gehen auf dem Dach des „Flensburger Hofes“ die Fahnen Englands, Frankreichs, Schwedens und Norwegens hoch.

Digitized by Google

2. PERSÖNLICHES

Als ich an einem sonnigen Maitage des Jahres 1919 auf dem veralteten kleinen Friedrichsberger Bahnhofe von Schleswig ausstieg und mich nach der großen roten „Zigarrenkiste" in Bewegung setzte, von der aus das alte Preußen jahrzehntelang Schleswig-Holstein und besonders die Nordmark regiert hatte, brachte ich für meine künftige Arbeit ein Gutes mit: Eine tiefe Liebe und — wie ich hoffe — ein gut Stück Verständnis für Land und Leute von Schleswig-Holstein. Ich bin nicht in Schleswig-Holstein geboren. Aber als Sohn eines Angliters bin ich mit der Geschichte, der Landschaft und den Menschen Schleswigs früh und immer wieder in Berührung gekommen. Von dem, was der Knabe und Jüngling zwischen Hamburg und Kopenhagen im Lande der Knicks und der jütischen Heide gesehen und erlebt, habe ich anderswo einiges ausgeplaudert. Später bin ich in den Strudel der Politik gerissen und habe in vier Weltteilen wirtschaftliche und politische Dinge studiert. Aber von all meinen politischen Reisen ist eine der schönsten jene Winterfahrt in das schleswig-jütische Grenzland zu beiden Seiten der Königsau geblieben, von der ich im Winter 1910—11 in der „Frankfurter Zeitung" des längeren berichtet habe. Vor dem Kriege liebte ich Dänemark und hatte in Sören Kierkegaard und J. P. Jacobsen mehr als in Goethe gelesen. Ich bewunderte die dänische Bauernkultur und ihre geistigen Blüten, weil sie eine harmonische Ausstrahlung der wirtschaftlichen Kräfte dieses kleinen aber intelligenten Landes waren. Man kann Schleswig lieben und braucht Dänemark nicht zu hassen. Das Verhältnis der deutschen Schleswiger zu Dänemark ist immer nur durch falsche Regierungs-Methoden — in der Mitte des vorigen Jahrhunderts von Kopenhagen, am Ende des Jahrhunderts von Berlin — vergiftet worden.

Digitized by Google

Dieses Sympathieverhältnis zu dem Volke, mit dem wir Deutsche uns nunmehr anschickten, einen unblutigen Waffengang zu tun, hat meine Arbeit für das Deutschtum nicht gestört, sondern befruchtet. Und der Gedanke, daß ich eine Zeit lang mit den dänischen Nordschleswigern gemeinsam gegen Alt-Preußen gekämpft hatte, gab mir immer wieder die innere Freiheit, mit voller Schärfe auch gegen dänische Brutalisierungsversuche Front zu machen.

Ein Jahr lang fast habe ich mit den Schleswig-Holsteinern für Schleswig-Holstein kämpfen dürfen. In diesem Jahre habe ich auch Enttäuschungen erlebt — ich meine solche, die mir zeigten, wie schwer es unserem Volke auch nach den Erfahrungen des Zusammenbruches wird, ernsthaft politisch zu denken. Aber ich habe auch viel vornehmes Menschentum und viel großzügigen Gemeinsinn kennen gelernt. Es war ein reiches Jahr. Denn ich glaube, daß über die Rettung der zweiten Zone und des Tiedje-Gürtels hinaus der Kampf um Nordschleswig bei uns Volkskräfte entbunden hat, die das Vaterland brauchen kann und spüren wird — besonders in unserer Jugend. Jch habe viel mit Jugend gearbeitet. Darauf bin ich stolz. Was sollen politische Ideale, die die Jugend nicht locken?

Die Vollmacht, mit der ich mein Amt antrat war sehr dünn. Ein Staatskommissar ist nichts als ein Delegierter. Was aus dem Amte geworden ist, habe ich selber daraus gemacht — mit Hilfe derjenigen im Lande, die verstanden, worauf es ankam. Es gab Bürokraten, denen ich von Anfang an ein Dorn im Auge war — nicht nur wegen meiner Parteistellung sondern auch wegen der Störung, die ich zuweilen in den heiligen Apparat ihrer Instanzen brachte. Ich habe keine Energie auf den Kampf mit ihnen verwandt sondern mich an diejenigen gehalten, die guten Willens waren. Dabei faßte ich mein Amt von Anfang an viel weniger in dem Sinne auf, Sprachrohr Berlins in Schleswig zu sein, als vielmehr umgekehrt die Interessen Schleswigs in Berlin zu vertreten.

Digitized by Google

Auch in Berlin saßen Bürokratenseelen, die sich an schnelle politische Entschlüsse über die Instanzen hinweg schwer gewöhnen konnten. Aber im Ganzen haben die Berliner Zentralen, besonders das Auswärtige Amt, Anregungen und Wünschen, die an sie herangebracht wurden, schnell und verständnisvoll entsprochen. Mit den preußischen Zentralen war das manchmal schwieriger. Vielleicht lag das daran, daß sowohl im Staatsministerium wie im Ministerium des Innern bis zum Herbst 1919 die nordschleswigschen Angelegenheiten von Männern bearbeitet wurden, die vor dem Kriege den schärfsten Nordmarkkurs mitgesteuert hatten. War es doch ohne Frage ein politischer Lapsus ohnegleichen, daß gerade ein solcher Geheimrat auch den preußischen Minister des Innern Anfang November 1919 auf seiner Reise nach Nordschleswig, die eine politische Geste ersten Ranges war, begleitete. Im ganzen ist in der Beurteilung der Tätigkeit der Berliner Zentralstellen von der Provinz sehr oft vergessen worden, daß jede von der Zentrale für einen Teil des Reiches ergriffene Maßnahme ihre unerbittlichen Konsequenzen für alle anderen nach sich zog. Heute wird auch die Provinz es einsehen: Man hat viel Unbilliges von Berlin gefordert in den Monaten der Entscheidung. Vieles habe ich nicht weitergeben können. Ging es doch manchmal mit den Forderungen so weit, daß man kategorisch verlangte: „Entweder Geld — oder wir stimmen dänisch.“

Preußen hat wirtschaftlich eine große Reihe von Zugeständnissen an Schleswig gemacht und seine Versprechungen ernsthaft gehalten. Weniger Verständnis — zumal in der ersten Zeit — hat es für die politischen Belange unserer Heimat gezeigt. Berlin hat erst sehr spät gemerkt, daß der Kampf hier oben mindestens ebenso sehr ein Kampf des wiedererwachenden Schleswigholsteinertums wie ein bloßer Kampf des Deutschtums war. Es ist charakteristisch, daß die Berliner Journalisten in unserem Kampfe diese schleswig-holsteinische Grundnote

Digitized by Google

als kleinlich empfanden und uns Ratschläge erteilen zu müssen glaubten, wie wir unsern Kampf auf eine breitere und höhere großdeutsche Basis rücken müßten. Gewiß ist ein gut Teil Schwärmerei in dem neuen Schleswig-Holsteinianismus. Aber daß er besonders auf dem Lande der lebendigste Motor unseres Kampfes gewesen ist, das haben viel eher als unsere eigenen die dänischen Minister erkannt. Von Skavenius bis zum letzten dänischen Dutzendagitator fürchtete man in Nordschleswig weniger den furor teutonicus als den wiedererwachten furor aus der Zeit des schleswig-holsteinischen „Aufruhrs".

Hatten wir manchmal darüber zu klagen, daß man in Berlin unsere spezifisch schleswig-holsteinischen politischen Wünsche auf die leichte Schulter nahm, so war komisch anzusehen, was für Sorgen sich manche Berliner Stellen um die „Stimmung" unserer Schleswig-Holsteiner machten. Als ich gleich zu Beginn meiner Tätigkeit anregte, von dem Kriegsmaterial, das in der ersten Zone angehäuft lag, alles Brauchbare so schnell wie möglich nach Süden zu transportieren, schrieb mir ein leibhaftiger Unterstaatssekretär, daß das unter anderem deshalb für untunlich gehalten werde, weil man fürchtete, die Bevölkerung würde aus einer solchen Maßnahme schließen, daß die erste Zone von uns bereits aufgegeben sei. Als wir von Anfang an darauf drängten, daß mit dem Beginn der Besetzung das Abstimmungsgebiet gegen die übrige Provinz durch eine scharfe Kontroll-Linie wirtschaftlich abgesperrt würde, damit sich bei uns keine Zustände wie im Westen entwickelten, wurde uns von einigen Berliner Stellen immer wieder entgegengehalten, daß man sich von einer solchen Absperrung keinen guten Einfluß auf die Abstimmungsfreudigkeit versprechen könne. Besonders die von mir vorgeschlagene Verwendung von nicht uniformierten Zollbeamten bei dieser Kontrolle ist an dieser Ängstlichkeit gescheitert. Und der Skandal, daß die Dänen vom Süden der Provinz in Postpaketen unkontrolliert nach Norden schie-

Digitized by Google

ben konnten, was sie wollten, während wir jede Waggonladung, jedes Gepäckstück, jede Kuh und jedes Automobil scharf kontrollierten, ist ebenfalls mit Stimmungsrücksichten begründet worden, welche diejenigen, die mitten in den Dingen standen und für die sogenannte „Stimmung" schließlich verantwortlich waren, mit Recht für Unfug erklärten.

Mit dem Oberpräsidium in Kiel bin ich in meiner Arbeit wenig zusammengekommen. Mit der Regierung in Schleswig gab es anfangs einige Schwierigkeiten. Das lag weniger an Personen, als an der ganzen Einrichtung eines solchen Staatskommissariats, das nur mit viel Takt und gegenseitiger Rücksicht in einen Instanzenapparat einzugliedern war, den für einige Zeit aufzuheben es ja gerade geschaffen war. Im Ganzen ist die Zusammenarbeit ohne ernstliche Reibungen verlaufen. Waren wir auch politisch oft anderer Meinung, so haben wir in wirtschaftlichen Dingen, die der Regierungs-Präsident als Demobilmachungskommissar auszuführen hatte, gegen Berliner Bedenklichkeiten immer zusammengestanden. Von welcher politischen Naivität preußische Verwaltungsbeamte heute noch sein können, zeigt die Tatsache, daß ein an sich höchst befähigter Regierungsrat sich zu Beginn meiner Tätigkeit mit Händen und Füßen gegen meinen Vorschlag sträubte, ausländische Journalisten, die Nordschleswig besuchen wollten, auch mit dänisch gesinnten Nordschleswigern zusammenzubringen. Ich habe mich um diesen Widerspruch natürlich nicht gekümmert und glaube, daß die große Hilfe, die deutsche wie ausländische Journalisten uns in unserem Kampfe ums Recht geleistet haben, gerade dadurch erreicht ist, daß wir ihnen rücksichtslos und objektiv die Dinge so zeigten, wie sie sind. Was den preußischen Verwaltungsapparat anbetrifft, so habe ich in Schleswig mit einer Reihe von Beamten und besonders Landräten, deren völlig andere politische Gesinnung mir bekannt war, sachlich die besten und persönlich die angenehmsten Erfah-

Digitized by Google

rungen gemacht. Mir hat es besonders Leid getan, daß der letzte Landrat des Kreises Hadersleben, dessen verständige Haltung gegenüber den Dänen viel zur Entgiftung des deutsch-dänischen Verhältnisses beigetragen hat, während der Kieler Kapptage in ein Unternehmen mitverwickelt wurde, daß ihm seiner ganzen Gesinnung nach innerlich fernstand.

Zu den politischen Parteien Schleswig-Holsteins bin ich gleich nach meinem Amtsantritt in nähere Berührung getreten und habe mit ihnen allen bis zum Schluß Hand in Hand gearbeitet. Bei der Sozialdemokratie geschah das ohne Schwierigkeiten. Bei der Landespartei zog mich wie jeden Schleswig-Holsteiner trotz ihrer politischen Extravaganzen ihr tiefes schleswig-holsteinisches Stammesgefühl an, das bei anderen Parteien, zumal im Munde landfremder Rheinländer und Sachsen, nicht gerade überzeugend wirkte. Den Bauern ging überhaupt der Grundgedanke der Nationalpolitik, den ich in Nordschleswig zu vertreten hatte — „den Deutschen, was deutsch und den Dänen, was dänisch ist — viel leichter ein, als man annehmen sollte. Der alte Gegensatz zwischen ihnen und der Ritterschaft, die schon in den sechziger Jahren preußisch dachte, zeigte sich auch jetzt wieder. Die Ritterschaft stand ausnahmslos auf dem starren Protestlerstandpunkt.

Ausgezeichnete Arbeit hat in diesem ganzen Jahre die schleswig-holsteinische Presse geleistet. Rechtsblätter und Linksblätter wetteiferten in der Konzentration auf das Eine, was nötig war. Von den ganzen wochenlangen Verhandlungen des Erzberger-Helfferich-Prozesses wird man in der nordschleswigschen Presse jener Zeit vergebens etwas suchen. Öftere Besprechungen mit den Vertretern der gesamten schleswig-holsteinischen Presse haben viel zur Klärung des Problems und zur Schaffung jener im Großen einheitlichen Stimmung beigetragen, ohne die der Kampf nicht durchgefochten werden konnte. Ich rechne es dabei besonders den Rechtsblättern als Verdienst an,

Digitized by Google

daß sie nach der Abstimmung in der ersten Zone unter Zurückstellung ihres prinzipiellen Up-ewig-ungedeelt-Standpunktes unsern Kampf für die Tiedje-Linie nicht gestört sondern kräftig unterstützt haben.

Auch die Presse aus dem Reiche hat uns wacker geholfen. Hier war noch alles zu tun, als ich meine Arbeit begann. Es waren zum großen Teil persönliche Kollegen von mir, die ich im Sommer 1919 durch Reisen in Nordschleswig für unsere Nöte und Hoffnungen zu interessieren suchte. Diese ungezwungenen Fahrten, auf denen der Journalist das konnte, was er will, nämlich alles sehen und alles hören, und wo er selber das Programm mitbestimmte und nicht „geführt wurde" — sie werden den Beteiligten sicher in ebensoguter Erinnerung bleiben wie uns die Tage ihrer Mitarbeit in Flensburg, wo sie gänzlich hineinwuchsen in den deutschen Arbeitsapparat und ihre Ratschläge uns manchmal von großem Nutzen wurden.

Von ausländischen Journalisten habe ich besonderen Wert auf die Reisen skandinavischer Vertreter gelegt. Bei ihnen fand man viel Verständnis für die von uns vorgeschlagene Lösung der Nordschleswig-Frage, sobald sie merkten, daß unser Programm kein plötzliches taktisches Manöver war sondern wirklicher seit langem vertretener Überzeugung entsprang. Die alte preußische Nordmarkpolitik war diesen Skandinaviern bis ins Einzelne geläufig. Was für Verheerungen übrigens die dänische Propaganda in manchen Gehirnen angerichtet hatte, bewies ein mit mir reisender Norweger, der tagelang im schleswigschen Mischgebiet Dänen und Deutsche durch Schädelmessungen auseinanderzukennen versuchte. Daß auch Engländer nach Schleswig kamen war wichtig, nicht nur wegen des Einflusses, den die englische Regierung auf die letzte Entscheidung der Dinge hatte, sondern auch wegen des Interesses, das gewisse englische Kreise gerade der Nordschleswig-Frage immer entgegengebracht haben. Es ist in Schleswig-Holstein nicht genug gewürdigt worden, daß in Eng-

Digitized by Google

land eine spezielle Organisation der englischen Freunde Dänemarks existierte, und daß diese die weitestgehenden Forderungen sowohl finanziell als auch publizistisch unterstützte.

Persönliche Beziehungen zu den dänischen Führern verboten sich auch da, wo sie natürlich gewesen wären. Ich kenne H. P. Hanssen seit vielen Jahren — aus der Zeit seiner Kämpfe und auch aus der Zeit des Krieges, da er um das Schicksal seines Sohnes bangte, der im deutschen Heere focht. Ich habe H. P. Hanssen immer für einen tüchtigen Taktiker aber auch für einen ehrlichen und überzeugungsfesten Mann, niemals für den „Fuchs" gehalten, als den Strackerjan ihn hinzustellen liebte und für den er auch während der Abstimmungskämpfe noch von vielen Deutschen gehalten wurde. Ich glaube, daß die Entwicklung der Dinge dieses Urteil bestätigt hat. Ich habe Achtung bekommen vor der Festigkeit, mit der er und seine Freunde auch in den Tagen, als die Wogen des Nationalismus hoch gingen, nüchtern und sich selber treu blieben. Diese Achtung habe ich auch vor einem großen Teil des dänischen Volkes bekommen. Gewiß war es das politisch klügste, was Hanssen und das dänische Volk in ihrem eigenen Interesse taten, als sie bei der rein nationalen Lösung des Nordschleswig-Problems beharrten. Aber es ist ein Zeichen einer nicht überall vorhandenen politischen Reife, daß ein Volk gegenüber einer immer stärker werdenden und lauter tobenden nationalistischen Minderheit aus nüchterner politischer Erwägung heraus einen reichen Gebietszuwachs ablehnt, den es ohne Schwertstreich bekommen kann.

Mit dänisch gesinnten Nordschleswigern habe ich bis zuletzt Fühlung behalten. Das entsprach der allgemeinen Situation zwischen Deutschen und Dänen, die ja ganz anders war als im Osten diejenige zwischen Deutschen und Polen. Deutsche und dänische Bauern lebten in Nordschleswig einträchtig beieinander, während ihre Zeitungen sich gegenseitig zu Tode schimpften. Hier und da feierten sie noch gemeinsame Dorffeste. Auf jeden Fall waren sie darin einig,

Digitized by Google

weder den deutschen Behörden noch der Internationalen Kommission soviel Getreide und Butter zu liefern, als diese es ihnen befahlen. Auch zwischen deutschen und dänischen Arbeitern hat es während des Kampfes kaum Mißhelligkeiten gegeben. Sie fochten für ihre Ziele vor und während der Besetzung. Wirkliche Erbitterung und Feindschaft herrschte nur zwischen den Deutschen und ihren Renegaten. In der ersten Zone hat es musterhafte deutsch-dänische Auseinandersetzungen gegeben — wie jene berühmt gewordene in Rapstedt, wo auf dem Scheitelpunkt der Tiedje-Linie H. P. Hanssen, der alte, und Schmidt-Wodder, der neue Führer der nordschleswigschen Minorität zusammenstießen. Es ist dabei charakteristisch für den Geist der Nordschleswiger, wenn sie unter sich und weder durch fremde Beamte noch durch fremde Journalisten aufgehetzt wurden, wie damals in Rapstedt die Dänen und Deutschen zuerst getrennt, dann beide zusammen in einer öffentlichen Diskussion, endlich wieder einzeln für sich tagten. Übrigens darf bei diesem Verhältnis der deutsch und dänisch gesinnten Bevölkerung Nordschleswigs zueinander nie vergessen werden, daß es bis zur Königsau hinauf einst eine Art schleswigschen Gesamtgefühls gegeben hat und daß dieses Gefühl auch heute noch nicht ganz erloschen ist. Das haben die Kopenhagener Dänen sehr bald bemerken müssen, als ihre Reichsbeamten sich nach der Übergabe des Landes in Scharen auf Nordschleswig stürzten, um aus ihm ein echt königlich dänisches Gebiet zu machen. Schon heute gibt es einen Gegensatz, der zwischen allen Schleswigern auf der einen und Kopenhagen auf der anderen Seite steht. Ob ihm noch eine historische Rolle zu spielen bestimmt ist, läßt sich nicht sagen. Auf jeden Fall wird er sich nur entwickeln, wenn die Deutschen südlich der neuen Grenze dabei ihre Finger ganz aus dem Spiele lassen.

Ich habe bei allen Konflikten in Nordschleswig an die ruhigen Elemente auf beiden Seiten appelliert und

Digitized by

bin dabei nicht schlecht gefahren. Auch über heikle wirtschaftliche Fragen ließen die vernünftigen Dänen mit sich reden. Das zeigte sich bei der Beschlagnahme der Spekulationsgüter, die im Laufe des Sommers 1919 im Abstimmungsgebiet aufgehäuft worden waren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei der wirtschaftlichen Katastrophe, der die nordschleswigschen Markbesitzer bei der schlechten deutschen Valuta entgegengingen, die Umwandlung von Markwerten in Güter jeder Art nicht nur ein gutes Geschäft sondern für manche die einzige Rettung bedeutete. Trotzdem einigten sich die Dänen unter Hanssen's Führung mit uns dahin, daß der ansässige legitime Handel durch unsere Aktion nicht gestört, allen Spekulanten jedoch ob Deutschen oder Dänen, rücksichtlos die Waren beschlagnahmt werden sollten. Und wie die dänische Regierung so hat auch die Mehrheit des nordschleswigschen Dänentums ihrem Abscheu vor den wirtschaftlichen Hyänen des Abstimmungskampfes immer wieder scharfen Ausdruck verliehen.

Ich habe den Kampf gegen Steuerflüchtlinge und Warenschieber, für die Wirtschaft- und Finanzinteressen des Reiches, mit besonderer Freude geführt und auch ungewöhnliche Mittel nicht gescheut, den Schiebungen an der Grenze auf die Spur zu kommen. Das lag zunächst meinem eigentlichen Arbeitsgebiete fern. Ich habe mich um diese Dinge mitkümmern müssen, weil manchmal einfach niemand da war, der sie entschlossen in die Hand nahm. In Nordschleswig schleiften vom Frühling an die Zügel staatlicher Ordnung in jeder Beziehung am Boden. Ich glaube, daß wir den Kampf für die deutschen Wirtschaftsinteressen in Schleswig nicht ohne Erfolg geführt haben. Er wäre größer geworden, wenn Berlin sich entschlossen hätte, schneller und großzügiger zu arbeiten. Aber auch so ist Schlimmes verhütet worden. Unser Feldzug gegen die Steuerflüchtlinge, die sich vom Herbst 1918 an in den Nordkreisen festgesetzt hatten, ist fast restlos

Digitized by Google

geglückt. Über 70 Millionen Mark sind ihnen als Sicherung abgenommen worden, kurz bevor der Vorhang fiel, hinter dem sie Schutz zu finden gehofft hatten. Es waren vor allem die unleidlichen Zustände in Nordschleswig, auf die hin am 24. Juni 1919 das Ergänzungsgesetz gegen die Kapitalflucht erlassen wurde. Und ich rechne es dem damaligen Finanzminister Dernburg hoch an, daß er auf meine persönlichen Vorstellungen in Weimar hin das Gesetz so energisch betrieb, daß es noch am Tage der Annahme des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung verabschiedet werden konnte. Dabei bin ich — das spreche ich hier ganz offen aus — der festen Überzeugung, daß ohne dieses mein persönliches Eingreifen, ohne das persönliche Betreiben eines Mannes, hinter dem nicht nur der Auftrag des Staates sondern das moralische Gewicht einer großen Partei stand, jene Millionen nicht gerettet worden wären. Alle Fach- und Zwischeninstanzen, die ich mit dem Skandal behelligte, hatten mit den Schultern gezuckt. Das bringt mich kurz auf die prinzipielle Frage des Wertes der politischen Staats- resp. Reichskommissariate überhaupt.

Ich habe mich oft gefragt, ob die Arbeit, die ich in Schleswig geleistet habe, nicht auch von dem alten Apparat unserer Provinzialverwaltung oder Regierungsbehörden hätte bewältigt werden können. Ich glaube, so wie die Dinge lagen, war das in Schleswig unmöglich. Zweifellos haben alle Staats- und Reichskommissariate ihre großen Schattenseiten. Aus der Unmöglichkeit, ihren Wirkungskreis und ihre Vollmachten gegenüber den Instanzen sauber abzugrenzen, entspringen latente Konflikte auf allen Gebieten. Alle Beamte werden in einem solchen politischen Delegierten mit Staatsauftrag zunächst einen Eindringling sehen. Staatskommissariate sind Persönlichkeitsfragen in einem viel höheren Maße als die Besetzung anderer hoher und höchster Beamtenposten. Wenn sich ihre Einrichtung notwendig erwies überall da, wo wichtige politische Fragen

Digitized by Google

unter Mitwirkung der Bevölkerung zur Entscheidung standen, so ist das zunächst ein Zeichen dafür, daß in wichtigen politischen Situationen unser bisheriges höheres Beamtentum seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. Denn diese Aufgaben sind andere im Volksstaat, andere im Obrigkeitsstaat. Man konnte im alten Preußen zur Not mit einem Beamten aus Oppeln Sprachenparagraphen in Schleswig durchführen — sogar gegen die gesamte Bevölkerung. Aber man kann heute mit einem noch so tüchtigen Verwaltungsbürokraten keine Volksbewegung leiten, in der es auf die lebendige Zusammenfassung aller Parteiströmungen zu einem politischen Ziel ankommt. Darüber hinaus aber haben die politischen Kommissariate gezeigt, daß der technische Verwaltungsapparat in Preußen stark verbesserungsbedürftig ist. Das Nebeneinander von Regierungspräsidium, Oberpräsidium und Provinzialverwaltung zeigt in Schleswig-Holstein, wo wir nur einen einzigen Regierungsbezirk haben, seine stärksten Schattenseiten. Ein lebendiges Oberpräsidium und ein lebendiges Regierungspräsidium werden hier immer gegeneinander stoßen. Die preußische Verwaltung muß rücksichtslos vereinfacht — die provinziale Selbstverwaltung bedeutend erweitert — der Instanzenweg zwischen der Bevölkerung und den Berliner Zentralen stark verkürzt werden. Alte Verwaltungsbeamte, die sich den offenen Blick für die Notwendigkeiten der neuen Zeit gewahrt hatten, haben mir denn auch die Vorteile eines Staatskommissariats rein vom verwaltungstechnischen Standpunkte des beschleunigten Geschäftsganges immer wieder bestätigt. Auf jeden Fall sollten die Erfahrungen die die Berliner Zentralen mit allen Staatskommissariaten gemacht haben, bei der künftigen Reform der Verwaltung objektiv — ohne Rücksicht auf parteipolitische Konstellationen, aber auch ohne Rücksicht auf die Herrschaftsbestrebungen der alten Bürokratie — geprüft und verwendet werden.

Digitized by Google

Wenn ich heute auf die Sommer-, Herbst- und Wintermonate zurückblicke, die ich in treuer Arbeitskameradschaft mit den Männern und Frauen Schleswigs verbracht habe, so sind es Monate ewiger Fahrten gewesen. Bis auf die letzten Wochen, in der ich durch Rücksichten auf meine Stellung bei der I. K. ausgeschaltet war, bin ich eigentlich das ganze Jahr unterwegs gewesen — in allen Städten und Dörfern, auf den Inseln und auf manchem Bauernhof dieses einst so ruhigen und nun in den Wirbeltanz politischer Leidenschaften gerissenen Schleswig. Ich habe wenig Akten und wenig Beamte gehabt. Mein Büro habe ich zuerst mit einer, später mit drei Hilfskräften geführt. Es wurde wenig geschrieben bei uns, viel telegraphiert, das meiste an der Strippe erledigt. Wo es etwas irgendwie wichtiges gab, war ich persönlich zugegen. Meine Mitarbeiter, die alle jung und keine Bürokraten waren, haben frohe und harte Stunden mit mir kameradschaftlich durchgehalten. Es war ein unregelmäßiges Leben und kein systematisches Arbeiten, in dem wir standen. Aber es war ein Arbeiten an Menschen und keine Beschäftigung mit Paragraphen. Es war das Schönste, das ein Parteipolitiker sich wünschen kann: über und doch mit den Parteien, mit den Menschen, mit der gesamten Landsmannschaft für eine Sache in vorderster Reihe zu fechten, die uns allen aus dem Herzen kam und die der großen Volksgemeinschaft im Süden Mut machte.

Während ich dieses kleine Kapitel schließe, findet in Kopenhagen die erste Reichstagssitzung statt, an der ein deutscher Schleswiger teilnimmt. Jetzt haben wir also wirklich ein kämpfendes Auslandsdeutschtum in Schleswig. Wir haben den Schmerz und die Wehmut, die Leiden und den Stolz eines „unerlösten" deutschen Schleswigertums. Was die Dänen in ihrem Kampfe gegen uns einst überlegen machte, ihre Rechtsbasis, auch sie haben wir. Wir haben sie in dem von unseren Gegnern unterschriebenen Programm der 14 Punkte und noch mehr in

Digitized by Google

den klaren Wahlziffern des 10. Februar und 14. März, die trotz Wirtschaftspropaganda und Abstimmungsarithmetik unerschütterlich zeigten, in welcher Kurve die wahre und gerechte Völkergrenze zwischen Deutschen und Dänen in Nordschleswig läuft. Diese Basis ist so fest gegründet — unsere nationalpolitische Situation so unangreifbar, daß auch der Endausgang dieses Kampfes sicher ist. Wir brauchen keine Politik des Hasses und der großen Worte — auch das Zauberwort der „Irredenta" können wir getrost beiseite legen. Wenn das Deutschtum nördlich und südlich dieser Grenze von 1920, die keine Grenze ist, eine wirkliche Politik macht, eine Politik der Tatsachen, nämlich die Politik seiner selbst, die Politik der Sammlung und Erhaltung seines Deutschtums und seiner deutschen Kultur, dann ist die Zukunft des deutschen Schleswig für niemanden zweifelhaft, der die Geschichte nationaler Bewegungen kennt und für den Triumph des Rechtsgedankens in der ganzen Welt selber zu kämpfen bereit ist.

Digitized by Google

3. DER AUFMARSCH.

Eine von den wenigen wirklichen Veränderungen, die die Pariser Konferenz an dem ursprünglichen Friedensvertrag vornahm, ist der Fortfall der dritten Zone aus dem für Schleswig vorgesehenen Abstimmungsgebiet. Sie bedeutete nicht viel im Rahmen des Ganzen dieses Vertrages, aber von uns in Schleswig nahm sie einen Alpdruck. Heute darf man sagen, welch ernste Sorgen uns die dritte Zone bereitete, wie gerade hier, in dieser ganz deutschen Zone, der Materialismus grassierte und die ökonomische Hoffnung auf Dänemark sich viel zynischer äußerte als im Norden. Es ist wahrscheinlich, daß im Laufe des Sommers und Winters auch hier eine Ernüchterung eingetreten wäre. Aber niemand weiß, ob es nicht Leuten vom Schlage des Abgeordneten Thomsen schließlich doch noch gelungen wäre, unter der Flagge des schleswigschen Partikularismus das ganze Abstimmungsgebiet an Dänemark hinüberzuschieben. Die dänische Regierung und H. P. Hanssen haben immer damit gerechnet. Unser Rechtskampf wäre bei einer Mitabstimmung der dritten Zone gegenüber dem Up-ewig-ungedeelt-Standpunkt der Mehrheit der schleswigschen Bevölkerung kaum durchführbar gewesen. Ich selber habe das Deutschtum im Mischgebiet der zweiten Zone von Anfang an für viel fester angesehen als das von Eiderstedt und Husum. Heute hört sich das an wie ein böser Traum. Und doch weiß jeder, daß es damals Tausende von Stimmen für Dänemark selbst in Holstein und Hamburg gegeben hätte, wenn man sich vermittelst eines kostenlosen und geheimen Zettels aus dem deutschen Zusammenbruch hätte heraus stehlen können.

Es ist kein Zweifel, daß die zahlreichen und zum Teil erregten Proteste, die aus der dritten Zone bis zum Juni herausbrodelten, die Pariser Konferenz insofern beein-

Digitized by Google

flußt haben, als sie Dänemarks Ablehnungswillen stärkten. Aber ebenso sicher wissen wir, daß letzten Endes weder Einsicht in den begangenen Wahnsinn noch Rücksicht auf deutsche Proteste den Fall der dritten Zone veranlaßt haben. Das war vielmehr lediglich der konsequente Widerstand des dänischen Volkes und seiner Regierung sowie die Verlegenheit der Konferenz vor dem Zustand, der eintreten würde, falls Dänemark das Land, das sich aus ökonomischen Gründen von Deutschland abwandte, in seinen Staatsverband aufzunehmen sich weigerte. Denn damit mußte gerechnet werden.

Die dänische Regierung war zunächst in tötlicher Verlegenheit, als die erste Versailler Entscheidung herauskam. Aber schon am 9. Mai zeigt sich, daß in der Regierung die alte Mehrheit für das Selbstbestimmungsrecht noch vorhanden ist. Am 10. Mai polemisiert Ritzau's Büro, am selben Tage H. P. Hanssen und Zahle, am 11. Mai sogar die sonst so kampflustige „Berlingske Tidende" gegen die Versailler Zumutung. Ihnen folgen Reden, Versammlungen, Presseartikel in reicher Zahl. Man hat den Eindruck, daß jetzt auch die große Mehrheit des dänischen Volkes noch hinter der Regierung steht, und daß in der Schleswiger Frage die Opposition sich auf eine nicht sehr große, wenn auch energisch geführte Minderheit stützt. Das bestätigte der Reichstag, der am 12. Mai mit 117 gegen 29 Stimmen eine oppositionelle Resolution ablehnt und damit offen gegen die Einbeziehung Schleswigs votiert. Immerhin bewies H. P. Hanssen auch jetzt wieder seinen politischen Blick, als er am 15. Mai voraussagte, daß die Versailler Zumutung mit ihren Folgen Dänemark im Laufe der Zeit in zwei sich scharf bekämpfende Lager teilen würde. Zwei Tage später übergab der dänische Gesandte in Paris Herrn Clemenceau eine Note, in der die Ablehnung der dritten Zone noch einmal ausführlich begründet ward. In den beiden nördlichen Zonen sei das Deutschtum so mit Dänen-

tum gemischt, daß es bei einem Rückfall dieser Zonen an Dänemark wahrscheinlich bald verschwinden würde. (!) Wenn aber die dritte Zone noch hinzukäme, so würde es durch Zuzug von weiteren 160 000 Deutschen so verstärkt werden, daß eine niemals zu assimilierende deutsche Irredenta entstehen würde. Und in diesem Zusammenhang wies die Note zum ersten Mal auf den für Dänemark aus der Geschichte so gefährlichen schleswig-holsteinischen Partikularismus hin. Aber die für Paris wirklich zwingenden Argumente setzte etwas später Herr von Skavenius in einer Rede zu Rundkjöbing auseinander. „Wenn nach Meinung von Paris die deutschen Schleswiger das Recht haben, zu bestimmen, ob sie in ein fremdes Land wollen, dann hat ohne Zweifel auch das dänishe Volk das Recht zu bestimmen, ob es sie als Dänen anerkennen will oder nicht." Das war eine nur schlecht verhüllte Drohung. Das nötige Gewicht aber hatte ihr ein paar Tage vorher die dänische Sozialdemokratie verliehen, als sie feststellte, daß keine Macht der Erde einem neutralen Lande eine Grenze aufzwingen kann und daß nur gegen den hartnäckigen Widerstand von 300 000 dänischen Sozialdemokraten 300 000 Deutsche in Dänemark einverleibt werden würden. Das waren deutliche Worte der verantwortlichen Regierungsstellen wie der Vertreter des Volkes. Acht Tage später traf die Botschaft ein, daß der Viererrat beschlossen habe, die dritte Zone von der Abstimmung auszunehmen. Es nimmt nicht Wunder, daß die französische Presse den Standpunkt der dänischen Regierung — ob er nun politischer Klugheit oder jenem „gesunden germanischen Anstandsgefühl" entsprang, von dem der Offiziosus in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" schrieb — absolut nicht begreifen konnte und blödsinnige Märchen über ein deutsch-dänisches Geheimabkommen in die Welt zu setzen begann.

Digitized by Google

Wie man weiß, hatte die dänische Regierung wie die offizielle dänische Delegation in Paris unter den Sicherungen für eine freie Abstimmung auch die Räumung der „Gegend südlich des Abstimmungsgebietes" gefordert. Aus dieser „Räumung der Gegend südlich des Abstimmungsgebietes" hatte der erste Versailler Entwurf dann eine „Abstimmung in der dritten Zone" gemacht, in jener Gegend, die von deutschen Renegaten wie Wall-Obdrup in ihren Besprechungen mit dänischen Offizieren und Alliierten-Vertretern in Kopenhagen sowie bei ihren Verhandlungen in Paris als wünschenswert angegeben war. Nun fiel die Abstimmung in der dritten Zone. Damit war aber noch lange nicht die Räumung gefallen. In der von Havas veröffentlichten Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge heißt es noch ausdrücklich, daß „auf Ersuchen der dänischen Regierung Bestimmungen erlassen sind, daß das Gebiet bis Eider und Schlei von deutschen Truppen und höheren Beamten geräumt wird." Im Gegensatz dazu ist später von dieser Räumung nie die Rede gewesen. Und in dem von Deutschland am 23. Juni unterzeichneten Vertrage fehlt jeder Bezug auf sie. Diese Tatsache hat das dänische Volk weit über die Kreise der Opposition hinaus erregt. Spätere Anträge, die dritte Zone bezw. die Gegend südlich des Abstimmungsgebietes doch noch zu räumen, sind auch von Hanssen und seinen Gesinnungsgenossen unterstützt worden. Mitte Juli wußte dann „Ribe Stiftstidende" plötzlich zu melden, daß das Fallenlassen der Räumung auf dem Schreibfehler eines Pariser Schreibers beruhe. Und Mitte August führte dieses auch anderswo auftauchende Gerücht zu einer förmlichen Anfrage im Englischen Unterhause. Es bleibt etwas unklar an diesem plötzlichen Ausfall der Räumungsbestimmung. Mit der Aufgabe der Abstimmung der dritten Zone hat er nichts zu tun. Das beweist die erste Fassung der Antwort im Havas Wortlaut.

Digitized by Google

Es bleibt nur übrig entweder, daß die Konferenz im letzten Augenblick noch einen Moment vernünftiger Erleuchtung gehabt hat oder, daß der Fortfall wirklich auf dem Versehen untergeordneter Stellen beruht, die zwischen „Räumung" und „Abstimmung" nicht zu unterscheiden gewußt haben. Bei der Schlamperei, die auf der Konferenz in dieser Beziehung herrschte, halte ich letzteres nicht für unmöglich.

Während die deutsche Bevölkerung Südschleswigs in mächtigen Kundgebungen Tag für Tag sich gegen das Versailler Diktat erhob und in der dritten Zone bis zur Eider hinunter die organisatorische Zusammenfassung des Deutschtums fieberhaft vorbereitet wurde, arbeitete die deutsche Regierung ihre Gegenvorschläge zu dem Versailler Vertragsentwurf aus. Es war selbstverständlich, daß sie dabei gegen die Einbeziehung der dritten Zone sowie gegen die Modalitäten der Abstimmung protestierte. Sie hat darüber hinaus positive Vorschläge gemacht, die sowohl die Methoden einer gerechten Abstimmung wie auch die Linie angehen, innerhalb derer nach der deutschen durch Solf und Brokdorff-Rantzau immer wieder betonten Auffassung von einer Abstimmung überhaupt nur die Rede sein könne. Sie schlug vor, daß in Schleswig an einem Tage gemeindeweise von allen über 20 Jahre alten Bewohnern, die bereits 1 Jahr vor Friedensschluß ihren Wohnsitz in Schleswig hatten, unter einer aus Neutralen bestehenden Behörde bei Entfernung aller Truppen abgestimmt werden sollte. Das Abstimmungsgebiet sollte dasjenige Territorium umfassen, in welchem territorial zusammenhängend alle diejenigen Gemeinden liegen, die mehr als 50 % Dänen in sich fassen. Das ergab eine Linie, die ungefähr das Gebiet der ersten Zone einschließlich jener Grenzbezirke umfaßt, die auch die erste Apenrader Entschließung der dänischen Nordschleswiger und die Berner Resolution abstimmen lassen wollten. Die deutsche Regierung befand sich also mit ihrem Vorschlag

Digitized by Google

in guter Gesellschaft und auf gutem Rechtsboden. Auch in der Forderung nach gesetzlichen Rechten für die zurückbleibenden Minoritäten konnte sie sich auf das Votum von Bern stützen. Es war nach Lage der Dinge vorauszusehen, daß diese Vorschläge in Paris keine Gegenliebe finden würden. Dagegen werden sie die Grundlage für unser Revisions-Programm bleiben, solange in Nordschleswig geschlossene deutsche Gruppen die Rückkehr zum alten Vaterland verlangen. Der Ausgang der Abstimmung im Februar und März hat die Zweckmäßigkeit dieser deutschen Gegenvorschläge bestätigt. Die spätere Forderung der Tidje-Linie baut sich organisch auf diesen deutschen Gegenvorschlägen von Ende Mai auf.

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages war die Mitwirkung der deutschen Regierung an der Regelung der Abstimmung zunächst erschöpft. Den für die Durchführung der Abstimmung bestimmten Apparat baute Paris allein auf. Die Kommissare der für Schleswig in Aussicht genommenen Internationalen (nicht Interalliierten) Kommission wurden im Laufe der nächsten Wochen ernannt. Als Vorsitzender wurde der Engländer Sir Charles Marling bestimmt, Gesandter in Kopenhagen, dem der Ruf eines objektiven, billig denkenden Mannes vorausging. Der französische Gesandte in Kopenhagen, Conti, dessen Stellung zur Schleswig-Frage durch seine Beziehungen zu Wall-Obdrup charakterisiert wird, und der sich weigerte, mit H. P. Hanssen zu verhandeln, weil dieser die Kriegskredite im deutschen Reichstag mitbewilligt hatte, wurde durch seinen Kopenhagener Nachfolger, den früheren Generalkonsul in Frankfurt später Hamburg Paul Claudel ersetzt, einen Dichter und Literaten, dessen frühere intime Fühlung mit dem deutschen Geistesleben (er hatte unter anderem in Hellerau ein Mysterium aufführen lassen) ihn natürlich nicht hinderte, bei jeder Entscheidung auf die dänische Seite zu fallen. Der Amerikaner fiel aus, da sein Land an der Ratifizierung dieses Versailler Friedens an-

Digitized by Google

scheinend kein Interesse mehr hatte. Von Norwegen wurde der Generaldirektor des norwegischen Post- und Telegraphenwesens Heftye angemeldet, der als warmer Ententefreund bekannt war. Schweden endlich delegierte den Landeshauptmann der Provinz Gothenburg von Sydow. Deutschfreundlich war keiner von ihnen. Das einzige, was wir von ihnen erhoffen konnten, war Unparteilichkeit und die auf Grund eigener Kenntnisnahme im Abstimmungsgebiet zu gewinnende Einsicht, daß ihre bisherigen Informationen über die Verhältnisse in Schleswig zum mindesten sehr einseitig gewesen waren.

Die I. K. begann bald nach der Annahme des Friedensvertrages ihre vorbereitetenden Arbeiten in Kopenhagen, wo sie in der Peter Skramsgade ihr Büro aufschlug. Obwohl sie jetzt noch nicht die geringste Vollmacht hatte und alles, was Nordschleswig anging, bis zur Ratifizierung des Friedens durch die Botschafter-Konferenz in Paris erledigt werden mußte, begannen die Dänen alsbald mit Fragen, Bitten und Beschwerden sie für sich mit Beschlag zu belegen. Wenn einem dänischen Kaufmann in Nordschleswig Waren beschlagnahmt werden sollten, wenn in einer Versammlung die Dänen sich vergewaltigt glaubten, wenn die deutsche Regierung ein Grundstück in Nordschleswig verkauft hatte, wenn dänischen Pfadfindern das Betreten deutschen Gebietes untersagt wurde, wenn vermeintlich zu viel Vieh abgeliefert, zu viel Holz in Nordschleswig geschlagen werden sollte — immer wurde die noch gar nicht bestehende I. K. mobil gemacht. Es darf nicht verschwiegen werden, daß selbst deutsch gesinnte Landsleute sich nicht schämten, auf diesem Umwege ihre ökonomischen Interessen zu vertreten. Soweit bekannt wurde, hat die I. K. sich in allen Fällen korrekt benommen. Ihr Vorsitzender hat den dänischen Wühlern in der Frage der Räumung der dritten Zone sogar energisch den Marsch geblasen. Je mehr die Kommission sich in ihre Arbeiten vertiefte, desto schneller sah sie ein, daß ohne deutsche Mitarbeit weder

Digitized by Google

später noch jetzt im Stadium der Vorbereitungen etwas Ordentliches zustande kommen konnte. So entstand die Bitte um Übersendung von deutschen Beratern nach Kopenhagen.

Mitte Mai traf der preußische Landwirtschaftsminister Braun in Schleswig ein, um über eine Reihe von großzügigen Meliorationsprojekten und Eindeichungsbauten mit der Bevölkerung Fühlung zu nehmen. Ihm folgte der Minister der öffentlichen Arbeiten Oeser, der die Inangriffnahme einer Reihe von Bahn- und Bahnhofsbauten in Aussicht stellte. Der Möglichkeit beraubt, selber an der internationalen Lösung des Schleswig-Problems mitzuarbeiten, warf sich die Regierung durch diese und andere Maßnahmen darauf, den nationalen Willen der deutschen Bevölkerung zu schützen und zu kräftigen — bis im August von Kopenhagen die Aufforderung zur Mitarbeit an der Vorbereitung der Abstimmung eintraf. Ursprünglich waren zwei deutsche Delegierte für diesen Zweck und ebenso die Mitwirkung Nordschleswigs an der Auswahl derselben vorgesehen. Später blieb es bei einem. Die nun beginnende Arbeit des Landrats von Tondern Böhme, der in Mexiko geboren, aber schleswigscher Abstammung war und nach mehrjähriger Tätigkeit im Grenzgebiet die einschlägigen Fragen sehr gut beherrschte, hat in der Kopenhagener Presse großes Erstaunen hervorgerufen und eine Besprechung seinerseits mit Mitgliedern des südjütischen Ministeriums gab der dänischen Opposition Anlaß, das Gespenst einer direkten deutsch-dänischen Verständigung über den Kopf von Paris hinweg an die Wand zu malen. Erst die kalte Dusche, daß der Vorsitzende der I. K. selber die Mitwirkung deutscher Sachverständiger schon jetzt angeregt hatte, brachte den dänischen Protest zum Schweigen.

In vielwöchiger Arbeit hat Landrat Böhme bei der Ausarbeitung des Stimmreglements und der Räumungsvorschriften, bei der Festsetzung der Grundlagen der Ernährungswirtschaft, der Aus- und Einfuhr, der Eingliederung

Digitized by Google

des Verwaltungsapparates, der Post-, Eisenbahn- und Justizbehörden in den Apparat der Kommission, der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen deutschen und Kommissionsbeamten, endlich der Feststellung dessen, was deutsche Souveränität bei internationaler Verwaltungshoheit praktisch besagte, den deutschen Standpunkt immer wieder zur Geltung gebracht. Wer Verhandlungen mit unsern Gegnern nach dem Kriege geführt hat, weiß, wie ohnmächtig wir sind und wie billig das Geschrei gewisser Parteien bei uns nach einer starken Hand ist. Fast überall stand der Wille der I. K. und dementsprechend das Resultat von vornherein fest. Dennoch sind die deutschen Belange in manchen Punkten wesentlich berücksichtigt worden. Das Abstimmungsgebiet schuldet dem deutschen Unterhändler für diese Arbeit mannigfachen Dank.

Die I. K. hat im Laufe des Herbstes öfter Delegierte nach Nordschleswig entsenden wollen aus dem an sich richtigen Gefühl heraus, daß in Kopenhagen ihre Pläne im luftleeren Raum aufgebaut würden. Die deutsche Regierung hat das strikte abgelehnt, wozu sie formal ohne Zweifel im Recht war. Es fragte sich aber, ob das praktisch klug war. In Kopenhagen stand die Kommission andauernd unter dänischem Druck. Alle Nachrichten und Vorschläge, die ihr gemacht wurden, kamen von Dänen. Es ist die Frage, ob bei sofortiger direkter Fühlungnahme der I. K. mit Nordschleswig und den Vertretern seiner Bevölkerung nicht manche Mißgriffe verhindert und manche Verwaltungsvorschrift von vornherein gemildert worden wäre. Ich halte es zum Beispiel für sicher, daß der Skandal der Ernennung des Herrn Waldemar Sörensen zum Polizeimeister in Flensburg (der im Endeffekt der deutschen Sache ja mehr genützt als geschadet hat) nicht passiert wäre, wenn die Kommission, bevor sie sich auf ihn, der ihr von den gesamten Dänen als „Flensburger Arbeiterführer" präsentiert wurde, festlegte, an Ort und Stelle mit Dänen und Deutschen Fühlung aufgenommen hätte, so wie es später geschehen ist;

Digitized by Google

Ganz und auf die Dauer ließ sich natürlich die Fernhaltung der Kommission vor Beginn ihrer gesetzmäßigen Tätigkeit doch nicht durchführen. Wie nützlich sie sein konnte, zeigte sich an der Anfang Oktober in Flensburg stattfindenden Besprechung mit dem schwedischen Delegierten Lundgreen. Es wurden im Groben die Verpflichtungen festgestellt, die für Dänemark aus dem Fortfall der Zwangslieferungen nach dem Süden während der Abstimmungsperiode sich ergaben. Vor allem aber erfuhren die Bauern, die wir in großer Zahl zu dieser Besprechung geladen hatten, auf diese Weise zu ihrem großen Erstaunen und direkt von einem Kommissionsmitgliede, daß die deutsche Wirtschaftsgesetzgebung auch während der Abstimmung in Kraft bleiben würde, daß sie also ihre Lieferungspflichten, wenn nicht für den Süden so für das Abstimmungsgebiet selber auch unter der Herrschaft der I. K. weiter zu erfüllen hätten. Von welchem Werte das bei der Widerspenstigkeit gerade der dänischen Bauern gegen die Ablieferung war, braucht nicht erläutert zu werden. Die endgültigen deutsch-dänischen Abmachungen über die Ernährung des Abstimmungsgebietes sind erst kurz vor der Besetzung getroffen. Schon Mitte Oktober aber begannen die alliierten Militärs in Flensburg und den übrigen für militärische Belegung vorgesehenen Städten Quartier zu machen. Neben dem Flensburger Hof wurden eine Reihe von Kasernen, Autogaragen und Privathäusern gemietet, darunter Räume im „Bahnhofshotel" für ein neutrales Pressebüro unter norwegischer Leitung. Hierzu wurden besonders großzügige Vorbereitungen getroffen. Wir haben alles getan, in Verbindung mit der I. K. den zu erwartenden Journalisten vom In- und Ausland möglichst viel objektives Material in Gestalt von wissenschaftlicher — deutscher und dänischer — Literatur über Schleswig an die Hand zu geben. Leider hat sich das als ganz überflüssig erwiesen — aus später zu erörternden Gründen. Jedenfalls ist Flensburg von Anfang November

Digitized by Google

ab trotz des anfänglich starr ablehnenden Standpunktes der deutschen Regierung von Kommissionsmitgliedern nicht mehr frei geworden. Schon am 17. Dezember traf auch der Generalsekretär der I. K., Herr Bruce, in Flensburg ein. So hatte die Bevölkerung des Abstimmungsgebietes Gelegenheit — Dänen und Deutsche, jede nach ihrer Art — sich in die neue Zukunft, die für beide nur ein Zwischenzustand war, einzuleben.

Trotz der nunmehr überall aus den dänischen Gärten Nordschleswigs emporsprießenden unbemalten Flaggenstangen, die in kindlicher Vorausnahme der späteren Festesfreude manchmal an ihrem untersten Ende schon weiß-rot bemalt waren, und trotz der Danebrogs, die hier und da bei Trauungen und anderen besonderen Festlichkeiten — wenn auch nur eine halbe Stunde lang — gehißt wurden, wollte bei den Dänen kein rechter Schwung der Freude aufkommen. Das lag nicht nur an den wirtschaftlichen Sorgen der Markbesitzer, die sich in immer erneuten Forderungen nach Kopenhagen geltend machten — nicht nur daran, daß sich ein Teil der Dänen zu weite Ziele gesteckt hatte und anstatt sich der sicheren Heimkehr der dänischen Nordschleswiger zu freuen, unsichere Beutezüge nach dem Süden unternahmen, das lag besonders an den immer tiefer werdenden Zwiespalt, den diese dänischen Annektionsgelüste in ihre eigenen Reihen brachten. Zwar während der Tage, in der zwischen Kopenhagen und Paris um die Entscheidung über die dritte Zone gerungen wurde, war es merkwürdig still, wenigstens bei der reichsdänischen Opposition. Das zeigt, wie stark das parteipolitische Moment in diesem ganzen Streit um Schleswig war. Um so stärker setzte die Hetze nach der Annahme des Friedensvertrages ein. Schon Ende Juni ist die Agitation für Einbeziehung der dritten Zone in das Abstimmungsgebiet wieder in vollem Gange. Unter Führung von Wall-Obdrup, der auf Grund einer Pariser Information behauptete, jeden deutschen Kriegsgefangenen sofort zu seinen Eltern

Digitized by

zurückschaffen zu können, wenn diese dänenfreundlich gesinnt seien, und C. Petersen, der sein Hauptquartier in dieser Periode ganz nach Eiderstedt verlegte, wo die uralten wirtschaftlichen Beziehungen der dortigen Fettgräser zu den dänischen Magerviehlieferanten des Nordens prodänische Sympathien erleichterten, wurden in der ehemaligen 3. Zone Tausende von Unterschriften gesammelt, die sich für den Anschluß nach Norden aussprachen. Als die zeitweilige Verhaftung Beider ihrem Treiben ein Ende setzte, ging die Agitation unterirdisch weiter. Selbstverständlich zeitigte jedes schärfere Zugreifen der deutschen Behörden in der nunmehr jedem Ententediktat entzogenen alten dritten Zone und jede kräftige Abwehr dänischer Übergriffe im Abstimmungsgebiet durch die deutsche Bevölkerung bei den dänischen Ultras schreiende Proteste. Als 1500 dänische Pfadfinder die Unverfrorenheit besaßen, ohne Einreiseerlaubnis in Sonderburg zu landen, und eine Reihe deutscher Matrosen sich den dänischen Wühler Grau, der bei dieser Gelegenheit sich aufführte, als ob Sonderburg nicht mehr in Deutschland läge, sondern eine kleine Grau-Republik wäre, zu kaufen suchten, erhob sich in der ganzen chauvinistischen Presse ein maßloses Zetern über deutsche Gewaltherrschaft, das eine spezielle Sonderburger Delegation bei der I. K. in Kopenhagen zu dem Antrag formulierte, sofort mit der Besetzung des Landes zu beginnen. Bei der Besetzung Flensburgs durch die Reichswehr dasselbe Spiel. Sie war notwendig, weil die gewaltsame Störung durch Arbeitslose den kommunalen Geschäftsbetrieb unmöglich machte. Die Eiderdänen machten eine Bedrohung der dänischen Freiheit aus ihr — das christlich konservative Flensburg-Avis protestierte Arm in Arm mit den Kommunisten — und nach Kopenhagen und Paris gingen lange Bitt-Telegramme ab — wieder um möglichst schleunige Besetzung. Endlich der Zwischenfall in Schafflund. Es war bedauerlich, wenn auch nach den pöbelhaften Angriffen auf Deutschland durch C. Petersen verständlich, daß die

Digitized by Google

Deutschen sich hier zu Gewalttätigkeiten (nicht gegen ihre dänischen Landsleute sondern gegen die berufsmäßigen Hetzer) hinreißen ließen. Aber es war lächerlich, aus diesem einen Falle heraus ein deutsches Gewaltregiment zu konstruieren — es war so gesucht, daß der Verdacht nicht abzuweisen war, es handelte sich hier um ein planmäßiges Vorgehen, die vorzeitige Besetzung unter allen Umständen zu erzwingen.

Bei der I. K. hat diese Hetze im Ganzen wenig Erfolg gehabt. Ihr Vorsitzender erklärte Mitte August nicht nur kategorisch, daß die dritte Zone ein für alle Male aus dem Vertrage gestrichen sei, sondern daß nach den von der I. K. eingezogenen Informationen auch die dänischen Meldungen über deutsche Gewalttätigkeiten auf Mißverständnisse und Übertreibungen zurückzuführen seien. Das war klar genug. Andererseits war die demonstrative Entsendung des französischen Kreuzers „Marsaillaise" in Nordschleswigsche Gewässer zweifellos eine Konzession an dänische Ungeduld. Und es ist nie ganz klar geworden, ob Anfang November, als englische Offiziere in Flensburg als Quartiermacher erschienen und englische Schiffe den Sund südwärts verließen, im Gefolge der Besetzung Flensburgs durch die Reichswehr nicht doch unter Bruch des Friedensvertrages eine vorzeitige Ententebesetzung geplant war. Die Schiffe wurden bekanntlich zurückgerufen und die Offiziere reisten wieder ab. Es ist aber auch möglich, daß dieses ganze Intermezzo mit jenem Aufschub der allgemeinen Ratifikation zusammenhängt, von der H. P. Hanssen ein paar Tage später im Südjütischen Ausschuß Mitteilung machte.

Tiefergehend waren die Wirkungen, die das Treiben der Ultras in der politischen Vertretung von Nordschleswig sowohl wie vom Königreiche hervorrief. Ende Mai stellte sich der Wählerverein noch fest auf die Seite des dänischen Reichstages und lehnte die Versailler dritte Zone ab, wenn auch die Minderheit jetzt schon auf 22 gestiegen war. Bald

Digitized by Google

darauf ward H. P. Hanssen zum Minister für südjütische Angelegenheiten ernannt. Am 7. Juli kam es schon zu schweren Zusammenstößen, im Verlaufe derer es der Opposition gelang, die Mehrheit des Wählervereins davon zu überzeugen, daß in der Ernennung Hanssen's ein Übergehen des nordschleswigschen Dänentums läge. Daß die Mehrheit weich wurde, zeigte sich auch daran, daß H. P. Hanssen nunmehr (wenn vielleicht auch nur nach außen hin) für die Räumungsforderung einzutreten bereit war. Ende Juli glaubt die Opposition die Räumung (und damit selbstverständlich mehr als die Räumung) durchsetzen zu können. Gleichzeitig kommt aus Paris Nachricht, daß der Fünferrat (vielleicht weil der Schreibfehler nunmehr in seiner vollen Wirkung erkannt war?) die Bestimmungen über Schleswig noch einmal nachprüfen wolle. Durch die immer offener auf Abstimmung in der dritten Zone losgehende Agitation der Ultras stutzig gemacht beschließt der Wählerverein Ende Juli noch einmal — diesmal freilich mit nur 7 Stimmen Mehrheit — die Räumungsresolution nicht der dänischen Regierung und dem dänischen Reichstag zuzustellen. Dagegen teilt gleichzeitig die dänische Regierung als Antwort auf die „Sonderburger Provokationen (!)“ mit, daß sie sich an die Alliierten gewandt habe mit der Bitte, schon jetzt Kriegsschiffe nach Nordschleswig zu senden. Durch diese und andere Konzessionen selbstbewußter gemacht, riskiert die Opposition dann den offenen Bruch und verläßt bei einer neuen Sitzung des Wählervereins, wo sie mit ihrer Forderung nach Neuwahlen wieder in der Minderheit bleibt, unter Protest den Saal. Selbst in den Reihen des Südjütischen Arbeitervereins, der mit seinen 3000 Mitgliedern von nun an eine entscheidende Rolle zu spielen beginnt, gewinnt die Opposition eine Reihe von Anhängern, die für die Räumung der dritten Zone mitwirken. So weicht die Mehrheit noch einmal zurück und gibt in der Frage der Neuwahlen nach. Diese findet Ende November statt und bringen der Hanssen-

Digitized by Google

Partei eine nur noch winzige Mehrheit. Es war kein Zweifel, daß der Chauvinismus im Reiche wie in Nordschleswig auf dem Marsche war. Schon begann man von Flensburg aus mit dem Gedanken des Staatsstreiches zu spielen und durch einen direkten Appell an den dänischen König das Ministerium Zahle, die verhaßte Quelle all dieser „schwächlichen" und „zaghaften" Schleswig-Politik zu beseitigen. Und schon wurden (je mehr man einsehen mußte, daß die dritte Zone endgültig verloren war) Stimmen laut, die besagten, daß Flensburg nunmehr unter allen Umständen — stimme es, wie es wolle — nach Dänemark herein müsse. So weit war es also gekommen. Während im Anfang der Kampagne Herr Zahle selbst von einer Abstimmung in Flensburg nichts wissen wollte, mußte er nun — Mitte November — sich schon gegen offene Annektionsabsichten gegenüber dieser deutschen Stadt wenden, wie sie unter anderen der Advokat Andersen in Hadersleben offen propagierte. In der Tat: Die Wellen stiegen. Und der Chauvinismus, von dem Dänemark sich während des Krieges hatte freihalten können, forderte nunmehr auch von ihm seinen fälligen Tribut. Anerkennenswert blieb die Festigkeit, mit der die Männer der bisherigen Mehrheit sich gegen diese Flut wehrten. Aber das Schicksal des Ministeriums Zahle war jetzt besiegelt. Die Frage war nur, ob es die nordschleswigsche Frage noch lösen sollte oder nicht. Und damit zusammen hing das Schicksal des deutschen Schleswig. Ohne das Ministerium Zahle hätten wir eine Abstimmung in der dritten Zone gehabt. Die dritte Zone war gefallen. Aber die Zukunft sollte zeigen, daß es noch andere Klippen gab, an denen das deutsche Schleswig in diesem seinem Schicksalswinter hätte zerschellen können.

Während die Dänen sich so in innerem Hader auseinanderredeten, wuchs das Deutschtum in diesen Monaten zu einer wirklichen Einheitsfront zusammen. Zunächst fiel endlich der unselige Stimmstreikbeschluß. Am

Digitized by Google

18. Mai polemisierte eine sozialdemokratische Konferenz gegen ihn. Das hielt freilich den „Deutschen Ausschuß" nicht ab, Anfang Juli einen vom Kieler „Ausschuß für ein Ungeteiltes Schleswig-Holstein" gestellten Antrag auf Stimmbeteiligung noch einmal abzulehnen. Aber je mehr von jetzt ab die deutsche Werbearbeit hinunter in die Masse der Bauern und Arbeiter drang, desto weniger ließ sich der unfruchtbare und für die Zukunft gefährliche Protestlerstandpunkt, der dem einfachen Manne unverständlich blieb, aufrecht erhalten. Dazu kam zweifellos die wirtschaftliche Sorge des Abstimmungsgebietes vor dem Übergang, die den Deutschen wieder Mut machte. Trotzdem ging der „Deutsche Ausschuß" noch Ende Juni mit scharfen öffentlichen Protesten gegen ein deutsches Flugblatt vor, das (für das ganze Abstimmungsgebiet geschrieben) am Schlusse die selbstverständliche Aufforderung zur Stimmabgabe brachte und auch in der ersten Zone verteilt wurde. Einen Helfer fand er an einer der ihm auch sonst personal eng verbundenen beiden Rechtsparteien. Am 6. Juli beschloß der Provinzialausschuß der Deutschen Volkspartei in Kiel — nicht etwa den Kampf für das schleswigsche Deutschtum überhaupt, sondern „den von dem Deutschen Ausschuß geführten Kampf für das Deutschtum" weiter zu unterstützen, und damit man merkte, wie völlig unter dem Gesichtspunkt des „Deutschen Ausschusses" man das nordschleswigsche Problem in diesen Kreisen betrachtete, bezeichnete man es „als dringend notwendig, daß die vom Deutschen Ausschuß ausgehenden Parolen für diesen Kampf auch von allen Deutschen einmütig befolgt werden". Damit meinte man den Stimmstreikbeschluß. Dafür bedankten sich nun nicht nur die immer zahlreicher werdenden Männer, die neben dem „Deutschen Ausschuß" auch noch etwas für Nordschleswig taten, sondern glücklicherweise auch die Bevölkerung Nordschleswigs selber. Wiederum waren es Sozialdemokraten — in Apenrade —

die für die unbedingte Teilnahme an der Abstimmung zuerst eintraten. Aber dann brach Tondern das Eis. Diese Stadt der ersten Zone hatte selbst mit ihren Ausschußmitgliedern den Stimmstreikbeschluß immer nur halben Herzens gebilligt. Anfang August kündigten die Vorstände sämtlicher Parteien Tonderns dem „Deutschen Ausschuß" die Gefolgschaft und beschlossen, unter allen Umständen abzustimmen. Ein paar Tage später faßten die Arbeiterräte ganz Nordschleswigs denselben Beschluß. Damit war der Stein im Rollen. Einheit mußte unter allen Umständen hergestellt werden. Mitte August gibt der „Deutsche Ausschuß" endlich nach. Eine flammende Kundgebung, die neben den gesamten Parteien Nordschleswigs auch der „Deutsche Ausschuß" unterzeichnet, ruft zu sofortiger Aufnahme kräftigster Werbearbeit und zu unbedingter Einheit in der Stimmabgabe auf. Ein Aufatmen geht durch ganz Schleswig-Holstein. Viel war versäumt. Aber manches konnte noch nachgeholt werden — wenn nunmehr alle Kreise an die rücksichtslose Befolgung der Parole gingen.

Die Einheitsfront des Deutschtums, zu der in Neumünster der Grundstein gelegt war, manifestierte sich zum ersten Male in der historischen Landesversammlung zu Rendsburg am 3. Juli. Auf ihr erhoben Vertreter des ganzen schleswig-holsteinischen Volkes ihre Stimmen — Vertreter der alten neben denen der neuen Zeit — Männer und Frauen — Kopfarbeiter und Handarbeiter. Sie sprachen als Angehörige verschiedener Parteien, Klassen, Stämme, Weltanschauungen. Es war eine Mannigfaltigkeit von Melodien die aus ganz Schleswig-Holstein hier zusammenströmte — in dem blau-weiß-rot mit Blumen übersäten Saale der alten Eiderfestung. Aber alle Melodien endigten in dem Akkorde des Mannes, dessen Büste die Versammlung überragte. Das Rechtsprogramm Uwe Jens Lornsens — nun aber kein historisches mehr sondern ein lebendiges — lag der Rendsburger Reso-

Digitized by Google

lution zu Grunde, die ganz Schleswig-Holstein nunmehr einstimmig beschwor, und die heute in Tausenden von Exemplaren unter Glas in den Häusern des abgetretenen Nordschleswigs an der Wand hängt: „Was dänisch ist soll dänisch werden. Aber diese Abstimmung ist keine Abstimmung. Und die kommende Grenze kann keine Grenze sein. Wir verlangen eine Grenze des Rechts und werden nicht ruhen bis wir sie erreicht haben."

In Rendsburg schlugen zwei Redner ungewohnte Töne an, die allen ans Herz griffen. Der eine war ein Plattdeutscher. Das war kein Zufall. Der Kampf um unser Land hat viel altes Gut wieder ans Tageslicht gefördert, das in Neudeutschland vergessen schien. Dazu gehört die plattdeutsche Sprache. Unser zusammengebrochenes Volk besinnt sich überall auf sie. Im Kampf um Schleswig hat sie ihre werbende Kraft gezeigt. An ihr schieden sich die Geister. Sie war ein Erkennungszeichen für alle Deutschen und ist zu einem Instrument der Erinnerung und Lockung für manchen Schwankenden geworden. Wo historische und ökonomische Argumente versagten, hat die plattdeutsche Sprache, die nicht nur ein Wortschatz sondern zugleich eine gewisse Art zu denken und zu sehen ist, die Menschen bezwungen. — Und der andere war ein Friese, der von seiner Heimat, ihrer Geschichte und ihrer ewigen Verbindung mit Schleswig-Holstein sprach. Auch das war kein Zufall. Es sind dieselben Gründe, die das Plattdeutsche und die das Friesische wieder lebendig gemacht und die die Besinnung der Schleswiger und Holsteiner auf diesen ihren alten Nachbar- und Freundesstamm wieder ernsthaft geweckt haben. Unter den Inselfriesen hat es immer dänische Sympathien gegeben. Das war erklärlich. Denn die Westhälfte von Föhr wie die Nordspitze von Sylt sind bis 1864 keine Teile des Herzogtums sondern königlich dänische Enklaven gewesen. Und die Friesen sind mißtrauische Starrköpfe — mit Überredungspropaganda war bei ihnen nichts zu erreichen. Der Haß gegen die Zwangswirtschaft

war bei ihnen besonders groß, da der Schleichhandel, der den Bauern des Festlandes die Zwangswirtschaft erträglich machte, auf den Inseln durch die Schiffskontrolle leicht zu unterbinden war. Es stand nie schlecht um die deutsche Sache auf den Inseln der Friesen. Aber es wußte auch niemand bei ihrem Charakter, wie sich ihre Mehrheit entscheiden würde. So gingen die abenteuerlichsten Gerüchte über die Stimmung bei den Friesen umher in Deutschland aber auch in Dänemark. So wurden die Insel- und die Festlandfriesen mehr und mehr zum umstrittensten Teile der ganzen zweiten Zone. C. Petersen — selber zu ihnen gehörig — wurde der dänische Apostel in Friesland. Die aufgekaufte „Tondernsche Zeitung" wurde seine Hauptwaffe. Tausende und Abertausende von guten Kronen haben die Dänen es sich kosten lassen, um dem deutschen Tondern die Axt an seine südliche Wurzel zu legen. Die Friesen erwachten erst spät zu wirklichem Leben. Aber dann wurden sie die deutsche Kerntruppe. Bei ihnen gab es Gemeinden, in denen keine einzige dänische Stimme fiel. Und was die Föhringer später schlecht machten, indem am 14. März nur bei ihnen 2 dänische Zufallsmehrheiten herauskamen, das haben die Festlandsfriesen wieder wett gemacht. Der Kampf in Schleswig ist nicht mit „großdeutschen" Mitteln gekämpft. Er konnte nur gewonnen werden, indem das Land, indem ein jeder Teil sich auf sein Eigenstes besann.

Die deutsche Einheitsfront zu schaffen und durch alle Klippen hindurchzusteuern, bis das Hauptziel erreicht war, habe ich als meine vornehmste Aufgabe in Schleswig betrachtet. Es ist fast restlos gelungen. Abseits bis zum Schluß blieb nur der linke Flügel der Arbeitergruppe in Flensburg. Die Unabhängigen haben sich von der ersten Flensburger Arbeiterkundgebung am 20. Mai auf dem Südermarkt ausgeschlossen. Ihr einziges Mitglied in den städtischen Kollegien hat sich an Kundgebungen dieser Kollegien nie beteiligt. Als er später — von den Dänen

Digitized by Google

gekauft — offen zu ihnen überging, hat zwar seine Partei ihn desavouiert und die Stimmabgabe für oder gegen Deutschland freigegeben. Zweifellos aber hat sie mit dieser Ignorierung der nationalen Fragestellung den ökonomischen Wühlereien der Dänen in Flensburg Vorschub geleistet, und an der Stimmung jener irregeleiteten deutschen Arbeiter, aus deren Fenstern bei der großen Flaggenparade später der Danebrog hing, ist diese Partei nicht ohne Schuld. Wie die übrigen Parteien in ihren Kreisen, arbeitete die Alte Sozialdemokratie unter den Arbeitern des Abstimmungsgebietes rüstig weiter. Freilich achtete sie — und das mußte sie — auf die genaue Innehaltung dieses innerpolitisch völlig neutralen deutschen Programmes. Darüber ist es einmal zu einem an sich unbedeutendem Zusammenstoß gekommen, der bald beigelegt worden ist, aber mit der Gründung und Propagierung des „Schleswig-Holsteiner-Bundes“ zusammenhängt. Dieser war entstanden aus dem innenpolitisch konservativ, außenpolitisch rein protestlerisch gestimmten „Deutsch-schleswigholsteinischen Schutz- und Trutzbund“. Er hatte sich unter neuem Namen zunächst ein reiches Kulturprogramm gegeben, das ihn eine Zeitlang als das wünschenswerte Organ für die Zusammenfassung aller Schleswig-Holsteiner (auch der Abgetretenen) zum Kampf um die neue Grenze erscheinen ließ. Bald zeigte sich jedoch — weniger in seinem revidierten Programm als in der Art, wie er den Kampf, und in der personellen Auswahl, mit der er ihn führte — daß er im Grunde nichts weiter als die Fortsetzung des „Deutschen Ausschusses“ und seiner Politik auch für die Zeit nach der Abstimmung zu sichern bestrebt war. Seine Entwicklung war noch im Fluß. Sie ist auch heute nicht abgeschlossen. Jedenfalls stand damals und steht heute die Arbeiterschaft Schleswig-Holsteins dem Bunde fern — über sie hinaus auch zahlreiche Männer des politischen Bürgertums, die ihre Zusammenfassung noch nicht gefunden haben.

Neben diesem offenen rein politischen Kampfe, der die deutschen und dänischen Bewohner immer tiefer und reinlicher schied, ging ein stiller wirtschaftlicher Kampf einher, in welchem deutsche und dänische Leichenfledderer gemeinsam die Gunst der Zeit und der Situation wahrnahmen, um (zumeist auf Kosten Deutschlands) riesige Konjunkturgewinne zu erzielen. Es ist von diesen üblen Nebenerscheinungen des Abstimmungskampfes schon oben die Rede gewesen Sie sind nationalökonomisch gerade in ihrem Detail nicht uninteressant. Ich kann hier nur im Ganzen noch einmal auf sie zurückkommen. Die Abschiebung von baren Markwerten in den sicher an Dänemark fallenden Teil des Abstimmungsgebietes, die sich für den steuerflüchtigen deutschen Kapitalisten besonders in den Monaten lohnte, da die Mark noch einigermaßen Kurs hielt, führte in Kürze zu einer beispiellosen Überflutung der nordschleswigschen Banken mit deutschem Geld. Die Banken weigerten sich bald, Zinsen zu bezahlen. Es nützte nichts. Schließlich nahmen sie überhaupt kein Geld mehr an. Die oben mitgeteilte Ziffer des lediglich als Sicherung bei uns deponierten Teiles dieser Vermögen läßt auf ihre Gesamthöhe schliessen, wenn man bedenkt, daß es selbst dem durch mich vom Finanzministerium angeforderten Steuerspezialisten, der im Abstimmungsgebiet nichts anderes als die Kontrolle dieser Vermögen zu leisten hatte, nicht gelingen konnte alle diese Vermögen zu erfassen. Mit der sinkenden deutschen Valuta strömten statt Gelder Waren ins Abstimmungsgebiet. Auf der einen Seite versuchten die Nordschleswiger selber aus erklärlichen Gründen ihre Markwerte in Güter zu verwandeln, wobei es dem Bauern gleichgültig war, ob er seine Scheunen voll Thomasmehl, voll Sekt oder voll eiserner Nägel stopfte. Andererseits strebten deutsche Firmen unter Umgehung der deutschen Ausfuhrverbote ihre Waren nach Nordschleswig zu bringen, um sie entweder dort unter ihrem resp. fremdem Namen bis zur Abtretung

Digitized by Google

lagern zu lassen oder sie gegen Kronen an Filialen reichsdänischer Geschäfte zu veräußern, die sich in großer Anzahl zu diesem Zwecke dort niedergelassen hatten. Es waren deutsche Firmen von internationalem Klang, die sich an diesem zweideutigem Konjunkturgeschäft beteiligten. Und es grenzt ans Märchenhafte, welche Menge von Gütern innerhalb kurzer Zeit, ohne daß die Behörden es gemerkt hatten, an den unmöglichsten Orten — auf freiem Felde zum Teil — aufgestapelt resp. versteckt waren. Die ersten Anzeigen liefen bei uns von den Arbeiterräten Nordschleswigs ein. Sie sind es auch gewesen, die immer wieder auf schleunige Maßnahmen gegen dieses Schiebertum gedrängt haben, das in den nordschleswigschen Städten saß, sein Geld in Mark und Kronen verpraßte und dem kleinen Manne die Wohnungen und den Lebensunterhalt verteuerte. Die erste Maßnahme, die wir ergriffen, bezweckte, die weiteren Zufuhren von Spekulationsgütern zu verhindern. Das wurde für eine gewisse Zeit erreicht, indem jede Waggonladung (auf Stückgüter wollte Berlin sich nicht einlassen) ins Abstimmungsgebiet über eine bestimmte Querlinie durch die Provinz hinaus eine Zufuhrerlaubnis vom Demobilmachungskommissar in Schleswig beibringen mußte. Das zweite war die Beschlagnahme der schon aufgestapelten Güter. Sie ist großzügig — ohne Härten für die eingesessene Bevölkerung, besonders was die große Menge künstlichen Düngers betrifft — durchgeführt worden. Bald aber zeigte sich, daß die Eisenbahnkontrolle nicht genügte. So gewaltig waren bei dem damaligen Stande der deutschen Valuta die Verdienste in Kronen, daß Zementladungen von Rendsburg nach Sonderburg im Auto gingen, nur um die Eisenbahnkontrolle zu vermeiden. Um dieses und sowohl die immer gefährlicher werdende Abschiebung von deutschem Vieh ins Abstimmungsgebiet als auch den immer unverschämter werdenden Ausverkauf Schleswig und Holsteins durch dänische Automobile zu verhindern, wurde

Ende Oktober die Eisenbahnkontrolle durch eine Kontrolle von Reichswehrtruppen verstärkt, die von der Ostsee bis zur Nordsee hart südlich des Abstimmungsgebietes jeden Chausseeverkehr kontrollierten. Ich habe in anderem Zusammenhange darauf aufmerksam gemacht, daß ohne die ablehnende Haltung des Reichspostministeriums die Kontrolle lückenlos gewesen wäre. Aber auch so haben die Maßnahmen zusammen das gesteckte Ziel erreicht. Es ist zu keinem „Loch im Norden" gekommen, zumal Ende Dezember, als die Dänen begannen Nordschleswig geradezu als einen Teil ihres Königreiches anzusehen, wir ihnen durch ein Einreiseverbot für alle privaten Kraftfahrzeuge den Ausverkauf per Automobil völlig unmöglich machten.

Wie die Führung der dänischen Nordschleswiger so hat auch die I. K. sich trotz der zahlreichen Hinwendungen der durch die Beschlagnahme und Kontrolle betroffenen Dänen nicht sehr für ihre Gewinnverluste interessiert. Man darf überhaupt das Eintreten und die Sympathien der Alliierten für die Dänen nicht überschätzen. Dänemark war während des Krieges neutral geblieben — wirklich neutral — neutral gegen Englands Wünsche. Es hatte nicht gelitten sondern verdient — viel verdient. Nun beeilte es sich mit Ungeduld, die Beute aus dem großen alliierten Siege nach Hause zu tragen, an dem es selber gänzlich unschuldig war, — den es nach englischer Auffassung verzögert hatte. Es gab Engländer, die über diese Ungeduld lächelten und die die Auswüchse dieses Beutezuges nach dem Süden anekelten. Und es gab manchen Franzosen, der Deutschland jeden Verlust, aber noch lange nicht Dänemark jeden Gewinn gönnte. Zudem mußten auch die Alliierten in Kopenhagen allmählich sehen, mit was für Mitteln eine gewisse Schicht dieses Volkes seinen unblutigen Sieg in Schleswig vorzubereiten sich anschickte.

Kurz vor der Besetzung nämlich gab es noch einen kleinen Zwischenfall, der auf das Treiben dieser Kopenhage-

Digitized by Google

ner Clique noch einmal ein bezeichnendes Licht warf. (Die Ankäufe der „Tondernschen Zeitung" und der „Flensburger Norddeutschen Zeitung" übergehe ich, weil sie mehr ein Zeichen von der kläglichen Gesinnung deutscher Geschäftsleute als derjenigen der dänischen Propaganda waren.) Ich meine hier die Propagandafahrt des „Kong Haakon". Die Paketverteilung im Stillen, wie sie bisher betrieben wurde, zog nicht mehr. Es mußte etwas Eindrucksvolles — eindrucksvoll für Flensburg, eindrucksvoll für Kopenhagen, eindrucksvoll für die Welt — arrangiert und dazu das deutsche Gemüt und der deutsche Hunger mit benutzt werden. Außerdem gab es in Kopenhagen eine Reihe von Damen und Herren mit bekannten Namen, die Flensburg noch vor der Besetzung und unter „deutschem Druck" auch ohne die normale Einreiseerlaubnis einmal besichtigen und — bearbeiten wollten. So entstand das „Weihnachtsschiff" — eine Täuschung der Flensburger, aber auch eine Täuschung all jener wohlgesinnten Dänen, die ihre Gaben stifteten, einfach um Kindern und Erwachsenen eine Freude zu bereiten. Das Weihnachtsschiff war eine Unverfrorenheit, die über den Pfadfindereinbruch weit hinausging. Man fragt sich, woher wohlerzogene Europäer die Kühnheit nahmen, nachdem ihnen in langen Verhandlungen die Einreiseerlaubnis abgeschlagen war, sich dennoch aufs Schiff zu setzen und in Flensburg an Land zu gehen. Denn das taten sie. Tagelang, auch nachdem sie von der Stadt auf das Gesetzwidrige ihrer Handlung aufmerksam gemacht worden waren. Sie taten es, weil sie des Hungers der Armen sicher waren, die sie politisch ködern wollten, indem sie ihnen mit einem verständnisvollem Blicke dänische Lebensmittel schenkten. Sie haben sich viel versprochen von dieser Fahrt und waren ihrer ganz sicher, als sie am ersten Neujahrstage die Tausende von gutmütigen Kindern und Eltern am Hafen sahen, die ihnen ein dankbares Lebewohl zuwinkten. Sie waren ihrer Sache so sicher, wie der Führer ihrer Delegation es in seinem Danktele-

Digitized by Google

gramm an die Flensburger später ausdrückte. Sie haben sich dennoch grausam getäuscht. Ein hungerndes Kind nimmt wohl Brot auch von seinem Feinde, wenn die Mutter ihm nichts mehr geben kann. Aber wenige Kinder überlassen ihre Mutter dem Hungertod, um selber besser essen zu können.

Als Flensburg kurz vor der Besetzung seine deutsche Bevölkerung noch einmal unter die Fahnen rief, unter die unkriegerisch blau-weiß-roten Fahnen seines Heimatkampfes — es war ein sonniger Wintertag, das Hafenwasser blinkte, und die alte Stadt atmete jung wie ein Mädchen — als von allen Redebühnen der Stadt und von den Straßen und Märkten bis tief in die Nacht hinein das Bekenntnis der Treue erscholl — es war eine klare Sternennacht und zuerst der hohle Gesang und dann die schwarzen Menschenmassen wälzten sich bis an die Mauern des Flensburger Hofes, hinter denen nervös gewordene französische Offiziere zum Revolver griffen — da wußte ein jeder, daß Flensburg für den kommenden Kampf gerüstet war. Und mit Flensburg das ganze übrige Land.

Digitized by Google

VON DER BESETZUNG DES ABSTIMMUNGS-GEBIETES BIS ZUR FESTLEGUNG DER NEUEN GRENZE

Digitized by Google

Digitized by Google

1. CHRONOLOGISCHE DARSTELLUNG

27. *Januar.* Der ehemalige deutsche Dampfer Eduard Woermann läuft mit englischen Besatzungstruppen in der Flensburger Förde ein. —

Der „Südjütische Fonds" beschließt, 300 000 Mark für die „Not" im Kreise Tondern zu opfern. —

Die Dänen geben mit Erscheinen der I. K. in Flensburg ein in deutscher Sprache gedrucktes Werbeblättchen „Unser Land" heraus. —

29. *Januar.* Die dänische Liga D. D. D. (Danmark, Danebrog, Danevirke) versendet einen Aufruf (unterzeichnet Oberstleutnant Jenssen-Tusch), der gegen die Zerstückelung des alten „Kronlandes" Südjütland protestiert und unter allen Umständen die Danewirke zurückverlangt. —

Es wird bekannt, daß der preußische Staat die Denkmäler von Arnkiel und Düppel an eine Privatgesellschaft veräußert hat, die die Denkmäler künftig in Stand halten will. Minister Hanssen hat bei der I. K. gegen die Übertragung der Denkmäler protestiert. Die I. K. hat sich für unzuständig erklärt, da der Verkauf vor der Besetzung getätigt ist. —

30. *Januar.* „Politiken" stellt fest, daß unter den dänischen Gästen in Flensburg sich eine größere Anzahl von Extremisten (Admiral Richelieu, Kontorchef Randböl und andere) befindet, und daß diese sich zum Teil herausfordernd und taktlos benehmen. —

„Heimdal" teilt mit, daß der „Südjütische Fonds" augenblicklich über 4 Millionen Kronen verfügt. —

Staatskommissar Dr. Köster ist zum Deutschen Bevollmächtigten bei der I. K. ernannt. —

Oberbürgermeister Dr. Todsen wird von der I. K., nachdem ihm als gewählten Beamten und geborenen Nordschleswiger in den Kopenhagener Besprechungen

mit Landrat Böhme das Verbleiben in Flensburg zugesichert worden war, von der I. K. „aus Gründen der Freiheit des Abstimmungsrechtes" ausgewiesen. —

In Flensburg stauen sich täglich hunderte von Menschen vor dem Paßkontor der I. K., da diese nicht im Stande ist, mehr als 20 bis 30 Pässe täglich auszustellen. —

Der Polizeimeister Waldemar Sörensen hat eine Abschiedskundgebung für Oberbürgermeister Todsen verboten unter der Androhung, daß „die Demonstranten seitens der Besatzungstruppen auseinander getrieben werden." —

In Jübek sind 68 Waggon Schieberwaren beschlagnahmt, die über das Abstimmungsgebiet ins Ausland verschoben werden sollten. —

1. Februar. 19 Flensburger „Arbeiterfrauen" treffen auf einer vom „Mittelschleswigschen Ausschuß" finanzierten Reise in Kopenhagen ein, um dort die dänische soziale Fürsorge für Kinder und Alte zu „studieren".

In Tondern und Apenrade treffen englische Besatzungstruppen ein. —

2. Februar. Die I. K. veröffentlicht einen Erlaß, der den Beamten verbietet, in ihrer Eigenschaft als solche sich an der Agitation zu beteiligen. —

4. Februar. In der dänischen Ultrapresse beginnt ein Feldzug für getrennte Zählung der einheimischen und auswärtigen Wahlstimmen und damit für eine Degradierung der den Dänen unbequemen deutschen Süd-Mehrheiten in der zweiten Zone. —

5. Februar. Der deutsche Bürgermeister von Hadersleben ist von der I. K. „aus Zweckmäßigkeitsgründen" seines Amtes enthoben. Sein Nachfolger ist der dänische Redakteur Svendsen. —

Entgegen dem Stimmreglement ist in der zweiten Zone der Termin für die Einreichung von Anträgen auf Eintragung in die Stimmliste verlängert

Digitized by Google

worden. Während dies den Dänen bekannt war, ist den deutschen Organisationen keine Mitteilung gemacht worden. —

Die Dänen bemühen sich lebhaft, den Termin für die Abstimmung in der zweiten Zone, der auf den 7. März festgesetzt war, auf den 14. März hinauszuschieben. —

In ganz Deutschland sammeln sich die auswärtigen Stimmberechtigten der ersten Zone. Es zeigt sich, daß die vom Deutschen Ausschuß technisch vorbereitete Heranbeförderung überall musterhaft klappt. —

6. Februar. Eine „Supplierende Mitteilung" der I. K. gibt bekannt, daß allen Beamten nicht nur jede Agitation sondern auch jede Teilnahme an öffentlichen Versammlungen, Demonstrationen und jeder anderen politischen Versammlung verboten ist. —

7. Februar. „Heimdal" beklagt sich darüber, daß die zahlreichen reichsdänischen Journalisten des Abstimmungsgebietes sich in der ersten Zone überhaupt nicht blicken lassen. —

H. P. Hanssen spricht in dänischer Sprache zum ersten Male in Flensburg für die Rückkehr dieser Stadt nach Dänemark. —

8. Februar. In ganz Schleswig-Holstein werden die Sonderzüge der von auswärts kommenden Stimmberechtigten feierlich begrüßt. —

In Sonderburg läuft der Dampfer „Moskau" mit 500 abstimmungsberechtigten Schleswigschen Kriegsgefangenen ein. —

9. Februar. Der Generalsekretär der I. K. erläutert den Beamten-Erlaß vom 6. Februar dahin, daß die Anwesenheit von Beamten in politischen Versammlungen nicht verboten sei. —

10. Februar. Die Abstimmung in der ersten Zone geht unter Sturm und Regen vor sich. Auf dem Lande

wehen Tausende von Danebrogs. In Hadersleben haben die Dänen das Übergewicht. Französisches Militär entfernt zahlreiche deutsche Flaggen. In Tondern herrscht festliche Stimmung. Nur wenige Danebrogs wehen. In Apenrade halten sich beide Parteien die Wage. Es kommt zu keinen Zwischenfällen. Dagegen haben in Sonderburg französische Soldaten die Vorfeier der Deutschen durch plötzlich eingelegte „Maschinengewehrübungen" gestört. In der Stadt hofft man auf eine deutsche Mehrheit. —

11. Februar. In der ganzen ersten Zone sind 75 431 gültige Stimmen für Dänemark (74,2 %) und 25 329 gültige Stimmen für Deutschland (24,9 %) abgegeben worden. Damit steht ein Gebiet von rund 3980 qkm und 160 090 Einwohnern in Gefahr, von Deutschland abgetrennt zu werden. Von den Stadtgemeinden erhielten deutsche Stimmen

Lügumkloster	49 %
Tondern	77 %
Hoyer	83 %
Christiansfeld	33 %
Hadersleben	39 %
Apenrade	54 %
Norburg	39 %
Augustenburg	48 %
Sonderburg	56 %

Im Süden der ersten Zone stimmte ein mit der vorwiegend deutschen zweiten Zone territorial zusammenhängender breiter Gürtel deutsch. Er umfaßt 76 Gemeinden mit 6735 deutschen und 5658 dänischen Stimmen. Er wird fortan von den Deutschen der Tiedje-Gürtel und die ihn nach Norden begrenzende Linie die Tiedje-Linie genannt. —

Nachmittags werden von unbekannter Hand, ohne daß die englischen Wachtposten es bemerken, die englischen und französischen Fahnen vom

Digitized by Google

Dache des Flensburger Hofes entfernt, und statt ihrer die deutsche und schleswig-holsteinische Flagge gehißt. —

13. Februar. Auf Drängen der Dänen und gegen die Stimmen der deutschen Berater wird der Abstimmungstermin der zweiten Zonne auf Sonntag, den 14. März verschoben. —

14. Februar. In der ganzen deutschen Presse und in allen Werbeversammlungen, auf Plakaten und in Schaufenstern setzt eine lebhafte und bis zur Entscheidung über die neue Grenze unaufhörlich weiter betriebene Propaganda für die Tiedje-Linie als nunmehr einzig mögliche Grenze zwischen Deutschland und Dänemark ein. —

Aus der ersten Zone, besonders aus dem Kreise Sonderburg, werden zahllose dänische Verstöße gegen Stimmreglement und Wahlordnung bekannt. —

Obwohl Dänemark nach dem Friedensvertrage das Recht hat, die erste Zone sofort nach einer für Dänemark günstigen Gesamtabstimmung zu besetzen, bleibt nach einem Abkommen zwischen ihm und der I. K. die bisherige Verwaltung weiter in Kraft. Dagegen trifft der erste Schub reichsdänischer Beamter in Nordschleswig ein, die die Verhältnisse des künftigen dänischen Gebietes studieren wollen. Sie werden von dänischen Nordschleswigern sowohl wie von Vertretern der I. K. feierlichst begrüßt. —

In der zweiten Zone erscheint von nun an eine neue deutsche Zeitung „Unser Schleswig", die den Kampf für das Deutschtum wuchtig führt und mit Satire in Wort und Bild die dänische Agitation verspottet. —

18. Februar. Das „Flensburger Tageblatt" wird wegen einer Notiz, die die Abwehr dänischer Übergriffe durch die deutsche Bevölkerung verteidigt, auf 8 Tage verboten. —

Digitized by Google

Die Studienassessoren Blankenburg und Schlun werden von der I. K. aufgefordert, das Abstimmungsgebiet zu verlassen. Auf Vorstellungen von deutscher Seite hin wird die Ausweisung zurückgenommen. —

Die I. K. hat ein besonderes Standgericht für politische Vergehen gebildet, die mit dem Abstimmungskampfe zusammenhängen. An ihm wirkt der Flensburger deutsche Rechtsanwalt Dr. Christians sowie sein dänischer Kollege Ravn mit. —

21. Februar. Das Standgericht der I. K. verhandelt zum ersten Male und verurteilt einige Plakatabreißer zu gelinden Geldstrafen. —

22. Februar. Der bisherige Polizeidirektor des Abstimmungsgebietes Hauptmann Bruun hat seinen Abschied genommen, da die I. K. seine wiederholten Vorschläge, mehr Truppen statt städtischer Polizei in Flensburg zu verwenden, abgelehnt hat. —

In der ganzen zweiten Zone sowie im Tiedje-Gürtel finden zahlreiche deutsche Versammlungen statt, die die Tiedje-Linie als neue deutsch-dänische Gesinnungsgrenze fordern. —

23. Februar. In Fridericia ist von Vertretern der Vereinigung „Sönderjysk Kreds af 1918" und Vertretern von Südschleswig (!) ein Ausschuß gegründet, der in Zukunft dauernd für die Abstimmung in der dritten Zone arbeiten soll. —

Der „Mittelschleswigsche Ausschuß" wendet sich mit Flugblättern, die er durch die Post versendet, an die Abstimmungsberechtigten der zweiten Zone im ganzen deutschen Reiche. —

1. März. In Rendsburg tagt ein aus allen Gauen und Schichten der Provinz besuchte Versammlung, die von der Staatsregierung noch einmal in zwölfter Stunde für Schleswig-Holstein größere Selbstständigkeit innerhalb Deutschlands verlangt. Es wird beschlossen, eine Delegation nach Berlin zu

senden, die der Staats- und Reichsregierung diese Forderung überbringen soll. —

3. März. Alle Parteien der Nationalversammlung und der Landesversammlung stellen sich auf den Boden der Rendsburger Forderungen. Die Regierung erklärt sich bereit, die ausgesprochenen Wünsche baldigst zu erfüllen. —

5. März. Die Städtischen Kollegien Flensburgs verhandeln über die in letzter Zeit sich mehrenden Übergriffe französischer Soldaten in der Stadt. —

6. März. Während am Abstimmungstage der ersten Zone das Flaggen unbeschränkt erlaubt war, untersagt die I. K. nunmehr für die Zeit vom 12.—16. März (beide Tage eingeschlossen) jedes Hissen und Tragen von Flaggen sowie jedes Ausschmücken von Häusern, Fenstern und Eisenbahnzügen in der gesamten zweiten Zone. —

7. März. Die dänischen Extremisten haben an den dänischen Reichstag, die I. K. und den Obersten Rat ein neues Ersuchen gerichtet, im Hinblick auf den starken deutschen Druck vom Süden (Rendsburger Tagung) doch noch zu einer Räumung der dritten Zone zu schreiten. Sollte das unmöglich sein, so bitten sie dahin zu wirken, daß die durch den Fortfall der Räumung verursachte ungünstige Einwirkung auf die Abstimmung der zweiten Zone bei der Grenzfestsetzung berücksichtigt wird. —

8. März. Die 5 deutschen Berater der I. K. legen zum Protest gegen das Flaggenverbot ihre Ämter nieder. Der deutsche Bevollmächtigte verhandelt täglich mit der I. K. über eine Milderung des Verbotes. —

9. März. Im Stadttheater Flensburg findet eine Aufführung der „Iphigenie“ unter Teilnahme der Berliner Schauspielerin Else Heims und danach in den Räumen

Digitized by Google

des Kunstgewerbemuseums ein Empfang statt, der noch einmal kurz vor der Entscheidung das gesamte in vorderster Reihe kämpfende Deutschtum feierlich vereinigt. —

11. März. Die I. K. ändert ihr Flaggenverbot dahin ab, daß nur das Beflaggen öffentlicher Plätze, Gebäude und der Erdgeschosse von Privathäusern sowie das Tragen von Flaggen verboten ist. —

Der dänische Journalist Anker Kirkeby wird von der I. K. auf Betreiben der Dänen ausgewiesen, weil er unter anderem über die Herkunft der Danebrogs in den Fenstern einiger anrüchiger Häuser Flensburgs despektierliche Äußerungen getan haben soll. —

21. März. Dr. Carl Melchior, ehemaliger Finanzdelegierter der deutschen Friedensdelegation in Paris, spricht vor Flensburger Geschäftsleuten über die deutsche Valuta. —

Die deutschen Berater nehmen nach Aufhebung des Flaggenverbotes durch die I. K. ihre Arbeit wieder auf. —

Die I. K. selber greift zwei Tage vor der Abstimmung in den Abstimmungskampf mit ein, indem sie amtlich eine Entscheidung der Wiedergutmachungskommission veröffentlicht, nach welcher die Flensburger Schiffe für den Fall, daß Flensburg dänisch wird, wahrscheinlich nicht abgeliefert zu werden brauchen. —

13. März. Nachdem schon am Freitag 5 Sonderzüge aus dem Süden Tausende von Abstimmungsberechtigten nach Flensburg gebracht haben, treffen im Laufe des Vormittages weitere 8 Sonderzüge aus dem Süden ein. Die auswärtigen Gäste beherrschen mehr und mehr das Stadtbild. Für Unterkunft und Unterhaltung ist durch die Flensburger Ausschüsse musterhaft gesorgt. Die Stadt ist von zuversichtlicher Freuden-

Digitized by Google

stimmung. Von den Dänen sind die meisten zu Schiff gekommen. Fünf große dänische Schiffe liegen fahnengeschmückt im Hafen. Um Mittag bildet sich ein nach Tausenden zählender Zug deutscher Stimmberechtigter, die unter einem Meer von Fahnen und von zahlreichen Musikkapellen begleitet durch die Straßen der Stadt ziehen. Mitten in die Festesfreude der Flensburger platzt die Nachricht vom Berliner Kapp-Putsch, die von den Dänen sofort in Flugblättern über die ganze zweite Zone hin agitatorisch ausgenutzt wird. —

14. März. Im strahlenden Sonnenschein stimmt die zweite Zone ab. Es kommt nirgends zu Zwischenfällen. Bis in den Mittag tobt der Flugblätterkampf zwischen Glücksburg und den Dörfern der friesischen Inseln. Die Dänen suchen mit neuen Nachrichten von dem Berliner Wirrwarr die Arbeiter vor der drohenden Reaktion, die Bauern vor dem drohenden Bolschewismus einzuschüchtern. Hunderte von fremden Autos durchjagen Stadt und Land. In musterhafter Ordnung vollzieht sich überall der Wahlakt. Um 11 ½ Uhr abends ist das Resultat für Flensburg bekannt. 27 071 deutsche gegen 8 955 dänische Stimmen. Glockengeläute, Ansprachen, Umzüge, Gesänge dauern die ganze Nacht an. —

Die Abstimmung in der gesamten zweiten Zone hat folgendes Ergebnis: Nur in drei kleinen Zwerggemeinden von Föhr haben die Dänen eine Mehrheit von 55 % erreicht. Alle übrigen Gemeinden stimmten deutsch. Im ganzen sind für Deutschland 51 303 (80 %) für Dänemark 12 859 (20 %) Stimmen abgegeben. Von den vielumkämpften nordfriesischen Inseln stimmten deutsch: in Sylt 89 %, in Amrum 86 %, in Föhr 75 %. Ohne eine einzige dänische Stimme bleiben die Gemeinden Ostenau (Kreis Husum), Holzacker, Rantum, Wittdün, Knor-

Digitized by Google

burg, Westerschnatebüll, Högelund, Büllsbüll, Klanxbüll, Julianen-Marienkoog, Karhardehof und Laygaard (Kreis Tondern). —

15. März. Während die dänische Rechtspresse auch nach der Abstimmung noch Flensburg für Dänemark fordert, legt „Politiken" das Schicksal der Stadt in die Hände der I. K. „Socialdemokraten" erklärt, daß es ein Verbrechen sein würde, Flensburg zu Dänemark zu nehmen. —

„Heimdal" schreibt, daß der Kapp-Putsch den Dänen außerordentlich günstig gewesen sei, und beruft sich dabei auf ein Flensburger Telegramm an „Aalborg Amtstidende", welches besagt, daß infolge der Revolution in Berlin alle Sozialdemokraten dänisch stimmen würden. —

16. März. Die Flensburger Dänenführer sind nach Kopenhagen gefahren, wo Christiansen an der Spitze eines Demonstrationszuges dem Könige erklärt, daß er das Schicksal Flensburgs vertrauensvoll in seine Hände lege. —

Der „Deutsche Ausschuß" veröffentlicht in der Flensburger Presse ein ihm zugegangenes Telegramm des Kapp-Oberpräsidenten Lindemann, in welchem „Schleswig-Holstein dem Deutschen Ausschuß als dem Vorkämpfer für deutsches Recht für die in schwerer Zeit erfolgreich geleistete Arbeit dankt" und Lindemann selber „auf weitere treue Mitarbeit vertraut." —

Die Nordschleswig-Gruppe des Wählervereins fordert ihre Anhänger auf, sich von Versammlungen und Kundgebungen fernzuhalten, welche die I. K. in ihrem Spruch über das Schicksal der zweiten Zone zu beeinflussen suchen. —

Ebenso erlassen die Mitglieder der Linkenpartei des dänischen Reichstages einen Aufruf an ihre Parteimitglieder, an keiner Flensburg-Agitation teilzu-

Digitized by Google

nehmen sondern sich an die Resolution des dänischen Reichstages vom 12. März zu halten. —

Der Deutsche Bevollmächtigte bei der I. K. übergibt im Namen der Deutschen Regierung der I. K. eine ausführliche Note, die die Auffassung der Deutschen Regierung über die künftige Grenze auf Grund der nunmehr beendeten Abstimmung enthält. Der Note sind ausführliche Denkschriften über die nationale Schichtung und die wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb des umstrittenen Grenzgebietes beigegeben. Note und Denkschrift kommen zu dem Schluß, daß die Tiedje-Linie die einzige Möglichkeit für eine gerechte nationale Lösung der nordschleswigschen Streitfrage bietet. —

19. März. Der Dänische Reichstag mit Ausnahme der Rechten hat beschlossen, sich jeder Flensburg-Agitation zu enthalten, damit die I. K. kein falsches Bild von der Stimmung in Dänemark erhält und sich in ihren Entschließungen nur von den Bestimmungen des Friedensvertrages und dem Ergebnis der Abstimmung leiten läßt. —

Reichspräsident Ebert und Reichsminister Koch senden der Bevölkerung den Dank des deutschen Volkes für den Sieg der Treue. —

22. März. Die Flensburger Städtischen Kollegien fordern bei Protest des Polizeimeisters Sörensen die Tiedje-Linie als deutsch-dänische Grenze. —

23. März. Eine Deputation von Festlands- und Inselfriesen erscheint bei der I. K. und übergibt eine Resolution, in der das ungeteilte Friesland gegen die durch die Abtretung der ganzen ersten Zone bedingte Zerreißung des Friesenstammes protestiert. —

Sozialdemokratische Partei, Gewerkschaftsleitung und Reichstagsfraktion in Dänemark erlassen einen Aufruf und versprechen, sich mit allen Mitteln einer Einverleibung Flensburgs in Dänemark zu widersetzen. —

Oberbürgermeister Dr. Todsen kehrt nach Flensburg zurück. —

24. März. Im ganzen Abstimmungsgebiet hat eine lebhafte Bewegung für sofortige gesetzliche Festlegung der dänischen Minderheitsrechte und die endliche Löschung der antidänischen Gesetzgebung eingesetzt. Im Zusammenhang damit wird in Flensburg die Einrichtung einer dänischen Schule auf städtische Kosten erwogen. —

„Heimdal" erklärt: „Wenn man ganz ehrlich sein will, muß man einräumen, daß die von den Deutschen unter Hinweis auf ihre Stimmenzahl erhobenen Grenzforderungen formell eine Begründung haben, die wir ihnen während unseres politischen Kampfes mißgönnt hätten." —

27. März. Die I. K. hat ihren Vorschlag scheinbar fertig gestellt. Der Generalsekretär der I. K. hält sich in Kopenhagen auf. Sowohl in Flensburger wie in Kopenhagener Dänenkreisen ist man niedergeschlagen, da dem Vernehmen nach die zweite Zone restlos an Deutschland fallen soll. —

Im dänischen Reichstag fordern Konservative und Linkenpartei, denen sich je ein Mitglied der Radikalen und der Sozialdemokraten anschließt, mit verdächtiger Plötzlichkeit die Auflösung des Reichstages und sofortige Neuwahlen. —

28. März. In den Flensburger Dänenkreisen, die in den nunmehr beginnenden Kopenhagener Staatsstreich anscheinend eingeweiht sind, erweckt die Nachricht von dem neuen Vorstoß gegen das Ministerium Zahle großen Jubel. —

Seitdem sich die Flensburger von dem Schlage des 14. März erholt haben, betreiben sie eine heftige Propaganda für einen Freistaat Flensburg unter internationaler Kontrolle. Auch deutsche Ele-

Digitized by Google

mente wirken in dieser Bewegung mit. Die dänische Flensburg-Gruppe übergibt der I. K. 9000 Unterschriften von Flensburger Einwohnern, die für den Fall, daß Flensburg nicht dänisch wird, seine Internationalisierung fordern. —

29. März. In Kopenhagen hat der dänische König den Ministerpräsidenten Zahle nach einer langen Besprechung über die Nordschleswig-Politik der Regierung aufgefordert, sein Abschiedsgesuch einzureichen. Zahle lehnte ab. Darauf erteilte der König dem Ministerium Zahle den Abschied und beauftragte Neergaard mit der Kabinettsbildung. Dieser lehnte nach zwei Stunden ab. Darauf bat der König Zahle, die Geschäfte weiter zu führen, was wiederum von Zahle abgelehnt wurde. Das Vorgehen des Königs wird in den Linkskreisen des Reiches als Staatsstreich charakterisiert. In Kopenhagen selber beginnen sich Unruhen zu entwickeln. Im Laufe des Tages wird ein „unpolitisches“ Ministerium Liebe gebildet, dessen Anhänger ausnahmslos auf dem Standpunkt der Flensburg-Gruppe stehen. Die Kopenhagener Arbeiter beschließen, als Abwehr gegen den Staatsstreich zum Generalstreik aufzufordern. —

30. März. Die preußische Staatsregierung erläßt eine Kundgebung zu Gunsten des Minoritätenschutzes, in der ausgeführt wird, daß dieser in Zukunft eine Angelegenheit der Schleswig-Holsteinischen Selbstverwaltung sein würde. —

In Kopenhagen finden Massendemonstrationen statt. Die Sozialdemokratie hat ein Ultimatum überreicht, bei dessen Ablehnung der Generalstreik Dienstag in Kraft treten soll. Unterrichtsminister Rovsing erklärt einem Vertreter von Politiken, daß ein deutsches Flensburg dicht an der dänischen Grenze die Gefahr eines Krieges mit Deutschland bedeute. Das Ministerium Liebe sei gebildet

Digitized by Google

worden, um ein deutsches Flensburg dicht an der Grenze zu verhindern. Dieses solle erreicht werden durch die Internationalisierung von Flensburg und der zweiten Zone.

31. März. In Kopenhagen hat der Generalstreik begonnen. „Heimdal" erklärt, daß die Internationalisierung, die von den dänischen Extremisten verlangt würde, nur das vorläufige Ziel sei, welches das Endziel verschleiern solle. —

1. April. Auf Ersuchen des Ministeriums Liebe werden Verhandlungen mit dem Aktionsausschuß der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei aufgenommen. —

3. April. Nachdem der Generalstreik täglich mehr seine volle Wirkung zeigt, tritt das Ministerium Liebe zurück. Es wird ein Geschäftsministerium Friis aus allen Parteien gebildet, dessen einzige Aufgabe die Ausschreibung der Wahlen auf der Grundlage eines neuen Wahlgesetzes bleibt. —

In Flensburg zieht die Bewegung für die Internationalisierung immer weitere Kreise. —

6. April. Das „Ministerium für Nordschleswig" wird nach dem Rücktritt Hanssens nicht wieder besetzt. —

9. April. Die Flensburger Dänen überreichen der I. K. eine von 5275 Frauen der zweiten Zone unterzeichnete Bittschrift, die darum ersucht, das Dänentum der zweiten Zone auf keinen Fall wieder „dem Gewaltregiment der Preußerei" zu überliefern. Wenn eine Rückkehr nach Dänemark unmöglich ist, wird unter allen Umständen derjenige Schutz erbeten, den eine Internationalisierung geben kann.

„Socialdemokraten" veröffentlicht Aufsehen erregende Enthüllungen über die Vorgeschichte der politischen Krise in Dänemark. Darnach soll neben der Zarin-Witwe von Rußland eine Reihe von dänischen Frauen chauvinistischer Richtung, darunter

Digitized by Google

auch die Frau des Generalsekretärs der I. K., die eine geborene Dänin ist, zu der Kamarilla gehören, die den König vor dem 29. März bearbeitete. —

Nach „Heimdal" haben Flensburger Dänen und deutsche Renegaten wie Claussen-Bau schon am Sonntag, den 28. gewußt, daß am Montag, den 29. das Ministerium Zahle verabschiedet werden würde. —

10. April. Im „Südjütischen Ausschuß" des dänischen Reichstages erklärte Ministerpräsident Friis, daß das Ministerium Liebe während seiner kurzen Machtperiode an die I. K. das Ersuchen gerichtet hätte, die Entscheidung über das Schicksal der zweiten Zone bis nach den dänischen Neuwahlen zu vertagen. Die Kommission habe nunmehr angefragt, ob auch das Ministerium Friis sich dem Wunsche auf Vertagung der Entscheidung anschließe. Friis habe auf Grund von innerpolitischen Drohungen der Konservativen diese Frage bejaht. —

Der Deutsche Bevollmächtigte bei der I. K. Köster wird zum Minister des Auswärtigen ernannt. —

13. April. Auch in der ersten Zone werden von den Dänen Unterschriften für die Internationalisierung der zweiten Zone gesammelt. —

15. April. Einer Abordnung von Dänen aus Nordschleswig, die eine Petition für Internationalisierung der zweiten Zone überreichen, antwortet Ministerpräsident Friis, daß ein Geschäftsministerium in der nordschleswigschen Frage unmöglich Partei ergreifen könne. —

Sozialdemokratie und radikale Linke in Dänemark führen den Wahlkampf unter der Parole des Selbstbestimmungsrechtes für Nordschleswig im Sinne H. P. Hanssens. —

17. April. Im Kampf gegen die Internationalisierung übernehmen die Arbeiter Flensburgs mehr und mehr die Führung. —

Digitized by Google

„Flensborg Avis“ meldet, daß 21 804 Nordschleswiger die Petition für Internationalisierung der zweiten Zone unterschrieben haben. —

Zum Nachfolger Kösters wird der deutsche Konsul in Kolding O. Metzger ernannt. —

18. April. Eine reichsdänische Kommission unter Führung des früheren Ministers H. P. Hanssen verhandelt mit dem früheren Staatskommissar Köster über die sofortige Übernahme der ersten Zone in dänische Verwaltung. Die Verhandlungen scheitern daran, daß Deutschland die Verlegung der Zollgrenze vor der endgültigen Abtretung nicht einräumen will. —

19. April. Die preußische Regierung hat beschlossen, sämtliche für Nordschleswig geltenden Gesetze und Verordnungen, die in Dänemark als gegen die Dänen gerichtet betrachtet werden, sowie auch solche, die sich gegen Reichsdeutsche dänischer Gesinnung richten, zur Aufhebung zu bringen. —

Reichspräsident Ebert empfängt in Berlin eine Abordnung von Schleswigern, die sich im Abwehrkampfe gegen Dänemark hervorragend betätigt haben. Unter ihnen befinden sich die Herren Dr. Kähler (Deutscher Ausschuß), Adler (Schutzwehr Schleswig), Cordts (Verein für freies Bildungswesen) sowie die Gattinnen des Stadtverordnetenvorstehers Löhmann und des Rektors Voigt, die an der Spitze der wichtigsten Ausschüsse für die Heranschaffung und Unterbringung der auswärtigen Stimmberechtigten gestanden haben. —

22. April. Die Kommissare der I. K. sind bis auf das norwegische Mitglied aus Flensburg abgereist. Es wird bekannt, daß das Votum der I. K. abgeschlossen ist, und daß das englische und schwedische Mitglied, für restlose Rückgabe der zweiten Zone an Deutschland, das französische und norwegische

Digitized by Google

Mitglied für Belassung von vier Gemeinden am Nordrande der zweiten Zone bei Dänemark votiert haben. Es handelt sich um die Gemeinden Aventoft mit 271 deutschen und 50 dänischen Stimmen, Süderlügum mit 334 deutschen und 69 dänischen Stimmen, Ladelund mit 292 deutschen und 107 dänischen Stimmen und Medelby mit 144 deutschen und 30 dänischen Stimmen. —

26. *April.* Während die Sozialdemokratie bei den dänischen Wahlen gewinnt, verliert die radikale Linke so viel Mandate, daß eine neue Koalition ohne Sozialdemokraten und Radikale die Regierung übernehmen muß.

29. *April.* „Heimdal" berichtet, daß die Konservativen Dänemarks sich an den Vorsitzenden der Pariser Schleswig-Kommission, A. Tardieu, mit der Bitte gewandt haben, die erste Zone durch Dänemark besetzen und später die Abstimmung in der zweiten Zone wiederholen zu lassen. —

Im „Südjütischen Ausschuß" des dänischen Reichstages wird mitgeteilt, daß die erste Zone vom 5. Mai ab durch Dänemark besetzt wird. —

3. *Mai.* Von Dänemark befindet sich Kontorchef Hendriksen und Kammeradvokat Aagesen, von Deutschland Johannes Tiedje als Sachverständiger bei der dänischen resp. deutschen Gesandtschaft in Paris. —

5. *Mai.* In der zweiten Zone finden auch jetzt noch andauernde Versammlungen und Kundgebungen für die Tiedje-Linie und gegen die Internationalisierung statt. —

Dänisches Militär rückt in der ersten Zone ein. —

In Paris übergibt der Vorsitzende der I. K. den Grenzvorschlag, bei dem sich die Kommission in der oben beschriebenen Weise trennt. Jedoch lenkt die gesamte Kommission die Aufmerksamkeit des Obersten Rates auf die schwierige Lage, in der sich die dänischen Bewohner der zweiten Zone

Digitized by Google

befinden würden. Nach dem „Temps“ sind selbst während der Abstimmungsperiode die Vertreter der Mächte Zeugen von Plackereien gewesen, denen viele Dänen ausgesetzt gewesen seien. —

8. Mai. 36 000 deutsche Unterschriften aus der zweiten Zone protestieren gegen die Internationalisierung. —

Der Kampf um die Einführung der Kronenwährung verschärft sich nach der Besetzung der ersten Zone. Die zweite Zone, besonders Flensburg, befürchtet mit Recht von der Einführung der Kronenwährung in der ersten Zone eine gewaltige Preissteigerung und einen radikalen Ausverkauf. —

Nach „Berlingske Tidende“ haben das französische und norwegische Mitglied der I. K. in Paris vorgeschlagen, die neue Grenze an der Kupfermühlenbucht so zu ziehen, daß die Möglichkeit der Anlegung eines zweiten dänischen Neu-Flensburg gesichert sei. —

12. Mai. Der deutsche Gesandte in Kopenhagen hat dem dänischen Außenminister den Vorschlag gemacht, daß zwischen Deutschland und Dänemark ein Abkommen zum Schutze der gegenseitigen Minderheiten abgeschlossen wird. Der dänische Minister hat diesen Vorschlag abgelehnt. —

14. Mai. Da die Einführung der Kronenwährung in der ersten Zone droht, schließt sich die gesamte deutsche Bevölkerung der zweiten Zone zu einer Abwehrbewegung mit allen Mitteln zusammen. Die deutsche Bevölkerung der zweiten Zone kann nicht einsehen, warum die wirtschaftliche Not der ersten Zone gelindert werden soll dadurch, daß die zweite Zone in eine noch größere wirtschaftliche Katastrophe hineingerissen wird. —

15. Mai. Zur Abwehr der Einführung der Kronenwährung wird in Flensburg die Organisierung des allgemeinen Volksstreiks erwogen. —

Digitized by Google

16. Mai. Eine zur Besprechung der für die Organisierung des Volksstreikes notwendigen Schritte in das Flensburger Gewerkschaftshaus einberufene Versammlung wird von dem Polizeimeister der I. K. W. Sörensen verboten. In einer trotzdem abgehaltenen internen Besprechung wurde verlangt, daß bei Einführung der Kronenwährung in der ersten Zone die zweite Zone nach Norden scharf abgesperrt, nach Süden mit dem deutschen Wirtschaftskörper wieder normal verbunden würde. —

17. Mai. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris übergibt dem Präsidenten der Friedenskonferenz eine Note, die gegen die Einführung der Kronenwährung protestiert. —

19. Mai. „Socialdemokraten" stellt fest, daß das Ministerium Neergaard einer Internationalisierung der zweiten Zone zwar wohlwollend gegenübersteht, dagegen nichts offiziell für sie unternommen hat. —

20. Mai. Unter dem Vorsitz von Jules Cambon und in Anwesenheit von Marschall Foch, Sir Charles Marling und Paul Claudel wird in Paris die Entscheidung über die neue deutsch-dänische Grenze gefällt. —

22. Mai. Die I. K. nimmt die deutschen Vorschläge betr. Einführung der Kronenwährung an. Von mittags 12 Uhr ab ist die zweite Zone handelspolitisch und wirtschaftlich wieder mit Deutschland verbunden. Die Paßkontrolle wird aufgehoben. Die Sperrlinie zwischen der ersten und zweiten Zone wird von Plebiszitgendarmen und Kriminalbeamten gebildet. —

28. Mai. Die Botschafterkonferenz hat die Beratungen der Schleswigfrage abgeschlossen. Die Clausen-Linie bildet die zukünftige Südgrenze Dänemarks. Die zweite Zone wird an Deutschland zurückgegeben.

Digitized by Google

Die Frage der Internationalisierung ist von der Botschafterkonferenz gar nicht in Erwägung gezogen worden. —

1. Juni. Die Botschafterkonferenz in Paris übergibt den Vertretern Deutschlands und Dänemarks den Entwurf eines dreieckigen Vertrages zwischen den Alliierten, Deutschland und Dänemark, der in befristeter Zeit unterschrieben werden soll. Die deutsche Regierung erklärt, den Vertrag in dieser Form nicht annehmen zu können und bereitet einen Gegenvorschlag vor. —

5. Juni. Die Flensburger Städtischen Kollegien protestieren gegen die Festsetzung der Claussen-Linie als Grenzlinie —

Dänemark hat sich bereit erklärt, den ihm übermittelten Vertrag innerhalb 10 Tagen zu unterzeichnen.

15. Juni. Die Notifikation der Grenzlinie wird in Berlin und Kopenhagen überreicht. —

16. Juni. Kurz vor 12 Uhr verschwinden die Fahnen der I. K. vom Flensburger Hof. In der Nacht verläßt der Generalsekretär der I. K. Bruce die Stadt. —

Oberbürgermeister Todsen empfängt vom Reichspräsidenten die Glückwünsche des deutschen Volkes zur Rückkehr Flensburgs zum deutschen Mutterlande.

Die Minister Köster und Severing treffen in Flensburg ein. —

17. Juni. Nach Festgottesdiensten in allen Kirchen der Stadt findet auf dem Südermarkt in Flensburg unter Anwesenheit der beiden Minister, des Oberpräsidenten, der gesamten Stadtvertretung und Tausender von Bewohnern Flensburgs und der zweiten Zone eine Begrüßungsfeier statt. Ansprachen halten der Oberbürgermeister und der Minister des Äußeren. Einrückende Reichswehrtruppen werden jubelnd begrüßt. Über Flensburg und der ganzen zweiten Zone wehen die deutschen Fahnen.

Digitized by Google

2. UNTER DER I. K.

Am 24. Januar abends kurz vor Mitternacht verließ ich als letzter Vertreter deutscher Staatsautorität das Abstimmungsgebiet. Eine Woche später zog ich als deutscher Vertreter bei der I. K. in Flensburg wieder ein. Eine ganz neue Arbeit begann. Statt zwischen Hadersleben, Tondern und Schleswig spielte sich meine Arbeit jetzt zwischen dem „Flensburger Hof", in dem die I. K. saß, dem „Altflensburger Haus", in das die Deutschen ihr Hauptquartier verlegt hatten, und dem Kunstgewerbemuseum, dessen Nordflügel mir selber ein paar große helle Räume lieh, ab. Es war ein kleines Dreieck, das durch diese drei Namen eingeschlossen wurde. Aber alle, die wir in ihm gearbeitet haben, sind Zeugen und Mitbildner eines Stückes Geschichte gewesen — eines kleinen nur, aber eines Stückes, das der Beginn deutscher Besinnung auf sich selbst und der Wiederbeginn deutschen Auferstehens war.

Die Abstimmungskommission Schleswig ist eine der wenigen Kommissionen des Friedensvertrages gewesen, die nicht vom Völkerbunde ressortierte und dennoch nicht interalliiert sondern international war. Als Amerika ausschied, hatte das neutrale Element in ihr sogar dasselbe Gewicht wie das alliierte. Die I. K. konnte mit zwei Methoden sich ihrer Aufgabe entledigen: als eine Art okkupierender Macht, die sich auf ihre Bataillone stützte, oder als bevollmächtigte Schiedsrichterin, die lediglich die Freiheit einer Wahl sicherte. Obwohl die Versuchung zur ersten Methode groß war, hat die I. K. im Ganzen den zweiten Weg gewählt und beibehalten. Es ist von deutscher Seite viel auf sie gescholten worden. Das war in den Tagen des Kampfes zu verstehen. Wer heute in Europa umherblickt und die Dinge anderswo und in Schleswig nüchtern betrachtet, wird sagen müssen, daß die I. K. sich

Digitized by Google

im Ganzen ihres Auftrages nicht schlecht entledigt hat. Sie trat mit großen Machtmitteln auf, die uns schmerzhaft waren. Französische Soldaten benahmen sich zuweilen mehr wie Eroberer denn wie Polizisten. Es hat darüber manche Auseinandersetzungen auch innerhalb der I. K. gegeben. Und es sind besonders bei den Engländern für Unbotmäßigkeiten gegenüber der Bevölkerung harte Strafen verhängt, von denen Flensburg nichts erfuhr. Die Politik der I. K. war keine Politik des Kürassierstiefels. Das beweist der Fall des dänischen Scharfmachers Bruun, der zurücktreten mußte, weil die I. K. sich seine militaristischen Gernegroßspielereien verbat. Dennoch wurde die I. K. von der ganzen Bevölkerung als Feind empfunden. Denn sie war das Instrument, mit dem all die Ungerechtigkeit, die die Schleswig-Paragraphen des Friedensvertrages enthielten, durchgesetzt werden sollte. Sie war freilich für den Vertrag nicht verantwortlich. Vielleicht gab es in ihr Mitglieder, die ihn wie der Engländer Keynes und der Italiener Nitti als Wahnwitz empfanden. Ihre einzige Aufgabe war, ihn unparteiisch durchzuführen. Aber selbst das ist ihr nicht immer gelungen. Ich habe es schon für einen politischen Fehler gehalten, daß die Alliierten gerade aus ihren Kopenhagener Gesandten dieseKommission zusammenstellten. Was man in normalen Zeiten dafür hätte ins Feld führen können, ihre Vertrautheit mit dem südjütischen Problem, das traf weder bei Sir Charles noch bei Claudel zu, die beide Neulinge in Nordland waren. Warum nahm man zur Durchführung eines so heiklen Auftrages, bei dem restlose Unabhängigkeit das Eine war, worauf es ankam, gerade Vertreter, die persönlich und dienstlich die Pflicht hatten, ein gutes Verhältnis zu Dänemark auch nach der Abstimmung zu erhalten und zu pflegen? Die persönlichen Beziehungen der I. K. zu den Dänen sind naturgemäß andere als diejenigen zu den Deutschen gewesen. Denn sie kam für die Dänen als die „Befreierin vom Unrecht." Das nahm ihr

Digitized by Google

niemand von uns selbst übel. Wir wissen auch, daß sie gegen dänische Wünsche genau so spröde sein konnte wie gegen deutsche. Sie ist von ihnen scharf angegriffen worden, weil sie die Zwangswirtschaft gemäß den Abmachungen mit Deutschland aufrecht erhielt. Sie hat auf dem Lande trotz immer erneuten Drängens der Dänen keine getrennten Wahlurnen für die Einheimischen und die Auswärtigen aufgestellt. Sie hat weder die vorzeitige Besetzung des Landes noch die nachträgliche Räumung der dritten Zone befürwortet. Sie hat hunderte von dänischen Quertreibereien und Denunziationen in den Papierkorb geworfen. Als sie in der Flensburg-Frage strikt am Wortlaut des Friedensvertrages festzuhalten schien, ist sie von den dänischen Ultras genau so zum alten Eisen geworfen worden wie das Ministerium Zahle. Gewiß: sie legte Wert auf Autorität. Das durfte sie. Aber nach französischem Vorbild in den Rheinlanden oder nach deutschem in Belgien ist sie dabei nicht verfahren. Sie konnte auch nachgeben und Niederlagen ertragen. Das Beamtenverbot war ungerecht und parteiisch. Als die Kommissare es in den ersten Tagen ihrer Wirksamkeit erließen, standen sie ganz unter dem Einfluß der dänischen Hetze, die in jedem — auch dem gewählten, auch dem einheimischen — Beamten den verhaßten preußischen „Embedsmand" sah. Sie hatte übertriebene Vorstellungen — zum wenigsten von der Macht der nachrevolutionären Bürokratie — und von dem Einfluß der Beamten, die sie nach Abschub der andern uns noch gelassen hatten. Ich habe der I. K. dienstlich und persönlich immer wieder auseinandergesetzt, was für ein brutaler Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte ihre „Supplierende Mitteilung" war, und wie tief sie das in der ganzen Geschichte Schleswigs verankerte enge Verhältnis des Landes zu seinen gewählten Pastoren und Lehrern verletzte. Nachträglich aber und an dieser Stelle kann ich nicht verschweigen, daß es in der Tat gerade in Flensburg eine Reihe von Lehrern und Pastoren (nicht

Digitized by Google

immer Einheimische) gegeben hat, die den für Jugendbildner gerade damals notwendigen Takt manchmal vergaßen. Immerhin ist doch das Beamtenverbot trotz einiger ruppiger Streiche des Herrn Sörensen und anderer Gendarmennaturen nicht so heiß gegessen worden wie gekocht. Eine regelrechte Niederlage aber hat die I. K. beim Flaggenverbot einstecken müssen. Es ist gar kein Zweifel, daß sie sich auch hier wieder durch dänische Treibereien hat ins Bockshorn jagen lassen. Diesmal war — gerade gegenüber ihrem Verfahren in der ersten Zone, wo sie die offene Beteiligung französischer Soldaten an den Danebrog-Spielereien geduldet hatte — ihre Unparteilichkeit so in die Augen springend und der Protest der Bevölkerung, der sich vor allem in der Amtsniederlegung der deutschen Berater äußerte, so wirksam, daß die I. K. klein beigab. Vielleicht war es verspätete Einsicht, vielleicht war es Klugheit. Es war auf jeden Fall auch ein Zeichen von der Art, wie sie ihr Amt auffaßte, daß sie das Verbot zurücknahm. Dabei darf man heute ein Plakat erwähnen, das nie öffentlich gezeigt ist. Es enthielt nichts weiter als dieses Verbot selber, in reizender blau-weiß-roter Schrift, im Wortlaut und mit den Unterschriften der Kommissare. Es sollte vom 12. bis 16. März („beide Tage einschließlich") in allen Läden aushängen — als Ersatz für die verbotenen Flaggen und als Aufmerksamkeit für die Kommission und als Bekanntmachung für die auswärtigen Gäste. Mit der Aufhebung des Verbots selber war das Plakat überflüssig. Jedoch hat die I. K., als ich ihr später davon erzählte, sich eine ganze Reihe dieser Plakate zum Andenken erbeten. Freilich konnte sie auch anders. Im Falle des kleinlichen Verbotes des „Flensburger Tageblattes" hat sie nicht ein Tüttelchen nachgegeben. Und einmal ist sie offen aus ihrer sonst ziemlich unparteiischen Rolle gefallen. Das war kurz vor der Abstimmung in der zweiten Zone, als sie sich herabließ, selber in den Wahlkampf mit einzugreifen. Es zeugte schon von wenig

Digitized by

Takt, daß der dänische Vertreter bei der I. K. die Nachricht, daß die Wiedergutmachungskommission den Flensburgern ihre Schiffe eventuell lassen würde, geflissentlich an die deutsche Öffentlichkeit weiter gab. Immerhin war er Partei. Daß die I. K. selber als Hüterin der Abstimmungsfreiheit diese Nachricht zwei Tage vor der Entscheidung amtlich, also so, daß alle Zeitungen sie bringen mußten, veröffentlichte, das bedeutet einen dunklen Fleck auf ihrer Geschichte.

Ich bin mit den Mitgliedern der I. K. auch in persönliche Beziehungen getreten. Ob eines oder das andere privatim Neigung hatte, nach der Abstimmung entgegen dem Wortlaut des Friedensvertrages Flensburg an Dänemark zu bringen oder zu internationalisieren, weiß ich nicht. Für die Tiedje-Linie war freilich niemand im Ernste zu haben, wenngleich jeder sich für sie und ihre Begründung lebhaft interessierte. Aber auch dunkle deutschfeindliche Pläne lagen der I. K. fern: der „englische Marinestützpunkt Flensburg" spukte lediglich in den Köpfen deutscher Phantasten — meistens derselben, die während des Krieges die Annektion Belgiens damit begründet hatten, daß „England ja doch niemals aus Calais herausgehen würde". Am meisten ist über dem Generalsekretär der I. K. geredet und gescholten worden. Ich weiß heute noch nicht, ob er wirklich jener gefährliche Mann war, der den Staatsstreich in Kopenhagen mit vorbereitet hat und beinahe Flensburg zu einem zweiten Fiume oder Danzig gemacht hätte. Aber ich weiß, daß er sehr Vieles und sehr Verschiedenes und sehr Unverbindliches gesprochen hat, und daß man bei denjenigen seiner Erzählungen, die überhaupt ernst waren, weniger aufpassen mußte, was er sagte, als vielmehr sich fragen, warum er es eigentlich sagte. Wieviel ist gekannegießert worden im Plebiszit Slesvig und wieviel geglaubt und wieviel gemunkelt — gerade über die I. K. und ihr offizielles und nichtoffizielles Drum und Dran! Aber schließlich kam es auf das an, was sie im Ab-

stimmungsgebiet praktisch getan, und auf die Grenze, die sie letzten Endes wirklich vorgeschlagen hat.

Sicherlich hätten die meisten Mitglieder der I. K. es gern gesehen, wenn am 14. März von der zweiten Zone ein starkes Stück dänisch gestimmt hätte. Und sicherlich gab es am Abend des 14. März nicht nur im „Bürgerverein" sondern auch im „Flensburger Hof" dicke Köpfe. Aber andererseits war das Resultat für sie in der zweiten Zone so sauber wie in der ersten Zone. Im Ganzen hier 74 % dort 80 %, in Flensburg allein 75 % reine Mehrheit. Das waren klare Zahlen. Wer Verantwortung hatte gegenüber der Geschichte, dem wurde durch dies klare Resultat die Aufgabe sehr leicht gemacht. Man hat trotzdem lange Zeit gebraucht, ehe man sich entschloß. Und man hat, als Ende März das merkwürdige Ersuchen des Ministeriums Liebe kam, mit dem Grenzvorschlag zu warten, bis die dänischen Neuwahlen zu Ende wären, darauf anscheinend nicht die richtige Antwort gegeben. Dieser Schritt des Eintagsministeriums Liebe war eine unerhörte Einmischung in eine Sache, die nur die I. K. anging. Es ist unklar geblieben, ob es sich bei ihm sowohl wie bei der Rückfrage der I. K. an das Ministerium Friis, ob dieser Schritt auch für es gälte, um eine offizielle diplomatische Hinwendung handelte oder ob das Ganze eine Frage und Rückfrage unter der Hand war. Auf jeden Fall scheint die I. K. das Unmögliche einer solchen Einmischung selber empfunden zu haben. Denn ihr Vorschlag war fertig gestellt, ehe das dänische Volk an die Urne ging. Bei diesem Vorschlag selber zeigte sich, daß das Höchste, was wir von der I. K. erwarten konnten, Korrektheit war. Daß gerade der norwegische Vertreter sich seinem französischen Kollegen anschloß und das dänische Prestige durch Einverleibung von vier Gemeinden der zweiten Zone noch retten wollte — denn die übrigen Gründe waren an den Haaren herbeigezogen — konnte niemanden überraschen. Die Korrektheit des Engländers und des Schweden hat die vier

Digitized by Google

Gemeinden gerettet — die Korrektheit der gesamten I. K. die zweite Zone vor der Internationalisierung bewahrt. Die Tatsache aber, daß alle 5 Mitglieder in ihrem Votum den Obersten Rat auf die schwierige Lage aufmerksam machten, in welche die bei Deutschland verbleibenden Dänen geraten würden, bewies die Wichtigkeit, die ich mit allen gemäßigten deutschen Vertretern von Anfang an gerade diesem Punkte beigelegt hatte. Es kam nicht darauf an, daß man von deutscher Seite sich immer wieder auf den § 113 der Reichsverfassung berief, manchmal von Leuten, die diese Verfassung selber in Grund und Boden verwünschten. Es kam auf das an, was man tat und nicht tat. Die Versäumnisse der Berliner Zentralen sowohl wie die Politik der „starken Hand", die noch immer in einigen Köpfen spukte, rächten sich. Dagegen zeigte sich, wie klug die Taktik war, mit dem Minoritätenschutz bei uns so bald wie möglich praktisch zu beginnen. Eine dunkle Wolke — die letzte — verschwand, als Paris aus diesem überflüssigen Hinweis der Kommissare keine Konsequenzen zog. Denn daß die Tiedje-Linie in Paris durchzusetzen war, daran haben nur Schwärmer geglaubt — Schwärmer wie diejenigen, die es auch für möglich hielten, daß dänische Bauern wegen der ungenügenden Kopenhagener Valutahilfe ihre Fahnenstangen umsägen und einen deutschen Stimmzettel abgeben würden. Nein, die Tiedje-Linie war von Anfang an, was sie bis zum Schluß bleiben wird: das deutsche Revisionsprogramm, dem Leben zu geben die Aufgabe der abgetretenen Deutsch-Schleswiger selber ist.

Die verwaltungstechnischen Aufgaben der I. K. im Abstimmungsgebiet waren nicht schwer. Der ganze deutsche Verwaltungsapparat lief weiter — auch da, wo dänisch gesinnte Beamte an die Spitze traten, wie in den 4 nördlichen Kreisen. Es war weniger Rücksicht auf deutsche Interessen, wenn die I. K. dies gestattete — es war vielmehr notwendig, weil es anders einfach nicht ging. In

Digitized by Google

nähere Beziehungen zu der Kommission sind von deutschen Behörden nur die Post, die Eisenbahn und das Telegraphenwesen getreten. Sie erhielten je einen Plebiszitdirektor, der aus der deutschen Beamtenschaft genommen war. Die ganze deutsche Beamtenschaft, die sich selbstlos unter das Gebot der I. K. stellte und ihren Dienst in der ersten Zone noch versah, als die flatternden Danebrogs ringsum schon zeigten, daß sie hier nur noch geduldet waren, hat sich durch ihr Verhalten den Dank der Heimat verdient. Wirklich neue und zum Teil sehr schwierige Aufgaben hat von der I. K. der sogenannte Volkswirtschaftsrat bewältigt. Er ist hervorgegangen aus dem Ernährungsbeirat, der schon vor der Besetzung ins Leben gerufen wurde, um die Ernährung des Abstimmungsgebietes aus sich selber zu sichern. Ihm gliederten sich sehr bald Filialen verschiedener Reichs- und Provinzialstellen sowie eine Kontrollstelle für Ein- und Ausfuhr an. Das war notwendig, weil das Abstimmungsgebiet wirtschaftlich weder zu Deutschland noch zu Dänemark gehörte. Teils lebte und arbeitete es von sich selbst. Zum größten Teile führte Deutschland, zum kleineren Teile Dänemark das ein, was fehlte. Die Leistungen beider Staaten wurden im Kompensationsverfahren ausgeglichen. Deutschland lieferte hauptsächlich Kohlen und bekam dafür hauptsächlich Vieh. Der Volkswirtschaftsrat war im Ganzen ein deutsches Geschöpf. In dem Büro für Ein- und Ausfuhr saßen auch Dänen. Ebenso stand an der Spitze des Ganzen neben dem preußischen Landtagsabgeordneten Iversen der reichsdänische Professor Möllgaard. Beide haben mit Geschick, Energie und der nötigen Großzügigkeit das Abstimmungsgebiet über die Monate seines internationalen Wirtschaftsdaseins hinweggebracht. Herr Möllgaard hat den Grundsätzen des Volkswirtschaftsrates Geltung verschafft auch da, wo er bei seinen künftigen Landsleuten mit ihnen keine Sympathien errang. Herr Iversen hat gleichzeitig — als deutscher Berater der Kom-

Digitized by Google

mission — auch in anderen als wirtschaftlichen Dingen für seine klugen und immer aufs Sachliche gehenden Ratschläge oft das Ohr der I. K. gehabt.

Die I. K. hat zu Zeiten einen gewaltigen Apparat von Menschen und Autos beschäftigt und — besoldet. Letzteres ging nach dem Friedensvertrag auf deutsch-dänische Kosten. Die Gesamtkosten der Abstimmung sind heute noch nicht bekannt. Ein Teil von ihnen ist durch die I. K. selber gedeckt — aus dem Erlös der Plebiszit-Briefmarken, der schon, als ich die Kommission verließ, mehrere Millionen betrug. Sicher sind die Kosten, besonders für das Militär, sehr hoch gewesen. Wie die Soldaten wurde auch das fast ausschließlich ausländische Personal nur in Kronen bezahlt. Gegenüber den selbst für eine Besatzungsbehörde manchmal etwas zu weit gehenden Ansprüchen nachgeordneter Militär- und Zivilstellen (auch der Neutralen) hat der englische Finanzsekretär der I. K. zuweilen wohltuend gebremst — wohltuend für Deutschland und für Dänemark. Aber das ist nur sehr relativ zu verstehen. Ein Recht zur Finanzkontrolle hatte Deutschland nicht.

Digitized by Google

3. DER 10. FEBRUAR

Der Verlust der ersten Zone ist in Deutschland teils zu leicht genommen, teils in seiner Zwangsläufigkeit nicht gleich begriffen worden. Mit den Abstimmungen in Ost- und Westpreußen kann die nordschleswigsche nicht verglichen werden. Im Osten war fast alles, was gemischtvölkisch bewohnt war, schon durch einfaches Diktat den Polen zugesprochen worden. Was in den beiden Preußen abstimmte, war im Grunde reindeutsches Gebiet. Hier in Schleswig wurde auch das von vornherein sichere dänische Gebiet in die Abstimmung mit einbezogen. Insofern hat das etwas indignierte Staunen mancher deutschen Kreise — auch in einem gleich nach der Abstimmung erschienenen Interview des damaligen preußischen Ministerpräsidenten merkt man etwas von dieser Indignation — gar keine Berechtigung gehabt. Die erste Zone ist am 23. Juni, nicht am 10. Februar verloren gegangen. Aber es wäre auch ganz falsch, den Verlust dieses gesegneten Landes mit seinen 60000 Deutschen über dem Wiedergewinn der zweiten Zone vergessen zu wollen, wie das auch zuweilen geschehen ist. Die erste Zone umfaßt etwa 45 % des Flächenraumes von ganz Schleswig. Auch wenn wir uns auf den Boden des Selbstbestimmungsrechtes stellen und den Dänen das Land lassen, auf das sie kraft Mehrheitswillen ihrer Bewohner Anspruch haben, bleibt der Verlust des Tiedje-Gürtels ökonomisch und nationalpolitisch schwer zu tragen. Das deutsche Volk darf über den Millionen seiner unerlösten Brüder im Osten niemals die Tausende in Nordschleswig vergessen, die Deutschland deshalb nicht weniger lieben, weil sie in einer gleichwertigen, nicht in einer untergeordneten Kultur gefangen sitzen.

Das Bewußtsein dieses Verlustes wird dadurch nicht leichter, daß wir uns heute sagen müssen, daß in der ersten Zone mehr deutsche Stimmen hätten fallen müssen und

Digitized by Google

daß es die Führung des Deutschtums selber gewesen ist, die das mit verschuldet hat. Ich habe das im anderen Zusammenhange schon berührt. Es liegt mir fern, in Wunden, die noch kaum vernarbt sind, mutwillig herumzustochern. Aber Deutschland und die Welt muß es wissen, daß in der ersten Zone ein stärkeres Deutschtum vorhanden war, als sich am 10. Februar zeigte. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Nach Lage der Dinge war das Resultat des 10. Februar für uns eine angenehme Überraschung. Nach dieser monatelangen Miesmacherei, die dort oben zunächst betrieben worden war — nachdem wir dann Monate kostbarster Arbeit damit hatten zubringen müssen, zunächst theoretisch die Fehlparole des Stimmstreiks zu werfen und darauf ihre üblen Wirkungen aus den Köpfen der Deutschen auszurotten — nachdem dann trotz der Einheitsparole die Werbearbeit von gewissen Kreisen immer noch lau und resistent betrieben wurde, war die Zahl der für Deutschland abgegebenen einheimischen Stimmen über Erwarten groß. Dennoch war sie zu klein. Ich gebe nicht allein den für diese Politik verantwortlichen Männern schuld. Ich weiß, daß große Teile des nördlichen Deutschtums auf dem Lande, besonders in den Kreisen Hadersleben und Sonderburg, aus Angst vor ökonomischem Terror und gesellschaftlichem Boykott schwach geworden waren. Ich rede nicht von diesen sondern von den andern, die noch in den letzten Monaten des Jahres 1919 kein deutsches Flugblatt gesehen hatten und sich verraten und verlassen vorkamen — nicht von der deutschen Regierung sondern vom „Deutschen Ausschuß". Ich rede von der Tatsache, daß noch kurz vor der Abstimmung der maßgebende Mann des „Deutschen Ausschusses" vor zu großer Aktivität in der ersten Zone warnte, und daß über seinen Kopf hinweg und gegen seinen passiven Widerstand die letzten Werbemaßnahmen getroffen und durchgeführt werden mußten. Das ist schmerzlich zu sagen, aber es muß gesagt werden. Ich weiß, daß

Digitized by Google

zahlreichen Mitarbeitern des Deutschen Ausschusses besonders in der zweiten Zone diese Dinge unbekannt sind. Ich rede auch nicht von den Städten Nordschleswigs. Hier ist immer gehofft und immer gearbeitet worden. Ich rede vom Lande. Man kann keine Volksbewegung organisieren, wenn man nach altem Schema mit Vorliebe Amtsvorsteher zu Vertrauensleuten macht. Es kam nicht darauf an, daß jemand aus Flensburg alle 14 Tage nach Hadersleben fuhr und inspizierte und orientierte, sondern es kam darauf an, daß in der ganzen ersten Zone systematisch von Dutzenden von Stellen aus mit allen Mitteln so gearbeitet wurde, wie es später im Südteil der ersten Zone, dem Tiedje-Gürtel, der Fall war. Wenn der „Deutsche Ausschuß", dessen große Verdienste um die technische Vorbereitung der Abstimmung unumstößlich fest stehen, einen Teil der Zeit und der Energie, die er auf seine Berliner Filiale und die diese auf ihre Besuche in allen Ministerien verwandte, in der ersten Zone angewandt hätte, wäre das Deutschtum ihm heute dankbar. Mich haben von den Männern des Kieler „Ausschusses für ein Unabhängiges Schleswig-Holstein" zahlreiche Differenzpunkte getrennt. Aber sein energisches Eintreten gegen den Stimmstreik und für die Werbearbeit auch und gerade in der ersten Zone habe ich immer als wohltuenden Gegensatz gegen die Verzweiflungstaktik seines ihm sonst so verbrüderten Flensburger Kollegen empfunden.

Was politische Werbearbeit war, konnte der „Deutsche Ausschuß" später an der Propaganda für die Tiedje-Linie sehen. Daß wir diese Linie sofort erreichen würden, daran hat niemand von uns gedacht, auch diejenigen nicht, die Woche für Woche in der praktischen Arbeit für diese Forderung drinstanden. Aber nicht davon war die Rede, daß wir heute mit ihr eine Niederlage erleiden würden, sondern davon, daß sie richtig und notwendig war, und daß alle für sie eintreten mußten. Es war Schwung in dieser Propaganda, obwohl der Tiedje-Gürtel

Digitized by Google

nicht zu retten war. Und die Propaganda reichte bis in das kleinste Dorf des Tiedje-Gürtels. Dieser Gürtel der ersten Zone ist organisatorisch in den Wochen nach der Abstimmung, als sein Schicksal schon entschieden war, viel intensiver bearbeitet worden als in dem ganzen Jahr vorher, als sein Schicksal noch nicht feststand. Freilich nicht vom „Deutschen Ausschuß", der auch der Tiedje-Linie bis zuletzt spröde gegenüber gestanden hat, wohl aber von vielen seiner eigenen Angehörigen, die seine Zaudertaktik nördlich der Claussen-Linie nicht verstanden. Und es war Einheit in dieser Propaganda. In Paris, in Berlin, Flensburg, in Rapstedt, wo immer Deutsche über Nordschleswig redeten, gab es nur eine Lösung: die Tiedje-Linie. Noch einmal: Die Schwierigkeiten der Arbeit in der ersten Zone erkenne ich an. Was tatsächlich geleistet ist — auch vom „Deutschen Ausschuß" — würdige ich. Niemals hätten wir die erste Zone retten können. Aber daß nicht mehr hätte geleistet werden können, wenn der „Ausschuß" von vornherein sich auf den Boden der Tatsachen gestellt und auf ihm eine Politik der Aktivität geführt hätte, das werde ich nie einsehen und mit mir alle diejenigen, die später in der ersten und zweiten Zone die Fäden der politischen Werbearbeit in der Hand hatten.

Wenn die Deutschen aus dem Süden nicht gekommen wären, hätten wir noch weniger einheimische Stimmen bekommen. Denn die Dänen merkten bald, daß sie sich mit ihrem Vorschlage, allen gebürtigen Nordschleswigern das Stimmrecht zu verleihen (falls diese Bestimmung wirklich auf ihren Druck hin in den Friedensvertrag aufgenommen worden ist) ins eigene Fleisch geschnitten hatten. Die von Süden kommenden Deutschen wirkten auf die Trägen und Lauen nach einem Ausdruck H. P. Hanssens wie eine „Salzwassereinspritzung". Es waren geradezu Heimatfeste der Nordschleswiger, die in einigen Dörfern, Familienfeste, die in einigen Familien gefeiert wurden.

Digitized by Google

Ökonomische Bedenken und die Angst vor späterem dänischen Druck wurden bei zahlreichen Deutschen überwunden durch die moralische Rückenstärkung, die ihnen die von Süden kommenden von keiner Propaganda angekränkelten Landsleute brachten. Diese moralischen Reserven technisch heranzuführen hat freilich schwere Arbeit gekostet. Hier hat sich der „Deutsche Ausschuß" wirklich große Verdienste erworben — wie denn alles, was er technisch anfaßte, geklappt hat. Es wiederholte sich hier im Kleinen, was wir im alten Deutschland im Großen so oft erlebt haben. Hätten einige seiner Leute von Anfang an die Hände von der Politik gelassen und sich (wie sie es später tun mußten) mehr auf das Technische geworfen, das Deutschtum wäre besser dabei gefahren.

Diese technische Arbeit war riesengroß und mannigfaltig: In allen Gemeinden zunächst die Feststellung der Namen aller stimmberechtigten Ausgewanderten und der Orte, wohin sie ausgewandert waren — gleichzeitig in ganz Deutschland das Sammeln aller gebürtigen Schleswiger und die Feststellung der Gemeinden, wo sie stimmberechtigt waren — das Einsenden von Papieren mit Photographien — die Versorgung mit Ausweisen und Freifahrkarten — die möglichst kostenlose Unterbringung und Verpflegung von Tausenden im Abstimmungsgebiet, in Dörfern wo zum größten Teile dänische Mehrheiten waren — endlich der Eisenbahntransport im Winter bei Kohlenknappheit und Lokomotivenmangel. Das waren die normalen Schwierigkeiten. Nun kamen die Hunderte von komplizierten Fällen mit ihren ewigen Hin- und Rückfragen — die Ungewißheit über die Stellung der I. K. — die Schwierigkeiten, die die Franzosen im besetzten Gebiete machten — die bis zum Schluß ungeklärte Frage, ob deutsches oder dänisches Recht für das Problem des unterbrochenen Wohnsitzes galt. Das alles war Arbeit, um die früher das Volk sich nicht gekümmert hatte — die früher von Beamten und Regierung geräuschlos erledigt worden wäre. Jetzt mußte das Volk und seine Organisation

Digitized by Google

selber heran. Männer und Frauen arbeiteten, besoldet und ehrenhalber, Tag und Nacht. Das war das Große an dem Abstimmungskampfe — daß das Volk sich selber helfen mußte und selber half. So lernte Deutschland sich auf sich selber besinnen.

Als vom Morgen des 11. Februar ab die Züge der Gäste wieder südwärts rollten und wir das Schlachtfeld überblickten, zeichnete sich das Eine klar ab: Mochte in den ländlichen Distrikten von Hadersleben, Apenrade und Sonderburg auch so mancher Deutsche zu Hause geblieben sein, die Claussen-Linie war niedergestimmt. Ganz deutlich flutete das geschlossene Deutschtum auch nach dieser Abstimmung mit ihrem Wahlrechtsraub an Tausenden von Schleswig-Holsteinern weit über die Linie des dänischen Magisters nach Norden vor. Die hieraus sich ergebenden praktischen und taktischen Konsequenzen haben wir in unserem Kampf um die Tiedje-Linie gezogen. Es war die allerhöchste Zeit. Ich habe von Anfang an das Fehlen einer klaren positiven Ziel-Parole unter den Deutschen Nordschleswigs als schwersten Mangel empfunden. Wenn das Ausland fragte, worum der Kampf in Schleswig eigentlich ginge, so hatten die Dänen klare Parolen: Claussen-Linie, Flensburg, Danewirke, Eider. So wahnsinnig sie auch waren, man wußte, was sie wollten. Was aber wollten die Deutschen Schleswigs? Wenn Ausländer kamen und fragten, so gab jeder eine andere Antwort. Theoretisch wäre es möglich gewesen, den gesamten Kampf des Deutschtums von vornherein wuchtig auf die alte Bernstorff-Linie auszurichten und diese der Claussen-Linie als greifbares deutsches Ziel entgegenzusetzen. Praktisch war daran nicht zu denken. Wir hatten mit dem Up-ewig-ungedeelt-Standpunkt, mit dem reinen Protestlertum, mit dem Stimmstreik genügend zu tun, ehe wir überhaupt an den positiven Kampf herangehen konnten. Ich habe bereits erwähnt, daß die Tiedje-Linie selbst nach der Abstimmung in der ersten Zone noch gegen den heim-

Digitized by Google

lichen Widerstand gewisser Kreise im „Deutschen Ausschuß“ wie im „Schleswig-Holsteiner-Bund“ durchgefochten werden mußte.

In dem ganzen Kampf um die erste Zone hat Tondern eine zentrale Rolle gespielt. Wie diese ganz und gar undänische Stadt in die erste Zone mithineingezogen werden konnte, bleibt Magister Claussens Studierstuben-Geheimnis. Sie ist immer ein kerndeutscher Eckpfeiler im Norden gewesen, der zwar links und rechts von dänischen Wellen umspült war, aber im Süden durch gewachsenes Deutsch- und Friesentum ununterbrochen mit dem deutschen Stammland zusammenhing und nach Norden über Rapstedt hinaus bis Lügumkloster viele Kilometer weit alte deutsche Siedelungen in dänische Umgebung ausstrahlte. Tondern hing auch wirtschaftlich — nicht nur als Umschlagsstelle für Sylt — so eng mit dem friesischen Süden zusammen, daß nach der Abstimmung auch eine Reihe von Tonderaner Deutschen um die Mitgabe südlichen Vorlandes nach Dänemark petitionierten. Natürlich wußten das alles die Dänen auch. Graf Schack auf Mögeltondern hat nie ein ganz reines Gewissen in Bezug auf Tondern gehabt. Und es ist vor allem die Stadt und der Kreis Tondern, auf den „Heimdal“ abzielte, als er später ausplauderte, daß man ehrlicher Weise zugeben müßte, die Deutschen forderten auf Grund ihrer Stimmabgabe nicht ohne Recht eine Revision der Claussen-Grenze. Es war daher das Land südlich Tondern, auf das die dänische Propaganda der zweiten Zone sich am kräftigsten stürzte. Hier in Tondern hatte sich die erste Zone für die Dänen am schwächsten erwiesen. Hier galt es mit dänischen Mehrheiten in Friesland den Raub zu sichern. Umgekehrt war es auf der Flensburger Seite. Hier waren die Dänen mit Mehrheiten, wenn auch kleinen, bis dicht vor die Tore Flensburgs gerückt. Hier galt es für das Deutschtum der zweiten Zone sichere Wälle aufzuwerfen, einen festen Riegel auszubauen, der jede Gefahr von Flensburg abwälzte. So ent-

Digitized by Google

brannte der dänische Angriff auf die zweite Zone an den beiden Flügeln am stärksten. Für die Dänen galt es: Tondern zu verteidigen und in Flensburg einzudringen. Für uns galt es umgekehrt: Flensburg zu schützen und vor dem deutsch gebliebenen Tondern ein deutsches Glacis für den nächsten Kampf rein zu erhalten.

Digitized by Google

4. DÄNISCHE MINEN

Den Kampf um die erste Zone hat auf dänischer Seite die Hanssen-Partei gekämpft und gewonnen. Ihre Siegesfreude war tief und ehrlich. Hier standen Männer an einem Ziele, an das sie kaum noch geglaubt und an das sie seit Jahrzehnten doch Tag und Nacht gedacht hatten. Aber die Freude wurde übergellt durch die Schreie „mod Syd". Es ist charakteristisch, daß der Schwarm dänischer Journalisten, der in Flensburg mit der I. K. niederging, sich um die erste Zone fast gar nicht gekümmert hat. Der Kampf um sie prickelte nicht. Hadersleben, Alsen, Sonderburg, selbst Tondern regte die „echtdänischen Männer" nicht mehr auf. Christiansen und seine Leute, nicht Hanssen waren für sie die Männer des Tages. Im Kampf um die zweite Zone schied denn auch die Hanssen-Partei fast völlig aus. Er wurde fast restlos bestritten von den dänischen Ultras. Das Auftreten Hanssens in Flensburg war eine Geste, deren Eindruck schon dadurch verpuffte, daß der Minister dänisch sprach. Die dänische Propaganda in der zweiten Zone hat sich nicht nur, was die Sprache anbetrifft, dem deutschen Charakter der Zone angepaßt. Man redete hier wenig von der Rückkehr ins Königreich. Das zog nicht. Man redete von der schlimmen Preußerei — von den Freiheiten des alten Schleswig unter dänischer Herrschaft — man kokettierte hier und da sogar mit einem autonomen, nur durch Personalunion dem Königreiche verbundenen, Schleswigschen Staate — kurz man stellte einen großen Teil seiner Arbeit auf den Schleswigianismus ein, dessen Wiedererwachen in diesem Kampfe man klug herausgespürt hatte. Das wird am klarsten, wenn man heute in jener kleinen dänischen Zeitung blättert, die den Stimmenfang unter den Deutschen der zweiten Zone zu ihrem einzigen Zweck erhoben hatte. „Unser Land" ward in „Flensborg Avis" gedruckt. Aber seine Agitationsweise war diejenige deutscher Renegaten. Wann hat ein

Digitized by Google

Deutscher daran gedacht, die von Norden zureisenden Dänen mit deutscher Propaganda zu füttern? Der „Mittelschleswigsche Ausschuß" aber sandte Tausende von Briefen, die zum Verrat aufforderten, bis in das Herz Deutschlands hinein. Wirklich: „Heimdal" hatte Recht, wenn er später sagte, daß dieser Kampf mit diesen Argumenten nichts mehr mit einem Rechtskampf um eine neue, nationale Grenze zu tun hatte.

Er hatte es auch in anderer Weise nicht, indem er jetzt, wo es zur Entscheidung ging, mit einer Offenheit die Krone in seinen Dienst stellte, die selbst starke Gemüter erschreckte. Eine Wahl ist kein Kaffeekränzchen, und wo gehobelt wird, fallen Späne. Aber was mit den Millionen des „Südjütischen Fonds" in der zweiten Zone getrieben worden ist, geht über amerikanische Verhältnisse. Es wurde offen zur Verteilung von Leinen, Tuchen und Lebensmitteln eingeladen — daran anschließend wurden die Beschenkten mit den Paketen in der Hand in einen Nebensaal zum Aufklärungsvortrag geschoben. Autos mit Danebrogs stoppten in den Dörfern und verteilten Geld unter die Kinder. Man kaufte alles — Abstimmungsausweise, Dachluken für Fahnen, Kinder zum Tragen von dänischen Abzeichen, Männer und Frauen zur Teilnahme an dänischen Demonstrationszügen. Man kaufte direkt und indirekt — direkt z. B. den unabhängigen Herrn Mittelstädt in Flensburg — indirekt z. B. jene Auslese Flensburger „Arbeiterfrauen", deren Namen niemals jemand erfahren hat, die aber auf einer Gratisreise in Dänemark die sozialen Einrichtungen für Kinder und Alte „studieren" sollten. Wie tief ließ es blicken, wenn eines Tages 300000 Mark für die „Not" in Tondern zur Verfügung gestellt wurde! Früher versuchte man noch das Gesicht zu wahren. Man verteilte Geld an Kriegerwitwen und Kriegsbeschädigte, an letztere, selbst wenn sie reiche Bauernsöhne waren. Jetzt ging man aufs Ganze. Man streute Geld über das Land wie Dünger — am meisten dort, wo der Boden am hartnäckigsten war. Wenn der „Südjütische Fonds" im

Digitized by Google

Winter 1919 4 Millionen Kronen stark war, so bedeutete das bei der damaligen Valuta über 50 Millionen Mark. Dabei war der „Südjütische Fonds" lange nicht die einzige Quelle, aus der die Dänen ihren Wahlkampf bestritten.

Neben diesem wirtschaftlichen Druck arbeitete eine politische Maschinerie, die gefährliche Folgen für uns gehabt hätte, wenn ihre Taktik nicht zu plump gewesen wäre. Man bombardierte die I. K. mit Anträgen in einer Weise und Fülle, die selbst ihren wohlwollendsten Mitgliedern schließlich auf die Nerven gehen mußte. Man insinuierte ihr mittelst einer Diplomatie der Tollpatschigkeit durch die von Flensburg aus bediente Kopenhagener Presse Absichten und Pläne, die sie zuerst stutzig, dann ärgerlich machen mußten. Als alles Geschrei nach Räumung der dritten Zone keinen Erfolg mehr hatte, wagte man die I. K. zu bitten, diese von ihr verweigerte Räumung doch wenigstens bei der Grenzfestsetzung mit zu berücksichtigen. Ohne eine moralische Rechtsbasis unter sich und ohne ein wirkliches Volkselement mit nationaler Sehnsucht und nationalem Willen hinter sich mußte diese dänische Propaganda in steriler Agitation zerflattern, und all ihr gutgespieltes Greinen und Schreien konnte nicht verdecken, daß hinter ihr nichts stand als der Machttaumel einer verwirrten reichsdänischenKlique und der hartnäckige Wille einiger politischer Desperados. Dieser hartnäckige Wille an sich war nichts Schlechtes. Wenn man bedenkt, was die Flensburgmänner auf verlorenem Posten gearbeitet, und wie sie bis zum letzten Augenblick das Unmöglichste hervorgezerrt haben, um wenigstens halb zum Ziele zu gelangen, kann man ihnen selbst Achtung und Bewunderung nicht versagen. Hier war kein Verantwortungsgefühl und kein Blick für das Maß der Dinge. Aber hier war politische Leidenschaft und der Wille, es dennoch zu schaffen. Ein klein wenig von dieser Leidenschaft und diesem Willen hätte ich jenen Führern des nordschleswigschen Deutschtums gewünscht, die protestierend die Flinte ins Korn warfen, bloß weil sie an

Digitized by Google

einer Abstimmung teilnehmen sollten, bei der ihr formaler und ziffernmäßiger Sieg unmöglich war.

H. P. Hanssen hatte richtig vorausgesagt: Der Kampf um die dritte Zone, der Kampf um Schleswig führte zu einer Spaltung des ganzen dänischen Volkes in zwei Lager. Er hatte noch nicht genug gesagt. Der Kampf um Flensburg führte Dänemark an den Rand des Abgrunds. Denn die Flensburger und ihre reichsdänischen Freunde ließen nicht locker. Am 14. März stürzte das Luftgebäude ihrer agitatorischen Phrasen zusammen — aber nicht sie selber und ihre Energie. Während die Nordschleswig-Gruppe des Wählervereins, die reichsdänischen Radikalen, ja sogar die Christensen-Partei beschlossen, sich jeder Kundgebung für Flensburg zu enthalten und in die Entscheidung der I. K. durch nichts einzugreifen, lärmten und wühlten sie weiter für eine aktive dänische Flensburg-Politik. Bei der I. K. arbeiteten sie mit Deputationen, mit Unterschriftssammlungen, mit Hunderten von Wahlprotesten auf eine Kassierung der Wahl, auf einen Aufschub der Entscheidung, auf eine Internationalisierung Flensburgs oder der ganzen zweiten Zone hin. Den Hauptschlag aber führten sie diesmal in Kopenhagen. Die alte dänische Regierung hatte die dritte Zone „leichtfertig verspielt". Eine neue Regierung, der König selber, sollten wenigstens die zweite Zone gewinnen helfen. Schon einmal war versucht worden, den König vor den Flensburger Karren zu spannen. Es ist keine Frage, daß die Karten auch zu diesem letzten Spiele in Flensburg gemischt sind. Vorspiel und Probe zugleich war jener Zug der Flensburger vor das Schloß des Königs gleich nach der Wahl. In Flensburg wußte man schon am Sonntag, den 28. März, daß Zahle am Montag über die Klinge springen würde. Die Flensburg-Politik war es, die der König mit Zahle besprach, ehe er ihm seinen Abschied gab. Die Flensburgfrage war es, die das neue Kabinett zusammenleimte. Denn das Einzige, was dem bunten Staatsstreichministerium

Digitized by Google

Liebe Charakter und Gesicht gab, war die Tatsache, daß alle seine Mitglieder eingeschworene Flensburg-Männer waren. Wer übrigens noch daran zweifelte, daß es um Flensburg und nur um Flensburg ging, der konnte aus dem Munde des Professors Rovsing, selber ein Mitglied dieses Kabinetts, erfahren, daß es der einzige Zweck des Ministeriums Liebe war, zu verhindern, daß Flensburg eine deutsche Stadt würde. In Konsequenz dieser Stellung hat das Ministerium Liebe sich denn auch an die I. K. gewandt mit der Bitte, ihren Grenzvorschlag aufzuschieben, bis die dänischen Neuwahlen beendet seien.

Das Ministerium Liebe ist nach wenigen Tagen zusammengebrochen — und mit ihm seine Flensburg-Politik. Was sonst passiert wäre — ob die I. K. oder Paris unter dem Druck eines chauvinistischen Kopenhagen eine andere Entscheidung gefällt hätten, ist nicht zu sagen. Wenn das dänische Volk mit dem Danaergeschenk eines irredentadeutschen, wenn Schleswig mit der Fehlgeburt eines internationalen Flensburg verschont geblieben ist, so hat es das nicht zum wenigsten der Energie der Kopenhagener Arbeiterschaft und der rückgratfesten Haltung des seit Jahrzehnten demokratisch erzogenen Bürgertums von Kopenhagen, zusammengenommen jener Demokratie zu verdanken, die sich ein Flensburger Gymnasialprofessor am Tage, da Flensburg endgültig gerettet war, herausgenommen hat vor versammelten Schülern pöbelhaft zu beschimpfen. Der Sturz des Ministeriums Liebe, die Rückkehr des Königs zu verfassungsmäßigen Methoden, die Ernennung des Geschäftministeriums Friis, das jedes Eingreifen für Flensburg ablehnte, war die endgültige Niederlage, von der die Flensburg-Partei sich nicht wieder erholt hat. Die Partei der Radikalen hat im folgenden Wahlkampf eine Niederlage erlitten. Aber der neue Reichstag ist kein Flensburg-Reichstag geworden. Ganz abgesehen davon, daß das Votum der I. K. fertig war, ehe die neue Regierung Gelegenheit gehabt hätte, es zu beein-

Digitized by Google

flussen — der neue Reichstag hat später keine Aktion mehr von jener Geschlossenheit für Flensburg unternommen, wie sie der alte Reichstag gegen die dritte Zone gewagt hat. Freilich beteuerte Herr Neergaard die Sympathien, mit denen er die Internationalisierung Flensburg begrüßen würde. Aber das war eine Geste zur Beruhigung der aufgeregten und nun doch allmählich abebbenden Wogen, die durch das dänische Volk gingen. Und es war eine persönliche Geste. Seine Partei war keine Flensburg-Partei — weder früher noch jetzt. Sie hatte Zahle rücksichtslos bekämpft — aber im Kerne nicht um Flensburgs Willen. Diese Partei rüstete sich vielmehr, aus Nordschleswig das Gros der dort fälligen Reichstagsmandate einzusammeln — aus den Händen von Wählern, die, wie sie wußte, keine Flensburg-Männer waren.

Digitized by Google

5. DER DEUTSCHE SIEG IN DER ZWEITEN ZONE

Das Deutschtum Mittelschleswigs hat sich an die Besetzung und ihre Fesseln schnell gewöhnt. Diese Fesseln waren, was die Propaganda anbetrifft, nicht eng. Es wurden einige Redner lahmgelegt. Aber die Zensur war großzügig. Eine Zensur, die sich den köstlichen Spott gefallen ließ, wie ihn „Unser Schleswig" in den letzten Kampfwochen Tag für Tag auch gegen die I. K. vom Stapel ließ, war keine Zensur. Auf alle Fälle war die Freiheit größer, als wir in dunklen Stunden manchmal vorher annahmen mußten. Wer erinnert sich noch der Tage, als die Männer, die es anging, in Schleswig über Belli's „Roter Feldpost" saßen und alte und neue Schleichwege suchten, um den nun bald abgesperrten Brüdern im Abstimmungsgebiet Hilfe zu bringen? All das ist später überflüssig gewesen. Das Abstimmungsgebiet konnte im Großen und Ganzen reden und schreiben, was es wollte. Das Reden war auf die Einheimischen beschränkt. Das war vielleicht gut. Denn sonst wäre das arme mittelschleswigsche Volk von Kopenhagenern und Berlinern zu Tode geredet. Im übrigen aber war der Staat Plebiszit nicht kleinlich. Wir liefen nicht zur I. K., wenn Herr Marott plötzlich in Flensburg Besprechungen abhielt, oder wenn Herr Randböl uns eines Tages vom Balkon des Bahnhofshotels aus vordemonstrierte, daß es auch unerzogene Kopenhagener Kontorchefs gibt. Wir waren zufrieden, wenn dafür am anderen Tage Herr Dr. Melchior uns etwas über deutsche Finanzen oder Frau Else Heims etwas aus Goethes „Iphigenie" erzählen konnte.

Wie das Deutschtum propagandistisch gearbeitet hat, davon werden später diejenigen erzählen, die mitten in dieser Arbeit gestanden haben. Es war ein gewaltiger Arbeitsapparat, der im Laufe des Jahres 1919 aufgebaut war, und der sich nun in Bewegung setzte. Neben dem „Deutschen Ausschuß" hatten sich andere Arbeitsgruppen aufgetan. De-

zentralisation und Individualisierung auf der einen Seite — einheitliche Führung und reibungsloses Funktionieren bis hinunter in die letzten und feinsten Glieder des Arbeitsapparates auf der andern Seite, beides werden immer die Hauptaufgaben einer Propaganda großen Stiles bleiben. Die Individualisierung war das Wichtigste und Schwierigste — nach Distrikten, Bezirken, Gemeinden — nach Bevölkerungsschichten und Interessen — nach den Fähigkeiten der Aufnehmenden und der Intelligenz der Gebenden. Da gab es Spezialisten für die Inseln und den Hochrücken, für den Riegel, der Flensburg im Norden schützte, für die Dörfer, die es im Süden bedrohten. Da arbeiteten die Frauen Flensburgs für die Unterbringung der Auswärtigen, die „Heinzelmännchen" für die plötzliche Verteilung aktueller Plakate. Da gab es Spezialisten für die Besorgung von Rednern, von Kraftwagen, von einschlägigen Flugblättern, Spezialisten für Plakate, für Schaufensterschmuck, für Fahnen, für Musik, Spezialisten für Arbeiterfragen, für Landwirtschaft, für Valutaprobleme. Es gab „Eingeheizte" und „Ausgekochte", Plakatzeichner, die politische Ideen, Journalisten, die Illustrationseinfälle hatten. Manchmal verwandelte sich das „Altflensburger Haus" in eine Redaktion, manchmal in einen Debattierklub, manchmal in einen Verschwörerkeller. Alles startete hier, alles landete hier. Und alles wurde zusammengefaßt und zusammengehalten in jenem heimlich-unheimlichen „Gremium", das in der hintersten Stube des „Alt-Flensburger Hauses" unter dem milden Szepter des Herrn Löhmann tagte.

Der Kampf um die zweite Zone ist durch die Niederlage der ersten Zone nicht ungünstig beeinflußt worden. Die Befürchtung, daß das geschähe, bestand. Es bestand sogar die Meinung, daß diese ungünstige Wirkung der Zweck der ganzen Auseinanderzerrung der beiden Abstimmungen war. Wenn diese Wirkung nicht

Digitized by Google

eintrat, so ist das zur Hauptsache ein Verdienst der Geistesgegenwart jener Leute, die sofort am Tage nach der Abstimmung in der ersten Zone die Forderung der Tiedje-Linie in die Masse warfen und damit der zweiten Zone die seelische Befreiung von jenem Drucke schufen, der ihr mit dem Verlust der ersten Zone zugedacht war. Auch der Ideengehalt, mit dem der Kampf um die zweite Zone bestritten wurde, ward nun reicher.. Wir haben vom 10. Februar bis zum 14. März nicht einen einzigen Tag lediglich für die zweite Zone sondern immer zugleich auch für die Tiedje-Linie, das heißt für eine gerechte Grenze überhaupt gestritten. Wir konnten die Trennung zwischen erster und zweiter Zone taktisch nicht ignorieren. Aber die Zielrichtung unseres Kampfes haben wir uns nicht von unseren Gegnern vorschreiben lassen, sondern selber bestimmt. Indem wir die Tiedje-Linie in den Kampf warfen, verließen wir auch endlich den schwächlichen Standpunkt bloßer Abwehr und gingen auf Grund eines positiven Zieles zum Angriff über. Durch diesen Angriff haben wir die dänischen Reihen erschüttert und verwirrt. Die Tonderaner Dänen begannen ernstlich um ihr Heil zu bangen. Die Apenrader, die sich zum großen Teile auf die Claussen-Linie so fest verbissen hatten wie ihre Gegner auf Flensburg, wurden nervös. Die Flensburger liefen zur I. K. und klagten. So hat uns gerade die entschlossene Rechtsbasis, gegen die sich das Deutschtum im Anfang so sträubte — die Rechtsbasis, die ihren Verzicht und ihren Anspruch zugleich in der Tiedje-Linie formulierte — die zweite Zone mit retten helfen.

Man kann in historischen Momenten keine Volksbewegung aus reinem Proteste schaffen und zum Siege führen. Man muß Ideen haben. Die Tiedje-Linie war eine solche Idee — die Idee des Rechts, der gerechten Grenze, des künftigen Friedens zwischen Deutschland und

Dänemark. Neben ihr hat im Kampfe um Mittelschleswig eine andere Idee von Woche zu Woche eine größere Rolle gespielt: der Schleswig-Holsteinianismus. Ich habe ihn bereits oben erwähnt. Er war eines unserer stärksten Mittel. Wir haben es gebraucht — gebrauchen müssen — teils freiwillig, teils gezwungen. Ich habe im vorigen Kapitel die Umstellung der dänischen Propaganda für die zweite Zone geschildert. Ihr zu begegnen — mit starken Mitteln zu begegnen — mußten sich nunmehr auch diejenigen entschließen, die bisher aus ihrem Schleswig-Holsteinertum keine staatsrechtlichen oder verwaltungsreformatorischen Konsequenzen gezogen hatten. Es handelte sich nicht nur um Bekämpfung der dänischen Agitation. Es handelte sich nicht nur darum, unser Schleswiger Volk so stark wie möglich für die Entscheidung zu machen. Niemand wußte, wie die Dinge in Kopenhagen sich entwickelten. Das Ministerium Zahle wackelte. Wenn es jetzt fiel, wenn eine Flensburg-Regierung ans Ruder kam, so änderte sich mit einem Schlage die ganze Situation für Mittel-Schleswig. Diese Regierung würde sicher in den Kampf um Flensburg aktiv eingreifen, mit allen Mitteln, auch den stärksten. Darauf mußten wir uns richten. Wir konnten nicht riskieren, daß der Schleswig-Gedanke uns durch Kopenhagen aus den Händen gewunden wurde. Das aber drohte zu geschehen. So mußten wir handeln. So entstand Rendsburg. So erscholl der Ruf nach einem deutschen aber sich selbst verwaltenden Schleswig-Holstein noch einmal — aber diesmal stärker als früher und selbstbewußter aus dem Munde von Männern, die im Schicksalskampfe um ihr Land gelernt hatten, daß nur ein freies Schleswig-Holstein den historischen Beruf eines nördlichen Grenzbollwerks für Deutschland zu erfüllen vermag. Aus Kiel schrie man „Verrat" — aus Apenrade „Wahltrick". Beides war falsch. Die Flensburger Dänen aber schäumten und

Kopenhagen wurde nachdenklich. Ich habe in jenen Tagen vor den Berliner Zentralen die Sache Schleswig-Holsteins selber mit vertreten. Indem das Reich und Preußen auf unsere Seite trat, hat es uns die stärkste Hilfe im Kampf um die zweite Zone in der Hand gelassen.

Als der Abstimmungstag nahte, gab es keinen, der nicht siegessicher war. Es gab schwache Positionen in unserer Front, auf denen wir bis zum letzten Augenblick schanzen mußten. Aber daß wir die Dänen werfen würden, das wußte Jeder. Am unsichersten stand es um Flensburg. Hier hatte in Arbeiterschaft und Bürgertum die ökonomische Propaganda des Gegners tief Fuß gefaßt. Hier wehten — den Dänen eine Augenweide — in den kleinen Nebenstraßen der inneren Stadt und in den nördlichen Arbeitervierteln viele Danebrogs. Hier und in den Industriedörfern nördlich der Stadt weilten unsere sorgenden Gedanken. Aber die drei, vier Arbeiter, denen wir die „Riegelstellung" anvertraut hatten, kamen in der Nacht zum Sonnabend zurück und erklärten, daß „alles in Ordnung sei". Da traf am Sonnabend, den 13. März, morgens 8 Uhr — 24 Stunden vor Beginn der Abstimmung — die Nachricht vom Berliner Kapp-Putsch ein.

Ich will hier nicht reden von den persönlichen Gefühlen, die mich bei dieser Nachricht bewegten — von den Erfahrungen, die ich mit meinen Mitarbeitern machen mußte — von dem Zwiespalt, der auf meiner ganzen Arbeit lag, bis sich die Dinge im Reiche einigermaßen geklärt hatten — von den Empfindungen, die mich beseelten, als der „Deutsche Ausschuß" ein ihm zugegangenes Danktelegramm des Kapp-Oberpräsidenten Lindemann veröffentlichte und als der Führer des Deutschtums der ersten Zone in seiner Zeitung das Kapp-Unternehmen mit Worten des Dankes begrüßte. Indem die Telegramme des Herrn Kapp in meinen Papierkorb wanderten, arbeiteten wir eben ohne eine deutsche Regierung weiter. Ich will nur bei dem bleiben, was die Sache angeht.

Digitized by Google

Wenn der Kapp-Putsch ein paar Tage eher gekommen wäre, hätte er katastrophale Wirkungen auf die Abstimmung ausgeübt. So ist er in seiner ganzen wirtschaftlichen und politischen Verheerung glücklicherweise in großen Teilen des Abstimmunggebietes gar nicht bekannt geworden. Und wo er es wurde — wie in Flensburg — war kaum noch Zeit, daß er sich auswirkte. An ein Unterdrücken der Nachricht, wozu einige rieten, war nicht zu denken. Auf dem Kontor von „Flensborg Avis" rieb man sich vom Morgen des 13. ab vergnügt die Hände. Schon am Vormittage schrien die Dänen ihre (natürlich blutig rot aufgemachten) Extrablätter aus. Wir haben dann nach kurzer Besprechung den Nachrichtendienst selber in die Hand genommen und bis zum nächsten Mittag die Bevölkerung durch eine Reihe von Mitteilungsblättern über die Entwickelung der Lage aufgeklärt. Über die starken Wirkungen dieser Mitteilungen an sich waren wir uns nicht im Unklaren. Ob und wie weit sie die Abstimmung beeinflussen würden, war nicht abzusehen. Aber alle Parteien taten sich sofort zusammen und gaben einen Aufruf heraus, in dem die völlige Uninteressiertheit des Abstimmungsgebietes an dem augenblicklichen Berliner Wirrwarr und die einmütige Geschlossenheit der ganzen deutschen Bevölkerung in der nationalen Entscheidungsfrage noch einmal festgestellt wurde. Leider begannen sich schon am Morgen des nächsten Tages die ersten wirklich schädlichen Wirkungen des Putsches zu zeigen. Hunderte von Abstimmungsberechtigten aus der Provinz, aus Südschleswig, aus Holstein und Lübeck, aus Kiel und Neumünster, die die normalen Züge benutzen wollten, um im Laufe des Tages in Flensburg ihre Stimmen abzugeben, blieben zurück, weil wegen des Generalstreiks die Züge entweder nicht abfuhren oder unterwegs liegen blieben. Mir ist von dem Büro, das in Neumünster den Herantransport der Abstimmungsberechtigten zu organisieren hatte, mitgeteilt, daß allein in Neumünster 300 Abstim-

Digitized by Google

mungsberechtigte zurückbleiben mußten. Wieviel es im Ganzen waren, ist ungewiß. Sicher ist nur, daß diese Stimmen fast restlos der deutschen Sache in Flensburg verloren gingen. Es ist auch später sehr schwer geworden, festzustellen, wie weit die Dänen durch die moralischen Wirkungen des Putsches direkt oder indirekt gewonnen haben. In Föhr sind wir am Wahltag mit unseren Nachrichtenblättern wegen Motorpanne eine Tide später als die Dänen — und damit zu spät — angekommen. Wenn man will, kann man in den Wahlergebnissen von Föhr eine Folge hiervon sehen. Daß der Putsch auf die Arbeiter Flensburgs deprimierend wirkte, und daß die radikalen Elemente ihn zu einer billigen Hetze gegen die gemäßigten und deutschgestimmten Elemente benutzten, ist zweifellos. „Heimdal" möchte unter Berufung auf ein dänisches Telegramm, das am Wahltage Flensburg verlassen hat, dem Putsch eine geradezu verheerende Wirkung unter den deutschen Arbeitern zuschreiben. Das halte ich für falsch. Aber ich glaube, man greift nicht fehl, wenn man Alles in Allem der Kappiade in Flensburg den Verlust von ungefähr 1500 deutschen Stimmen zuschreibt, von denen die Dänen aber nur den kleineren Teil erhalten haben dürften.

Der Putsch hat in die bunte politische Gemeinschaft, die sich in der Arbeit für das Abstimmungsgebiet zusammen gefunden hatte, einen häßlichen Riß gebracht. Aber die große Masse besonders der zugereisten Abstimmungsberechtigten hat er kaum innerlich berührt. Sie marschierten am Sonnabend nachmittag unter Liedern und Fahnen in endloser Reihe über den Holm — die weißen Zettel mit den Berliner Alarmnachrichten, die von freundlicher Seite in den Zug geworfen wurden, beachteten sie kaum. Während wir selber bis tief in die Nacht hinein fieberhaft arbeiteten, das Loch zu stopfen, das verbrecherische Kräfte in unsern Abwehrdeich gerissen hatten, saßen die Tausende vom Süden in allen Sälen der Stadt, zu

Digitized by Google

Füßen deutscher Kunst, deutscher Geschichte, deutschen Humors. Sie saßen in den Bauernstuben der Heimat, die sie solange nicht gesehen hatten, in den Fischerhäusern an der Förde, in den hochaufgeworfenen Marschhöfen, in den langreihigen Inseldörfern, durch die das Blinkfeuer der friesischen Leuchttürme huschte.

Und dann kam der Sonntag, der lange Sonntag, die Stunden, die immer länger wurden. Am Spätnachmittage waren Dänen bei mir auf dem Büro. Sie erzählten von Flensburger Bezirken, in denen bis zu 70 % dänischer Stimmen abgegeben waren. Glaubte man es nicht oder glaubte man es doch? Einen Augenblick war man schlapp. Jede Spannung war gewichen. Dieser Putsch hatte viel Nerven gekostet. Aber abends im überfüllten „Alt-Flensburger Hause" riß alles sich wieder hoch. War es ein Witz, daß das erste Resultat, das einlief, die kleine Schlappe von Föhr war, die einzige, die wir erlitten? Oder lief diese kleine dänische Freudenmeldung — die einzige des Abends — hurtiger auf den Drähten des Staates Plebiszit als die anderen Nachrichten, die nun angeschritten, nein angestürzt kamen — wuchtig und zermalmend und erhebend und unbekrittelbar in ihrer leuchtenden Klarheit? Unerschütterlich stand Angeln von Wees bis Glücksburg und Holnis — abgeschlagen war damit der dänische Angriff auf das Südufer der Förde. Mit starker Mehrheit kehrten die Dörfer südlich Flensburgs den dänischen Hoffnungen den Rücken zu — mit 43 gegen 3 Stimmen machte Juhlschau den Debatten ein Ende, ob es mit Recht oder Unrecht in das Abstimmungsgebiet gezogen war. Wunderbar hielt sich der gefährdete „Riegel" — von Krusau bis Pattburg hatten die Danebrogs getäuscht. Fest stand der Hochrücken — keine der 8 bis 10 Gemeinden südlich der ersten Zone, auf die sich die Dänen spitzten, entschied sich für den Norden. Und die Dörfer des Kreises Husum, die mit Gewalt in den Abstimmungsgürtel gerissen waren, gaben die einzig richtige Antwort,

Digitized by Google

indem Ostenau nicht eine einzige dänische Stimme durch die Maschen ließ. Fest standen die Inseln — die Dunstnebel spalteten sich, die die dänische Fama über sie ausgebreitet — das „dänische" List entschied sich mit 44 gegen 7, die Heimat von Nanne Mungaard mit 339 gegen 68 Stimmen, Rantum mit 24 gegen 0 dänische Stimmen für das größere Vaterland. Auch Föhr stand — trotz alledem — und Amrum stand herrlich. Aber am herrlichsten stand das friesische Festland, das von Neukirchen bis Laygaard der Kronen-Agitation des „Südjütischen Fonds" und den Verräterphrasen des Herrn C. Petersen seine klare Antwort gab. Tondern und die Inseln, Husum und der Hochrücken, der „Riegel" und Angeln — alles stand. Auch Flensburg stand.

Ja, da war nichts zu drehen und zu deuteln. 27000 deutsche gegen 9000 dänische Stimmen! Es gab glänzende Bezirke wie den Bezirk 11. Und es gab schlechte Bezirke wie die Bezirke 1 bis 4, 7 bis 8. Die Bezirke der Auswärtigen, 23 bis 32, brachten gewaltige deutsche Majoritäten. Das wußten wir. Aber die Hauptsache war, daß wir auch ohne sie die Dänen unter 60 % hinunterzwangen Das war geschehen. Und damit hatte Flensburg seinem Gegner die letzte Waffe aus den Händen geschlagen. Flensburg stand. Die Danebrogs in den gemieteten Fenstern hatten getäuscht. Die Dutzende von reichsdänischen Autos hatten nichts genützt. Der offene Verrat der Einen, das pflaumenweiche Schwanken der Andern — die Kronen und die Seife, der Speck und die Butter, das Weihnachtsschiff und die Studienreisen, es war alles umsonst gewesen und zerschellte in einer Nacht an dem festen Willen einer Volksgemeinschaft, die sich selber treu blieb.

In dieser Nacht ist viel gesungen worden — von Holnis bis Dagebüll, von List bis Oeversee. Während das große Vaterland, für das wir gekämpft hatten, sich in blutigem Zwiste wälzte, feierte die zweite Zone den Sieg eines einheitlichen Volkstums. Dieser Sieg war

Digitized by Google

sicher eine Selbstverständlichkeit, und doch war er zugleich der Erfolg einer monatelangen heißen Arbeit von Hunderten von Männern und Frauen mit tausend Schwierigkeiten gegenüber einem materiell weit überlegenen Gegner. Diese Arbeit war noch nicht zu Ende. Das sollte sich bald zeigen. Aber einen Augenblick hielt alles still. Mancher weinte. Mancher schwieg. Mancher jubelte. Und da die Freude im Süden keinen Widerhall fand, schlug sie ihre Wellen nordwärts über die deutschen Sprachrücken und Sprachinseln hinweg — bis in das letzte deutsche Haus von Hadersleben.

Digitized by Google

6. SCHLUSS

Nun war der Sieg errungen. Aber schwer ist es den deutschen Schleswigern gemacht, ihn endgültig unter Dach zu bringen. Monatelang haben sie noch kämpfen müssen, ehe die Klarheit der Abstimmungsziffern ihren Widerhall in einer ebenso klaren Entscheidung der I. K. und des Obersten Rates fand. Daß Flensburg und die zweite Zone nicht dänisch werden konnten, lag seit dem 14. März auf der Hand. Aber der Gegner steckte sein Ziel vorläufig zurück. Wenn Flensburg auch nicht dänisch werden konnte, so durfte es doch auf keinen Fall wieder deutsch werden. Der Schrei nach Internationalisierung, der sich plötzlich in Flensburg und in der ersten Zone, in der reichsdänischen und in der französischen Presse erhob, und der ein paar Tage lang auch von dem dänischen Staatsstreich-Ministerium Liebe unterstützt worden ist, bedeutete nichts anderes als den Ruf nach einer versteckten und aufgeschobenen Danisierung. Aber er war gefährlicher als der alte Ruf nach „Heimkehr". Er fand nicht nur bei den Ultras, sondern auch bei einer Reihe gemäßigter Dänen Gegenliebe. Er spekulierte auf französischen Haß und auf englische Berechnung. Es gab Flensburger Geschäftsleute, die nie einen Finger für Dänemark gerührt hätten, denen aber Flensburg als internationaler Ostseehafen — als „zweites Danzig" wie sie sagten — als „Schiebianopolis", wie der Generalsekretär der I. K. sich ausdrückte — viel Verlockendes bot. Ob und wie weit die I. K. dem Gedanken der Internationalisierung in irgend einem Stadium der Situation nahe getreten ist, weiß ich nicht. Die Flensburger Dänen aber arbeiteten mit allen Mitteln. Und mit derselben Geistesgegenwart, mit der wir nach der Niederlage des 10. Februar gegen den Tiedje-Gürtel vorgegangen waren, standen sie schon wenige Tage nach dem 14. März wieder auf den Beinen und forderten

Digitized by Google

internationalen Schutz für ihre bedrohten dänischen Freiheiten. Mit 10000 Unterschriften rückten sie schon Ende März bei der I. K. an. 5275 Frauen der zweiten Zone fanden sich, die die Leiden und Schrecken der dänischen Mütter unter der künftigen deutschen Bedrückung schilderten. 21804 Unterschriften aus der ersten Zone verstärkten diesen Klageruf. Man telegraphierte an den dänischen Reichstag, an den Obersten Rat, an die Pariser Schleswig-Kommission. Man tat, als ob man gar nichts für sich und nur das Allermindeste für die arme Bevölkerung erreichen wollte. Indem man über Altpreußen und seine Gewaltpolitik in allen Tönen jammerte, rührte man an Saiten, die in Nordschleswig und Kopenhagen sowohl wie in Paris leicht in Schwingungen gerieten. Als 14 Tage nach dem deutschen Siege die alte Kopenhagener Regierung gestürzt war, stand Flensburg und die zweite Zone plötzlich in einer schwereren Gefahr als je.

Mit Zielsicherheit und Schwung, die zeigten, daß das Deutschtum im letzten Jahre gelernt hatte, politisch zu fechten, haben die Schleswiger auch diesen letzten Kampf gekämpft. Da das neue Deutschland angegriffen und verdächtigt wurde, mußte es verteidigt werden, mußte es sich zeigen, mußte es praktisch erweisen, was es mit seinen dänischen Staatsbürgern vorhatte. Die ganze alte Gesetzgebung fiel. Die Staatsregierung legte sich in der Frage des Minoritätenschutzes und seiner Übertragung auf die provinziale Selbstverwaltung bindend fest und gab so dem vielberufenen § 113 erst wirkliches Leben. Es wurden Erhebungen angestellt, in welchen Gemeinden dänische Schulwünsche vorhanden waren. In Flensburg selber wurde die Errichtung einer dänischen Schule beschlossen. In Kopenhagen machte der deutsche Gesandte der dänischen Regierung den offiziellen Vorschlag, zwischen beiden Staaten über den Schutz der nationalen Minderheiten ein regelrechtes Abkommen abzuschließen. Es war ja nichts Neues, was hier vor sich ging.

Digitized by Google

So und so oft hatten wir unseren Willen zu praktischem Minderheitsschutz kundgetan. Immer hatten wir auf die Mitwirkung der Dänen gewartet. Aber da diese nicht kam, mußten wir selber ans Werk gehen und ohne sie den Anfang machen. Das bedeutete diese ganze Aktion.

Daneben ging der direkte Kampf gegen das Internationalisierungs-Phantom energisch weiter. 36000 deutsche Stimmen meldeten sich, die den Freistaat verwarfen und erklärten, nichts anderes als nur dies Eine zu wollen: Zurück zum alten Deutschland. Die Flensburger Arbeiter wurden besonders lebendig. Wenn der Geschäftsmann in einem internationalen Flensburg vielleicht etwas zu gewinnen hatte, so hatten sie bei einer Abtrennung von der großen deutschen Betriebsgemeinschaft alles zu verlieren. Mein Nachfolger hat diesen Kampf gegen die Internationalisierung Hand in Hand mit den Flensburger Arbeitern ebenso unerschrocken geführt wie den andern gegen die vorzeitige Einführung der Kronenwährung. Auch Berlin griff in den Kampf mit ein und die Deutsche Friedensdelegation in Paris, der in diesen Wochen Johannes Tiedje mit seiner Sachkenntnis zur Seite stand, benutzte alle Möglichkeiten, hier und in der Grenzfrage selber jene Klarheit der Entscheidung vorzubereiten, auf die das Deutschtum nach dem Stimmergebnis Anspruch hatte.

Wenn die Entscheidung schließlich im deutschen Sinne fiel, so hat der Zusammenbruch der dänischen Desperado-Politik in Kopenhagen und die Korrektheit, mit der die I. K. in ihren endgültigen Vorschlage jedes Eingehen auf den Internationalisierungsvorschlag ablehnte, hieran entscheidendes Verdienst. Freilich hatte selbst in dem Grenzvorschlag der I. K. selber der letzte dänische Angriff noch seine Spuren hinterlassen. Wenn Paris aus dem einstimmigen Hinweis der Kommissare auf „die schwierige Lage, in welche die künftig bei Deutschland verbleibenden Dänen geraten würden“, keine praktischen Konsequenzen zog,

Digitized by Google

so war auch das nicht zum wenigsten jener aktiven Politik zu verdanken, mit der Deutschland jetzt zeigte, daß das alte Preußen endgültig tot war.

Ende April ist der Grenzvorschlag der I. K. in Paris übergeben. Ende Mai fanden unter Vorsitz von Jules Cambon unter Beisein von Marschall Foch die definitiven Beratungen statt. Sie führten zur Zusprechung der ganzen ersten Zone zu Dänemark und zur restlosen und unbedingten Rückgabe der ganzen zweiten Zone an Deutschland. Damit waren beide Zonen zu toten Begriffen geworden und tauchten nunmehr als vollberechtigte Glieder in das staatliche und kulturelle Leben Dänemarks und Deutschlands unter.

Am 24. Januar hatte sich Deutschland auf dem Südermarkt in Flensburg offiziell von dem Schleswigschen Abstimmungsgebiet verabschiedet. Am 14. Juni nahm es von dem Torso, der ihm geblieben, an derselben Stelle wieder feierlichen Besitz. Es flog ein Jubeln und ein Rufen über die alte deutsche Fördestadt, als am Vorabend dieses Tages die 4 fremden Fahnen am „Flensburger Hof" herniedergingen, als die letzten Franzosen in die Boote stiegen, als dann am 14. Juni der ganze Spuk des Staates Plebiszit sich in einem klaren Flensburger Sommersonnentag auflöste — einem Sommertage mit Fahnen und Kränzen, mit Liedern und festlich gekleideten Menschen — Menschen unter Bäumen, Menschen am Fördestrand, Menschen, die nur Menschen, nur Landsleute, nur Deutsche waren. Und doch war die Freude gedämpft. Wir Deutsche hatten niemals Zonen in Schleswig sondern immer nur Deutsche und Dänen, niemals eine Trennung auf dem Papier sondern immer nur eine lebendige Grenze der Menschen und ihrer Gesinnung anerkannt. Wir konnten nicht jubeln, daß ein Begriff gesiegt hatte statt einer Idee, und daß ein Machtspruch gefällt war statt einer Rechtsentscheidung. Und darum klang auch an diesem Tage in den Siegesglocken von Friesland bis Angeln ein

Digitized by Google

Ton der Wehmut und des Schmerzes mit. Und ein Ton des Trotzes. Und dieser Ton wird aus ganz Schleswig-Holstein und aus ganz Deutschland klingen, solange er bei Euch, Ihr abgetretenen Brüder im Elend, ein Echo findet.

Digitized by Google

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	2
Deutschland und die Abstimmungen	7
Der Kampf um Schleswig	
1. Schleswig-Holstein	17
2. Der nationale Kampf bis zum Zusammenbruch	22
Vom Waffenstillstand bis zur Versailler Entscheidung	
1. Chronologische Darstellung	35
2. Die Bildung einer deutschen Front	51
3. Erste Kämpfe	64
4. Der dänische Gegner	83
Von der Versailler Entscheidung bis zur Besetzung	
1. Chronologische Darstellung	107
2. Persönliches	132
3. Der Aufmarsch der beiden Gegner	146
Von der Besetzung bis zur Festlegung der neuen Grenze	
1. Chronologische Darstellung	173
2. Unter der I. K.	193
3. Der 10. Februar	202
4. Dänische Minen	210
5. Der deutsche Sieg in der zweiten Zone	216
6. Schluß	226

Digitized by Google

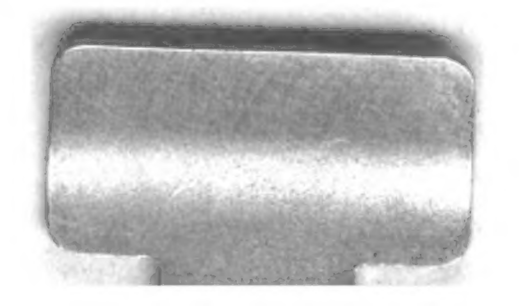
Digitized by Google

Digitized by Google

890957684
b89095768784a

This book may be kept

Digitized by Google



Digitized by Google

89095768784
B89095768784A
Digitized by Google